

Soziale Arbeit: kritisch – reflexiv – radikal

Praxis der Kritik

Helga Cremer-Schäfer, Fabian Kessl, Michael May & Albert Scherr
Über den Sinn der Streitbarkeit in Fragen von Kritik und Reflexivität
Eine virtuelle Diskussion

Sue White & David Wastell
Ungewisse Evidenz und lebendige Sprache:
Reflexive Professionelle als „Trickster“

Christine Resch
Reflexivität als Denkmodell und Perspektive in den
Sozialwissenschaften

Helga Cremer-Schäfer
Zur Aktualität des Abolitionismus als Denkweise mit Möglichkeitssinn

Uwe Hirschfeld
Über die Schwierigkeiten, Kritik zu lehren und zu lernen

Forum

Birgit Meyer & Ulrike Zöller
Die Stimme der Betroffenen
Ehemalige Heimkinder in Baden-Württemberg

Andreas Pfeuffer
Die Ökonomien des medizinischen Kodierens
Kodierfachkräfte im Spannungsfeld
zwischen medizinisch-pflegerischen und
betriebswirtschaftlichen Ansprüchen – Teil 1



Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich
34. Jahrgang, Juni 2014

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.
Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

Redaktion: Manfred Kappeler, Friedel Schütte (Berlin); Christof Beckmann, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Friedemann Affolderbach (Leipzig); Uwe Hirschfeld (Dresden); Fabian Kessl (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Frank Düchting, Timm Kunstreich (V.i.S.d.P.), Annita Kalpaka, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipsper (Hannover); Jan Wulf-Schnabel (Kiel); Ellen Bareis, Thomas Wagner (Ludwigshafen); Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Holger Adam, Michael May (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:
Widersprüche 133 Inklusion – Versprechungen vom Ende der Ausgrenzung (September 2014)
Widersprüche 134 Arbeit am Leben – Care-Bewegung und Care-Politiken (Dezember 2014)
Widersprüche 135 Sozialraum ist die Antwort. Was war nochmal die Frage? (Januar 2015)

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00. Jahresabonnement € 42,00; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

Hinweis der Redaktion: Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsadresse: Widersprüche, Nicoletta Rapetti c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: (0 69) 67 99 84, E-Mail: widersprueche@gmx.de

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel.: (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: <http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-Mail: bestellservice@germinal.de

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33, Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39, E-Mail: R.Eckert@prolit.de

Dieser Ausgabe liegen Prospekte der Wochenzeitung „Der Freitag“ sowie des „Verlag Westfälisches Dampfboot“ bei.

© 2014 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz
ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-89691-992-2

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

132



Widersprüche

Knochenbrüche
Z'sammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)

Soziale Arbeit: kritisch – reflexiv – radikal Praxis der Kritik

Zu diesem Heft..... 3

Schwerpunkt

Helga Cremer-Schäfer, Fabian Kessl, Michael May & Albert Scherr
Über den Sinn der Streitbarkeit in Fragen von Kritik und Reflexivität
Eine virtuelle Diskussion..... 11

Sue White & David Wastell
Ungewisse Evidenz und lebendige Sprache:
Reflexive Professionelle als „Trickster“..... 51

Christine Resch
Reflexivität als Denkmodell und Perspektive in den Sozialwissenschaften..... 75

Helga Cremer-Schäfer
Zur Aktualität des Abolitionismus als Denkweise mit Möglichkeitssinn..... 91

Uwe Hirschfeld
Über die Schwierigkeiten, Kritik zu lehren und zu lernen..... 101

Forum

Birgit Meyer & Ulrike Zöller

Die Stimme der Betroffenen

Ehemalige Heimkinder in Baden-Württemberg. 111

Andreas Pfeuffer

Die Ökonomien des medizinischen Kodierens

Kodierfachkräfte im Spannungsfeld zwischen medizinisch-pflegerischen

und betriebswirtschaftlichen Ansprüchen – Teil 1 123

Rezensionen

Jürgen Blandow

„Kinder, vergeßt die Fürsorgezöglinge nicht.“

Über: *Dietlinde Gipser/Heiner Zillmer: Der Fürsorge entkommen, der*

Forschung nicht. Das Lieselotte-Pongratz-Projekt „Lebensbewahrung

nach öffentlicher Erziehung“ – Hamburger Kinder nach Krieg und Heim

Blicke auf 55 Jahre Forschung 143

Wolfgang Völker

Geschichte und Selbstreflexion

Über: *Harald Rein (Hg): 1982–2012 Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest*

Dokumentation, Analysen und Perspektive 147

Bildnachweise

Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld

Zu diesem Heft

Wenn denn eine angemessene Selbstkategorisierung möglich wäre, könnten die seit über 30 Jahren erscheinenden Hefte der WIDERSPRÜCHE auch mit dem sperrigen Namen „Archiv für Praktiken der Kritik und des dialogischen Nachdenkens über eine Politik des Sozialen“ betitelt werden. Zur Praxis dieses „Archivs“ gehört es, von Zeit zu Zeit über den Gegenstand der Kritik, über den unauflöselichen, widersprüchlichen Zusammenhang von „Hilfe und Herrschaft“ (so der Titel von Heft 1 im Jahr 1981) nachzudenken und bei den folgenden neoliberalen Varianten dieses Zusammenhangs Möglichkeiten und Bedingungen einer *Politik des Sozialen*, verstanden als „Gestaltung der Lebensverhältnisse durch die Subjekte selbst“, zu analysieren, um die intellektuellen und politischen Praxen zu aktualisieren.

In recht kontinuierlich veröffentlichten Beiträgen zum „Stand der Diskussion über die Politik des Sozialen“ (angefangen bei den Heften 11 und 12, 1984) und in zahlreichen Diskussionen unter den Mitgliedern der Redaktion, die die Durchsetzung der neoliberalen Klassen- und Sozialpolitiken „von oben“ zum Gegenstand hatten (so etwa in den Heften 31 und 32 (1989), in Heft 66 (1997) und Heft 73 (1999), in den Heften 96 und 97 (2005) haben sich zwei Themen als besonders relevant herauskristallisiert: Bezogen auf die Seite der Ordnungsinstitutionen und ihrer Herrschaftstechniken kommt es bei der Weiterarbeit an einer Politik des Sozialen darauf an, mit der Lohnarbeitszentrierung die kompensatorische und subsidiäre Logik des Sozialstaats zu überwinden, die Kritik theoretisch anspruchsvoller zu machen und über diesen theoretischen und empirischen Weg andere Organisationsprinzipien zu denken: solche, die Sozialstaatlichkeit zuerst von ihrem Gebrauchswert für die Leute bestimmen. Auf der Seite der Subjekte kam es darauf an, sich ihren Alltagspraxen zu nähern, ihrem Eigensinn, ihren „Sozialitäten“, ihren Kämpfen um Teilhabe und, emphatischer ausgedrückt, ihren Kämpfen um „menschliche Verwirklichung“.

Die Begriffe, die für und in diesem Lernprozess entwickelt wurden, sind verschiedenen Traditionen kritischer Theorien und der Reflexivität verbunden, denn die Politik des Sozialen entwickelt sich auch intern im Widerstreit von Argumenten. Keiner Position geht es jedoch darum, den Subjekten eine „richtige

Politik“ und eine „richtige Kritik“ vorzugeben, wohl aber zielen alle Diskussionen auf einen Bildungsprozess. Zu dessen Notwendigkeiten gehört es, immer wieder einen Anfang zu machen, um die eigene Verstricktheit in den Gegenstand zu überdenken und um mittels Reflexion – im Sinn von Selbstaufklärung – die in den widersprüchlichen politischen und institutionellen Praktiken angelegten Emanzipierungsmöglichkeiten öffentlich zur Sprache zu bringen.

Die mannigfaltigen Antworten auf die Frage „*Was ist heute kritische Soziale Arbeit?*“ des Heftes 100, gestellt an Leserinnen und Leser wie an die Redaktion selbst, haben einerseits Analysen weitergeführt, die gesellschaftliche, politische und ökonomische Rahmenbedingungen einer Politik des Sozialen fokussieren; die These der „Ökonomisierung des Sozialen“ wurde differenzierend diskutiert; die Workfare-Politiken und Strategien der (professionellen) Bildung von Gegenmacht wurden thematisiert. In Heft 100 und schwerpunktmäßig in den nachfolgenden Heften *Wie selbstkritisch ist die Theorie Sozialer Arbeit?* (108) und: *Normative Fluchtpunkte – Begriffe kritischer Sozialer Arbeit* (112) rückten im Modus von gegenseitiger Kritik, von Begründung und von deutlicher Abgrenzung widerstreitender Positionen, z.B. Ideologiekritik oder Machtanalyse, die Voraussetzungen von Kritik in den Vordergrund des Interesses und Anforderungen an anti-hegemoniale Theoriebildung in der Sozialen Arbeit wurde betont: so die Notwendigkeit, die je durchgesetzten Produktionsbedingungen wissenschaftlichen Wissens zu reflektieren, die (grundsätzliche) Beschränktheit wissenschaftlicher Deutungsmacht zu berücksichtigen, das „Maßstabsproblem“ von Kritik und die Frage des Normativen zu diskutieren.

Der Diskussionsprozess der WIDERSPRÜCHE vollzieht sich nicht unabhängig von öffentlich artikuliertem Protest und von Analysen und Positionierungen der Sozialen Arbeit, die beanspruchen, „kritisch-reflexiv-radikal“ zu denken und zu agieren, sondern mittendrin, als einem von vielen, mag sein „kleinen“ Orten von Praxen der Kritik. Es gehört zu den WIDERSPRÜCHEN der Intensivierung des neoliberalen „Umbauprojektes“, eine kleine Konjunktur von Protest und Kritik befördert zu haben. Zum Anlass für einen Heft-Schwerpunkt der WIDERSPRÜCHE wird diese Konjunktur von Kritik nun nicht nur im Bereich der Sozialen Arbeit, weil mit „kritischer“ oder „radikaler“ Sozialer Arbeit, mit „kritischer Bildungs- und Sozialforschung“ sowie mit Formen und Begriffen wie „reflexiven Kritik“ oder „radikalen Reflexivität“ spezifische Erwartungen verbunden bleiben: Distanz zu kultureller Hegemonie, Aufgeklärtheit über die kulturindustriellen Bedingungen von Wissensproduktion; Distanz zu herrschenden Logiken der Sozialen Arbeit (und anderer Ordnungsinstitutionen und ihrer Herrschafts-

techniken); notwendig bleibt die Pflege der Kompetenz, das Widersprüchliche von institutionalisierten Konflikten zu denken und politisch nutzen zu können.

Gerade wenn Bündnisse von kritischen Fraktionen im Feld von Praxis bzw. von Wissenschaft (hoffentlich) wieder verstärkt in den Bereich des (Denk-)Möglichen rücken, ist es für alle politischen und Theorie-Projekte notwendig, „genau hinzusehen, geduldig nachzudenken und sich nicht dumm machen lassen“ (Heinz Steinert) und damit – wie in der Hausarbeit – wieder und wieder „einen Anfang zu machen“: um keinem neutralisierenden „Pluralismus“ das Wort zu reden; um in der „Hochkonjunktur“ nicht mit Kritik und Reflexivität Identitäts- oder Distinktionspolitik zu betreiben, damit selbst den herrschaftskritischen Stachel abzustoßen, noch bevor er einem gezogen wird; nicht zuletzt um der akademischen Drift in Rechthaberei entgegen zu arbeiten. Beim derzeitigen Stand der Diskussion scheint besonders wichtig, sich im „akademischen Feld“ nicht durch beliebige Iteration von Kritik und Reflexion davon abhalten zu lassen, auch Erfahrungen und soziale Erfindungen für die Weiterentwicklung der Politik des Sozialen zu formulieren, die sich aus einer schwierigen und komplizierten, aber eben nicht unmöglichen (Selbst-)Analyse ergeben. Gründungen von lokalen wie überregionalen Bündnissen Kritischer Sozialer Arbeit verweisen aktuell auf eine Bereitschaft von professioneller Gegenmacht, alternative Hegemonien oder subversiv-taktische Initiativen. Mit diesen Zusammenschlüssen verbindet sich die Hoffnung, dass sie Scharniere zu kritischen Fraktionen im wissenschaftlichen Feld bilden. Mit dem aktuellen Heft versuchen die WIDERSPRÜCHE ihrerseits, Formen des Nachdenkens, Diskussionen und Gedanken zu Papier zu bringen, die als Scharnier zwischen getrennten Feldern und nicht deckungsgleichen Praktiken von Kritik in Gebrauch genommen werden können. Die bekannten Kritik- und Reflexivitäts-Fallen werden durch verschiedene Strategien zu vermeiden versucht: so etwa, indem „Praxen der Kritik“, indem Tätigkeiten thematisiert werden – und zwar zuerst die je eigenen im „akademischen Feld“ – nicht die „der anderen“.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Der konkrete Anlass für den Heftschwerpunkt, die beobachtete Konjunktur von Herrschafts- und Gesellschaftskritik – in der sozialen Praxis von politischen Bewegungen, in der Arbeit von Initiativen und in den Sozial- und Kulturwissenschaften wurde, fokussiert auf Soziale Arbeit und Sozialwissenschaften, zum Gegenstand einer Email-Diskussion zwischen *Helga Cremer-Schäfer, Fabian Kessl, Michael May und Albert Scherr*. Das Format einer „virtuellen Diskussion“

zwischen Leuten, die sich aus ihren verschiedenen Theorie-, Kritikmodellen und Verständnissen von Reflexivität aufeinander beziehen, schien uns geeigneter, Leserinnen und Lesern Gelegenheiten zum Einspruch oder Weiterdenken zu bieten, als abschließende „Positionierungen“ und passender zu den nachdenklichen Einzelbeiträgen. Bearbeitet wird die Frage „Haben wir es mit einer Konjunktur von Kritik zu tun oder muss man, besonders in der Sozialen Arbeit, von einer „langen Welle“ sehr unterschiedlicher Kritikformen, Identitätspolitiken und Distinktionspraktiken ausgehen, die das Feld von Reformbeginn begleiteten?“ Die eigenen (Vor-)Annahmen und theoretischen Bezüge der Diskutant*innen wurden im Muster von „dichten Beschreibungen“ einander gegenüber gestellt; die Gelegenheit der Diskussion wurde auch genutzt, die je eigenen Begrifflichkeiten in die der anderen zu „übersetzen“. Sehr skeptisch haben die Beteiligten die aktuellen Bedingungen der Möglichkeit von Reflexivität und von herrschaftskritischem und radikalem Denken beurteilt. Das wird im Feld der Sozialen Arbeit unter der Bedingung neoliberaler Politikformen noch mehr behindert als in dem von Wissenschaft und Ausbildung. Das Interessante an der Diskussion liegt vielleicht weniger in den bekannten Gründen und den Begründungen der prekären Zukunft von Praxen der Kritik. Die Diskutant*innen legen dar, dass die Praktizierung gewohnter (wissenschaftlicher, professioneller und politischer) Tätigkeiten, also „Kritik – Reflexivität – Radikalität“ dazu beitragen, Bedingungen der Möglichkeit, „Gesellschaft“ anders zu tun, erhalten. Das von Albert Scherr, Helga Cremer-Schäfer, Fabian Kessl und Michael May vorgeschlagene Spektrum reicht von Praktiken der (Selbst-)Reflexivität in der Wissenschaft, über unterstützende gleichwohl Differenz und Verschiedenheit anerkennenden Arbeitsbündnissen zwischen „Theorie und Praxis“ bis zu einem Komplex von Arbeitsbündnissen intellektueller Arbeit, die dem bisher „Nicht-Identisch-Gemachten“ von Subjekten gesellschaftlich zur Sprache verhilft – als ersten Schritt zu anerkennenden Beziehungen – wie sie eine dialogisch zu entwickelnde „Politik des Sozialen“ und „Pädagogik des Sozialen“ voraussetzen und (hoffentlich) ermöglichen können.

Sue White und David Wastell stellen die Figur des „Trickster“ vor und bieten den „klugen Schelm“ als eine Metapher für „reflexive Professionelle“ an. Es geht darum, das Vertraute fremd zu machen, sich in die Position des Nicht-Wissens zu versetzen, um fähig zu werden (oder zu bleiben) über sich selbst und andere „Geschichten“ in „lebendiger Sprache“ zu erzählen. Die Metapher des „Trickster“ dient der Autorin und dem Autoren zum einen dazu, den Professionellen in der Sozialen Arbeit einen „Spiegel“ zur Verfügung zu stellen, damit sie sich, in aller gebotenen Bescheidenheit für die Schwierigkeiten und Komplexität des Tuns, ihre Alltagsroutinen aufmerksam und selbstkritisch selbst beobachten können. Es geht um die

(Selbst-)Analyse der Sprechhandlungen von Professionellen, d.h. die Art und Weise, wie sie, meist in „finalen Vokabularen“ und „sicher wissend“, d.h. kategorisierend und mit jeweiligen „Schlüsseldiagnosen“ bzw. dominanten Theorien (das Beispiel der Autoren ist die Bindungstheorie) über sich selbst und andere sprechen. Auch um die Überschreitung der Grenzen zu ermöglichen, die machtvolles Wissen und Schlüsseltheorien festlegen, setzen die Autor*innen das schelmenhafte Ironisieren von „praktischen“ Theorien ein: als einen Weg zu zeigen, dass die Dinge auch anders möglich sein könnten. Plädiert wird in der Sozialen Arbeit für die Haltung der „spielerischen Ethnographie“, die es Sozialarbeiter*innen ermöglicht, sich empirisch mit ihren Praxis-Kulturen sowie deren „Evidenz“ auseinanderzusetzen und so dem neuen Managerialismus ein alternatives Paradigma entgegen zu setzen. Und – so schwierig es sein mag – diese Praxis über Lehre zu vermitteln.

Den nahezu inflationären Gebrauch von Reflexivität in den Sozialwissenschaften durch Experten und, schon lange, durch die Kulturindustrie, nimmt *Christine Resch* zum Anlass, den Unterschied zwischen „affirmativer“ und „kritischer“ Reflexivität herauszuarbeiten. Sie diskutiert drei etablierte Begriffsbestimmungen und Tätigkeiten: Erstens den in soziologischen Handlungstheorien dominanten Begriff – Reflexivität als Steuerung, Optimierung und sekundäre Anpassung von Handeln; zweitens die Anwendung der Wissenssoziologie auf das Feld Wissenschaft – Reflexivität als Analyse der wissenschaftlichen Produktionsbedingungen; bei Analysen des methodischen Vorgehens unterscheidet Christine Resch drittens zwischen Fragen, die sich mit dem Ziel der Methodenperfektion auf „Verzerrungen“ und „Fehler“ durch Forscherinnen beziehen und einer Methodenforschung, die Forschungsbeziehungen analysiert. Schließlich wird, in der Tradition der Aufklärung, eine umfassendere sozialwissenschaftliche Perspektive beschrieben: Reflexivität als Analyse der Bedingungen der Möglichkeit eines Phänomens. Die genauere Bestimmung bringt den Bezug zu Analysen der und in der Sozialen Arbeit zum Ausdruck. In der Tradition befreiungstheoretischen Denkens kann unter „kritischer Reflexivität“ die Analyse der herrschaftlichen Verfasstheit aller Interaktionen, Situationen, Institutionen bis hin zu zentralen Vergesellschaftungsformen einer Produktionsweise verstanden werden. Als „Übersetzung“ der abstrakten und theoretischen Bestimmung von Reflexivität in Fragen einer (methodischen) Interpretation und eines (intellektuellen) Verstehens wird die „Analyse von Arbeitsbündnissen“ zwischen Forschungsmaterial und Interpretinnen angeboten.

Der Abolitionismus als eine Praxis radikaler Kritik einzelner Herrschaftstechniken (Sklaverei, institutioneller Rassismus, Apartheid, Zwangsregelmentierung der Prostitution, Todesstrafe, Gefängnis und Lager) steht im Mittelpunkt des Beitrags von *Helga Cremer-Schäfer*. Trotz Wahlverwandtschaft zur Bewegung für die

„Abschaffung der geschlossenen Unterbringung“, die in zwei aktuellen Heften der WIDERSPRÜCHE dokumentiert wurden, blieben bis heute die gegenseitigen Bezugnahmen wenig ausgeprägt. Um die Basis für eine (Theorie-)Politik der Abolition zu verbreitern, werden (implizite) anti-hegemoniale Theorien der durchaus moral-unternehmerischen Politik der Abolitionisten rekonstruiert, die sich in anderen sozialen oder professionellen Bewegungen so heute kaum mehr finden. Es folgt eine Skizze, wie Abolitionismus zu einer Denkweise und reflexiven Perspektive erweitert werden könnte: Die wissenschaftliche „abolitionistische“ Arbeit besteht in der Weigerung, an verdinglichenden Begriffen und Theorien mitzuarbeiten und damit „Möglichkeitssinn“ zu entwickeln. Abolitionismus denken heißt, die Möglichkeiten einer Gesellschaft zu denken, auszukommen: ohne Ausschlussregime, ohne Ausschließung durch Einschließung in all ihren Formen, zuerst ohne die Institution Verbrechen & Strafe, ohne institutionelle Diskriminierung durch integrierende Institutionen, ohne eliminatorische und technische Problemlösungsphantasien.

Uwe Hirschfeld denkt über die Gründe nach, dass kritisches Denken zu lernen und zu lehren in der Hochschule erfahrungsgemäß auf Schwierigkeiten und Widerstände stößt – in einer Einrichtung und Veranstaltung, die sich selbst über Kritik und Reflexivität definiert. Unter dem Kürzel „kritische Lehre“ versteht er keine Methode oder gar Didaktik, sondern, mit Bezug auf Gramsci, die „Kritik des Alltagsverstandes“, der es darauf ankommt den Alltagsverstand (in den Begriffen von Gramsci) „einheitlich, homogen und kohärent zu machen“. Was wiederum bedeutet, so die Interpretation von Uwe Hirschfeld, den Alltagsverstand als einheitliches, also allgemeines Bewusstsein Gleicher zu entwickeln, die so zusammenhängend gemeinsam handlungsfähig werden. Analysiert wird die Situation der Lehre daher als ein Konflikt: Eine kritische und somit gesamtgesellschaftlich umfassende Theorie trifft auf einen Alltagsverstand der Studierenden, der nicht so strukturiert ist, sondern so, wie es im Modell der „praktischen Lebensbewältigung“ Sinn macht: nicht-kohärent, nicht-einheitlich, nicht-homogen, nicht-systematisch und selbstreflexiv. Die Bearbeitung der Konfliktsituation (mit einer bedrohlichen Seite für Studierende) stellt keine pädagogisch-technische Aufgabe, sondern eine politische Frage dar: Ein nicht lösbarer, aber auf der Grundlage von Erfahrungsbildung bearbeitbarer Konflikt. Pädagogische Settings müsse man, so Uwe Hirschfeld, glücklicherweise nicht völlig neu erfinden. So bietet das Projektstudium durchaus Ansätze, produktiv mit der Problematik umzugehen, wohl wissend, dass es keine Garantie für kritisches Lernen gibt.

Im Forum fragen *Birgit Meyer und Ulrike Zöller*, Mitglieder des Beirates der Anlauf- und Beratungsstelle Heimerziehung in Baden-Württemberg, wie das Ziel

der Anerkennung, Würdigung und Rehabilitierung der von Heimerziehung Betroffenen realisiert werden kann. Sie schildern zum einen die Erfahrungen der Professionellen (Berater*innen) in der alltäglichen Begegnung mit den ehemaligen Heimkindern – die Erkennbarkeit der Folgen und Wirkungen erfahrener Gewalt. Zum anderen verdeutlichen sie die Kritik der Ehemaligen an der Konstruktion der Anlauf- und Beratungsstelle. Im Ergebnis geht es den Autorinnen um eine Sensibilisierung für und eine Auseinandersetzung mit Beziehungsmacht.

Im zweiten Beitrag des Forums untersucht *Andreas Peuffer* „die Ökonomie des medizinischen Kodierens“. Zu den Zielen und Folgen dieser zentralen und umstrittenen Rationalisierungsmaßnahme des Krankenhauswesens gehört die Verbindung von Verwaltungslogik, betriebswirtschaftlicher und medizinischer Logik (so durch die Maxime der „Erlösoptimierung“ durch „richtiges Kodieren“ der ärztlichen Behandlung und Versorgung durch die Administration von Kliniken). Über die Ökonomisierungsthese hinausgehend untersucht der Teil des Beitrags die Folgen dieser Rationalisierungsmaßnahmen. Andreas Peuffer interessiert besonders der sich neu etablierende Beruf der „Kodierfachkraft“, die die allseits ungeliebte Arbeit des Klassifizierens übernimmt und mit der Übernahme von „dirty work“ nicht zuletzt dem ärztlichen Personal Gelegenheit gibt, zu den „Selbstschädigungen“ durch die Profession keine weitere hinzufügen zu müssen, sondern „dirty work“ delegieren zu können.

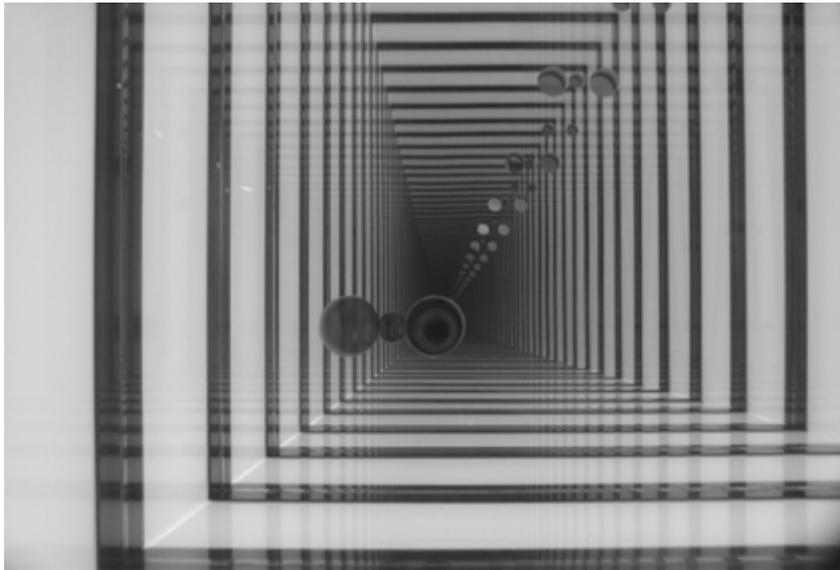
Errata

Im Heft 131 „Wem hilft die Kinder- und Jugendhilfe? II“ sind der Redaktion gleich zwei Fehler unterlaufen, die wir hiermit korrigieren und uns vor allem für die Unaufmerksamkeiten bei den Autor*innen und Leser*innen entschuldigen möchten.

In der gedruckten Fassung des Heftes 131 fehlte der Beitrag von *Birgit Meyer und Ulrike Zöller*, „Die Stimme der Betroffenen. Ehemalige Heimkinder in Baden-Württemberg“. Die Redaktion entschuldigt sich ausdrücklich für die Unaufmerksamkeit, die ausgerechnet einen Beitrag getroffen hat, dem es um die „Stimme der Betroffenen“ geht. Wir veröffentlichen den Beitrag im Forum dieses Heftes.

Bei der Vorstellung des Beitrags von *Marcus Hußmann* im Editorial (S. 5) kann es in Bezug auf die teilgeschlossene und geschlossene Unterbringung selbstverständlich nicht um „wohntnahe Unterbringung“ gehen. Es handelt sich um eine „wohntferne Unterbringung“ von jungen Menschen. Wir bitten diesen Fauxpas zu entschuldigen.

Die Redaktion



Helga Cremer-Schäfer, Fabian Kessler, Michael May & Albert Scherr

Über den Sinn der Streitbarkeit in Fragen von Kritik und Reflexivität Eine virtuelle Diskussion

Die Metapher der einen Spiegel tragenden Eule in der Geschichte des Till Eulenspiegel trifft ganz gut, welchen Sinn und Zweck eine Diskussion über die beobachtbare Konjunktur von Herrschafts- und Gesellschaftskritik in der Sozialen Arbeit und weit darüber hinaus entwickeln kann. Die Eule der Minerva als Metapher legt uns nahe, dass die Weisheit in der Dämmerung kommt, wenn Ereignisse bereits Geschichte und somit nicht mehr veränderbar sind. Liest man Eulenspiegel als Herrschafts- und Gesellschaftskritiker, dann geht es ihm darum, die bestehenden Verhältnisse und die dominanten sozialen Praktiken zu spiegeln, also sichtbar werden zu lassen. Er erscheint dann auch als früher Vertreter des Krisenexperimentes, wie es vierhundert Jahre später Harold Garfinkel vorschlägt und mit Studierenden inszeniert: Eulenspiegel missachtet soziale Normen und Normierungen, um sie aufzudecken, als solche erkennbar zu machen. Vor allem aber lässt sich dann auch über sie nachdenken, über ihre Einflussmächtigkeit, ja sie lassen sich nun potenziell anders denken. Kritik macht Verhältnisse sichtbar, ermöglicht Reflexivität, das heißt die Möglichkeit des Nachdenkens schließt immer mit ein, dass auch die Potenzialität zum Andersdenken besteht.

Die virtuelle Diskussion unter Helga Cremer-Schäfer, Fabian Kessler, Michael May und Albert Scherr stellt sich der Frage der gegenwärtigen Konjunktur von Herrschafts- und Gesellschaftskritik – in der sozialen Praxis von politischen Bewegungen, Initiativen und den Sozial- und Kulturwissenschaften. Konkreter Auslöser ist die Konjunktur der Kritik in und in Bezug auf die Soziale Arbeit. Allen vier Diskutant*innen hat die Redaktion die gleichen Fragen mitgegeben, die sie dann in einer virtuellen, in mehreren Durchgängen geführten E-Mail-Kommunikation über mehrere Wochen hinweg beantwortet und ausgetauscht haben. Ziel der virtuellen Diskussion war es, unterschiedliche Positionen und

Perspektiven hervortreten zu lassen – ohne Zwang zum Konsens. Alle vier Diskutant*innen schreiben, das wurde schnell deutlich, in teilweise gegensätzlichen, teilweise wahlverwandten Begriffen und Theorieperspektiven.

Die vier Fragekomplexe, die den Diskutant*innen aufgegeben waren, umfassen – erstens – Fragen nach zeitdiagnostischen Hinweisen, die die gegenwärtige Präsenz und Konjunktur von Kritik und Reflexivität einordnen und erläutern können; zweitens Fragen nach den eigenen (Vor-)Annahmen und theoretischen Bezügen der Diskutant*innen; drittens Fragen zu (künftigen) Bedingungen der Möglichkeit von Kritik und Reflexivität; schließlich viertens mögliche Folgen von Kritik und Reflexivität. Bezugspunkt für die Diskussion war die gegenwärtige politische wie wissenschaftliche Praxis im Feld und in Bezug auf das Feld der Sozialen Arbeit. Der Horizont der Diskussion war aber keineswegs auf die Konkretisierung der Überlegungen ausschließlich auf diese öffentliche Instanz der Erziehung, Bildung und Sorge beschränkt. Im Laufe der Diskussion wurden die ursprünglichen Fragekomplexe an manchen Stellen aufgesprengt und unterdifferenziert. Deshalb weichen die Fragen im abgedruckten Text teilweise von den gestellten Fragen leicht ab. Zur Nachvollziehbarkeit für die Leser*innen werden die Ausgangsfragen hier nochmals aufgeführt:

Fragekomplex : „Die Ausgangssituation“

- a. Die Rede von der Kritik und der Reflexivität ist auch in den Debatten um Soziale Arbeit so präsent wie schon lange nicht mehr; wie erklärt Ihr dieses Phänomen – nicht nur in der Sozialen Arbeit?
- b. Ist damit eine verstärkte gesellschafts- und herrschaftskritische Positionierung und Praxis der jeweiligen Akteur*innen verbunden? Oder eher ein neuer Distinktionsmodus, in dem sich die Sprecher*innen als moralisch richtig inszenieren?

Fragekomplex 2: „Die Annahme(n)“

- c. Was versteht Ihr unter Kritik und Reflexivität und in welche Denktradition sollte dieses Denken Eures Erachtens gestellt werden?
- d. Dabei stellt sich auch die Frage, ob Ihr den in der Frage unterstellten Zusammenhang von Kritik und Reflexivität so teilt oder nicht.

Fragekomplex 3: „Die Praxis“

- e. Wo seht Ihr aktuell und in naher Zukunft die Orte für Kritik und Reflexivität in und in Bezug auf die Soziale Arbeit und benachbarte Felder?
- f. Was braucht eine kritische und reflexive Praxis in Profession und Wissenschaft/welche Bedingungen der Möglichkeit, welche sozialen Orte, welche Bündnisse sind notwendig?

Fragekomplex 4: „Die Schlussfolgerung(en)“

- g. Welche Konsequenzen hat das Denken um Kritik und Reflexivität für das fachliche Tun in den Feldern der Sozialen Arbeit, für fach- und gesellschaftspolitische Positionierungen und die wissenschaftliche Praxis?

Die Rede von der Kritik und der Reflexivität ist in den Debatten um Soziale Arbeit so präsent wie schon lange nicht mehr; wie erklärt Ihr dieses Phänomen – nicht nur in der Sozialen Arbeit?

Albert Scherr: Die Soziale Arbeit war, jedenfalls seit den 1970er Jahren, durchgängig Gegenstand von Debatten, die kritisch und selbstkritisch nach den Verstrickungen Sozialer Arbeit in die Verfestigung von Ungleichheitsverhältnissen sowie die soziale Regulierung von Normalität und Abweichung gefragt haben. Die zeitweilige Dominanz einer kritischen Perspektive in Theorien der Sozialen Arbeit hat zwischenzeitlich zu einer Situation geführt, in der es eher schwierig schien, auch positiv zu beschreiben, was Soziale Arbeit für ihre Adressat*innen leistet. In Folge neoliberaler Infragestellungen des Sozialstaates hat sich dann die Situation verändert: Nicht mehr die Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Sozialstaat und Soziale Arbeit, sondern die Infragestellung eines sozialstaatlich eingehegten Kapitalismus erweist sich seitdem als das gegenwärtig aktuelle Problem. Diese Veränderung ist Gegenstand vielfältiger Kritik. Vor allem die Zunahme sozialer Ungleichheit, die mit der Finanzkrise offenkundig gewordene Riskanz einer unzureichend regulierten Ökonomie, aber auch das Wissen um die ökologischen Folgen der Wachstumsökonomie motivieren grundsätzliche Gesellschaftskritik, auch an den deutschen Verhältnissen, die sich im internationalen Vergleich noch als sehr harmlose Ausprägung einer Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie darstellen. Bis in die Feuilletons seriöser Tages- und Wochenzeitungen hinein wird solche Kritik als Kapitalismuskritik formuliert.

Die neue Konjunktur der Kritik ist also kein Spezifikum der Sozialen Arbeit und sie hat erkennbare Gründe in gesellschaftlichen Veränderungen, die zu Unzufriedenheit führen und Kritik motivieren. Im Fall der Sozialen Arbeit kommen Verschlechterung der Bezahlung sowie eine gesteigerte Kontrolle der Leistungen hinzu.

Fabian Kessl: In der Tat: „Wo man auch schaut: Kapitalismuskritik ist urplötzlich zur Modeerscheinung geworden“. Mit dieser Einschätzung beginnen auch Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa ihren 2009 erschienen Band „Soziologie – Kapitalismus – Kritik“. Damit spielen die Jenaer Soziologen auf die feuilletonistischen wie wissenschaftlichen Reaktionen an, die die Krisen der finanzmarktkapitalistischen Regime in vielen OECD- Staaten seit 2008 ausgelöst haben. Parallel findet sich spätestens seit Mitte der 0er Jahre in den Debatten um Soziale Arbeit und im Feld ihrer wissenschaftlichen Reflexion

eine wachsende Anzahl von Beiträgen, die explizit die Frage nach einer gesellschafts- und herrschaftskritischen Perspektive aufwerfen. Immerhin hat diese Diskussion bereits im wissenschaftlichen und fachpolitischen Feld zu mehreren Zeitschriftenschwerpunkten, u.a. hier in den *Widersprüchen* oder im österreichischen *Kurswechsel*, und zu ganzen Buchreihen geführt. Außerdem gründen sich auf lokaler Ebene wie bundesweit Assoziationen und Initiativen, die sich in ihrer Selbstbeschreibung als „kritisch“ ausweisen. Der bekannteste Zusammenhang für den bundesdeutschen Kontext ist sicherlich der *Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit* (AKS). Neben dem AKS entstanden in den vergangenen Jahren aber zahlreiche andere lokale und themenspezifische Bündnisse: z.B. die Soltauer Initiative bereits einige Jahre vor dem AKS oder das Bremer Bündnis Soziale Arbeit.

Alle diese Initiativen haben ihre Aktivitäten vor allem in den vergangenen zehn Jahren aufgenommen. Das scheint mir kein Zufall zu sein, denn 2004 traten die so genannten Hartz-Gesetze in Kraft, und damit manifestierte sich das rot-grüne Vermächtnis der so genannten Agenda 2010. Die „aktivierende Sozialstaatspolitik“, die zwar auf Entscheidungen der Vorgängerregierungen in Bund und Ländern zurückgreift – und auch deutlich über die Arbeitsmarktpolitik hinausgreift, wurde unter der Schröder-Fischer Regierung aber vor allem in Bezug auf die Regulierung der Lohnarbeitsverhältnisse etabliert. Und das in einer Weise, die seither die bundesdeutsche Politik und soziale Praxis prägt. Dementsprechend hat sie die Nachfolgerregierung, die große Koalition unter Angela Merkel, auch konsequent weitergeführt. Der Regierungswechsel und damit das Ende der rot-grünen Ära, hat aber zugleich – und das ist nun für unser Thema von größtem Interesse – als Katalysator für die Kritik an den grundlegenden Veränderungen gedient. Unter der Schröder/Fischer-Regierung war die Irritation im rot-grünen Milieu zu groß, dass es gerade die sozialdemokratischen und grün/bürgerrechtlichen Parteien waren, die den Umbau des bisherigen, keynesianischen Wohlfahrtsstaats in einer verblüffenden Konsequenz durchgesetzt haben – im Zusammenspiel mit weiteren europäischen Regierungen, allen voran New Labour unter Blair in Großbritannien. Mit dem sich anbahnenden Regierungswechsel hat sich 2004/05 dann aber die Kritik an der neuen Privilegierung der Vermögenden und der verstärkten staatlichen Regulation und Sanktionierung vor allem der Erwerbslosen positioniert.

Zwar ist der direkte Zusammenhang zwischen den Hartz-Gesetzen und einer Verarmung von Menschen bis heute umstritten, aber spätestens mit dem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005 – ein Instrument, das ja auch rot-grün unter anderem auf Druck der Wohlfahrtsverbände durchgesetzt hatte – war ein deutlicher Anstieg der Armutsquoten auch regierungs-

amtlich dokumentiert. Die bundesdeutsche Gesellschaft bekommt seither ein neues Gesicht, das am medial inszenierten Bild der Bedürftigkeitsschlangen vor den Tafeln symbolisiert wird: Die Armennothilfe, die viele Jahre nur (noch) auf einzelne Gruppen, wie obdachlose Menschen oder Flüchtlinge begrenzt war, zieht seither wieder in die deutschen Städte ein. Tafeln, aber auch Sozialkaufhäuser, Lebensmittelausgaben und Kleiderkammern werden nicht nur zu einem zweiten Sicherungssystem, neben den sozialrechtlichen Leistungen, sondern sind längst mit diesem verschwistert. Selbstverständlich verweisen viele Jobcenter ihre „Kunden“ an die lokalen Tafeln oder greifen auf niedrigschwellige Angebote wie die kostenlosen Spenden von lokalen Lebensmittelausgaben zurück. Zeitgleich nehmen die Vermögen der reichsten Deutschen in eine Weise weiter zu, die international ihresgleichen sucht.

Die jüngste Praxis der Kritik – in der Sozialen Arbeit, wie in vielen anderen Feldern – stellt also keine historisch zufällige Erscheinung dar, sondern verweist auf die Bedingungen ihrer Möglichkeit. Es ist kein Zufall, dass wir seit einigen Jahren wieder von Gesellschafts- und Herrschaftskritik und auch von „Kritischer Sozialer Arbeit“ oder einer „Kritik der Sozialen Arbeit“ lesen, hören und sprechen. Eine Quelle der gegenwärtigen Praxis der Kritik ist der veränderte Finanzmarktkapitalismus, die gegenwärtige Formation des Postfordismus, wie die Regulationstheoretiker*innen sagen würden, die unter rot-grün konsequent in eine entsprechende Regulationsweise umgesetzt wurde, den so genannten „aktivierenden Sozialstaat“. Die Erfahrungen mit diesen veränderten Lebens-, Arbeits- und Sozialisationsbedingungen hat Kritik, kritische Praxis, dynamisiert.

In den Feldern Sozialer Arbeit wurden die beschriebenen ökonomischen und politischen Entwicklungen noch vor dem Hintergrund weitreichender organisationaler und konzeptioneller Neujustierungen wahrgenommen. Akteur*innen versuchten sich daher zunehmend einen Begriff zu machen von dem, was sie in den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit beobachten oder/und erleben: Wie kommt es dazu, dass in der Sozialen Arbeit ein managerieller und kommodifizierender, das heißt marktformiger Umbau der Organisationen, eine Stratifizierung und damit verbundene Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse auf Seiten der Mitarbeiter*innen und eine massiv zunehmende soziale Ungleichheit und damit verbundene Ausschließungen auf Seiten der NutzerInnen vorherrscht? Inspiriert sind diese Fragen der Akteur*innen dabei allerdings in sehr unterschiedlicher Art und Weise: Teilweise wird auf Basis einer bestimmten Vorstellung von Professionalität argumentiert, teilweise aus einer spezifischen ethischen Perspektive, teilweise mit Verweis auf die Alltagsbedingungen von

Nutzer*innen und Adressat*innen, teilweise mit Bezug auf die Beschäftigungsbedingungen der Fachkräfte. Das verweist noch auf eine weitere zweite Quelle der gegenwärtigen Praxis der Kritik: Die Auseinandersetzungen, die sich in den Debatten um eine Kritische Soziale Arbeit und/oder eine Kritik der Sozialen Arbeit ebenso einlagern wie in parallelen Diskussionen um eine kritische Soziologie und eine Kritische Theorie bzw. soziale und politische Bewegungen, drehen sich auch darum, was unter der jeweiligen wissenschaftlichen bzw. theoretischen und politischen Positionierung und Perspektive zu verstehen ist.

Michael May: Zweifellos haben in den letzten Jahren an vielen Orten in der Bundesrepublik die Arbeitskreise *Kritische Soziale Arbeit* eine Wiederauferstehung bzw. Neubelebung erfahren. Und nach wie vor scheint es möglich, an verschiedenen Hochschulen als Kritiker Sozialer Arbeit einen Ruf auf eine Professur zu bekommen. Ich bin jedoch sehr vorsichtig, wenn es darum geht, eine entsprechend neue Tendenz zu konstatieren. In der vierten, völlig neu bearbeiteten Auflage des „Handbuch Soziale Arbeit“, das ja für sich beansprucht, den Diskussionsstand in Profession und Disziplin breit zu bündeln, findet sich zumindest kein eigener Beitrag zu *Kritik* oder *Kritischer Sozialer Arbeit*, während in der vorhergehenden Handbuch-Version Timm Kunstreich noch über „kritische Theorie/historischer Materialismus“ schreiben durfte. Im Unterschied zu den Einträgen zu *Reflexivität* im Sachregister des neuen Handbuches halten sich die zu *Kritischer Sozialer Arbeit* sehr in Grenzen. Aber vielleicht ist dies auch nur dadurch zu erklären, dass der aktuelle kritische Trend für die Neuauflage des Handbuchs schon zu spät kam. Und möglicherweise ist dies auch ein Grund, warum sich in Tholes *Grundriss Soziale Arbeit* ebenfalls weder ein eigener Beitrag zur *Kritik Sozialer Arbeit* noch zu *Kritischer Sozialer Arbeit* findet, obwohl zweifellos einige der Beiträge auf kritische Traditionen Bezug nehmen.

Offensichtlich scheint es in der Disziplin gegenwärtig sogar trendy zu sein, Foucault und Bourdieu zu zitieren. Und selbst die Arbeit vieler AKs *Kritische Soziale Arbeit* scheint sich meiner Kenntnis nach sehr stark auf die Lektüre und Diskussion von Foucault und seiner Rezeption im Diskurs um Soziale Arbeit zu konzentrieren. Albert steht in unserer Diskussionsrunde ja für den auch nicht zu übersehenden Diskursstrang, Luhmanns Systemtheorie für kritische Analysen fruchtbar zu machen. Andere Traditionslinien von Kritik, die an eine undogmatische Marxrezeption anknüpfen, wie ich sie in unserer Diskussionsrunde zu repräsentieren versuche, drohen demgegenüber nach meiner Wahrnehmung eher in Vergessenheit zu geraten, obwohl sie nach meiner Einschätzung im Hinblick auf Kritik, Reflexivität, analytisches Potenzial und Methodologie mit gerade

gehypten neueren Moden kritischer Analyse und Theoriebildung nicht nur mithalten können, sondern ihnen gegenüber zum Teil sogar Vorzüge besitzen, was in unserer Diskussion ja erst noch zu belegen wäre.

Albert Scherr: Das sehe ich etwas anders. Ich finde an der neu erwachten Kritik vor allem drei Sachverhalte irritierend: *Erstens* sind Varianten einer Wiederbelebung von Gesellschaftskritik in der Form von Kapitalismuskritik zu beobachten, welche die zahlreichen Probleme der Marxschen Kapitalismustheorie – der Werttheorie, der Klassentheorie, der Staatstheorie, der Geschichtsphilosophie – weitgehend ausblenden und mit der Berufung auf Marx oder die Kritische Theorie glauben, eine sichere Grundlage der Gesellschaftsanalyse beanspruchen zu können. Insbesondere aber besteht das Problem der aktuellen Kapitalismuskritik darin, dass sie ohne Revolutionshoffnungen auskommen muss, also unklar bleibt, worauf die Kritik zielt, wenn mehr gemeint sein soll als das klassische sozialdemokratische Konzept einer staatlich-rechtlichen Begrenzung der gesellschaftsweiten Durchsetzung ökonomischer Prinzipien. *Zweitens* kann nicht ignoriert werden, dass wir in einer Gesellschaft leben, die sich an die Existenz von Kritik, auch radikaler Kapitalismuskritik, längst gewöhnt hat. Kritik müsste sich also stärker als üblich fragen, auf welche Wirkungen sie setzt, wenn es um mehr gehen soll, als akademische Selbstvergewisserung über den eigenen kritischen Gestus. Daran, dass Kritik – und dies nicht in ihrer rechtspopulistischen, nationalistischen Variante – zur materiellen Gewalt wird, indem sie die Massen ergreift, dürfte wohl niemand mehr glauben. Und die historischen Erfahrungen lassen auch erhebliche Zweifel daran aufkommen, ob das wünschenswert wäre. An wen adressiert sich Kritik also und was glaubt sie, bewirken zu können? *Drittes* ist das Verhältnis der Kritik zur Sozialen Arbeit klärungsbedürftig. Soll es um eine Kritik gehen, die auf eine generelle Entlarvung Sozialer Arbeit als Mittel der Macht- und Herrschaftssicherung setzt, wie es einige Beiträge aus dem Kreis des AKS nahe legen? Oder nur um eine Kritik, die dazu beitragen will, dass Soziale Arbeit sich gegen Versuche ihrer ökonomischen und politischen Funktionalisierung positioniert und ihr Mandat stärker als Anwaltschaft für die Adressaten bzw. als Solidarität mit den Adressaten bestimmt? Also um ein Unterscheidungsvermögen hinsichtlich der Qualität Sozialer Arbeit? Das ist eine für Theorien der Sozialen Arbeit entscheidende Frage.

Ergänzen möchte ich noch einen vierten Aspekt: Kritische Gesellschaftsanalysen folgen vielfach den Prämissen des methodologischen Nationalismus. Über Begriffe wie Armut und soziale Gerechtigkeit wird dann mit dem Blick auf die deutschen bzw. die mitteleuropäischen Verhältnisse diskutiert. Stellt man dies in

Frage, entstehen erhebliche Schwierigkeiten, da sich dann die Maßstäbe erheblich verschieben und sichtbar wird, dass über Soziale Arbeit in Deutschland nicht unabhängig von der internationalen Stellung der deutschen Ökonomie sowie den Strukturen und dem Leistungsniveau des nationalen Wohlfahrtsstaates zu reden ist. Für die Soziale Arbeit sind keine Theorien und Konzepte in Sicht, die eine Antwort auf diese Schwierigkeiten geben, also etwa auf die Frage, was ein global gedachtes Konzept sozialer Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit bedeutet.

Michael May: Mir ist nicht ganz klar, auf wen Du, Albert, da anspielst. Das klingt ja wie die alte DDR-Variante von Historischem Materialismus. Marx selbst hat ja nie eine Klassentheorie entwickelt, vielmehr finden sich in der *Deutschen Ideologie* oder dem *Kapital* sehr unterschiedliche Klassenbegriffe. Im Unterschied zu vielen der heutigen, eher verdinglichenden Begriffen – beispielsweise im Anschluss an Bourdieu – war Marx im *Kapital* als (wert)formkonstitutives Strukturprinzip der kapitalistischen Produktionsweise entfalteter Begriff von Klassenverhältnis und selbst der von ihm gemeinsam mit Engels in der Deutschen Ideologie verwendete Begriff von Klassen als einer transepochnalen Kategorie zur Bezeichnung eines die Zivilisation durchziehenden Herrschaftsverhältnisses zwischen abhängig Produzierenden und den sie und ihr Mehrprodukt exklusiv Ausbeutenden zumindest streng relational verfasst. Ebenso wenig hat Marx eine Staatstheorie formuliert, sondern im Gegenteil die von Hegel massiv kritisiert. Dass für ihn die Abschaffung des Staates ein wesentliches Kennzeichen dessen war, was er als Kommunismus bezeichnet hat, wird heute gerne verschwiegen. Vermutlich Recht hast Du mit den Problemen der Marxschen Werttheorie insofern, dass heute die sogenannte „immaterielle Wissensarbeit“, die kaum mehr in Arbeitszeit zu berechnen ist, zum zentralen Faktor der Wertschöpfung geworden ist. Umgekehrt vermögen aber auf der Basis der Marxschen Werttheorie entwickelte mathematische Modelle präziser die gegenwärtigen Entwicklungen zu beschreiben als andere. Ich bin aber kein Ökonom, um dies beurteilen zu können.

Was die von Dir angesprochene Revolutionshoffnung betrifft, so hat sich Marx in seinen kritischen Randglossen ja schon gegen eine – wie er es dort polemisch genannt hat – „Revolution von politischer Seele“ gewendet und stattdessen für praktische Ansätze der Aufhebung von Entfremdung in der Verwirklichung menschlichen Gemeinwesens plädiert. Selbst eine bloß „partielle Reaktion“ – z.B. als „Protestation des Menschen gegen das entmenschte Leben“ – sah er „deswegen auf dem Standpunkt des Ganzen“ bezogen, weil sie sich nicht wie das, was er „Revolution von politischer Seele“ nannte, nur gegen die Trennung von Menschen vom Staat als einem bloß abstrakten Gemeinwesen richtet, sondern eine

Aufhebung der Trennung vom wahren Gemeinwesen des Menschen intendiert: dem Wesen lebendiger menschlicher Subjektivität. Selbst für solche „partiellen Reaktionen“ hat er den Begriff von „sozialer Revolution“ geprägt. In der Redaktion der Zeitschrift *Widersprüche* haben wir entsprechende Bemühungen um eine Verwirklichung eines solchen menschlichen Gemeinwesens mit der etwas bescheideneren Kategorie einer *Produzierenden-Sozialpolitik* auf den Begriff zu bringen versucht.

Recht würde ich Dir geben sowohl in Deiner Kritik am methodologischen Nationalismus, die aber ebenfalls sicher nicht als erstes an Marx zu adressieren ist. Und ebenso stimme ich mit Dir überein, dass sich unsere Gesellschaft an radikaler Kapitalismuskritik gewöhnt hat. Ja, in dieser Hinsicht würde ich sogar noch einen Schritt weiter gehen: Schon Horkheimer/Adorno haben in der „Dialektik der Aufklärung“ darauf hingewiesen, dass angesichts des darin von ihnen konstatierten Zusammenbruchs bürgerlicher Zivilisation nicht nur der Betrieb und der Sinn von Wissenschaft fragwürdig würden, sondern Kritik selbst zur Affirmation mutiere. Aus meiner Perspektive kann dies nur dadurch verhindert werden, dass die Produktionsverhältnisse wissenschaftlicher Kritik selbst nicht nur einer Kritik unterzogen, sondern letztlich dialektisch aufgehoben werden.

Helga Cremer-Schäfer: Das ist glaube ich ein guter Punkt, um mich in die Diskussion einzuschalten und diese noch einmal auf die Ausgangsfrage zurückzulenken. Wenn ich die Darstellung von Fabian auf allgemeinere Begriffe bringe, dann beobachten wir gerade, dass sich „kritische Fraktionen“ von Professionellen oder Expert*innen – oft noch während des Studiums – zusammenschließen und einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich öffentlicher als bis vor einigen Jahren als eine kritische Fraktion konstituieren. Sowohl „kritische Disziplinen“ (wie kritische Medizin, kritische Psychologie, kritische Pädagogik, kritische Geographie, kritische Kriminologie) wie disziplinübergreifende kritische Theorie-Perspektiven (wie die feministische und Perspektiven von *gender* und *queer* und *disability* und *cultural studies*), die zur (älteren) Kritischen Theorie und den (älteren) reflexiven Sozialwissenschaften hinzugekommen sind, analysieren die herrschaftlichen Dimensionen der Politiken und Institutionen ihres Feldes. Sie bearbeiten (hoffentlich) die unangemessenen, die affirmativen und die verdinglichenden hegemonialen und Theorien und Begriffe der Wissenschaften, in denen sie arbeiten. Wir beobachten keinen „plötzlichen Ausbruch“ von Protest, kritischem Expertentum und kritischer Wissenschaft. Kritik als Distanzierung und Analyse von Herrschaft war nicht gänzlich verschwunden, aber doch lange ein „randständiges“ Phänomen.

Die seit einiger Zeit verstärkte öffentliche Sichtbarkeit von Kritik hat im konkreten Fall weniger damit zu tun, dass „alles immer schlimmer wird“ bzw. diverse „Krisenphänomene“ sichtbar werden. Weder die Kritik an der Praxis sozialer Arbeit (und der Praxis anderer Institutionen) noch Kritik von wissenschaftlichem Wissen und seinen Produktionsbedingungen richten sich auf neue Aufkündigungen des in der Phase des Fordismus durchgesetzten „impliziten Gesellschaftsvertrags“. Institutionen arbeiten schon lange daran, uns die Figur des „Arbeitskraft-Unternehmers“ als selbstverständlich und notwendig erscheinen zu lassen. Einschneidende Kürzungen von Ressourcen sind erledigt, auch Sozialpolitik arbeitet mit Ausschlussmechanismen: Die Klassenstruktur wird als eine Aufspaltung erfahren. Auf erweiterte Teilnahme an politischen Entscheidungen brauchen wir uns im Rahmen eines strukturellen Populismus keine Hoffnung zu machen. Waren- und Bürokratieförmigkeit bzw. der Umgang damit bestimmen weitgehend den Alltag. Keine soziale Bewegung lässt sich aus Zumutungen der Arbeits- und Lebensbedingungen alleine erklären. Veränderungen müssen von Akteuren als einseitige Aufkündigung eines Herrschaftsverhältnisses (zwischen den Klassen, den Geschlechtern, den Generationen, im Rahmen politischer Autoritätsverhältnisse) erfahren und beurteilt werden. Schon dazu braucht es Ressourcen und einen Lernprozess.

Bezüglich der Bedingungen der Möglichkeit kritischer Praxen und Denkweisen müssen wir ziemlich, aber nicht total pessimistisch argumentieren. Solange die „unerhörten“ bürgerlichen Ideen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit als (uneingelöste) Emanzipierungs- und Befreiungsversprechen angeeignet werden können, sieht es mit den Ressourcen für die Gesellschaftskritik der Leute, die sich als „moralische Empörung über Ungerechtigkeit“ äußert, eigentlich gar nicht schlecht aus. Beurteilungskriterien (ich sage ausdrücklich nicht „Normen“) können auch der durchgesetzten politischen Ökonomie und dem Sozialstaatsregime entnommen und als „implizierter Gesellschaftsvertrag“ von Leuten genutzt werden, Beurteilungskriterien stehen zur Verfügung, aber die Ressourcen, nicht-entfremdete Formen von Kritik und Protest zu praktizieren und diese öffentlich zu machen, sind knapp. Seit längerer Zeit fehlt ja sogar die Ressource „Öffentlichkeit“.

Eine Ressource für die Artikulation von Protest und Kritik in Wissenschaft bzw. Ausbildung scheint noch nicht ganz aufgebraucht zu sein: Hochschulen sind immer noch Arbeits-Orte, an denen, in Nischen zwar, aber immerhin, Kritik der Sozialen Arbeit und kritische Soziale Arbeit sowie kritisches Forschen entwickelt und explizit in Ausbildung und Diskussion eingebracht werden kann. Ich möchte hier stellvertretend auf den Band „Kritische Soziale und Kritik der Sozialen Arbeit“ hinweisen (von Roland Anhorn, Frank Bettinger, Cornelis Hor-

lacher und Kerstin Rathgeb), weil wir alle mit von der Partie waren. Wenn es um Gesellschafts- und Herrschaftskritik geht und um Analysen sozialer Arbeit in diesem Rahmen, dann stehen uns nicht viele herrschaftskritische Denkweisen bzw. einzelne Denkfiguren zur Verfügung. Aber man kann, insbesondere aus (älteren) Denktraditionen, etwas machen. Wenn wir ihren historischen Kern reflektieren und damit ihre „Aktualität“ rekonstruieren, stehen der Entwicklung von kritischer Wissenschaft beachtliche Ressourcen zur Verfügung, die Gesellschaft, in der wir leben, und die Herrschaftsinstitutionen bzw. die Wissens- und Kategorisierungssysteme, an denen wir mitarbeiten, zu analysieren.

*Ist mit den Entwicklungen, die Ihr am Beispiel der Sozialen Arbeit beschreibt, eine verstärkte gesellschafts- und herrschaftskritische Positionierung und Praxis der jeweiligen Akteur*innen verbunden? Oder eher ein neuer Distinktionsmodus, in dem sich die Sprecher*innen als moralisch richtig inszenieren?*

Michael May: Um die Praxis *Kritischer Sozialer Arbeit* beurteilen zu können, scheinen mir noch nicht genügend empirische Befunde vorzuliegen. Vor dem Hintergrund des Einblickes, den ich durch Praxisberichte von Studierenden sowie Feldforschung habe, beschränkt sich *Kritische Soziale Arbeit*, wie ich sie verstehe und worüber – Albert hat es ja schon angesprochen – wir ja noch zu reden haben, nicht nur auf diejenigen, welche sich in entsprechenden AKS organisieren und engagieren. Umgekehrt sind vermutlich nicht alle Mitglieder solcher AKS aufgrund der Produktionsverhältnisse, unter denen sie beruflich arbeiten müssen, in der Lage, *Kritische Soziale Arbeit* zu verwirklichen.

Michael Winkler hat einmal in einem Kommentar zu sozialpädagogischer Forschung und Theorie die These gewagt, dass Theorien für Professionelle häufig geradezu den Charakter eines Dogmas einnehmen würden, entschieden sie doch nur, woran sie glauben wollen und stellten nicht in Frage. Diese Aussage scheint mir jedoch auch für viele Angehörige der Disziplin zu gelten. So finden auch im disziplinären Kontext Sozialer Arbeit hauptsächlich Rezeptionen von Theorien und Analysen statt. Das gilt auch für solche mit kritischem Anspruch. Bloße Rezeption fällt jedoch noch hinter den seinerseits auf einen explizit männlich verengten Vernunftbegriff reduzierten Kantschen Kritizismus zurück, der aber immerhin schon beanspruchen konnte, nicht nur den Empirismus, sondern auch den Dogmatismus des Rationalismus überwunden zu haben.

Ich hatte ja schon darauf verwiesen, dass aus meiner Perspektive – mit der ich mich, glaube ich, von Euch anderen unterscheide – zur (Wieder-)Gewinnung eines die Gesellschaft auch erreichenden kritischen Potenzials, die Produktions-

verhältnisse wissenschaftlicher Kritik dialektisch aufzuheben sind. Zum Teil aber werden diese Produktionsverhältnisse nicht einmal kritisch bezüglich ihres Einflusses reflektiert, den sie auf die wissenschaftliche Analyse selbst ausüben und damit notwendigerweise auch ihren kritischen Anspruch begrenzen. Marx und Engels haben der – wie sie es nennen – „kritischen Kritik“ vorgeworfen, bei ihr reduziere sich der Umgestaltungsakt der Gesellschaft auf ihre Hirntätigkeit. In gewisser Weise trifft dies auch heute ein auf wissenschaftliche Analysen reduziertes Selbstverständnis von Kritik, wie es in kritischer Theoriebildung vorherrscht, die an die Luhmannsche Systemtheorie anschließt, aber auch einigen machtanalytischen Spielarten.

Wenn im Wörterbuch der Gebrüder Grimm zu lesen ist, dass die philologische Kritik vorzugsweise Kritik schlechthin heiße, dass es aber namentlich auch im politischen Leben Kritik gibt, wobei auch dort das Wort den Anklang streng wissenschaftlicher Tätigkeit mit sich bringe und eben dem seine Beliebtheit verdanke, dann gilt dies in gewisser Weise auch für diese, wie auch noch einige weitere Theorien und Analysen Sozialer Arbeit mit kritischem Anspruch. Als rein disziplinäre Kritik erschöpfen sich diese nur allzu häufig in Philologie. Auch gerät Kritik, die ihre Wissenschaftlichkeit hervorkehrt, dadurch in eine Paradoxie, dass sie sich zwar einerseits mit der von ihr beanspruchten wissenschaftlichen Autorität gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen gegenüberzustellen vermag. Zugleich aber bleibt sie damit selbst in dem Maße in einem Herrschaftsverhältnis gefangen, als sie zumindest implizit darzustellen hat, dass diese Kritik in ihrer wissenschaftlichen Besonderheit durch andere nicht herstellbar wäre. Wenn Marx und Engels der „kritischen Kritik“ vorgeworfen haben, sie müsse beständig den Gegensatz zwischen sich und der Masse, der Dummheit, erzeugen, dann reproduziert sich dies bis heute zumindest implizit in all jener Kritik, die auf ihre wissenschaftliche Autorität pocht. Zudem zeigt sich an der im Anschluss an die Luhmannsche Systemtheorie formulierten Kritik meiner Ansicht nach besonders deutlich, dass, wenn sich Kritik als wissenschaftliche an der „Sache der Logik“ ausrichtet, sie – wie Marx in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ darlegt – die „Logik der Sache“ zu verfehlen droht. Darüber aber werden wir im Folgenden sicher noch zu diskutieren haben.

Albert Scherr: Um zunächst direkt auf Michaels Positionierung zur „kritischen Kritik“ und Luhmann zu reagieren: Was die Luhmannsche Theorie zu einer kritischen Analyse Sozialer Arbeit beiträgt, habe ich dargelegt und bin in der 2. Auflage des Buches auch nochmal darauf eingegangen, worin ich deren Vorteile gegenüber der Marxschen Theorie sehe. Aktuell bereite ich einen Sammelband

über ‘Systemtheorie als kritische Theorie’ vor. Die einschlägigen Argumente, die eine kritische Beanspruchung der Luhmannschen Differenzierungstheorie begründen, kann ich hier nicht in wenigen Worten zusammenfassen. Das Argument, dass Luhmann die „Logik der Sache“ verfehlt, leuchtet mir jedoch nicht ein.

Michael May: Der Streit darum, ob Hilfe oder Soziale Arbeit ein eigenständiges gesellschaftliches Funktionssystem ist und wenn ja, welches denn dann der entsprechende binäre Code sei, hat doch wohl mit der „Logik der Sache“, wie Soziale Arbeit in unserer Gesellschaft geleistet und organisiert wird, so gut wie nichts zu tun, wie überhaupt zwar Computer einer binären Logik – 0/1 bzw. ein/aus – folgen, aber diese binäre Logik doch nicht auf soziale und gesellschaftliche Phänomene zu übertragen ist.

Albert Scherr: Nur am Rande angemerkt: Die Unterscheidung Kapital/Lohnarbeit folgt auch einer binären Logik und die Frage, ob Soziale Arbeit als eigenständiges Funktionssystem oder aber als Bestandteil des Wohlfahrtsstaates verstanden werden kann, ist durchaus wissenschaftlich sowie politisch relevant. Denn die Annahme eines eigenständigen Funktionssystems Soziale Arbeit überschätzt systematisch den Grad der Autonomie Sozialer Arbeit gegenüber politischen und rechtlichen Vorgaben.

Möglicherweise besteht die zentrale Differenz jedoch in folgendem Punkt: Die Funktion wissenschaftlicher Kritik besteht meines Erachtens in der Tat zentral in der wissenschaftlichen Kritik von wissenschaftlichen Theorien sowie von politischen Realitätskonstruktionen, von Dogmen und alltäglichen Mythen. Bei Norbert Elias findet sich als Kennzeichnung der Aufgabe wissenschaftlicher Kritik der treffende Begriff des „Mythenjägers“. Eine darüber hinausgehende Kritik als Praxis, also die direkte gesellschaftspolitische Positionierung und das politische Engagement sind davon zu unterscheiden. Einen direkten Zusammenhang zwischen beiden Ebenen der Kritik sehe ich nicht. Insofern ist es kein Zufall, dass ich mich mit Menschen auf politische Positionen einigen kann, deren wissenschaftliche Position ich nicht teile, und dass aus wissenschaftlicher Übereinstimmung nicht notwendig auch ein politischer Konsens folgt. In der Tradition des Marxismus wird die Kluft zwischen wissenschaftlichen Einsichten und politischen Entscheidungen meines Erachtens zu stark eingeebnet.

Michael May: Er behauptet schlicht – und dem schließe ich mich an –, dass in einer – wie es wohl systemtheoretisch ausgedrückt würde – „kontingenten“ –

ich bevorzuge nach wie vor den Begriff „historischen“ – sozialen Welt nichts weniger als eine hoffentlich veränderte Praxis über den Wahrheitsgehalt wissenschaftlicher Theorien entscheidet.

Albert Scherr: Ich will noch mal auf den Distinktionsmodus zurückkommen: Dass mit dem Streit um die richtige, konsequent kritische, wirklich radikale Position immer auch Distinktionsspiele verbunden sind, ist meines Erachtens offenkundig und auch kaum zu vermeiden. Das gilt nicht nur, aber auch an den Hochschulen. Schließlich ist der akademische Betrieb in einem sehr hohen Maß von der Konkurrenz um Reputation und Aufmerksamkeit bestimmt. Zudem ist ja nun jede/r, der sich an den einschlägigen Debatten beteiligt, auch der Überzeugung, dass seine/ihre Argumente im Zweifelsfall die besseren sind und deshalb besondere Beachtung verdienen. Meiner Erfahrung nach gelingt es denjenigen, die sich als links und kritisch begreifen, nicht besonders gut, individuell subjektiv aus solchen Konkurrenz- und Abgrenzungslogiken auszubrechen und diese sozial zu überwinden. Erklärbar ist dies zu einem Teil dadurch, dass es eben ziemlich viel an Anpassung an diese Logiken braucht, um im akademischen Betrieb erfolgreich zu sein.

Außerhalb der Hochschulen sind in der Sozialen Arbeit zwei gegenläufige Tendenzen zu beobachten: Einerseits eine sehr angepasste Soziale Arbeit, die sehr auf die Vermeidung von Konflikten mit politischen Entscheidungsträgern und Geldgebern achtet. Andererseits aber auch lokale und überregionale Zusammenhänge, die eine solche fachliche Positionierung vornehmen, die vor deutlicher Kritik politischer und rechtlicher Vorgaben nicht zurückscheut. Im Übrigen ist eine generelle Gesellschafts- und Herrschaftskritik, was immer genau darunter zu verstehen ist, zweifellos nicht fachliches Mandat der Sozialen Arbeit, sondern eine Frage der politischen Positionierung von Sozialarbeiter/innen als Bürger/innen und der Organisationen, in denen sie aktiv sind.

Helga Cremer-Schäfer: Die Frage, ob die Soziale Arbeit ein politisches Mandat hat, wollen wir doch hier wohl nicht noch einmal aufleben lassen. Als angemessene Benennung für die Debatte darum ist mir schon in dem damaligen Sammelband von Roland Merten nur das Wort „Disput“ eingefallen: Disputanten versuchen (Fach-)Öffentlichkeit zu mobilisieren und sie für ihre Position und Normsetzung zu gewinnen. Bei dieser „Hinterbühne“ gerät die „Vorderbühne“, die Analyse und Diskussion der eigenen Verstricktheit in Herrschaft, aus dem Blick. Zu Fragen wie: „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Innerhalb welcher Staatsform arbeiten wir? Welche Relevanz kommt der Sozialen Arbeit

als Institution zu und welche Anerkennung (Lohn?) stünde den Professionellen dafür zu? Was sind die gesellschaftlichen Funktionen der Sozialen Arbeit?“ Vielleicht später mehr. Ich will in der ersten Diskussionsrunde noch einmal versuchen, die aktuellen Kritik-Formen einzuschätzen. Falls es Sinn macht, eine Trendaussage zu treffen, würde ich, zumindest im Bereich der Sozialen Arbeit und der Sozialpolitik, von einer Protestbewegung (angehender) Professioneller dieses Bereichs ausgehen. Wie weit die Kritik geht, in welchem Interesse oder welchen transversalen Interessen Protest öffentlich gemacht wird, gegen was und welche Unternehmen (und Gewinner) der durchgesetzten neoliberalen Produktionsweise sich Kritik, Zorn und Protest richten, das würde eine genauere Eruierung und Vernetzung erfordern. Zum Wissenschaftsbetrieb gehört, dass wir als „akademische Branche“ wahrscheinlich (fast) alle kaum Zeit und Muße finden, dies zu tun – und doch verpflichtet wären, unsere Kriterien und Beobachtungen zurück zu spiegeln und zu diskutieren. Dazu soll ja auch der Heftschwerpunkt dienen.

Politische und wissenschaftliche Debatten werden kontinuierlich von verschiedenen Varianten des „Bazillus Academicus“ geplagt – auch von den angesprochenen Distinktionsstrategien. Aber selbst wenn das Adjektiv kritisch derzeit nur im Rahmen von Distinktionsstrategien oder von Identitätspolitik relevant würde, das beunruhigte mich vorläufig nicht besonders. Eine Situation, in die Selbstbezeichnungen als Kritik und kritisch verpönt sind und daher vermieden werden, beunruhigt dagegen schon. Reflexivität wird nach meiner Beobachtung sehr viel stärker als Kritik für „Distinktionsgewinne“ eingesetzt. Daher sind Differenzierungen von Kritik und Reflexivitätsformen angebracht. Verschiedenes muss auseinandergehalten werden, und dies in einer Art, Hierarchiebildung von Wissensformen und Praktiken zu vermeiden, bei der sich „wissenschaftliche Kritik“ an die Spitze der Auf- und Abgeklärtheit befördert. Sie muss sich natürlich auch nicht entwerten lassen.

Fabian Kessl: Interessant ist auf alle Fälle, um unsere Diskussion vielleicht wieder etwas deutlicher auf die uns gestellte Frage zu beziehen, dass viele der Stimmen der Kritik in Bezug auf die Soziale Arbeit, die wir in den vergangenen Jahren hören, aus der Welt der Akademien, also der Hochschulen, kommen: Nicht nur die vorgelegten systematischen Reflexionen werden verständlicherweise von Wissenschaftler*innen vorgelegt, sondern auch die sichtbaren Impulse zur Neugründung des AKS, die Wiener Erklärung zur „Ökonomisierung der Sozialen Arbeit“ oder der Impuls zu kritischen Bündnissen in Hamburg und Bremen kamen zumeist von Vertreter*innen der Akademie – oder wurden von

diesen explizit mit unterstützt. Insofern ist die Frage durchaus naheliegend, ob hier nicht eher die Logik der Distinktion, die das akademische Feld ja entscheidend prägt, beobachtbar ist. Als Kritiker*in kann ich schließlich eine Differenzmarkierung setzen und damit einen Innovationsgewinn für mich verbuchen, so könnte man diese Haltung beschreiben. Doch so einfach ist es nicht. Denn die Einnahme einer Position der Kritik ist für manche und immer wieder eine Distinktion, die prekär ist: Sie kann dazu führen, dass der/die Kritiker*in aus hegemonialen Positionen heraus deutlich in institutionelle Schranken verwiesen wird, dass ihr/ihm ggf. sogar Sanktionen drohen. Insofern gilt noch immer: Gesellschafts- und Herrschaftskritik kann Konsequenzen haben, die für den/die Kritiker*in unangenehm werden können. Zugleich ist allerdings zu beobachten, dass die marktförmige Umstrukturierung der Hochschulen mancher kritischen Position insofern auch funktional dienlich ist, als sie ihr einen Freiraum verschaffen kann, solange diese zum Beispiel mit der erfolgreichen Einwerbung von Drittmitteln verkoppelt wird oder eine öffentliche Aufmerksamkeit erlangt, die auf die Herkunftsinstitution zurückstrahlt. Denn Inhalte sind der managerialisierten Universität solange egal, solange sie sie nicht zu Konkurrenzverlusten führen. Außerdem ist die Akademie in den vergangenen Jahren an einigen Stellen zu einem Ort geworden, den gerade auch diejenigen aufsuchen, die sich einer gesellschafts- und herrschaftskritischen Perspektive verpflichtet sehen: Sowohl auf der Ebene der Hochschullehrer*innen als auch auf der Ebene von Doktorand*innen findet sich eine Gruppe, die die Akademie als Ort der gesellschafts- und herrschaftskritischen Vergewisserung aufsucht: In den 2000ern sind nicht zuletzt eine ganze Reihe von Professuren in der Sozialen Arbeit – aber auch der Erziehungswissenschaft insgesamt, der Soziologie oder anderen Feldern wie der Humangeographie – mit Personen besetzt worden, die sich dem Selbstbild nach und/oder in ihren Theoriebezügen einer kritischen Position verpflichtet sehen. Gleiches gilt für die Gruppe der Doktorand*innen. Hier tut sich ein Widerspruch auf: Hochschulen, gerade auch Universitäten, sind Anfang des 21. Jahrhunderts von einem „akademischen Kapitalismus“ geprägt, um es mit der Formel von Richard Münch zu formulieren, der den Alltag der Akademie seit Ende der 1990er Jahren ebenso deutlich verändert hat, wie das die Reformen im Bildungs- und Sozialbereich insgesamt getan haben. Für die Hochschulen gilt: Die so genannte Bologna-Reform, die massive Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen auf der Ebene des akademischen Mittelbaus und die Etablierung einer Exzellenzpolitik sind Stichworte für diesen grundlegenden Transformationsprozess. Interessant ist aber, dass sich trotz des veränderten Kontextes Akteur*innen einen Platz in der Akademie suchen, die eine Praxis der Kritik

befördern wollen. Das hat meines Erachtens mindestens folgenden Grund: Die Möglichkeit, Dinge auf einen (kritischen) Begriff zu bringen, ist noch immer im Rahmen der wissenschaftlichen Qualifikationsstufe einer Promotion relativ gut zu realisieren, wenn die Betreuer*innen das zulassen und eine Existenzsicherung gelingt. Insofern wäre es vorschnell, diesen Positionen Distinktion vorwerfen zu wollen. Das soll aber nicht ausschließen, dass auf der Welle „Kritik“ auch Positionen surfen, die keineswegs dem Kriterium einer Gesellschafts- und Herrschaftskritik genügen, das wir weiterhin anlegen sollten.

Was versteht Ihr unter Kritik und Reflexivität?

Albert Scherr: Zu dieser Frage habe ich mich wiederkehrend geäußert, auch in dieser Zeitschrift (Annäherungen an Kritikbegriffe einer kritischen Sozialen Arbeit. In: Widersprüche, H. 100/2006, S. 169-178), und möchte diese Überlegungen hier nicht einfach wiederholen, sondern nur auf zwei Aspekte kurz eingehen.

Zentral ist es, zwischen wissenschaftlicher Kritik und politischer Kritik zunächst zu unterscheiden. Das heißt nicht, dass diese Formen der Kritik nicht miteinander verbunden werden können, sondern nur, dass sie nicht identisch sind. Wissenschaftliche Kritik ist, vereinfacht formuliert, die Kritik an Behauptungen mit den Argumenten, dass diese empirisch nicht belegbar sind und/oder auf entweder unzureichend begründeten oder inkonsistenten Annahmen beruhen, und/oder aber – das wäre dann Ideologiekritik – funktional für die Aufrechterhaltung von Machtverhältnissen sind, indem sie zu deren Begründung und Legitimation beitragen. Politische Kritik ist im Unterschied dazu durch die Entgegensetzung zu bestimmten Formen und Projekten der Machtausübung gekennzeichnet. Solche politische Kritik kann auf Wissenschaft Bezug nehmen. Ihr Motiv ist aber gewöhnlich nicht die Frage nach der wissenschaftlichen Wahrheitsfähigkeit von Aussagen, sondern die Unzufriedenheit mit bestimmten Zuständen und das Interesse an ihrer Veränderung. Die Beziehung zwischen beiden Formen der Kritik ist – anders als es in der älteren kritischen Theorie angenommen wurde – nicht eindeutig, denn der Glaube, dass die wissenschaftliche Wahrheit eine zwingende innere Verbindung mit emanzipatorischen Formen der politischen Kritik hat und umgekehrt, ist nicht gut begründbar. Dies gilt, wie man seit Foucault wissen kann, einerseits aufgrund der Machtwirkungen wissenschaftlichen Wissens. Eine andere Dimension der Problematik lässt sich z.B. am Fall der Menschenrechte verdeutlichen: Wenn, auch in der Sozialen Arbeit, die Menschenrechte als Grundlage von Kritik beansprucht werden, dann geht es darum, ein nicht vernünftig bestreitbares normatives Fundament zu reklamieren, z.B. das Asylrecht als Grundlage

der Kritik von Abschiebungen. Befasst man sich nun wissenschaftlich mit den Menschenrechten, dann zeigt sich schnell, dass diese erheblich weniger Gewissheit anzubieten haben, als immer wieder unterstellt wird. Wissenschaftliche Kritik kann folglich – nicht nur in diesem Fall – politische Kritik entmutigen, statt ihr Rückhalt zu bieten. Ich halte es persönlich deshalb für einen wichtigen Ratschlag, das eigene Engagement nicht allein an dem auszurichten, was wissenschaftlich hinreichend begründet werden kann oder wissenschaftlicher Kritik standhält.

Unter Reflexivität verstehe ich den Versuch, die Voraussetzungen des eigenen Denkens zu hinterfragen, also keine Gewissheiten als gegeben hinzunehmen. Dies gilt insbesondere für die fraglos-selbstverständlichen Annahmen des *common sense*: Sozialwissenschaftliche Reflexivität besteht zentral darin, Annahmen zu hinterfragen, die außerhalb der Wissenschaften nicht hinterfragt werden können. Zur Verdeutlichung: Dass es sinnvoll sei, zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu unterscheiden, und dass es unterschiedliche ethnische Gruppen oder nationale Kulturen gibt, wird gewöhnlich und in folgenreicher Weise angenommen. Wissenschaftliche Reflexivität besteht darin, die Voraussetzungen und die Folgen solcher Annahmen zu hinterfragen.

Helga Cremer-Schäfer: Wenn ich einen allgemeinen Ober-Begriff für kritische Praxen wählen müsste, würde ich mich für „Distanzierung von Herrschaftsarbeit“ entscheiden. Wie alle Diskutanten votiere ich eher für ein Auseinanderhalten von Kritikformen und Formen widerständiger Praktiken, die sich im Alltag der Leute bzw. im Alltag und der Arbeit in gesellschaftlichen Institutionen entwickeln. Ein Ober-Begriff wie „Distanzierung von Herrschaftsarbeit“ ist zwar abstrakt, hat aber den Vorteil, Hierarchien zwischen widerständigen Praktiken des Alltags, skandalisierender, politischer Kritik von Protestbewegungen und wissenschaftlicher Kritik zu vermeiden. Wenn Akteur*innen der Sozialen Arbeit aufgrund von Erfahrungen oder auch aufgrund von Expert*innenwissen „dialogisch“ Vorstellungen entwickeln, wie sich Soziale Arbeit (oder Erziehung oder Sorge etc.) gegen herrschende Prinzipien und Logiken der Institution organisieren ließe und somit der Situation und dem, was Leute als Ressourcen brauchen, angemessener würde – warum sollen wir das nicht kritische Soziale Arbeit nennen? Wenn diesen Praktiken enge Grenzen gesetzt werden – für mich wäre auch die Vorstellungskraft relevant – als Gegenkraft zu einem (allzu) „guten Gewissen“.

In gesellschaftlichen Institutionen (die Wissenschaft eingeschlossen) geht es selten um gänzliche Befreiungen und Abschaffung von Herrschaft, sondern um verschiedene Formen der begrenzten Mitarbeit des Personals an reformierter,

modernisierter und sonst verbesserter Praxis. Bei den Betroffenen und dem Personal geht es um Möglichkeiten von erweiterter Nicht-Teilnahme: um Widerpenstigkeit, Aufsässigkeit, Ausbruchsversuche bis hin zur Widerständigkeit, zu Protest und Kritik von Einrichtungen, die erziehen und disziplinieren, helfen und konformieren, strafen und reglementieren usw.

Eine Differenzierung wie die von Albert vorgenommene in „politische Kritik“ und „wissenschaftliche Kritik“ ist meines Erachtens notwendig, um mittels „reflexiver Kritik“ der praktizierten Wissenschaft beurteilen zu können, was es verdient „kritische Wissenschaft“ genannt zu werden. Der Umtausch von Subjektiv und Adjektiv („kritische Wissenschaft“ statt wissenschaftliche Kritik) ist nicht nur ein Sprachspiel. Das Kritische von Wissenschaft nur an den „Standard“-Wissenschaftsnormen wie Logik, Konsistenz, intersubjektiv nachvollziehbare Begründung zu messen, wäre mir, wie Michael und Fabian es auch ausdrücklich festhalten, zu wenig. Ideologiekritik hinzuzunehmen, die Du, Albert, ja auch zu Deinen Schwerpunkten rechnet, führt schon weiter, wenn sie als „Selbstaufklärung“ von Wissenschaft verstanden wird. Das kontrolliert die Tendenz, auf die Michael hingewiesen hat, einfach nur durch institutionelle Herkunft („wissenschaftlich“), und das heißt „autoritär“, die Überlegenheit von Wissen zu behaupten, das nun wahrlich nicht unter der Bedingung von Herrschaftsfreiheit erzeugt wird. Kritik als *Selbstaufklärung* wäre die Voraussetzung, von einem „(herrschafts-)kritischen“ und einem „(herrschafts-)affirmativen“ Wissenschaftsprojekt zu sprechen, wie Fabian das in der Diskussion formuliert. Ich ziehe inzwischen den Begriff der „Selbstaufklärung“ anderen Komposita (Selbstvergewisserung, Selbstreflexivität) vor, weil damit die Tätigkeiten und der Arbeitsprozess konkretisiert werden. Es kommt aber nicht auf Worte an, sondern auf das, was wir damit benennen.

Albert Scherr: Ich stimme Helga Cremer-Schäfers Argumenten weitgehend zu. Einen Aspekt würde ich stärker akzentuieren: Kritische Wissenschaft ist m.E. zentral dadurch gekennzeichnet, dass die sich auf die Denkweisen und Begriffe, die Bestandteil der Herstellung und der Reproduktion von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sind, nicht voraussetzt, sondern hinterfragt. An Begriffen wie z.B. dem Gewaltbegriff oder dem Flüchtlingsbegriff lässt sich recht einfach zeigen, dass es sich um mächtige Wirklichkeitsdefinitionen handelt. Kritik besteht in der Hinterfragung der Definitionsmacht, die mit der Setzung, den Machtwirkungen und der Durchsetzung solcher Begriffe verbunden ist.

Fabian Kessl: Kritik und Reflexivität sind das Ergebnis von Fragen wie den folgenden, so haben Susanne Maurer und ich das einmal gemeinsam formuliert

– deshalb lass ich in meiner Antwort auf diese Frage auch einmal unsere gemeinsame Stimme sprechen¹: „Welche Art von Wissenschaft kann praktiziert werden, wenn sich wissenschaftliches Denken und Forschen im Kontext Sozialer Arbeit nicht mit den vorherrschenden (hegemonialen) Denk- und Redeweisen ‘verschwistern’ will? Wie kann Wissenschaft in herrschaftskritischer Absicht einen entsprechenden Raum der Potenzialität, einen Raum sozialer Imagination eröffnen? Stellt man solche Fragen, will man sie bearbeiten, dann wird Reflexivität zu einer maßgeblichen Dimension eines (kritischen) Wissenschaftsverständnisses. Wissenschaft wäre dann die systematische Arbeit der Bereitstellung von Erkenntnissen und Analyseinstrumenten – und zwar gerade auch für die Menschen außerhalb der institutionalisierten Wissenschaftslandschaft, um diesen eine eigene wie gegenseitige Aufklärung zu ermöglichen. Ziel dieses Aufklärungsprozesses wäre eine Urteils- und Positionierungsfähigkeit. Letzteres meint auch immer die Fähigkeit zu einem ‘Gegen-(Ver)Halten’, zur Op-Position. Das ist nicht ganz unwichtig, weil erst mit dieser Spezifizierung aus einer allgemeinen Bestimmung von Wissenschaft diejenige einer kritischen Wissenschaft wird.“

Es ist also unseres Erachtens sinnvoll, ein (herrschafts)kritisches von einem (herrschafts)affirmativen Wissenschaftsprojekt zu unterscheiden. Zugleich kann sich ein solches nicht zu sicher sein. Eine solche alternative Positionierung kann also nicht als definitive Gegenposition konzipiert werden. Zwar lässt sich die Bestimmung einer Haltung der radikalen Reflexivität als Ermöglichung der begründeten Veränderung bestehender sozialer Ordnungsstrukturen begreifen – und damit an eine lange Tradition der Kritischen Theorie anschließen. Doch eine solche konzeptionelle Bestimmung ist zugleich dahingehend unzureichend, als Projekte der Kritik – im wissenschaftlichen ebenso wie im Format politischer Bewegungen – die Ausrichtung dieser Veränderung nur historisch-spezifisch und damit immer erst situativ bestimmen können. Dazuhin sind auch Projekte der Kritik in die vorherrschenden Kräfteverhältnisse eingewoben und in diese verstrickt, und somit nicht eindeutig in einem alternativen ‘Gegenüber’ zu verorten.

Radikale Reflexivität muss in Distanz zur alltäglichen Strukturierungslogik von Forschung (Disziplin) und pädagogischem Handlungsvollzug (Profession)

1 Die folgenden Formulierungen sind einem gemeinsamen Text entnommen: Kessl, Fabian/Maurer, Susanne (2012): Radikale Reflexivität als zentrale Dimension eines kritischen Wissenschaftsverständnisses Sozialer Arbeit. In: Schimpf, Elke/Stein, Johannes (Hrsg.): Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, 43-56.

geschehen; zugleich verlangt die Einnahme einer Haltung radikaler Reflexivität von den Akteuren ihre erkennbare Positionierung innerhalb der alltäglichen Praxis, in die sie eingewoben sind. Radikale Reflexivität kann daher immer nur unter Einbezug einer selbstkritischen Perspektive gelingen. Eine entsprechende Forschungshaltung umfasst notwendigerweise eine politische Dimension, denn ihr Erkenntnisinteresse richtet sich auf die Aufklärung der inhärenten Interessensstrukturen.

Zur Konkretisierung einer solchen Haltung radikaler Reflexivität fassen wir diese als ‘Grenzbearbeitung’ – als Tätigkeit an den Grenzen der bzw. den Begrenzungen durch die gegebenen Verhältnisse (gesellschaftliche Verhältnisse insgesamt, Lebensverhältnisse der Menschen, der Adressat_innen Sozialer Arbeit, institutionell verfasste Arbeitsbedingungen sozialpädagogischer Fachkräfte), und als deren ‘Überarbeitung’ (in der Perspektive erweiterbarer und erweiterter Handlungsmöglichkeiten).“

Michael May: Dass ich sehr stark an den sog. „frühen“ Marx anschließe, an Bloch, Negt/Kluge, die Alltagskritik in der Tradition von Henri Lefebvre und die Praxisphilosophie hat für mich weniger mit Distinktionsgewinnen zu tun, die heute mit solchen Bezügen bestenfalls in kleinen marginalen Zirkeln zu erzielen wären. Es hat damit etwas zu tun, dass ich als Studierender, der aus einem bäuerlich-verproletarisierten Milieu stammt, die Lebenserfahrung dieses Milieus in diesen Theorien aufgehoben fand, im Unterschied beispielsweise zu Adorno, mit dem ich mich erst sehr viel später anfreunden konnte. Dass ich dieser frühen, eher affektiven Entscheidung bis heute insofern treu geblieben bin, dass ich in dieser Tradition weiterzudenken versuche, hat vielleicht auch mit dieser Herkunft zu tun. Noch bedeutsamer ist für mich jedoch, diese Traditionslinie nicht allein als eine kritische *Denk*tradition aufzugreifen und weiterzuführen. Als Marx in seiner „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ forderte, die politisch-soziale Wirklichkeit selbst der Kritik zu unterwerfen, hatte er ja auch nicht primär seine später entfaltete „Kritik der politischen Ökonomie“ im Sinn, sondern „den kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.

Aufgegriffen wird von Marx an dieser Stelle die Kantsche Unterscheidung zwischen *hypothetischen Imperativen*, vermittelt derer Handlungen als Mittel zur Realisierung eines bestimmten Willens fungieren, und einem *kategorischen Imperativ*, welcher eine Handlung als für sich selbst, ohne Beziehung auf einen andern Zweck, als objektiv-notwendig bezeichnet und damit als *Maxime Univer-*

salität oder Universalisierbarkeit beanspruchen kann. Kants Idee eines solchen „Reichs der Zwecke“, Hegels „Substantielle Sittlichkeit“ als „konkrete Freiheit“ eines „freien Willen, der den freien Willen will“, sowie seine Idee der „reinen Anerkennung“, ebenso die Verwirklichung menschlichen Gemeinwesens bei Marx oder aber der Begriff „objektive Vernunft“ bei Horkheimer und Adorno sind solche *kategorischen Imperative*, die zugleich auch unabdingbar für kritische Analysen von Herrschaftsverhältnissen sind.

Mir geht es jedoch vor allem um Formen praktischer Kritik von Herrschaftsverhältnissen, die letztlich auf eine Aufhebung der Entfremdung von Menschen sowohl gegenüber ihren Produkten als auch ihrer eigenen Tätigkeit und damit auch von sich selbst und selbstverständlich auch gegenüber anderen zielt. Nur durch praktische Aufhebung der Entfremdung im Zusammenhang mit der Kritik und Überwindung der sie bedingenden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse – und nicht durch geistige Kritik (!) – lassen sich letztlich auch die „idealistischen Flausen“ – um eine Formulierung von Marx und Engels aus der „Deutschen Ideologie“ zu zitieren – wissenschaftlicher Theorie überwinden.

Wie die von Marx etwas ungewöhnlich als „soziale Revolution“ bezeichneten Ansätze praktischer Überwindung von Entfremdung, selbst als partielle „deswegen auf dem Standpunkt des Ganzen“ bezogen sind, weil sie eine Aufhebung der Trennung vom wahren Gemeinwesen des Menschen – dem Wesen lebendiger menschlicher Subjektivität – intendieren, kann auch Wissenschaft für ihre analytischen und theoretischen Aussagen nur dann Allgemeinheit beanspruchen, wenn sie, einem *kategorischen Imperativ* folgend, einen so ausgewiesenen Standpunkt des Ganzen einnimmt.

In welche Denktraditionen stellt ihr eure Position?

Helga Cremer-Schäfer: Mit Michael teile ich die Bezugnahme auf „ältere“ Denkweisen. Ich beziehe mich aber bei Analysen von Sozialer Arbeit als „Vermittlungsinstanz“ auf eine etwas andere Kombination von Denkmodellen als Michaels Zusammenführung des „frühen“ Karl Marx, früher Kritischer Theorie und Alltagskritik in der Tradition Lefebvres. In „Schlagworten“ von Bibliothekskatalogen ausgedrückt nutze ich bis heute: Denkweisen und Analyseperspektiven der interaktionistischen und reflexiven Soziologie, die sowohl Alltag (Regeln von Interaktion und Strategien des Alltagshandelns) wie die Definitions- und Interventionsmacht von gesellschaftlichen Institutionen thematisiert. Verallgemeinert und in Begriffe von Herrschaftsanalyse übersetzt finde ich im Interaktionismus Theorien der Etablierung, Verwaltung und Anwendung der Katego-

risierung und Etikettierung von Menschen. Herrschaftsanalysen kommen ohne Gesellschaftstheorie und ohne die Perspektive der „Dialektik der Aufklärung“ nicht aus. Diese Denkfiguren und Begriffe finde ich in der (älteren) Kritischen Theorie. Da ich mich für gesellschaftlich organisierte Ausschließung interessiert habe, für wissenschaftliche Theorien, die diese ermöglichen und organisierte soziale Kontrolle, ihre Aporien und Widersprüche (eingeschlossen die Form der Disziplinierung) untersuchen wollte, zudem und auch noch den Umgang der Leute mit Etikettierung, lagen beiden Denktraditionen nahe. Beide Formen des Nachdenkens über Gesellschaft und institutionalisierte Herrschaft haben „Aktualität“ für Analysen von Institutionen sozialer Ausschließung behalten und von solchen, die (in den Worten einer schönen Stelle von Erving Goffman) versuchen, einen „kulturellen Sieg über Menschen zu erringen“, sprich: Leute norm(al)isieren, ihnen eine Zwangsidentität verpassen oder anbieten und ermöglichen. Wichtig waren Ergänzungen (unverzichtbar der Foucault der Disziplinierung) und Weiterentwicklungen (so die von Heinz Steinert vorgeschlagene Verbindung von Etikettierungstheorien und Kritischer Theorie zu einer Kritik von Verdinglichung durch Kategorisierung).

Bei Denktraditionen kommt es mir auf ihr Potential, zur Selbstaufklärung von Wissenschaft beizutragen, an. Ich setze damit wohl einen anderen Akzent als Michael, der „Formen praktischer Kritik von Herrschaftsverhältnissen“ betont, „die letztlich auf eine Aufhebung der Entfremdung von Menschen“ hinwirken. Ich denke über die Möglichkeit der *Aufhebung* von Herrschaftsverhältnissen pessimistisch: Bisher hatten wir bei allen „Befreiungsfortschritten“ regelmäßig auch einen Fortschritt der Herrschaftstechniken zu beobachten. Ich denke in gewissem Sinn bescheiden, was die emanzipierenden Wirkungen von Wissenschaft angeht, aber keinesfalls resigniert. Wissenschaft kann (frei nach Günther Anders) die „Veränderungen der Welt interpretieren. Und zwar, um diese zu verändern. Damit sich die Welt nicht ohne uns verändere. Und nicht schließlich in eine Welt ohne uns“. Die Möglichkeiten, durch kritische Wissenschaft Verdinglichungen aufzuklären, wäre eine Form der Bearbeitung von Grenzen und mindestens, die eigenen Verdinglichungen abzuschaffen. Die Konkretisierung von „radikaler Reflexivität“, die Fabian zuvor „Grenzbearbeitung“ genannt hat, würde mir als Name für diese Wissens-Arbeit gut gefallen.

Das gemeinsame Element reflexiver Sozialwissenschaften mit der älteren Kritischen Theorie liegt darin, durch die Arbeit an institutionell verwalteten Kategorien und Kategorisierungsprozessen das im Definierten und Identifizierten systematisch Verkannte, Übersehene, Missachtete und Unterdrückte sichtbar zu machen. In Begriffen von Adorno wäre dies das „Nicht-Identische“. Formen

von Herrschaft und ihre Entwicklung („Dialektik der Aufklärung“, „instrumentelles Denken“, „Ticket-Denken“, „Entfremdung“, „Identitäts-Zwang“, „Ende des bürgerlichen Individuums“) werden durch die Theoriekombination nicht als allgemeine Zustände von Gesellschaft und einer „verwalteten Welt“ erkennbar, sondern auf einer konkreteren Ebene analysierbar und als Ergebnis der breiten Zu- und Mitarbeit von Wissensarbeiter*innen sichtbar. Das macht die theoretischen Perspektiven und Denkweisen auch relevant für Kritik und Reflexivität in der Sozialen Arbeit, und zwar weil sie aus Alltags- und Institutionenperspektive, insbesondere nach den erfolgten Modernisierungen von Herrschaftsinstanzen, als „unplausibel“ und „unpraktisch“ gelten.

Am Umgang mit „Devianz“ wird das besonders deutlich: Ich kenne keine modernisierte sozialstaatliche Institution, die ohne die verdinglichende Annahme auskommt, dass abweichendes, anormales, verrücktes, kriminelles, verwehrtes, aggressives, hilfebedürftiges Verhalten nach Merkmalen des Verhaltens und daher objektiv feststellbar wäre. Somit können die strafenden, pädagogischen, therapeutischen, erziehenden, korrigierenden Reaktionen wegen der Veränderungsbedürftigkeit von Personen erfolgen (und eben nicht von Verhältnissen der Produktions- bzw. der Lebensweise). Auch Soziale Arbeit begreift sich weitgehend als Reaktion auf „schwierige Adressaten“ und „Lösung der Probleme, die Leute machen, weil sie Probleme haben“. Das Denkmodell des Interaktionismus kehrt die Analyseperspektive um: Institutionen der Grenzziehung erzeugen sich den Gegenstand ihrer Praxis in einem doppelten Sinn: Sie entwickeln erstens Systeme der Kategorisierung und Klassifikation von Menschen und sie wenden „Reaktionen“ an, die soziale Akteure zu einem Objekt machen: Adressaten werden definiert, diagnostiziert, etikettiert, klassifiziert, Maßnahmen unterworfen. Die Prämisse und das Ergebnis von interaktionistischen Analysen, jedes Handeln, auch das abweichend kategorisierte, könne nur als eine kollektive Handlung, als eine Folge und Geschichte von Interaktionen begriffen werden, erweist sich für Institutionen als extrem „unpraktisch“ und daher als „unplausibel“. Die Praxis von Institutionen besteht darin, Interpunktionen zu setzen, auf die Subjekte zuzugreifen, Verantwortlichkeit und/oder Schuld zuzuschreiben. Akteure eindeutig, durch eine Zwangsidentität oder „Normalform-Typisierung“ zu definieren und sie wie ein Objekt zu behandeln, braucht Interpunktion. Institutionelle Praxis ist darauf angewiesen, die Legitimität dieser Interpunktion auch wissenschaftlich bestätigt zu bekommen. Damit können interaktionistische Perspektiven nicht dienen. Sie machen das Gegenteil zum öffentlichen Wissen. Jede Form institutionalisierter Herrschaft „präpariert sich ihr Objekt“ (Aaron Cicourel). Ich will sicher herunterspielen, dass „Op-Position“ zu machtvollen Instanzen im

wissenschaftlichen Feld zunehmend prekär wird, wie das Fabian ausgeführt hat. Völlig verschwunden sind Nischen der Möglichkeiten von „reflexiver Kritik“ nicht. Und Theorie-Ressourcen gibt es – wenn auch oft „fast vergessene“.

Zum Schluss muss ich aber auch die Nähe zu dem Begriff der „praktischen Kritik“ bzw. der „Aufhebung von Entfremdung“ thematisieren: Kritische Wissenschaft als Selbstaufklärung über die eigene Mitarbeit an Herrschaft durch Verdinglichung zu betreiben, ist eine notwendige Voraussetzung, aber keine hinreichende Bedingung für die *Aufhebung* von verdinglichenden Herrschaftsverhältnissen. Der Pessimismus macht es nötig, die Mitarbeit an der Produktion verdinglichender Kategorisierungen zu reflektieren; sie danach nicht einzustellen wäre zynisch. Das kritische Moment liegt im „unpraktisch“ Bleiben für institutionalisierte Herrschaft – an der jede gesellschaftliche Institution teilnimmt.

Albert Scherr: Zu wissenschaftlichen Denktraditionen muss man sich glücklicherweise nicht in gleicher Weise zuordnen wie zu Religionen oder Fußballvereinen, sich also nicht als Gläubiger oder loyaler Fan verhalten. Denn unterschiedliche Denktraditionen haben ihre je eigenen Erkenntnisvorteile, aber auch ihre Einschränkungen und insofern bin ich erklärter Anhänger der Auseinandersetzung mit heterogenen Denktraditionen, die das eigene Denken in je eigener Weise ermöglichen und herausfordern. Für mich waren biografisch Marx und die Frankfurter Spielart der Kritischen Theorie wichtige, auch heute noch bedeutsame Ausgangspunkte. Dies gilt auch für einige inzwischen fast vergessene Theoretiker wie Ernst Bloch und Peter Brückner. Die Grenzen des Neomarxismus bei der Betrachtung soziokultureller Phänomene habe ich dann aber nach einer gründlichen Beschäftigung mit Alfred Schütz, Georg Simmel und Max Weber verstanden. Zwischenzeitlich, in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, habe ich mich intensiv mit Pierre Bourdieu befasst, dann allerdings auch mit den erheblichen Problemen seiner Theoriekonstruktion und bin nicht zum Bourdieu-Schüler geworden. Für eine Analyse von Rassismus jenseits der sozialpsychologischen Vorurteilsforschung habe ich bei Norbert Elias sowie Herbert Blumer wichtige Grundlagen gefunden. Mit Helga Cremer-Schäfer teile ich Sympathien für den Versuch, neomarxistische Gesellschaftstheorie und symbolischen Interaktionismus zu verbinden, und würde alle Schriften von Erving Goffman als Lektüre empfehlen. Da ich gleichwohl der Überzeugung bin, dass es in Varianten neomarxistischer Gesellschaftstheorie – trotz Antonio Gramsci und E.P. Thompson – nicht zureichend gelingt, aus dem ökonomisch verengten Gesellschaftsdenken des Marxismus herauszukommen, betrachtete ich die Luhmannsche Systemtheorie als einen bedeutsamen Rahmen, der eine hinreichend

komplexe und zugleich in sich konsistente Gesellschafts- und Sozialanalyse ermöglicht. Eine entscheidende Stärke der Luhmannschen Theorie sehe ich weiter darin, dass sie sich einem Denkmodell verweigert, das die Ursachen aller Probleme in letzter Instanz in der Ökonomie vermutet. Luhmann fordert dagegen dazu auf, die Problemgeneratoren in allen Funktionssystemen sowie in ihrem chaotischen Zusammenwirken zu suchen. Als wichtige zeitgenössische Inspirationsquellen, die ich nicht vermissen möchte, kann ich – ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit – z.B. auf aktuelle Autoren wie Zygmunt Bauman, Étienne Balibar, Raewynn Connell, Michele Lamont, Jean-François Lyotard, Martha Nussbaum, Richard Rorty oder Loïc Wacquant hinweisen.

Eine Zuordnung zu klar abgegrenzten Denkschulen versuche ich also zu vermeiden und ich habe auch wenige Sympathien für Bemühungen, diese in Kategorien wie kritisch/traditionell oder kritisch/unkritisch einzusortieren. Mein theoretisches Interesse besteht darin, die Grenzziehungen zwischen Theorieschulen zu überschreiten.

Teilt Ihr den in der vorherigen Frage unterstellten Zusammenhang von Kritik und Reflexivität?

Albert Scherr: Um es auf eine knappe Formel zu bringen: Kritisch – im Sinne von Erkenntniskritik – sind solche Theorien, die eine reflexive Auseinandersetzung mit bis dato unhinterfragten Kategorien und Denkweisen ermöglichen.

Fabian Kessl: Ja, den Zusammenhang teile ich, wie ich eben in den zitierten gemeinsamen Überlegungen mit Susanne Maurer zu verdeutlichen versucht habe.

Helga Cremer-Schäfer: Ich will es nicht ganz so kurz machen: Den *Zusammenhang von Reflexivität und Kritik* würde ich als gegenseitige Ermöglichung fassen: Mit kritischer (Fach-) Wissenschaft ist zumindest in der Denktradition der älteren Kritischen Theorie das Projekt verbunden, die Aufgabe aller in der Institution Wissenschaft arbeitenden Wissensarbeiter*innen vom Motiv der Befreiungen von Herrschaft aus zu denken. Ich will das in Tätigkeiten übersetzen.

Kritische Wissenschaft setzt nicht Autonomie, sondern Analysen voraus, wie Wissenschaft *in* ihren Untersuchungsgegenstand „eingeschlossen“ ist. Die zur Analyse notwendigen Tätigkeiten lesen sich wie Ideologiekritik: Fragestellungen, Worte, Begriffe und Theorien, die im gesellschaftlichen Austausch an Wissenschaft (und jede andere intellektuelle Praxis) herangetragen werden, werden nicht als selbstverständlich vorausgesetzt, sie werden hingenommen, nicht naiv benutzt.

Begriffe sind vielmehr auf die Interessen zu untersuchen, für die sie nützlich sind und aus denen sie entstehen. Damit meine ich nicht nur die unmittelbaren Interessen (z.B. die Minderung oder Verschärfung von Konkurrenz, der Erfolg in der Kulturindustrie), sondern Interessen an der Aufrechterhaltung oder Veränderung von bestimmten Ausprägungen des Klassenverhältnisses, der Geschlechter- und Generationenverhältnisse, Interessen an der Veränderung oder Konservierung von Formen der Arbeitsteilung, Interessen an mehr oder weniger autoritären politischen Verhältnissen, Interessen an der mehr oder weniger ungleichen Verteilung von Anerkennung sowie, materialistischer, der Verteilung „negativer Güter“ (wie Strafe, Armut, Pariapositionen, Verachtung, Fungieren als Projektionsfläche, Internierung) an die „üblichen Verdächtigen“. Wissenschaftlerinnen haben keine Position außerhalb dieser Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse, sondern *in* ihnen. Wenn Du, Albert, dies mit „hinterfragen“ meinst, sind wir uns sehr einig. Über solche, die eigene und fremde Position klärende Analyse hinaus würde ich das Adjektiv „kritisch“ nur für Denkmodelle, Begriffe und die Sozialforschung gebrauchen, die sich dem Motiv der Befreiungen von Herrschaft verpflichten oder ein entsprechendes Potential implizieren. Ohne eine materialistische Gesellschaftstheorie, die den Kontext von kapitalistischen Produktionsweisen und Herrschaft durch Warenförmigkeit und Bürokratieförmigkeit sowie die Widersprüche institutionalisierter Konflikte einbezieht, wird Selbstaufklärung unvollständig bleiben.

Michael May: In meinen Ausführungen zu Kritik habe ich mich ja bisher nicht explizit auf Reflexivität bezogen. Darin drückt sich eine gewisse Skepsis meinerseits gegenüber diesem, in der Disziplin ja gerade sehr gehypten Begriff aus, mit der ich an Hegel anschließe. Sicher lässt sich Hegels Idee der „reinen Anerkennung“ auch als eine *Reflexionsform* lesen, in der sich der freie Wille auf sich selbst bezieht: Die Autonomie eines jeden einzelnen wird zur Bedingung der Autonomie aller anderen. Darüber hinaus hat Adorno selbst Hegels Kritik an der Reflexion als eine Form der *Selbstreflexion* gedeutet, in der das philosophisch-wissenschaftliche Denken bereits auf das stößt, was er selbst dann später mit Horkheimer zusammen als Kritik der instrumentellen Vernunft ausformuliert hat. So hat schon Hegel in seiner Kritik der Reflexionsphilosophie verdeutlicht, dass Selbsterkenntnis keine Gegenstandserfahrung bedeutet, als würde ein Subjekt *sich selbst* zum Objekt von Reflexion machen und sich dabei gleichsam im Spiegel betrachten können. Er zeigt sogar, dass das, was wir *Selbst, Ich* oder *Subjektivität* nennen, nicht erst als Produkt angesonnenen „Sichselbstdenkens“ entsteht, sondern sich bereits mit dem vollzieht, was heute wohl als Selbstwirksamkeitserfahrung bzw. Kompetenzerleben bezeichnet würde. Das *Ich* wird da-

mit bereits bei Hegel nicht als eine *Tatsache*, sondern als *Tathandlung* gefasst. Von einem daran anschließenden Standpunkt menschlicher Verwirklichung ausgehend, ist dann sowohl in der Theoretisierung wie der praktischen Pädagogik anzuerkennen, dass jedes einzelne menschliche Organ – einschließlich des Gehirns – nicht *für* Funktionen entsteht, sondern *in* ihrem Funktionieren. So bilden sich alle menschlichen Wahrnehmungs- und Handlungsorgane in der Reibung an der objektiven Realität äußerer Objekte, die dabei möglicherweise auch verändert, auf jeden Fall jedoch dadurch zu menschlichen Objekten werden. Meinetwegen kann diese Form des Entstehens der Organe und Sinne menschlich-gesellschaftlicher Subjektivität in Auseinandersetzung mit äußeren (gesellschaftlichen) Objekten dann auch als *reflexiv* bezeichnet werden.

Diesem Entstehen menschlicher Sinnlichkeit über entsprechende Funktionen ist aber nicht nur in diesem Sinne *Reflexivität*, sondern in gewisser Weise auch schon *Kritik* inne. Dies bezieht sich vor allem auf Vermögen, wie Kreativität, Sensibilität, Empathie oder mimetische Vermögen, die sich nur selbstreguliert verwirklichen. Zwar lassen diese sich durchaus auch für *hypothetische Imperative* in Dienst nehmen. Da sie jedoch nicht bewusst steuerbar sind, manifestiert sich in ihnen eine lebendige Kritik an jeglicher Selbst- wie Fremddregierung, und ich würde solche Vermögen auch als „objektive Vernunft“ im Sinne von Horkheimer und Adorno interpretieren.

Demgegenüber lassen sich andere Sinne und Vermögen für *hypothetische Imperative* geradezu – wie Marx es im Kapital nennt – „treibhausmäßig“ züchten. Wie Marx dort weiter ausführt, geht dies aber zwangsläufig mit der „Unterdrückung einer Welt von produktiven Trieben und Anlagen“ einher. Allerdings lassen sich selbst die aufgrund solch „treibhausmäßiger Züchtung“ oder anderer Gründe unterdrückten Anteile gesellschaftlich ausgebildeter Eigenschaften und Vermögen von Menschen auch nicht einfach – um mit Foucault zu sprechen – „dermaßen regieren“, sondern reagieren mit eigensinnigem Protest. Dieser artikuliert sich dann beispielsweise in arbeitsökonomisch überflüssigen Schnörkeln, die sich selbst durch die gewieftesten Strategien eines Scientific Management und Industrial Engineering zur Optimierung des Arbeitsaufwandes nicht wegrainieren lassen. Von daher braucht es auch keiner – wie Foucault dies für Kritik behauptet – spezifischen „Kunst, um sich nicht dermaßen regieren zu lassen“. Wohl aber benötigt es „Kunst“, um solche menschlichen Sinne und Vermögen trotz ihrer Blockierung unter herrschaftlichen Verhältnissen als Selbstzweck zu verwirklichen.

Korrespondierend mit den skizzierten empirischen Befunden der Arbeitsökonomisierung hat die Psychoanalyse – vor allem in der dissidenten Tradition von Wilhelm Reich – gezeigt, wie unterdrückte Anteile von Eigenschaften und

Vermögen sich immer wieder über Umwege Bahn zu brechen versuchen, ohne sich dabei jedoch angemessen verwirklichen zu können. Auch sind diese in ihren Verdrehungen dann oft nicht mehr einer „objektiven Vernunft“ zuzurechnen. Foucault, wenn er von der „Hypothese Reich“ spricht, scheint allerdings bloß den Aspekt der Unterdrückung im Blick gehabt zu haben. Angesichts der von Foucault in seiner Rezeption der „Hypothese Reich“ nicht mit berücksichtigten unkalkulierbaren Auswege und Ausbrüche unterdrückter Anteile lebendiger Sinnlichkeit sind jedoch jegliche Abtrainierungsversuche Sozialer Arbeit nicht nur dahingehend zu kritisieren, dass sie *hypothetischen* und keinen *kategorischen Imperativen* folgen. Sie scheinen zudem schlicht wenig erfolgversprechend.

Allerdings ist es notwendig, immer wieder die historisch gesellschaftliche Konkretisierung eines *kategorischen Imperativs* – sowohl als Maßstab wissenschaftlicher Kritik wie professioneller Praxis – selbstkritisch danach zu befragen, ob er als Maßstab und Imperativ trotz situativer Spezifizierung nach wie vor den „Standpunkt des Ganzen“ repräsentiert. Und selbstverständlich lässt sich auch dieses selbstkritische Hinterfragen als Reflexion oder vielleicht sogar besser: als Reflexion der Reflexion beschreiben. In jedem Fall ist das Problem wissenschaftlicher Verallgemeinerbarkeit nicht unabhängig von Rousseaus Problem der Demokratie zur Ausbildung einer politischen Allgemeinheit, in welcher der freier Wille der Einzelnen ebenso wie ihre anerkennenden Interaktionen mit ihrerseits selbständigen Anderen unterstützt und nicht untergraben wird, zu lösen.

Albert Scherr: Michael Mays Ausführungen verwischen den Unterschied zwischen dem, was auf der Ebene kleiner Gruppen und Solidarzusammenhänge möglich ist, oder jedenfalls manchmal möglich ist, und dem, was gesellschaftlich möglich ist. Auch Rousseau hat dieses zentrale Problem ja nicht gelöst. Wie soll man sich eine Gesellschaft, und sei es nur die kleine Nationalgesellschaft Deutschland, vorstellen, für die gilt, dass die Autonomie eines jeden einzelnen (...) Bedingung der Autonomie aller anderen ist? Dass dies eine schöne Utopie ist, möchte ich nicht bezweifeln. Deshalb würde ich bescheidener argumentieren: Gesellschaftsgestaltung sollte darauf ausgerichtet sein, ein Maximum an sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit zu ermöglichen; Gesellschaft besteht auch aus nicht aufhebbaren Abhängigkeiten und Einschränkungen.

Michael May: Jetzt drohst Du ja selbst in einen methodologischen Nationalismus zurückzufallen. Ich bin froh, nicht Gesellschaftswissenschaften betreiben zu müssen, weil ich keine Ahnung hätte, wie ich deren Gegenstand heute eingrenzen bzw. theoretisieren soll. Dass die Luhmannsche Variante – alles in

Kommunikation aufzulösen – eine Kopfgeburt ist, entpuppt sich allein daraus, dass durch Kommunikation allein Menschen nicht lebensfähig wären, sie müssen sich ja ihre Lebensmittel zum überwiegenden Teil selbst produzieren. Aber es geht ja nun in der Diskussion um eine veränderte gesellschaftliche Praxis: Wieso – wenn ich mir denn eine konkrete Utopie erlauben darf – lässt sich nicht soziales Leben in kleineren autonomen Gesellschaften organisieren, die ihre Lebensmittel selbst oder genossenschaftlich produzieren und für die darin nicht herstellbaren Objekte bzw. Beziehungen untereinander andere demokratische Verkehrsformen entwickeln? Ich messe dieser Idee, die ja objektiv möglich wäre, wie dies John Cobb oder der alternative Nobelpreisträger Herman Daily gezeigt haben, unter den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen und immer wieder neuen Formen kapitalistischer Restituierung aus den sogenannten Krisen, die ja – wie schon Marx dargelegt hat – zentraler Bestandteil des Kapitalismus sind, keine großen Verwirklichungschancen bei. Sie ist für mich aber sehr wohl eine Perspektive von Gemeinwesenarbeit in von der kapitalistischen Entwicklung abgehängten Quartieren und Regionen. In Griechenland werden aus der Not solche Experimente ja gerade in breiterem Maßstab entwickelt.

Wo seht Ihr aktuell und in naher Zukunft die Orte für Kritik und Reflexivität in und in Bezug auf die Soziale Arbeit und benachbarter Felder? Und: Was braucht eine kritische und reflexive Praxis in Profession und Wissenschaft/welche Bedingungen der Möglichkeit, welche sozialen Orte, welche Bündnisse sind notwendig?

Helga Cremer-Schäfer: „Orte“ vermag ich nicht zu benennen, eher Verhältnisse, Arbeitsbündnisse, Arbeitsformen. Negativ lässt sich festhalten, dass die Universität, die Hochschulen insgesamt, bestimmt nicht der förderliche Ort für die Entwicklung von Herrschaftskritik geworden sind. Zum Kampf um Anerkennung von Sozialer Arbeit als „gute“ und für Gerechtigkeit sorgende Macht passt reflexive Kritik auch nicht sonderlich. Denkweisen, durch die wir uns über die Beteiligung und die Inhalte von Herrschaftswissen aufklären können und mit denen wir uns Ordnungsinstitutionen und den Widersprüchen, die sie hervortreiben, entgegenstellen, können wir in diesen beiden Institutionen jedoch immer noch vergleichsweise leicht aufgreifen und weiterentwickeln. Solange „Pluralität“ nicht abgeschafft wird.

In den Ruhestand versetzt zu werden, habe ich übrigens als sehr förderlich erfahren, um an „älteren“ theoretischen Perspektiven und Widerständigkeit gegen Institutionen festzuhalten. Die Aktualität ergibt sich ja auch aus Aktualisierungen von theoretischen Perspektiven, aus Darstellungen, mit welchen Begriffen und

Denkfiguren wir Situationen analysieren können, die denen in einer „totalen Institution“ ähneln.

Mit einiger Freistellung in einer Dissertation über Ordnungsinstitutionen nachzudenken und zu forschen (und nicht „für“ die Rationalisierung derselben), erbringen nach meiner Erfahrung eindrucksvolle Beispiele reflexiver und kritischer Analysen. Aus der Forschungsorientierung und dem Promotionsboom ließe sich eventuell eine Nische entwickeln. Das ginge auch mit dem Willen zur Theoriearbeit – insofern auch ein Interesse an der einen oder anderen „Flaschenpost“ und dem theoretischen Pessimismus besteht.

In Nischen werden aber nur Leute glücklich, die damit zurechtkommen, dass sie praktisch für irrelevant gehalten werden. Vielleicht ist ja auch „Irrelevanz“ und das Unzeitgemäße der Ort, an dem herrschaftskritische Gedanken zu finden sind, wo sie angeeignet werden können und sich weiter entwickeln. Für Wissenschaft finde ich die Einsicht, dass die Universität keine Exklusivität in Sachen Kritik und Aufklärung besitzt, insofern heilsam, als weder eine angebliche Autonomie noch der Standpunkt der Beobachtung von außen noch Objektivität durch Methode als Begründung von Überlegenheit angeführt werden kann.

Michael May: Marx hat in der „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ vielleicht etwas zu naiv postuliert, dass die Theorie dann fähig sei, die Massen zu ergreifen, sobald sie „ad hominem demonstriert“ und radikal die Sache an der Wurzel fasst, die für den Menschen nichts anderes als der Mensch selbst sei. Von naiv spreche ich deshalb, weil die wissenschaftliche Kritik und Reflexivität in Bezug auf Formen einer Bildung *des* Sozialen, wie sie in und neben professioneller Sozialer Arbeit erfolgt, aufgrund der Verhältnisse, unter denen sie gerade heute als über Kopfarbeit hoch akkumulierte, spezialisierte wissenschaftliche Erfahrung produziert wird, eben nicht zur Organisatorin eines über eine Bildung *am* Sozialen erfolgenden Produktionsprozesses gesellschaftlicher Erfahrungen werden kann, um auf diese Weise auch den Bruch zwischen theoretischer und politischer Allgemeinheit zu kitten. Letzteres erfordert – wie ich schon angedeutet habe – meiner Ansicht nach, diese Produktionsverhältnisse wissenschaftlicher Kritik und Reflexivität nicht bloß zu kritisieren. Vielmehr gilt es diese Produktionsverhältnisse dialektisch dahingehend aufzuheben, dass auch Kritik und Reflexivität sich als ein Bildungsprozess *am* Sozialen vollziehen kann, um diesen kollektiven Bildungsprozess schließlich mit dem Projekt einer Bildung *des* Sozialen als kollektiv solidarischer Verwirklichung menschlichen Gemeinwesens dialektisch zu vermitteln, wie dies Timm Kunstreich und ich einmal im Anschluss an den sozialistischen Kantianer Paul Natorp zu skizzieren

versucht haben. Nur so scheint es mir auch möglich, der von mir angesprochenen Gefahr einer Reproduktion des Gegensatzes zwischen „kritischer Kritik“ und Dummheit der Masse zu entgehen.

Aktuell und in naher Zukunft wird sich eine solche dialektische Aufhebung der Produktionsverhältnisse wissenschaftlicher Kritik und Reflexivität jedoch nicht verwirklichen lassen. Von daher bleibt einstweilen nur der mühsame kollektive Erfahrungsaustausch zwischen denjenigen, die innerhalb disziplinärer Kontexte wissenschaftliche Kritik und Reflexion Sozialer Arbeit betreiben, denjenigen die *Kritische Soziale Arbeit* zu leisten beanspruchen und den eigentlichen Produzierenden von mehr oder weniger partiellen Formen „sozialer Revolution“ im Marxschen Sinne, die wir in der Widersprüche Redaktion als „Produzierenden-Sozialpolitik“ bezeichnet haben. An den Konfrontationsstellen der unterschiedlichen Formen der Erfahrungsorganisation und ihrer jeweiligen Inhalte wird sich zwar nach wie vor nicht „Ächtes“ vom „Unächtigen“ scheiden lassen, wie dies Goethe als Aufgabe von Kritik bezeichnet hat. Vermutlich aber lässt sich Aufklärung als Ausgang aus der jeweils in spezifischer Weise selbst mitgetragenen Unmündigkeit in einem solchen über die wechselseitige Reibung hinausgehenden Versuch einer neuen Koproduktion von Erfahrung weit eher realisieren als in den bisherigen, gesellschaftlich und institutionell getrennten Produktionsprozessen von Erfahrung in und in Bezug auf Soziale Arbeit.

Albert Scherr: Zunächst eine konkrete Antwort: In den lokalen Zusammenhängen, in denen ich im Bereich der Solidaritätsarbeit mit Flüchtlingen aktiv bin, gelingt es, Bündnisse zwischen einzelnen Sozialarbeiter/innen, menschenrechtlich und politisch engagierten Bürger/innen sowie kritischen Wissenschaftler/innen herzustellen; Bündnisse, die beschreibbare, wenn auch begrenzte Wirkungen auf die Kommunalpolitik und die Landespolitik haben. Wie weit das reicht, wird sich in diesem Jahr am Fall drohender Abschiebungen zeigen. Die Frage, warum und wie dies gelingt, kann ich hier nicht ausführlich beantworten, sondern dazu nur einen Hinweis geben: Jede solidarische Zusammenarbeit basiert auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Respekt, und beides entsteht nicht von selbst, sondern muss entwickelt werden.

Der Versuch, verallgemeinerbare Antworten auf diese Fragen zu geben, ist problematisch. Zumindest ein Aspekt ist aber offenkundig: Organisationen der Sozialen Arbeit, die stark von politischen Entscheidungen und Geldzuweisungen abhängig sind, sind nur begrenzt in der Lage, Kritik zu üben. Sozialarbeiter/innen, die relativ vereinzelt in solchen Organisationen ihren Beruf ausüben, auch nicht. Deshalb sind solidarische Zusammenhänge außerhalb der beruflichen Praxis eine

wichtige Ermöglichungsbedingung von Kritik. Hilfreich wäre es natürlich auch, wenn endlich mal ein verbindlicher Ethikkontext für die Soziale Arbeit festgelegt würde, der fachlich begründeter Kritik Rückhalt bietet.

Fabian Kessl: Tony Judt beendet den Epilog zu seiner Abschiedsrede an der New York University, die er ein knappes Jahr vor seinem Tod zur Frage einer Notwendigkeit und Zukunft der Sozialdemokratie hielt, mit den Worten: „Es wäre also ein schöner abschließender Gedanke, dass wir an der Schwelle des neuen Zeitalters stehen und die egoistischen Jahrzehnte hinter uns liegen. Aber waren meine Studenten in den Neunziger und später tatsächlich so egoistisch? Von allen Seiten wurde ihnen versichert, dass radikale Veränderungen eine Sache der Vergangenheit seien, und nirgends gab es Vorbilder, interessante Debatten, lohnende Ziele. Wenn das Lebensziel der Menschen ringsum nur darin besteht, voranzukommen und Erfolg zu haben, dann wird das eben auch das Lebensziel der jungen Leute, wenn sie nicht gerade sehr unabhängig sind“. Judt markiert hier die tief in unser Denken und Tun eingedrungene Individualisierung. Um es einmal an zwei sozialen Polen zu symbolisieren: Die einen grenzen sich von oben gegenüber einer suggerierten Unterschicht ab, um sich ihres privilegierten Status zu vergewissern (neues Bürgertum) – Heitmeyer spricht zu Recht von „sozialer Vereisung“, die anderen werden unter der Überschrift „Aktivierung“ auf ihr individuelles Engagement verpflichtet, wenn sie öffentliche Leistungen noch beanspruchen wollen (neues Prekariat). Dieses individualisierte Denken und Tun zu überwinden und die damit verbundene Ideologie, Leistung stellen ebenso wie Scheitern nur das Ergebnis eines individuellen Engagements dar, das scheint mir die Aufgabe unserer Zeit zu sein. Die Frage, die wir neu stellen müssen, ist also die Frage der Kollektivität – wissenschaftlich wie professionell, aber auch in unserem sonstigen Alltag. Als „linker Arm des Staates“, um es einmal mit Bourdieu zu sagen, stellt sich der öffentlich verfassten Instanz „Soziale Arbeit“ diese Frage in besonderem Maße. Schließlich ist Öffentlichkeit ohne Kollektivität nicht zu haben, und damit eine öffentlich verfasste Dienstleistungsinstanz wie die Soziale Arbeit auch nicht.

Abschließend: Welche Folgen hat das Denken von Kritik und Reflexivität für das fachliche Tun in den Feldern der Sozialen Arbeit eurer Einschätzung nach? Und: Welche Konsequenzen ergeben sich für fach- und gesellschaftspolitische Positionierungen und welche für die wissenschaftliche Praxis?

Helga Cremer-Schäfer: Wissenschaft kann sich nur dann als ein Moment des Emanzipierungsprozesses erhalten, wenn sie „praxisfern“ denkt und an einem

„Eigenrecht von Kritik“ festhält. „Praxisferne Wissenschaft“ irritiert und enthält mindestens drei Zumutungen. Erstens Wissenschaft behält nur dann Kritikfähigkeit und Selbstreflexivität, wenn sie das Ansinnen von „konstruktiver Kritik“ und Theoriebildung nach den Interessen von Institutionen oder sozialen Bewegungen zurückweisen kann: Ohne von der Vorstellung einer „Problemlösungswissenschaft“ abzugehen, lassen sich wahrscheinlich die Widersprüche vergangener Modernisierungen und Rationalisierungen der institutionellen Praxis nicht aufklären. Die Umdefinitionen von Konflikten in lösbarer soziale Probleme sind ein Teil davon. Zweitens ist nicht nur über Widersprüche nachzudenken, sondern in Widersprüchen zu denken. Zum Dritten schließlich sind Privilegien zu nutzen, um das anti-autoritäre und das gegengesellschaftliche Potential sowohl der unscheinbaren Nonkonformität wie verpönte Dissidenz und Devianz gesellschaftlich zur Sprache verhelfen. Und daher können sich kritische Praxis und kritische Wissenschaften als verwandte, aber nicht identische Praxen wählen. Was noch fehlt sind die Arbeitsbegegnungen.

Fabian Kessl: Die schwierige Gleichzeitigkeit von Positionierung und Dezentrierung: Akteur*innen müssen Positionen der Kritik in Bezug auf die Soziale Arbeit und aus der Sozialen Arbeit heraus einnehmen.

Und bereits diese Formulierung von „der“ Sozialen Arbeit weist auf die Notwendigkeit einer (selbst)kritischen Perspektive hin: Zwar lässt sich das Ganze der Sozialen Arbeit analytisch durchaus als solches fassen, z.B. als Netz organisierter Hilfen, wie es Albert Scherr gemeinsam mit Michael Bommes funktionstheoretisch beschrieben hat, oder als spezifische Form der aktiven Beeinflussung und geplanten Unterstützung alltäglicher Lebensführung, wie ich das machanalytisch tun würde. Doch aus einer gesellschafts- und herrschaftskritischen kann nicht von „der“ Kritischen Sozialen Arbeit ausgegangen werden. Ganz im Gegenteil. Aus einer kritisch-reflexiven Perspektive sind die internen Kräfteverhältnisse in den Blick zu nehmen, die Differenz- und Konfliktlinien gerade auch innerhalb der Sozialen Arbeit: Wo werden unter dem Deckmantel einer „diakonischen“ oder „caritativen“ Haltung gegenwärtig neue Formen der Almosenverteilung als Ersatz für sozialrechtliche Leistungen legitimiert (Stichwort „neue Mitleidsökonomie“)? Wo skandalisieren Sprecher*innen der Wohlfahrtsverbände Prekarisierungsprozesse und etablieren zugleich Beschäftigungsverhältnisse unter den Bedingungen von Quasi-Leiharbeit oder von Werkverträgen im eigenen Haus (Stichwort „prekarierte Beschäftigungsverhältnisse“)? Wo wird das symbolische Kapital der Akademie missbraucht, um Träger oder Kommunen mit konzeptionellen Heilsversprechen zu versorgen, und dabei Profit aus der politischen Delegiti-

mation bisheriger Angebote zu ziehen – sei dies nun in Form der Vermarktung unbestimmter Fachkonzepte an freie wie öffentliche Träger oder in Form leicht modifizierter kollegialer Fallbearbeitungsprozesse an öffentliche Träger (Stichwort „Beraterkapitalismus“)? Wo wird akademisch auf Kritik gepocht, ohne dass derartige Positionierungen zu mehr führen als zu einer allgemeinen Kulturkritik? Aber auch umgekehrt: Wo werden akademische Positionen kritischer Reflexivität zurückgewiesen, weil sie keine direkten Konsequenzen für das professionelle Tun ausformulieren? Damit ist auch eine kritische Rückfrage an die uns hier gestellte letzte Frage formuliert.

Kritische Reflexivität heißt immer auch eine Anerkennung der Differenz zwischen Theorie und Praxis – bei gleichzeitiger Verwiesenheit aufeinander, die aber nie in ein Ableitungsverhältnis führen kann und darf. Kritische Reflexivität ist also im Modus der Theorie – als kritische Wissenschaft – und im Modus der Praxis – als kritische Professionalität – in Verweisung aufeinander und doch zugleich different voneinander zu realisieren. Und diese Realisierung ist nur dann kritisch-reflexiv angemessen auszugestalten, wenn sie selbstkritisch bleibt: Sie darf sich also ihrer selbst nie zu sicher sein. Spätestens im Moment ihrer allzu selbstverständlichen Positionierung hat sie bereits wieder die Frage der Dezentrierung zu stellen: Wie kommt es, dass bisherige fachliche Konzepte, die sich selbst als kritisch beschrieben haben, nun zum Mainstream geworden sind? Wie kommt es, dass Soziale Arbeit in Zeiten der Delegitimation des wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Versorgungssystems personell massiv gewachsen ist? Wie kommt es zu der vehementen Spezialisierung und Differenzierung in der Kategorisierung von Nutzer*innen? ... Derartige Fragen sind zu stellen und zu bearbeiten. Das scheint mir die Konsequenz aus einer kritisch-reflexiven Perspektive.

Albert Scherr: Die Konsequenz liegt meines Erachtens darin, Bemühungen in der Sozialen Arbeit zu ermutigen und zu unterstützen, die konsequent auf Anwaltschaft für und Solidarität mit den Adressat/innen Sozialer Arbeit ausgerichtet sind. Dazu trägt Theorie dann bei, wenn sie die Alternativlosigkeit sowie die Rechtfertigbarkeit von etablierten Formen der Ausgrenzung, Beschämung, Demütigung, Degradierung, Sanktionierung und Stigmatisierung ebenso hinterfragt wie das Ausmaß der sozialen Ungleichheiten.

Politisch liegt die entscheidende Herausforderung in der Verteidigung des Sozialstaates gegen seinen weiteren Abbau unter Bedingungen globaler Standortkonkurrenz. Kritische Praxis wird sich meiner Einschätzung nach auf absehbare Zeit in einer defensiven Position befinden und muss mit weiteren Angriffen auf sozialstaatliche Standards und bürgerliche Freiheiten rechnen. Eine aufs Ganze

zielende Gesellschaftskritik hilft diesbezüglich nicht weiter. Wichtiger ist es, wissenschaftlich und praktisch mit guten und überzeugenden Gründen gegen das weitere Vordringen der Weltanschauung des Ökonomismus aktiv zu werden.

Michael May: Bezüglich des Sozialstaates haben wir in unserem Entwurf einer „Politik des Sozialen“ in der Widersprüche Redaktion ja immer daran festgehalten, dass der Sozialstaat nicht nur zu verteidigen, sondern zugleich auch zu kritisieren und zu überwinden ist. Die Ambivalenz dessen, was wir in der Redaktion als „Sozialpolitiken der Produzierenden“ bezeichnet haben, ist, dass sie einerseits Ausdünnungen sozialer Teilhabegarantien zu kompensieren haben, zugleich aber auch in ihrer Praxis den Paternalismus des Sozialstaates nicht nur kritisieren, sondern in den Momenten, die Marx als „soziale Revolution“ bezeichnet, ihn zumindest partiell auch überwinden.

Dem, was Marx als solch partielle Ansätze „sozialer Revolution“ gekennzeichnet hat, korrespondiert auf Seiten professioneller Sozialer Arbeit das, was Michael Winkler „sozialpädagogisches Ortshandeln“ nennt. In beidem geht es um die aneignende Verwirklichung menschlicher Subjektivität. Michael Winkler hat sich wohl deshalb auf Ortshandeln als pädagogisch zur Förderung von Subjektivität motiviertes zur Verfügung Stellen aneignungsfähiger Gegenstände konzentriert und das pädagogische Verhältnis eher vernachlässigt, weil es ihm um eine Theorie der Sozialpädagogik ging und er nur das Ortshandeln für Sozialpädagogik spezifisch sieht, während Fragen des pädagogischen Verhältnisses von ihm bereits der allgemeinen Pädagogik zugeordnet werden.

Im Hinblick auf eine sinnliche Verwirklichung der Subjektivität menschlichen Gemeinwesens scheinen soziale Beziehungsformen, die der Hegelschen Idee der „reinen Anerkennung“ nahekommen, die Grundlage darzustellen. Während Vermögen wie Kreativität, Sensibilität und Empathie gar nicht anders in solchen zwischenmenschlichen Beziehungen entstehen können, lassen sich jedoch andere menschlich-gesellschaftlichen Sinne und Organe durchaus „treibhausmäßig züchten“: allerdings um den Preis – wie von mir bereits unter Bezug auf Marx angedeutet – der Unterdrückung maßgeblicher Anteile, die sich dann nur über Umwege freisetzen. Dass die historisch in dieser Weise häufig lediglich zerstreut hergestellten bzw. im Prozess ursprünglicher Akkumulation mehr oder weniger gewaltsam aufgetrennten und nur als entfremdet wieder zusammengefügte Leseigenschaften und Arbeitsvermögen niemals in ihrer Vollständigkeit realisiert worden sind, verweist – jenseits aller hohlen Rhetorik von „Ressourcenorientierung“ in der Sozialen Arbeit – auf „objektive Möglichkeiten“, die vermittels ihrer Fokussierung zugleich auch katalytisch bzw. maeutisch in ihrer Verwirklichung

befördert werden können. Anerkennende Beziehungsformen dürfen sich also nicht nur auf den Anteil menschlicher Eigenschaften und Vermögen beziehen, der unter den herrschaftlich zugewiesenen Funktionen sich historisch entsprechend manifestieren kann, sondern müssen sich – unter katalytisch/maeutischen Aspekten – gerade auf denjenigen Anteil richten, der als Disposition bisher keine gesellschaftliche Anerkennung erfahren hat bzw. dem Verwirklichungsbedingungen bisher herrschaftlich entzogen waren. Auf diese Weise ist dann auch sozialpädagogisch – wie in einer professionalisiertes Handeln überschreitenden Pädagogik des Sozialen – gerade derjenige Anteil in der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte entsprechenden individuellen Fähigkeiten anerkennend zu fokussieren, der ausgelassen wird, wenn diese nur unter dem Aspekt ihrer tatsächlichen Funktion in der Geschichte betrachtet werden. Zugleich findet durch die Anerkennung dieser bisher blockierten Anteile auch eine Unterstützung der Betroffenen statt, solche bei ihnen gesellschaftlich bloß angelegten, jedoch von ihnen noch nicht gänzlich verwirklichten Potenziale auch in ihrer Assoziationsfähigkeit mit weiteren Vermögen sowohl im Binnen- wie Außenverhältnis menschlichen Gemeinwesens zur Geltung zu bringen.

Um aber eine solch assoziative Verwirklichung menschlich-gesellschaftlicher Sinnlichkeit zu ermöglichen, kann es dabei auch notwendig werden, das im äußeren Verhalten nicht nur als reaktive Arbeitsleistung, sondern – wie Reich dies bezeichnet hat – auch als „sekundärer Trieb“ und „Charakterzug“ Manifestierende, erst einmal zu „dissoziieren“, wie dies Lefebvre in seinem Konzept einer sozioanalytischen Interventionsstrategie bezeichnet hat. Hier gilt es – wie Marx dies in seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie so schön formuliert hat –, „diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zu zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie“ – zu ergänzen wäre: des Verhaltenszwanges – „vorsingt“. Im Hinblick auf konkrete Techniken solch praktisch dissoziativer Kritik kann angeschlossen werden sowohl an parodistische Formen, denen in Judith Butlers Dekonstruktivismus höchste Bedeutung eingeräumt wird, wie auch an in professionellen Kontexten kultivierte Interventionen paradoxer Art. Vor dem Hintergrund meiner eigenen pädagogischen Erfahrung können solche Techniken ihre Wirksamkeit jedoch nur auf der Basis von anerkennenden Beziehungen entfalten, die sich gerade auf solche Anteile menschlich-gesellschaftlicher Sinnlichkeit richten, die in den entsprechend zu dissoziieren versuchten Praxen und Charakterzügen gerade nicht zur Geltung gebracht werden können.

Eulenspiegel gelingt es, manche der Magdeburger Bürger zum Nachdenken anzuregen, als diese ihn, den bekannten Narren, bitten zu fliegen. Er steigt aufs

Rathausdach und tut als ob er fliegen will. Die Leute starren hinauf, wie er mit seinen Armen schwingt, und Eulenspiegel fängt an zu lachen und sagt: „Ich meinte, es wäre kein Tor oder Narr weiter in der Welt als ich, doch seh' ich wohl, daß hier schier die ganze Stadt voll Toren ist. Und wenn ihr mir allzusammen gesagt hättet, daß ihr fliegen wolltet, ich hätt' es nicht geglaubt und ihr glaubtet mir als einem Toren. Wie sollt' ich fliegen können? Ich bin doch weder Gans noch Vogel, habe auch keinen Fittich, und ohne Fittich und Federn kann niemand fliegen. Nun sehet ihr offenbar, daß es erlogen war.“ Dann steigt er vom Rathausdach und verlässt Magdeburg. Die Bewohner lässt er, so wird berichtet, teils fluchend, teils lachend zurück – und sie sagen: „Das ist ein Schalksnarr, und doch hat er die Wahrheit gesagt.“ Oder haben sie vielleicht gesagt: „Das ist ein Schalksnarr, aber jetzt kommen wir auf unsere eigenen Ideen, wie wir es Leuten heimzahlen können, die uns was vormachen wollen!“

*Helga Cremer-Schäfer, Goethe-Universität Frankfurt, Fachbereich Erziehungswissenschaften, Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung,
Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main
E-Mail: Cremer-Schaefer@em.uni-frankfurt.de*

*Fabian Kessl, Universität Duisburg-Essen, Fachbereich Bildungswissenschaften, Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik,
Berliner Platz 6-8, 45127 Essen
E-Mail: fabian.kessl@uni-due.de*

*Michael May, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule RheinMain,
Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden
E-Mail: Michael.May@hs-rm.de*

*Albert Scherr, Institut für Soziologie, Pädagogische Hochschule Freiburg,
Konzerne 21, 79117 Freiburg
E-Mail: scherr@ph-freiburg.de*



frauen* solidarität

feministisch-entwicklungspolitische
informations- und bildungsarbeit

Bibliothek und Dokumentation

Zeitschrift und Radio

Frauenrechte und
Medien

www.frauensolidaritaet.org
Sensengasse 3, 1090 Wien



Sue White & David Wastell

Ungewisse Evidenz und lebendige Sprache: Reflexive Professionelle als „Trickster“

In der Vergangenheit wurde viel über die Ungewissheiten und Kontingenzen von Praxis wie auch die an SozialarbeiterInnen gerichteten Forderungen, diese Ungewissheiten durch die explizite Verwendung von formalem Wissen zu verringern, diskutiert. Ein oft vorgeschlagener Weg, um dieses Ziel zu erreichen, ist die evidenzbasierte Praxis. Eine solche Orientierung an formalem Wissen, bei dem aus Ungewissheit Gewissheit geformt wird, lenkt von der Tatsache ab, dass sowohl Wissen als auch Routinepraktiken Professionelle häufig auch in solchen Situationen zu frühzeitigen und „sicheren“ Beurteilungen treiben, in welchen eine Position „respektvoller Ungewissheit“ vielleicht angemessener wäre. Um ihre Arbeit erledigen zu können, müssen Professionelle ihre Meinungen so verpacken, dass sie für andere lesbar, verständlich, ja konsumierbar werden. Sie müssen in der Lage sein, ihre Beurteilungen zu rechtfertigen, nachzuweisen und diese in einem performativen Akt „durchzuführen“. Das heißt, professionelle Erklärungen und Deutungen *hängen von* den zur Verfügung stehenden Vokabularen ab. Mit Hilfe des anthropologischen Begriffes des „Tricksters“ als Metapher soll in diesem Aufsatz argumentiert werden, dass die Fähigkeit dazu, Sprache und allgemein akzeptierte Ideen aufzurütteln, entscheidend wichtig für kritische, reflexive Praxis sein kann.

Die mythologische Figur des „Tricksters“ ist sowohl Zelebrierung als auch Mahnung zur Notwendigkeit, Dialoge und reflexive Räume innerhalb der eigenen Kultur zu öffnen und quasi „anthropologisch“ mit eigenen Vorannahmen umzugehen. Reflexive Professionalität bedarf der Fähigkeit, Geschichten über sich selbst und andere (und Geschichten über diese Geschichten) zu erzählen, welche die Offenheit des menschlichen Gesprächs verteidigen und Möglichkeiten schaffen, dass die Dinge auch anders sein könnten, nicht weil sie unbedingt so sein sollten, sondern so, dass sie möglich sein könnten. Phantasievoll verwendet, kann die Evidenz, die in der Alltagspraxis enthalten ist, eingesetzt werden, um

das Vertraute fremd zu machen und Sprache lebendig zu halten. Daher kann diese Evidenz ein konsequent menschliches Engagement mit sinngebenden Aktivitäten fördern, in denen SozialarbeiterInnen *tätig sind*.

Gewissheit und Ungewissheit in der Praxis Sozialer Arbeit

„Genuine ignorance is profitable because it is likely to be accompanied by humility, curiosity, and open mindedness; whereas ability to repeat catch-phrases, cant terms, familiar propositions, gives the conceit of learning and coats the mind with a varnish, waterproof to new ideas.“ (Dewey 1910: 177)

Es mag seltsam erscheinen, einen Text über Evidenz und Wissen in der Sozialen Arbeit mit einem Epigraph zu beginnen, das die *Ignoranz* zelebriert. Doch dies ist nicht so paradox, wie es auf den ersten Blick erscheint. Obwohl der Wert einer „nicht-wissenden“ Position in verschiedenen Untersuchungsansätzen weit hin anerkannt ist, etwa in der ethnografischen Forschung und in einigen Versionen der Familientherapie, so ist diese zugleich schwierig zu erreichen. Vielleicht brauchen wir mehr „Unwissenheit“ dieser speziellen Art in der Sozialen Arbeit. Oft wird die Notwendigkeit beschworen, formales Wissen in professioneller Praxis expliziter zu nutzen, um die sich aus ihr ergebenden Ungewissheiten zu reduzieren. Doch ein solcher Umgang mit Gewissheit läuft Gefahr, PraktikerInnen zu voreiligen Schlüssen zu verleiten, während die Haltung einer „respektvollen Ungewissheit“ (Laming 2003) vielleicht angemessener wäre.

Diese Formulierung wurde kürzlich von Lord Laming in der Untersuchung zum Tod von Victoria Climbié im Vereinigten Königreich im Jahr 2003 geprägt. Victoria war ein westafrikanisches Kind, das nach Europa in die Obhut ihrer Tante geschickt worden war. Sie starb in Folge von Misshandlungen und Vernachlässigung unter schockierend grotesken Umständen. Lamings Bericht hebt besonders die Auswirkung der überstürzten Kategorisierung des Falls hervor (in der ‘Familienunterstützung’ einer Intervention wegen „Kindeswohlgefährdung“ Vorrang gegeben wurde), die durch einen sogenannten „confirmation bias“ bezüglich der Anfangshypothese zu weiteren tragischen Fehleinschätzungen führte.

Soziale Arbeit findet im Kontext machtvoller organisationaler und professioneller Kulturen statt. Dennoch ist das Konzept von Kultur in gravierender Weise unhinterfragt. Auf Kultur wird in Positionspapieren häufig als ein Medium Bezug genommen, das sich relativ leicht verändern lässt. Forschungen in den Bereichen der Fürsorge (z.B. Pithouse 1989, Hall 1997, White 1998a), der Medizin (z.B. Bloor 1976) und der Pflege (z.B. Latimer 2000) zeigen, dass Kultur nicht ohne weiteres formbar ist. Kulturen werden lokal ausgebildet und reproduziert und

stärken die stillschweigenden Praktiken von Berufen, Organisationen und Teams. Sie leisten erbitterten Widerstand gegen jede Art des naiven Managerialismus, der mit rationalistischen Führungsansätzen verbunden ist – einschließlich der Modernisierungs- und „what works“-Programme.

Professionskulturen enthalten Artefakte aus vielen unterschiedlichen Feldern wie allgemeine moralische Ordnungen, Teile formellen Wissens (z.B. psychologische Theorien verschiedenen Zuschnitts) sowie spezifische, gesetzlich kodifizierte, professionelle Aufträge und Mandate. Wenn wir das Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe im Vereinigten Königreich nehmen, gibt es zahlreiche Beispiele besonderer Orthodoxien, die sich durchsetzen und maßgeblichen Einfluss auf die Praxis haben. Diese Beispiele umfassen unter anderem das Für und Wider trans-ethnischer Adoptionen, die langfristige Planung außerfamiliärer Unterbringung oder etwa den Gebrauch von „anatomisch korrekten“ Puppen zwecks Abklärung des Verdachts auf sexuellen Missbrauch.

Wie gründlich und objektiv wissenschaftliches Wissen auch immer erscheinen mag, Wissen steht nicht außerhalb der Geschichte. Selbst in den ‘exakten Wissenschaften’, so Feyerabend (2007), ähnelt die Entdeckung neuer wissenschaftlicher Ergebnisse dem Abschließen von komplizierten politischen Verträgen. Evidenz ist immer eingebettet in die metaphysischen Idiosynkrasien der jeweiligen Zeit, und dies unabhängig davon, ob es sich um das profane, unspektakuläre Arbeitswissen von Professionellen im Feld handelt oder um die Elfenbeintürme, in welchen die akademische Wissensproduktion stattfindet (Feyerabend 2007). In einer herausragenden Studie, welche die sogenannte Sokal Affäre aufgreift, beschreibt Epstein (2004), wie schwer es ist, gegen den Strom der Orthodoxie eines bestimmten Wissenschaftsfeldes zu schwimmen. So wurden zwei Versionen eines gefälschten wissenschaftlichen Artikels – einer in welchem eine bestimmte Interventionsform für Familien positiv evaluiert wurde, der andere mit einem negativen Resultat – an führende Zeitschriften im Feld der Sozialen Arbeit eingereicht. Obwohl die Artikel bis auf das Ergebnis gleich waren, wurde die positive Evaluationsstudie von allen Zeitschriften zur Publikation akzeptiert, während die negative Evaluation in 70% der Fälle zurückgewiesen wurde.

Theorie „praktisch“

In diesem Abschnitt beschreiben wir, wie machtvolle Ideen (sehr oft gestützt durch Theorie, das selektive Rekurrenieren auf Forschungsergebnisse sowie verschiedene Formen moralischen Rasonierens) die Fähigkeit von PraktikerInnen einschränken kann, sich kritisch-reflexiv mit Fällen auseinanderzusetzen. Wenn

etwa Professionelle für oder gegen eine bestimmte Interventionsform argumentieren, so tun sie das möglicherweise durch unbewussten Rekurs auf eine Idee, welche nur eine von vielen möglichen Handlungsalternativen darstellt; Alternativen, die durch den Einfluss des jeweiligen epistemischen Arrangements verschleiert, verdeckt oder verschlossen bleiben. Das folgende Beispiel, entnommen aus einem reflexiven Kommentar einer an einer Weiterbildung teilnehmenden Sozialarbeiterin, beschreibt dies gut:

„In diesem Fall war die Beziehung zwischen Frau S. und Herr M. so dysfunktional, dass sie sich auf die Bindung zwischen Frau S. und den Kindern auswirkte. ... Am Anfang habe ich mir Jacks Bindungsprobleme angeschaut und habe Frau S. geraten, einen unterstützenderen Erziehungsstil anzuwenden, um dem entgegenzuwirken. Nichtsdestotrotz habe ich im weiteren Verlauf des Falles immer mehr meine Anfangsdiagnose aus den Augen verloren und mir erlaubt, Frau S. Drängen auf die Symptome von Jacks Bindungsproblemen (Risikoverhalten, Schusseligkeit, Widerpenstigkeit, aggressives Verhalten) nachzugeben. Erst als Jake einen ernsthaften Unfall hatte und Frau S. ihn offen als „schwer“ beschrieb, konnte ich mich wieder den Bindungsproblemen widmen.“

Dieser Kommentar liest sich auf den ersten Blick als ein vernünftiges, reflexives Rasonieren über einen Fall. Nichtsdestotrotz gibt es einige bemerkenswerte Aspekte. So geht die Autorin trotz des Faktes, dass der Text dem Duktus eines reflexiven Kommentars entspricht, nicht auf die empirische Basis ein, welche der Diagnose zugrunde liegt, nämlich, dass Jack „Bindungsprobleme“ habe. So wird etwa nicht darauf eingegangen, was, wo, wann wie oft beobachtet wurde. Auch lässt uns der Text über die Beschreibung der Geschehnisse aus der Sicht der Mutter als auch darüber, welche anderen alternativen Erklärungen möglich und plausibel gewesen wären, im Unklaren. Stattdessen rekurriert die Sozialarbeiterin auf die Bindungstheorie, einer der flexibelsten verfügbaren Interpretationsrahmen (Burman 1994, White 1998b), um die Diagnose zu legitimieren, die Familie S. habe Bindungsprobleme. Der Textabschnitt, der auf die „Diagnose“ folgt, gleicht dem bedauernden Eingeständnis der Professionellen, der Mutter erlaubt zu haben, ihrer Einschätzung des Falles als Bindungsproblem durch das Aufdrängen ihrer Agenda infrage zu stellen. Die Aussage: „Frau S. hat ihn offen als schwieriges Kind beschrieben“, ist offenkundig moralisierend und unterstellt, dass das Verhalten des Kindes vorsätzlich transgressiv oder deviant sei. Die Aussage der Mutter wird als diagnostischer Indikator für das Bestehen einer Bindungsstörung herangezogen, welche wiederum als konkrete Entität und nicht als metaphysisches Konstrukt gedeutet wird.

Aus einer solchen Distanz lässt sich selbstverständlich keinesfalls die Plausibilität der Diagnose der Sozialarbeiterin beurteilen. Nichtsdestotrotz ist an diesem Fall

bemerkenswert, dass – wenn auch als Teil eines kritischen Kommentars – theoretisches Wissen dazu herangezogen wird, einer mehrdeutigen Situation Sicherheit zuzuschreiben, in welcher die Mutter entgegen der Diagnose der Sozialarbeiterin geltend macht, dass das Verhalten des Sohnes auf sein Temperament zurückzuführen sei. Sicherlich gibt es keinen Anlass dazu, eine der beiden Beschreibungen leichtfertig zurückzuweisen. Auch spricht nichts dagegen, dass beide Positionen zutreffen. Nichtsdestotrotz wird in der einen Position „a-priori“, d.h. ohne weitere Argumentation oder Rechtfertigung, Korrektheit zugeschrieben und somit eine alternative Deutung der Situation ausgelöscht. Formales Wissen wird hier in erster Linie dazu herangezogen, die Situationsdeutung der Sozialarbeiterin zu untermauern und somit zu reifizieren und nicht, um die zugrundeliegenden Annahmen zu hinterfragen. Während diese Art eines reduktiven Rasonierens keinesfalls auf die Soziale Arbeit beschränkt ist, so führt doch das Spezifikum Sozialer Arbeit, in das Medium zwischenmenschlicher Beziehungen eingebettet zu sein, dazu, dass Soziale Arbeit substantiell auf relativ „exoterische“ Fähigkeiten und Kompetenzen zurückgreifen muss, also auf das, was man gemeinhin unter sogenanntem gesundem Menschenverstand versteht. Die Infiltration psychologischer Theorien in den „common sense“ alltäglicher professioneller Deutungs- und Analyseprozesse ist ein mächtiges Utensil für die Produktion von Sicherheit. In diesem Beispiel verwendet die Sozialarbeiterin implizit die Bindungstheorie, um ihrer Interpretation des Falles, ihren Formulierungen Nachdruck zu verleihen und nutzt sie als integralen Bestandteil ihrer reflexiven professionellen Beschreibung. Theorie wird dabei als „evident“, als selbstverständlich wahrgenommen – implizites Wissen ist heimtückisch.

Es fällt nicht schwer, nachzuvollziehen, warum Theorie solch eine mächtige Durchsetzungskraft besitzt. So schreiben etwa zwei führende Missionare der Bindungstheorie ohne augenscheinliche Ironie, dennoch leicht verniedlichend in einem neueren, einflussreichen Text:

„[T]heories help to organize what we know. Theories also provide an economy of effort. They allow conceptual short-cuts to be taken. If the theory is powerful one, it might only take a few observations to locate a particular phenomenon as an example of a class of objects or behaviours.... Hypotheses help to guide future observations, the results of which aid practitioners in further testing and refining their initial assessments and observations.“ (Howe et al. 1999: 228)

Leider gibt es keinen 5. Zusatzartikel zur Verfassung, auf welchen sich WissenschaftlerInnen berufen können und es bleibt uns nichts anderes übrig, als den strukturierenden Einfluss von Theorie auf professionelle Denk- und Deutungsmuster zu bemängeln und das daraus resultierende Befördern von sogenannten „confirmation biases“ zu beklagen. Theorie begeistert, weil sie Realität verein-

facht. Gleich einem Transitionsobjekt gibt sie psychologische Sicherheit in einer unsicheren und komplexen Welt. Aber wie alle Transitionsobjekte läuft sie Gefahr, zum Fetisch zu werden, insofern sie ihre Jünger in ihrem Bann fixiert (Wastell 1996). Tatsächlich könnte man bössartiger Weise spekulieren, dass Bindungstheorie sich besser zur Beschreibung der Beziehung zwischen ihr selbst und ihren Anhängern eignet als zur Beschreibung der Welt zwischenmenschlicher Beziehungen! Die starke „Bindung“ zur „Bindungstheorie“ erscheint insbesondere im Licht erdrückender kontrafaktischer Forschungsergebnisse¹ – welche nahelegen, dass alle Therapieformen gleich wirksam sind – paradox.

Der eigentliche theoretische Inhalt der Therapieformen ist diesen Forschungen zufolge vermeintlich irrelevant: Die Wirksamkeit einer Intervention kann ausnahmslos durch die Einstellung des/r Klienten/in, die Qualität der therapeutischen Beziehung und anderen sogenannten „common factors“ erklärt werden. Wenn alltägliche menschliche Erfahrung in Alltagssprache gefasst in das ausgedünnte und einschränkende Vokabular der Bindungstheorie übersetzt wird, dann produziert dies Mystifizierung, nicht Einsicht. Was sich in diesen Manifestationen ausdrückt, ist nicht eine wie auch immer geartete tiefere Wahrheit, sondern ihre eigene Metaphysik, ausgedrückt in den diagnostischen Fabeln ihrer Jünger. Oft wird behauptet, Theorie sei eine Linse, gleich einem Teigausstecher, ein Tropus, den wir so oft benutzt haben! Diese Tendenz wurde auch von einem der vehementesten Vertreter evidenzbasierter Praxis bemängelt:

„Mention ‘maternal deprivation’, ‘attachment theory’, or ‘moral development’ on a social work training course and you will get Pavlovian reflex citations of Bowlby and Salter-Ainsworth... and Piaget...“ (Sheldon 2001: 803)

Wir stimmen mit dieser Einschätzung überein, aber wir möchten hinzufügen dass SozialarbeiterInnen einer mindestens ebenso großen Versuchung ausgesetzt sind, empirische Arbeiten zu zitieren (etwa diejenigen von Sheldon), um übernommene Wahrheiten, vorherrschende Meinungen und überstürzte, vorschnelle Kategorisierungen abzustützen, statt sie vor dem Hintergrund von Theorie zu hinterfragen. Wir sind der Ansicht, dass professionelle Deutungs- und Diagnosemuster von den zur Verfügung stehenden Vokabularen abhängig sind und dass, auch wenn Professionelle freie und von ihrem eigenen Willen geleitete Wesen sind, sie jedoch nicht unabhängig sind von den semantischen und kulturellen Voraussetzungen, auf deren Grundlage sie handeln. Manchmal müssen Vokabulare ein bisschen aufgemischt werden. Auf eine Metapher aus der Anth-

1 Ganz in der Weise eines Tricksters eignen wir uns wissenschaftliche Ergebnisse schamlos an, insofern es unseren rethorischen Zwecken dient!

ropologie rekurrierend, wollen wir in Situationen, in welchen Vokabulare sich „festgesetzt“ haben und blockiert sind, die Fähigkeit von SozialarbeiterInnen fördern, „Trickster“ in ihren eigenen kulturellen Feldern zu sein.

„Trickster“?

„Trickster“ – so nennen Anthropologen den doppeldeutigen, schelmischen Charakter aus alten Volkssagen und Mythen, welcher in abgewandelter Form in vielen Kulturen vorkommt (Hyde 1998). Der Götterbote Hermes im antiken Griechenland, Koyote in Nordamerika, Krishna in Indien, der Affenkönig in China, Raben in nordischen Mythen, alle diese Figuren verweisen auf den „Trickster“. Durch seine Verstöße gegen etablierte Moralvorstellungen und Sitten, sein subversives Umdeuten von sozialen und politischen Hierarchien, lädt er zur Erschaffung neuer Werte und sozialer Ordnungen ein. Die Verbindung der Figur des „Tricksters“ mit Verstößen gegen etablierte Ordnungen verleiht dem Begriff eine pejorative Konnotation – und in Mythen und Fabeln führt der „Trickster“ die Menschen tatsächlich oft absichtlich in die Irre. Das Invoizieren der Metapher „reflexive PraktikerInnen als „Trickster““ soll jedoch nicht suggerieren, dass Professionelle lernen sollten, besser zu lügen und zu betrügen. Vielmehr geht es uns darum, die praktischen Implikationen zweier wichtiger aber gegensätzlicher Eigenschaften des „Tricksters“ darzulegen.

Die erste Eigenschaft des „Tricksters“ ist seine Wandlungsfähigkeit, die Fähigkeit sich unermüdlich in viele Richtungen zu drehen, die mit seiner Figur verknüpfte romantische Personifikation künstlerischer Raffinesse. In seinem vorzüglichen Buch beschreibt Lewis Hyde den „Trickster“ wie folgt:

„[T]rickster is a boundary-crosser. Every group has its edge, its sense of in and out, and trickster is always there, at the gates of the city and the gates of life, making sure there is commerce. He also attends the internal boundaries by which groups articulate their social life. We constantly distinguish – right and wrong, sacred and profane, clean and dirty, male and female, young and old, living and dead – and in every case trickster will cross the line and confuse the distinction. Trickster is the creative idiot, therefore the wise fool, the gray-haired baby, the cross-dresser, the speaker of sacred profanities...the origins, liveliness and durability of cultures require that there be space for figures whose function is to uncover and disrupt the very things that cultures are based on.“ (Lewis Hyde 1998 *Trickster Makes this World: 7-9*)

Oder:

„[W]hat tricksters quite regularly do is create lively talk where there has been silence, or where speech has been prohibited. Trickster speaks freshly where language has been blocked, gone dead, or lost its charm...for usually language goes dead because

cultural practice has hedged it in, and some shameless double-dealer is needed to get outside the rules and set tongues wagging again.“ (Hyde 1998: 76)

Um die Komplexität der Figur des „Tricksters“ als kultureller Agitator zu erfassen, ermutigen wir den/die geeignete/n LeserIn, auf das Buch von Hyde zurückzugreifen (siehe auch Radin 1956). Für den in diesem Artikel verfolgten Zweck wollen wir ein Beispiel geben, wie „Trickster“-Erzählungen zur Destabilisierung von Grenzen beitragen können. In einem indischen Volksmärchen lässt Yasoda ihren Adoptivsohn Krishna mit der Anweisung alleine zuhause, während ihrer Abwesenheit keine Butter zu naschen. Sobald sie das Haus verlassen hat, geht Krishna zur Speisekammer, öffnet das Butterglas und verschlingt gierig den gelben Inhalt. Bei ihrer Rückkehr ermahnt sie Krishna. Zu Beginn antwortet Krishna mit einer Abfolge von listigen Erwiderungen und Ausflüchten: „Es waren Ameisen im Butterglas. Ich wollte die Butter nur retten“, oder er versucht, die Mutter zu beschuldigen: „Die Armbänder, die du mir angehängt hast, scheuern meine Handgelenke auf. Ich musste die Wunden kühlen“.

Alle diese Entschuldigungen können Yasoda nicht besänftigen, aber Krishnas Antwort: „Ich habe die Butter nicht gestohlen, wie könnte ich das tun? Gehört nicht alles in diesem Haus uns beiden?“, bringt Yasoda zum Lachen, verückt von der Fähigkeit des Kindes, ihren Begriff von Eigentum und Diebstahl zu hinterfragen. Durch sein Argument offenbart Krishna die Künstlichkeit, Konstruiertheit und kulturelle Spezifität von Unterscheidungen und schlägt Alternativen vor. Hermes stellt ein anderes Beispiel des „Tricksters“ als einfallsreichen Streichspieler dar, welcher sich seinen Weg trotz unlösbar scheinenden Problemen und Sackgassen bahnt, indem er listenreich und gekonnt Konventionen und Reifizierungen umgeht. Hermes war nicht umsonst der Götterbote.

Spuren des „Tricksters“ finden sich auch in der Arbeit von SozialwissenschaftlerInnen und SoziologInnen, gleichsam ReformerInnen und AgitatorInnen des generalisierten „Hinterlandes“ der Sozialen Arbeit. So weist etwa Harold Garfinkel dem „Trickster“ in seinen bekannten „Krisenexperimenten“ eine prominente Reverenz zu (Garfinkel u.a. 1967).

Ethnomethodologie betreibt die Analyse von „folk methods“ (den alltäglichen Arten und Weisen, wie wir Dinge tun): Die komplexen Formen des geteilten Wissens, auf welches wir rekurren, wenn wir ganz alltägliche Dinge tun (Sacks 1984). Garfinkels Experimente zielten darauf ab, mit den unhinterfragten Regeln der alltäglichen sozialen Ordnung zu brechen mit dem Ziel, diese explizit und sichtbar zu machen.

Eines seiner Experimente besteht zum Beispiel darin, sich aus dem Einkaufswagen eines/r anderen zu bedienen, wobei die implizite Regel, dass, sobald man ein Produkt

in seinen Einkaufswagen gelegt hat, es einem gehört, verletzt und somit zugleich sichtbar gemacht wird. Für Goffmann waren Regelüberschreitungen Hilfen für eine schleppende, festgefahrene Vorstellungskraft (1967). Eine andere „Trickster“-Figur ist der Filmemacher Ken Loach. Sein Film „Cathy Come Home“ aus dem Jahre 1996, in welchem er kunstvoll harte Fakten, Propaganda, Melodrama und reales Filmmaterial über das Elend des Slum-Lebens verflechtet, hatte wahrscheinlich mehr Einfluss auf Sozialreformen als jede andere zeitgenössische britische Medienproduktion.

In einem gewissen Sinne sind „Trickster“-Mythen ein Zelebrieren menschlicher Einfallskraft und Ehrfurchtslosigkeit sowie der Notwendigkeit, den Status-Quo zu hinterfragen, um Bewegung und Wandel zu schaffen. Für professionelle Praxis stellt dies einen kontinuierlichen Hinweis auf die Notwendigkeit dar, Dialog- und Reflexionsräume innerhalb der eigenen kulturellen Eingebettetheit zu schaffen und mit den eigenen Vorannahmen (anthropologisch) umzugehen. In Spannung zu diesem eher positiven Bildnis gibt es am „Trickster“ jedoch eine andere Seite, gleichsam wirksames Gegenmittel zur Arroganz und Überheblichkeit, als lebende Erinnerung an unsere eigenen menschlichen Schwächen und Grenzen. Der kunstvolle, raffinierte „Trickster“ hat einen kunstlosen Doppelgänger; er ist zugleich unmenschlich und übermenschlich, bestialisch wie himmlisch. Das Winnebago Volks-Zyklus (Hyde 1998) eignet sich am besten, um diese dunkle, atavistische Seite zu erläutern. Während seiner Wanderung fängt der „Trickster“ Enten, aus welchen er eine Suppe kochen will. Er entzündet ein Feuer und spitzt Holzstäbe an, um die Enten über dem Feuer zu braten.

Das Pasquill geht wie folgt weiter:

„I will wait for them to be cooked... Now you my younger brother must keep watch for me while I go to sleep... He was talking to his anus. Then turning his anus to the fire, he went to sleep. While he was sleeping some small foxes approached...they noticed someone asleep there. „It is Trickster and he is asleep! Let us eat his meat...“ When they came close, much to their surprise, gas was expelled from somewhere.... As they were eating, the Trickster's anus continued its „Pooh“ incessantly. There the foxes stayed until they had eaten up all the pieces of duck.... After a while Trickster awoke. My, oh my, he explained joyfully, the things that I had put on to roast must be cooked by now. So he went over, felt around, and pulled out a leg. To his dismay it was a bare bone, completely devoid of meat.Did I not tell you to watch this fire? As a punishment, I will burn your mouth so that you will not be able to use it. Thereupon, he took a burning piece of wood and burnt the mouth of his anus. He was of course burning himself, and he exclaimed „Ouch, ouch“! This is too much! I have made my skin smart. Is it not for such things that they call me Trickster?“

Für C.G. Jung ist der „Trickster“ „collective shadow figure, a summation of all the inferior traits of character in individuals“ (Jung 2005: 270). „Trickser“-

Mythen sind nicht ein verschwindendes, redundantes historisches Überbleibsel, sondern sind insbesondere als kulturelle Archetypen machtvoll: So ruft unser skatologisches Exzerpt bei den meisten Lesern ein vergnügliches Schmunzeln hervor, ganz ähnlich des Lesens eines Dilbert Cartoons oder jeder anderen satirischen Verarbeitung menschlicher Verrücktheit und Hybris. Trotz unserer aufgeklärten Raffiniertheit und unseres hohen technologischen Entwicklungsstandes erkennen wir doch eine Wahrheit in der Schattenseite des „Tricksters“, eine Wahrheit, welche sowohl individuell-persönlich als auch als generalisierter Kommentar über unsere gemeinsame Menschlichkeit relevant ist.

Für Jung sind „Trickster“ nicht einfach nur kulturelle Motive, sondern echter Bestandteil unserer mentalen Ausstattung, das lebende Residuum der primitiven, impulsgetriebenen Wesen, welche wir alle als Kleinkinder gewesen sind. „Outwardly it is forgotten, but inwardly not at all.“ (ebd.: 268) Das Janusgesicht des „Tricksters“ allegiert die dynamische Spannung zwischen beiden Polen der menschlichen Bedingung: an einem Extrem der rationale, integrierte Erwachsene, ausgestattet mit der Fähigkeit rationalen Abwägens, an dem anderen Extrem der kindliche, hilflose Trottel, mit so wenig Selbstbewusstsein ausgestattet, dass er mit seinem Anus spricht, ihn als unabhängigen, von sich selbst abgelösten Agenten deutet und sich über seinen Dilettantismus aufregt! Beide Seiten sind nötig, kulturell und psychisch, sie sind ein Enantiodrom.

Der „Trickster“ liefert also die zweite metaphorische Botschaft für professionelle Praxis: eine kontinuierliche Erinnerung an unsere eigene Fallibilität, unsere Anfälligkeit für Hybris, Fehler und an unsere Selbstblindheit. Um es kurz zu fassen: Professionelle machen Fehler; unsere Praxis sollte deswegen von Bescheidenheit und Demut geprägt und mit einem wachen, selbstkritischen Auge betrachtet werden. Aber ein solches Bewusstsein seiner selbst ist nicht natürlich gegeben. Es fällt leicht, Fehler anderer zu entdecken, aber die Fähigkeit von Kulturen, als erhaltendes, stützendes Medium für etablierte Denkweisen zu wirken, bedeutet für uns alle, dass unsere geteilten Wissensbestände und Unterscheidungen qua unserer Mitgliedschaft einer gewissen Kultur nie kritisch hinterfragt werden. Vico, zweifellos ein „Trickster“ des 18ten Jahrhunderts, schreibt in seiner *Scienza Nuova* (1744: 120): „The human mind must make a great and laborious effort to understand itself, just as the eye sees all external objects, but needs a mirror to see itself“. „Trickster“ halten uns einen solchen Spiegel vor.

Die Notwendigkeit von professionellem Geschick, Reflexivität und Bescheidenheit besteht für alle Praxisfelder, aber sie wird insbesondere in Kontexten inter-institutioneller und inter-professioneller Zusammenarbeit akut. Wir finden, dass solche Formen der Zusammenarbeit weder durch die Assimilierung einer

professionellen Gruppe unter die andere noch durch endlose professionspolitische Kämpfe um Deutungshoheit geprägt sein sollten.

Reflexive Professionelle sollen dazu fähig sein, Geschichten über sich selbst und über andere zu erzählen (und Geschichten über diese Geschichten), welche die Offenheit menschlichen Dialogs verteidigt und einen Raum bereitstellt, in welchem Dinge auch anders sein könnten, nicht weil sie notwendigerweise so sein *sollen*, sondern weil sie so sein *könnten*. Dazu bedarf es jedoch eines Verfremdens von alltäglichen professionellen Handlungs- und Denkroutinen – etwas, das viel zu selten stattfindet. Differenzen ausgesetzt zu sein, so wie es oft in multi-professionellen Kontexten vorkommt, kann zu einer humorvollen Ironisierung der Praxis anderer führen, wie es etwa in einer Reihe von Berichten über ungeheuerliche Vorkommnisse in Praxisfeldern Sozialer Arbeit belegt wird (vgl. u.a. Dingwall 1977, Taylor/White 2000, White/Stacombe 2003, White/Featherstone 2005). Es mag auch zur Proklamierung moralischer Überlegenheit der eigenen Ideen führen, meistens auf Kosten eines reflexiven Engagements mit den Ansichten anderer oder aber viel grundlegender, mit den Vorannahmen und Vorurteilen, welche von der eigenen professionellen Kultur getragen und perpetuiert werden.

Berufsbezogene Agenda: Die ‘neue Moralität’ der Sozialen Arbeit in den 1990er Jahren

In diesem Abschnitt kommen wir von unserem übernatürlichen Exkurs über den „Trickster“ als unseren Begleiter dazu, Beispiele für Dogma, Schwindel und Betrug in der sublunaren Welt der Praxis Sozialer Arbeit darzulegen. Politische Korrektheit bietet ein willkommenes Feld zum ewigen Auserzieren unserer Rangeleien. Das folgende Zitat stammt aus der kontroversen Polemik von David Webb (1990):

„The shift – in the very broadest of terms – is from an individualism in which self determination and non judgementalism featured as reference points for an ethical neutralism.... to a more recent certitude and orthodoxy about the direction to be taken by social workers in constructing their own, and their clients’, moral universe....The qualities follow on inevitably from the requirement: the anti-racist or the anti-sexist is self consciously and deliberately censorious; to them the mundane is made serious, and the reassuring and comfortable ‘sharedness’ of the assumptive world is assaulted. Others become subject to judgement, and the exception-taker is set above those who are found wanting; an element of uprightness is embraced by the accuser, and the behaviour and sentiments of the tainted are held up as morally deficient.“ (ebd.: 147-151)

David Webb hat mit dieser Analyse des Einflusses einer anti-rassistischen und anti-sexistischen ‘neuen Moralität’ Sozialer Arbeit in Großbritannien der

1980er und frühen 1990er Jahre einen Sturm ausgelöst, wobei er selbst als jemand gebrandmarkt wurde, dessen Argumentation als „unzulänglich“ befunden wurde (Dominelli 1990). Zu dieser Zeit wurde die Benutzung verschiedener Ausdrücke verpönt und das geteilte Wissen darüber, dass ein spezieller Begriff rassistisch oder sexistisch sei, wurde ein machtvoller Bestandteil verbindender Ansprüche, durch die SozialarbeiterInnen ihre berufliche Identität bestätigten und somit den Unterschied zwischen sich und anderen Berufen hervorhoben. So adressiert etwa ein Poster, das im Hauptempfangsbereich einer Einrichtung hängt, folgende warnende Worte an die Besucher:

„People are reminded that racist/sexist behaviour, which includes language, jokes and the display of literature, artefacts and/or the writing of racist/sexist graffiti is contrary to the objectives of this department and will not be tolerated.“

Das Benennen bestimmter Ausdrücke als unterdrückend hätte natürlich ein emanzipatorischer Triumph sein können. In vielerlei Hinsicht war es der 'deconstructive turn' der Sozialen Arbeit, wobei jedoch Probleme dabei aufkamen, zu definieren, was rassistisches/sexistisches Verhalten, Sprache, Witze, Literatur oder Artefakte ausmachte. So wurde etwa während der Feldphase der Doktorarbeit der Autorin (White, um 1993-1994) die Zusammenarbeit zwischen dem polizeilichen Kinderschutzteam und SozialarbeiterInnen durch die Forderung der SozialarbeiterInnen unterbrochen, der Ausdruck „nitty gritty“ (praktisch veranlagt) sei rassistisch und die Polizei solle davon Abstand nehmen, ihn zu verwenden.

Einige SozialarbeiterInnen hatten argumentiert, dass die Etymologie des Ausdrucks ihre Wurzeln im Sklavenhandel hätte, wo er angeblich von weißen Besitzern benutzt wurde, um die von Läusen befallene Schambehaarung weiblicher Sklaven zu bezeichnen. Folglich wurde davon ausgegangen, dass der Ausdruck „getting down to the nitty gritty“ (zur Sache kommen) die Vergewaltigung eines Sklaven durch einen weißen Besitzer bedeute. Es wurde schnell unmöglich, die Äußerung zu hören, ohne zusammenzuzucken und Bekundungen moralischer Schmähung zu erwarten. Alle 'unwissenden' SozialarbeiterInnen wurden bald eingeweiht, oft von Freunden, die ihnen schonend von der Beleidigung erzählten, die sie hervorrufen würden, sollten sie den Ausdruck weiterhin benutzen. Die Polizei war nicht überzeugt und errichtete einen Aushang in ihren Büros, der proklamierte, „nitty gritty ist kein rassistischer Ausdruck“. Natürlich führte dies zu einer erneuten Bestätigung der Meinung der SozialarbeiterInnen, PolizistInnen seien schamlose RassistInnen. Auch wenn dieser Kampf nur zwischen einigen wenigen HauptprotagonistInnen ausgetragen wurde, so waren die Auswirkungen ausreichend, den Begriff „nitty gritty“ in den Sozialen Diensten unsagbar zu machen und ihm zweifellos eine neue

Bedeutung als Kennzeichen von Potenz innerhalb der Polizei zu geben. Andere problematische Ausdrücke waren „black coffee“ (schwarzer Kaffee), „blackboard“ (Tafel) und das Benutzen von „girl“ oder „lady“, um eine Frau zu beschreiben. Bei einer Gelegenheit, während eines behördenübergreifenden Meetings wurde ein leitender Sozialarbeiter von einem Kollegen dazu gedrängt, „eine andere Metapher zu wählen“, nachdem er den Ausdruck „it's not a black and white case“ (es ist kein schwarz-weißer Fall) benutzt hatte.

An diesen Anekdoten ist von Bedeutung, dass, obwohl die Problematisierung von gewaltförmiger Sprache Elemente der Fähigkeit des „Trickster“ haben mag, eine lebendige Auseinandersetzung hervorzurufen, dies in der Praxis oft eine Unterdrückung von Dialog und eine diskursive Verstärkung von berufsbezogenen Grenzziehungen zur Folge hatte. Nur selten wurden die Kategorien „race“ und „gender“ problematisiert. „If it only mirrors the thing it opposes, it discovers no secret passage into new worlds.“ (Hyde 1998: 271) Einige dieser Problematisierungen geschahen später, passend zur Wirkung von Varianten des Post-Modernismus (u.a. Fawcett et al. 2000), die – nicht ohne Kontroverse – einen „verspielten“ Umgang mit bestehenden Kategorien beförderten (und vielleicht auch einiges an Unheil angerichtet haben). Das vielleicht eindrucksvollste Beispiel ist die Queer Theory, die auf der Idee beruht, Identitäten seien nicht feststehend und deterministisch. Sie schlägt vor, dass wir bewusst alle Vorstellungen einer fixen Identität in Frage stellen, in unterschiedlichster und unvorhersehbarer – tatsächlich 'trickserischer' Weise (z.B. Butler 1990). Arbeit im Gesundheits- und Wohlfahrtsbereich ist mit vielfältigen Mehrdeutigkeiten durchzogen und es bedarf der Figur des „Tricksters“, um zu verhindern, dass diese Mehrdeutigkeiten in den Hintergrund gedrängt werden, wie Hyde betont:

„We may well hope our actions carry no moral ambiguity, but pretending that is the case when it isn't doesn't lead to greater clarity about right and wrong; it more likely leads to unconscious cruelty masked by inflated righteousness.“ (ebd.: 11)

In den oben genannten Beispielen haben wir erörtert, dass Webb Aspekte der Fähigkeit des „Tricksters“ aufweist, eine neue Orthodoxie aufzudecken und ihre nicht-intendierten Folgen – nach Webb die Versteinerung von professionellem Diskurs und Debatte – einzuschränken. In diesem Sinne ist die Rolle des „Tricksters“ nahe verwandt mit Rortys (1989) „Ironikerin“, die ein tiefes Misstrauen bezüglich so bezeichneten „final vocabularies“ hat. Rorty argumentiert, dass Menschen einen kulturell eingebetteten Wortschatz haben, den sie anwenden, um ihre Handlungen und Überzeugungen zu rechtfertigen – und tatsächlich ihr Leben. Rorty nennt diese Worte die 'finalen Vokabularien' einer Person; über welche hinaus die Sprache einer Person zusammenbricht, da es keine Mög-

lichkeiten der Beschreibung oder des Verständnisses mehr gibt. Professionelle sowie andere menschliche Akteure haben ihre finalen Vokabularien; die Anerkennung dieses Sachverhaltes auferlegt die Notwendigkeit, ein gewisses Maß an Demut, welche nicht zuletzt durch das Bild des arglosen „Tricksters“ angespornt wird. Für Rorty wird Demut durch das Ausgesetzt sein gegenüber so vielen „final vocabularies“ wie möglich gefördert, so dass wir dazu fähig sind, ständig die kontingente Natur unserer Selbst wahrnehmen. Krishnas verspielte Reformulierung der Konzepte von Eigentum und Diebstahl bieten Anhaltspunkte darüber, wie organisatorische „Trickster“ durch das Ablegen liebgewonnener Vorstellungen oder durch Naivität neue Vokabularien ins Leben rufen, ohne Gefahr zu laufen, andere zu erniedrigen. Humor und Verspieltheit sind mächtige Werkzeuge im Repertoire eines „Tricksters“. Denken wir an Shakespeares weisen Narr. Die Rolle des klugen Narrens ist es, Selbstüberschätzung herauszufordern, zu sagen, was sonst nicht gesagt werden hätte können, vorsichtig dazu beizutragen, die Vorstellungen von Klasse und Anstand ins Wanken zu bringen. Während die noblen und mächtigen Charaktere sich selbst, ihre Projekte und ihre Melodramen so sehr ernst nehmen, vergnügt sich der Narr damit, sie (und sich selbst) zum Narren zu machen. Er benutzt seinen scharfsinnigen Witz und seinen Charme dazu, unangenehme Wahrheiten auszusprechen, ohne Zorn zu provozieren und mit etwas Glück wendet er die sich anbahnende Tragödie ab.

Wir haben bereits auf die Verwendung von Humor und Erzählung in interprofessioneller und behördenübergreifender Arbeit hingewiesen und beschrieben, dass dies oft die Form des ironischen Scherzes über „die anderen“ annimmt. Als soziale Akteure sind wir ausgezeichnet darin, die eigensinnigen Routinen und Typisierungen unbekannter Kulturen auszumachen, aber es ist viel schwieriger, die eigenen zu erkennen, da diese im vertrauten Dickicht unserer professionellen Vorstellungen und 'finalen Vokabulare' getarnt sind. Wir müssen Menschen Wege und Möglichkeiten des spielerischen und bescheidenen Umgangs mit unseren eigenen „final vocabularies“ bereitstellen, so dass sie diese nicht zwangsweise aufgeben, aber damit sie sie diskutieren können und ein lebhaftes Gespräch erzeugen.

Bruno Latour (1987: 22f.) unterscheidet zwischen 'positiven und negativen Modalitäten'. In ersteren werden Ansprüche formuliert, die ein Infragestellen der Bedingungen ihrer Herstellung ausschließen, wohingegen in den letzteren solche impliziten Ansprüche hinterfragt werden, somit eine Äußerung über ihre Nützlichkeit und Richtigkeit zugelassen wird. Wir benutzen ein Beispiel unseres Kollegen Chris Hall (Hall/White 2005): Die Aussage 'Unterbringung zur Pflege funktioniert am besten, wenn Familien keine Kinder gleichen Alters haben', nimmt die Beschaffenheit von Pflegeunterbringung als selbstverständlich

gegeben an, während die Aussage: 'Es gibt einen kleinen Unterschied zwischen Unterbringung zur Pflege und einer kleinen Wohneinheit' es ermöglicht, die Beschaffenheit von Pflegeunterbringung und ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede im Verhältnis zur Heimunterbringung (was auch immer das ist!) zu erörtern. Wir behaupten, dass in Situationen, in denen Kulturen unhinterfragt bleiben, es eine größere Tendenz gibt, apodiktische Aussagen zu tätigen, was Kategorien auf eine Weise hervorruft, die schnelle, manchmal vorschnelle Entscheidungen mit sich zieht, wie es im Fall von Victoria Climbié geschehen war. Als soziale Akteure sind wir gut dafür ausgestattet, die Eigenarten anderer zu entdecken; das gehört dazu, wie wir ein Zugehörigkeitsgefühl innerhalb unserer 'Stämme' herstellen. Die Fähigkeit des „Trickster“ ist es, die Vorstellungskraft seiner 'Verwandtschaft' anzuregen, zu wecken.

An dieser Stelle geben wir ein Beispiel für einen Austausch, der „trickserische“ Eigenschaften aufweist. Während der Feldforschung in einer psychiatrischen Einrichtung für Kinder nahm die Autorin (White) an einem Planungstreffen teil, bei dem geprüft werden sollte, ob Rebecca (14 Jahre alt) aus einer Pflegeunterbringung genommen werden sollte, in welcher sie bereits neun Monate gelebt hatte. Rebecca gefiel es dort gut und sie wollte nicht ausziehen; auch die Pflegeeltern wollten dies nicht. Allerdings wurde ihnen nur eine Kurzzeitpflege für Kinder genehmigt und der Pflegedienstmitarbeiter musste Rebecca anderweitig unterbringen, um einen kostbaren Unterbringungsplatz freizugeben. Das wurde im Sinne des Wohls der jungen Person, ihrer Wünsche und Gefühle formuliert. Der Pflegedienstmitarbeiter berief sich folgendermaßen auf die Bindungstheorie: „[Rebecca]’s made a good attachment here. That’s good. A lot of kids don’t have that. It will help her when she moves. She needs a forever family now.“

Die popularisierte Version der Bindungstheorie postuliert, dass die Fähigkeit für eine gute Bindung andere Bindungen in der Zukunft befördert (Fahlberg 1994). Diese Theorie ist, wie wir bereits angemerkt haben, außerordentlich dominant in der Sozialen Arbeit in Großbritannien. Es wird sich oft auf diese unproblematische Weise auf sie berufen und sie wird oftmals nicht kritisch hinterfragt. Bei dieser Gelegenheit jedoch sagte eine Sozialarbeiterin, die in einem interdisziplinären Team zur psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen arbeitete, sehr scherzhaft – ganz in der Art eines weisen Narrens: „Yes, that is good news. Attachments are important, in fact I have a really good attachment to my husband, I wonder what he’ll say when I go home and tell him he’s set me up so well, I’m going to try another man!“

Auf diese Weise wurde die kausale Verbindung zwischen einer guten Bindung und der 'Resilienz', mit einem Wechsel in eine neue Pflegefamilie umgehen zu

können, gebrochen, indem die Begriffe der Debatte verändert und eine inhaltlich breitere Auseinandersetzung, inklusive bezüglich vorhandener Ressourcen, ermöglicht wurde. Später merkte die Sozialarbeiterin an, dass ihre Arbeit an der Seite von Psychiatern und Psychologen ihr bewusst gemacht habe, wie SozialarbeiterInnen – sie selbst eingeschlossen – sich auf die Bindungstheorie als einen monolithischen Erklärungsrahmen stützen. Als sie das einmal problematisiert hatte, war es ihr nicht mehr möglich, die Bindungstheorie heranzuziehen, ohne sich dabei dessen bewusst zu sein. Anderen finalen Vokabularen ausgesetzt zu sein hat sie zu einer vorsichtigeren und kritischen Verwendung der Theorie veranlasst. Diesen Abschnitt möchten wir mit einem treffenden Zitat von noch einem weiteren schelmischen „Trickster“ abschließen, welcher die Einbildung verspottet, „final vocabularies“ seien erreichbar oder erstrebenswert:

„These ambiguities, redundancies and deficiencies remind us of those which doctor Franz Kuhn attributes to a certain Chinese encyclopaedia entitled ‘Celestial Empire of benevolent Knowledge’. In its remote pages it is written that the animals are divided into: (a) belonging to the emperor, (b) embalmed, (c) tame, (d) sucking pigs, (e) sirens, (f) fabulous, (g) stray dogs, (h) included in the present classification, (i) frenzied, (j) innumerable, (k) drawn with a very fine camelhair brush, (l) et cetera, (m) having just broken the water pitcher, (n) that from a long way off look like flies.“ (Jorge Luis Borges, *The Analytical language of John Wilkins*)

„Trickster“ fördern

Fördern wird hier als Verb und Adjektiv verwendet: Wie können wir die Talente von Tricksern fördern, sodass diese wiederum die Lebendigkeit von Gesprächen und Sinnggebung fördern können? Das Verschreiben einer Reihe von „Trickster“-Kompetenzen wäre sicherlich der falsche Ansatz. Wie wäre es mit einer Akademie der „Trickster“ Exzellenz (ATE), um Leute dazu auszubilden mit überzogener professioneller Selbstsicherheit umzugehen? Vielleicht nicht! Dennoch hoffen wir, das Vorangegangene vermittelt einen Eindruck darüber, was getan werden muss. Für alle von uns, innerhalb unserer verschiedenen beruflichen Nischen, ist das Identifizieren von finalen Vokabularen eine Aufgabe. Im Werk von Martha Nussbaum gibt es einige hilfreiche Hinweise, etwa hinsichtlich ihrer Verteidigung einer breiten Vision von Bildung² (Taylor/White 2006).

2 Auch in anderen professionellen Bereichen, wie zum Beispiel in der Wirtschaft, hat es die Forderung nach einer starken Fundierung durch die freien Künste gegeben, auch wenn dies auf den ersten Blick widersinnig erscheint (Morris et al. 2005). Aber wenn dies für die Ausbildung von Fachkräften in der Wirtschaft angemessen ist,

In mehreren ihrer Schriften (z.B. Nussbaum 1997, 2001, 2004) liefert sie starke Argumente für die Ermöglichung von Dialog durch Ermutigung sokratischer Selbsthinterfragung. Sie verteidigt die Bedeutung von Literatur und Kunst für die Förderung ‘narrativer Imagination’. Diese hält sie für eine solche kritische Auseinandersetzung für wesentlich und weist darüber hinaus auf die Notwendigkeit zum ständigen Hinterfragen von Annahmen hin. In Anlehnung an Platons Werk *Phaidros* und bezugnehmend auf dessen Besorgnis zur korrumpierenden Wirkung geschriebener Worte, argumentiert sie:

„Books are not ‘alive’...they certainly cannot think. Often, however, so great is their prestige that they actually lull pupils into forgetfulness of the activity of mind that is education’s real goal, teaching them to be passively reliant on the written word. Such pupils, having internalized a lot of culturally authoritative material, may come to believe that they are very wise. And this arrogance undercuts still further the motivations for real searching. Such people are even less likely than ignorant people to search themselves, looking for arguments for and against their cultures ways of doing things. So, books when used in education, must be used in such a way as to discourage this sort of reverence and passivity.“ (Nussbaum 1997: 34)

Humor, Kunst, Ironie, Theorie und formales Wissen sind alle wichtig, aber die Art und Weise, wie sie unterrichtet werden, gelesen werden, eingesetzt werden, und aus ihnen Sinn gemacht wird, macht einen entscheidenden Unterschied, um jemanden zur Kritik zu befähigen! Und wie unsere gemeinsame Freundin und Kollegin Brid Featherstone einmal anmerkte, ist es wichtig, dass wir es dem Leben erlauben, an den Rändern unserer Theorien zu reiben:

„I have argued that versions of feminism, which insisted that all men were powerful and all women powerless victims quite simply did not tally with my own experiences of strong women and invisible men. I also found it hard to reconcile what often felt like a rhetoric of sisterhood with my own experiences of relationships between women. Furthermore, and this was crucial, my relationship with my mother, particularly with the death of my father at an early age, was not easily reconcilable with what appeared to be sanitised accounts of victimised mothers who always loved their children unless prevented by patriarchal constraints.“ (Featherstone 2004: 10)

Brid hat von Zeit zu Zeit einige Fäden aus dem glatten Stoff bestimmter Sorten des Feminismus herausgezogen und damit ein neues Muster im Tuch gestaltet. Doch hat sie die Ränder absichtlich unvollendet gelassen: denn es gibt immer die Gefahr, dass sich eine neue Orthodoxie durchsetzt (z.B. Featherstone/Trinder

dann doch sicher noch mehr für die Ausbildung von Fachkräften, deren Arbeit direkt beinhaltet, anderen zu helfen und für andere zu sorgen.

1997). Geplagt von unmöglichen, endgültigen Festlegungen, ist sie trotz allem eine („Trickster“-)Feministin geblieben.

Es obliegt uns, als Auszubildende „Trickster“ zu werden, nicht um außerhalb zu stehen und „Erkenntnisse“ zurückzuweisen, die andere uns hinterlassen haben, sondern weil „the only theory worth having is that which [we] have to fight off, not that which [we] speak with profound fluency“ (Hall 1992: 280). Wie Weick (1996) – wenn auch in einem anderen Zusammenhang – festgestellt hat, ist es wichtig, uns nicht zu fest an unsere Werkzeuge zu binden, immer bereit zu sein, unsere lieb gewonnenen theoretischen Verpflichtungen hinter uns zu lassen, um nicht Gefahr zu laufen – wie die Feuerwehrleute in Weicks weit verbreiteter Allegorie³ – vom Feuer verschlungen zu werden.

Um den „Trickster“ zu fördern, müssen wir lernen, die Welt, ihre Liturgien, Widersprüche und Absurditäten zu sehen und gleichzeitig unseren eigenen fehlbaren Platz in ihr zu kennen, was uns wieder zurück zu Deweys Zelebrierung der „Unwissenheit“ in unserem oben stehenden Epigraph führt. Zeit in anderen kulturellen Bereichen zu verbringen ist wichtig, sei es physisch oder virtuell, durch Film, Theater, Literatur, Geschichte oder Anthropologie. Doch ist die Suche nach Möglichkeiten der Verlangsamung des Handelns in unserer vertrauten Umgebung sowie der Möglichkeit, unsere eigene Welt von innen zu sehen, auch wichtig: SozialarbeiterInnen müssen sich als spielerische EthnographInnen der eigenen Bereiche empirisch mit ihren Praxis-Kulturen auseinandersetzen (Taylor/Weiß 2000). „To be playful and serious at the same time is possible, in fact it defines the ideal mental condition.“ (Dewey 1910: 218) Dies erfordert auch eine Neubestimmung dessen, was wir als nützliches Wissen zählen und was wir für Evidenz halten. So kann etwa das Darauf-Achten, wie wir Humor gebrauchen, Hinweise darüber geben, welche unterschiedlichen Identitäten wir versuchen, für uns selbst zu gestalten. Nehmen Sie Ihre Teamsitzungen auf und achten Sie auf die Lacher: Über wen lachen Sie? Warum? Was dürfen Sie nicht sagen? Warum? Versuchen Sie, es zu sagen. Wann waren Sie zuletzt über etwas, was eine Kollegin oder ein anderer

3 Weick (1996) berichtet über den tragischen Tod einer Reihe von Feuerwehrleuten bei zwei Wildbränden. Die Todesfälle konnten auf den Fehler zurückgeführt werden, dass diese ihre schweren Werkzeuge, die sie mit sich trugen, nicht zurückließen. Dadurch wurde ihr Rückzug verlangsamt und sie wurden von den schnell voranschreitenden Flammen überrannt. Weick zieht eine Analogie zwischen dem Verhalten der gedankenlosen Feuerwehrleute und den Gelehrten von Organisationen, die sich ähnlich hartnäckig an etablierte „Paradigmen, Lehrsätze und Parabeln“ klammern und damit verpassen mit neuen Ideen zu spielen, zu improvisieren, zu erneuern und zu experimentieren; „Trickster“ sind sie nicht!

Professioneller gesagt hat, schockiert? Warum waren Sie schockiert? Blicken Sie auf den Alltag, – regen Sie die brachliegenden Bereiche ihrer Vorstellungskraft an. Wecken Sie Ihren Affengeist!

Unser Plädoyer für „Trickser“ ist sowohl für das Management der Sozialen Arbeit als auch für professionelle Praxis relevant. Trotz der Jeremia Warnungen seiner ideologischen KritikerInnen wird der neue Managerialismus häufiger durch komödiantische Inkompetenz charakterisiert als durch bedrückend rationalistische Effizienz. Nehmen wir ein Beispiel aus unserer letzten Feldarbeit, bei dem die Verwaltung einer lokalen Gemeinde entschied, die eigene „Kontakt- und Koordinierungsstelle“⁴ ohne Rücksprache mit den MitarbeiterInnen neu zu organisieren. Die Umstrukturierung hatte zur Folge, dass bestehende und gut etablierte Teams aufgebrochen wurden. Im Vereinigten Königreich herrscht auf dem Arbeitsmarkt im Bereich der Sozialen Arbeit ein allgemeiner Mangel an erfahrener Personal. Es wäre vorhersehbar gewesen, dass in Folge sechs MitarbeiterInnen, von denen drei zum erfahrensten Personal gehörten, gekündigt haben. Hier kann sicherlich die naive Version des „Tricksters“ bei der Arbeit beobachtet werden, der sich am Ende selbst ins eigene Fleisch schneidet. Aber auch der törichte, einfache „Trickster“ lernt aus seinen Fehlern, im Gegensatz zu den KollegInnen des Managements, die so wenig in der Lage zu sein scheinen, Lehren aus der Geschichte zu ziehen! Durch die Erzählung eines Volksmärchens kann ein Entwicklungsprozess in Gang gesetzt werden, bei dem am Ende der „Trickster“ als ein relativ bewusstes und nützliches Individuum steht. Was im Management benötigt wird, ist ein neues Konzept der Praxis, das in einem neuen Vokabular artikuliert wird. Die Idee des Managements als Gestaltung (Boland/Collopy 2004) bietet ein solches alternatives Paradigma, eines, bei dem Züge eines geschickten „Tricksters“ entdeckt werden können:

„A decision attitude is ... dominant in management practice today. It is concerned with the various techniques and methods managers use in making choices, starting from the assumption that a good set of options is already available [ebd.: 6]. A design attitude [on the other hand] views each project as an opportunity for invention that includes a questioning of basic assumptions, a resolve to leave the world a better place. Designers relish the lack of predetermined outcomes, the opportunity to go back to those assumptions that have become invisible and unnoticed, looking for the real thing we are trying to accomplish, unvarnished by years of organizational habit. A design attitude fosters a problem-solving process that remains liquid and

4 Die erste Anlaufstelle für Professionelle oder Bürgerinnen und Bürger, die Hilfe beim Jugendamt suchen.

open, celebrating path-creating ideas about new ways to use technology and new work processes [ebd.: 9].“

Unser Essay gleicht einem Kompendium von Zitaten (eine Nachricht in sich selbst), und wir erlauben uns, die Geduld des/r Lesers/in ein letztes Mal auf die Probe zu stellen, indem wir mit einem weiteren Zitat abschließen. Obwohl elektisch anmutend, finden wir es angemessen, verschiedene Orte und Ebenen miteinander zu verknüpfen, welche, ähnlich den „Sonden“⁵ Marshall McLuhans (eines weiteren begnadeten „Tricksters“), auf verschiedene Art und Weise entschlüsselt werden können. Im Kommentar zu seiner interaktiven Installation „Inkblot Projections“ im San Francisco Exploratorium Museum meinte sein Gestalter, der Digitalkünstler Paul Kaiser⁶:

„Often we say we have an idea, but sometimes it seems just the opposite: that our idea has us. And when it does, it blocks us from having any other. Nowhere is this clearer than when we look at the chaos of an inkblot. Suddenly from its meaningless (but bisymmetrical) smudges we make out a picture of something quite definite: perhaps a face, or a body, or a landscape. What's odd is that once we've seen such a picture, we have a hard time seeing anything else – including the different pictures that other people say they see there. *Inkblot Projections* makes that seeing easier, letting us take leave of ourselves for a moment to glimpse things through other people's eyes. This artwork should not be confused with the famous but disputed Rorschach test, which purports to allow psychologists to read people's personalities by analyzing and scoring their responses to a set of secret inkblots. It turns out that our imaginations are not so easily pinned down.“

Übersetzung von:

Bettina Ritter, Stephan Dahmen und Daniel Rebbe
 Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft, AG 8,
 Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld
 E-Mail: bettina.ritter@uni-bielefeld.de

5 McLuhans Sonden sind geniale Gegenüberstellungen von Bildern und Epigrammen. Sie bieten einen alternativen epistemologischen Rahmen zum konventionellen rationalen Diskurs und regen den Leser/die Leserin durch Ratlosigkeit und Paradox dazu an, ihre eigenen Bedeutungen und Erkenntnisse durch die Erforschung Verbindungen, Resonanzen, Widersprüche zu finden. Siehe McLuhan und Carson (2003).

6 www.openendedgroup.com/artworks/other/inkblot_statement.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.07.2007)

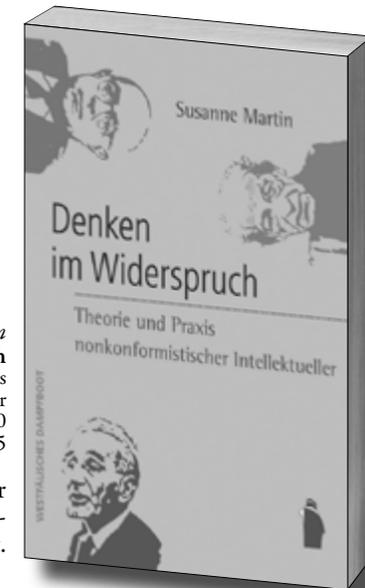
Literatur

- Bloor, M. 1976: 'Bishop Berkeley and the adeno-tonsillectomy enigma: an exploration of variation in the social construction of medical disposal. In: *Sociology*, 10: 43-61
- Boland, R.J. and Collopy, F. 2004: *Managing as designing*. Stanford
- Burman, E. 1994: *Deconstructing Developmental Psychology*. London
- Butler, J. 1990: *Gender Trouble: Feminism and the Subversion of Identity*. London
- Dewey, J. 1910: *How we think*. Lexington
- Dingwall, R. 1977: '„Atrocity Stories“ and Professional Relationships'. In: *Sociology of Work and Occupations*, 4: 371-396
- Dominelli, L. 1991: '„What's in a name?“ A comment on „Puritans and Paradigms“'. In: *Social Work and Social Sciences Review*, 2, 3: 231-5
- Fahlberg, V. 1994: *A Child's Journey through Placement*. London
- Fawcett, B.; Feathersone, B.; Fook, J.; Rossiter, A. (eds) 2000: *Practice and Research in Social Work: Postmodern Feminist Perspectives*. London
- Feathersone, B. 2005: *Feminism, Child Welfare and Child Protection: A Critical Analysis and Review*. Unpublished PhD, University of Huddersfield
- and Trinder, L 1997: *Familiar subjects? Domestic violence and child welfare*. In: *Child and Family Social Work*, 2,3, 147-161
- Feyerabend, P. 2007: *Conquest of abundance: a tale of abstraction versus the richness of being*. Chicago
- Foucault, M. 1994: 'An interview with Simon Riggins'. In: P. Rabinow (ed.) *Michel Foucault: Ethics: The Essential Works*. London
- Garfinkel, H. 1967: *Studies in Ethnomethodology*. Cambridge
- Hall, C. 1997: *Social Work as Narrative: Storytelling and Persuasion in Professional Texts*, Aldershot
- and White, S. 2005: *Looking Inside Professional Practice: Discourse*. In: *Narrative And Ethnographic Approaches To Social Work And Counselling, Qualitative Social Work*, 4: 379-390
- Hall, S. 1992: 'Cultural studies and its theoretical legacies'. In: Grossberg, L, Nelso, C. and Treichler, P. (eds): *Cultural Studies*. London: 277-94
- Howe, D., Brandon, M., Hinings, D. and Schofield, G. 1999: *Attachment theory, child maltreatment and family support*. Basingstoke
- Hyde, L. 1998: *Trickster Makes this World: Mischief, Myth and Art*. New York
- Jung, C.G. 2005: *The archetypes and the collective unconscious*. London
- Laming, H. 2003: *The Victoria Climbié Inquiry: Report of an Inquiry presented by the Secretary of State for Health and the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty January 2003*. Cm 5730. Norwich
- Latimer, J. 2000: *The Conduct of Care: Understanding Nursing Practice*. Oxford
- Latour, B. 1987: *Science in Action*. Milton Keynes
- McLuhan, M. and Carson, D. 2003: *The Book of Probes*. New York

- Messer, S.B. and Wampold, B.E. 2002: Let's Face Facts: Common Factors Are More Potent Than Specific Therapy Ingredients. In: *Clinical Psychology: Science and Practice*, 9, 21-25
- Morris, J.A., Urbanski, J. and Fuller, J. 2005: Using poetry and the visual arts to develop emotional intelligence. In: *Journal of Management Education*, 29, 888-905
- Nussbaum, M. 1997: *Cultivating Humanity: A Classical Defense of Reform in Liberal Education*. Cambridge
- 2001: *Upheavals of Thought: The Intelligence of Emotions*. Cambridge
- 2004: *Hiding from Humanity: Disgust, Shame and the Law*. Princeton
- Pithouse, A. 1987: *Social Work: The Social Organisation of an Invisible Trade*. Aldershot
- Radin, P. 1956: *The Trickster: A Study in American Indian Mythology*. New York
- Rorty, R. 1989: *Contingency, Irony, and Solidarity*. Cambridge
- Sacks, H. 1984: On doing being ordinary. In: J.M. Atkinson and B. Heritage (eds): *Structures of Social Action: Studies in Conversation Analysis*. Cambridge
- Sheldon, B. 2001: 'The validity of evidence-based practice in social work: a reply to Stephen Webb. In: *British Journal of Social Work*, 31: 801-809
- Stiles, W.B., Shapiro, D.A., and Elliot, R. 1986: Are all psychotherapies equivalent. In: *American Psychologist*, 41, 165-180
- Taylor, C. and White, S. 2000: *Practising Reflexivity in Health and Welfare: Making Knowledge*. Buckingham
- 2006: *Knowledge and Reasoning in Social Work: Educating for Humane Judgement*. In: *British Journal of Social Work*, 35: 1-18
- Wastell, D.G. 1996: The fetish of technique: methodology as a social defense. In: *Information Systems Journal*, 6, 25-40
- Weick, K.E. 1996: Drop your tools: an allegory for organizational studies. In: *Administrative Science Quarterly*, 41, 301-313
- Webb, D. 1990: 'Puritans and paradigms: a speculation on the form of new moralities in social work'. In: *Social Work and Social Sciences Review*, 2, 2: 146-9
- White, S. 1998a: 'Examining the Artfulness of Risk Talk'. In: A. Jokinen, K. Juhila and T. Poso: *Constructing Social Work Practices*. Aldershot
- 1998b: Interdiscursivity and child welfare: the ascent and durability of psycholegalism'. In: *Sociological Review*, 46(2), pp. 264-92
- and Stancombe, J. 2003: *Clinical Judgement in the Health and Welfare Professions: Extending the Evidence Base*. Maidenhead
- and Featherstone, B. 2005: *Communicating misunderstandings: multi-agency work as social practice*. In: *Child and Family Social Work*, 10, 207-216

Sue White and David Wastell, Department of Applied Social Science, University of Lancaster and Nottingham University Business School

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT



Susanne Martin
Denken im Widerspruch
 Theorie und Praxis
 nonkonformistischer Intellektueller
 2013 - 264 Seiten - € 29,90
 ISBN: 978-3-89691-946-5

Susanne Martin hält ein Plädoyer für eine Aktualisierung kritisch-nonkonformistischer Intellektualität.

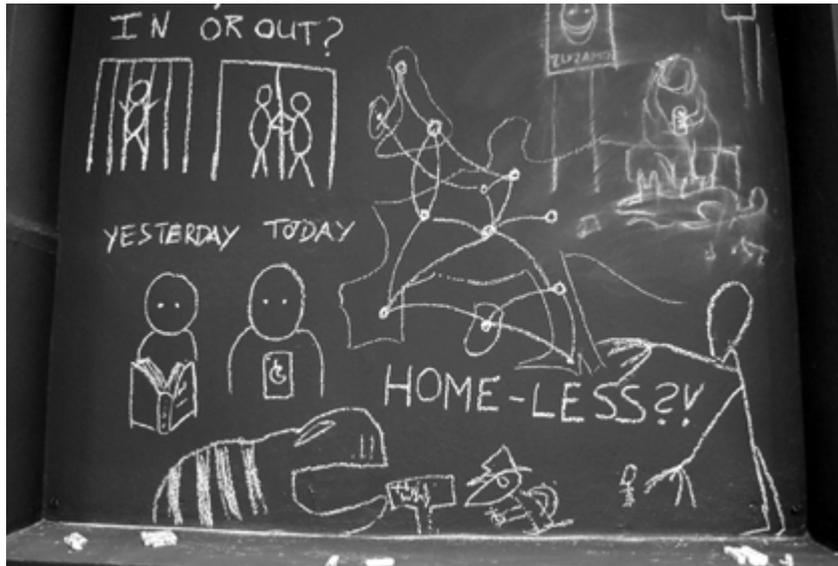


Susanne Martin,
 Christine Resch (Hrsg.)
**Kulturindustrie und
 Sozialwissenschaften**
 2014 - 213 Seiten - € 24,90
 ISBN: 978-3-89691-963-2

Die Herausgeberinnen und AutorInnen analysieren, ausgehend von der letzten Universitätsreform, welche Allianzen Sozialwissenschaften und Kulturindustrie eingehen.

Christine Resch

Reflexivität als Denkmodell und Perspektive in den Sozialwissenschaften



Reflexivität wird nicht nur in den Wissenschaften beinahe inflationär verwendet. Reflexion und Reflexivität haben in den handlungs- und berufsfeldbezogenen Sozialwissenschaften Konjunktur. Selbst Experten,¹ die verdinglichende Klassifikations- und institutionalisierte Interventionsmethoden ausarbeiten, legen Wert darauf, diese reflexiv zu validieren oder zu relativieren. Und auch in der kulturindustriellen Öffentlichkeit dominieren reflexive Schleifen. Kulturindustrie ist selbst reflexiv geworden. Die Frage „Mr. Hitchcock, wie haben Sie das gemacht?“ braucht nicht mehr gestellt werden. Kaum ein Blockbuster, der nicht von „The Making of...“ flankiert wird. Diese Dokumentationen informieren, dass die Direktion weder Mühen noch Kosten gescheut hat. Da wird niemand manipuliert, vielmehr bekommt man genau vorgeführt, wie man geködert wird. Daher gilt es, „affirmative“ und „kritische“ Reflexivität zu unterscheiden.² Aus einer befreiungstheoretischen Perspektive heißt (kritische) Reflexivität die Analyse der herrschaftlichen Verfasstheit aller Interaktionen, Situationen, Institutionen bis hin zu zentralen Vergesellschaftungsformen einer Produktionsweise. Reflexivität bedeutet, anspruchsvoll und bescheiden zugleich, eine Möglichkeit, sich an Wahrheit anzunähern. Eine (moralische) Bewertung der Zustände findet allenfalls höchst vermittelt statt: als Erkenntnis der herrschaftlichen (und widerständigen) Aspekte, die sich in den jeweiligen Gegenständen manifestieren. Reflexivität kann „nur“ das Denken zum Tanzen bringen, nicht die Welt verändern.

¹ In diesem Artikel benutze ich das generische Maskulinum und das generische Femininum, verzichte aber darauf, jedes Subjekt zu „gendern“.

² Zu den Unterschieden zwischen „affirmativer“ und „kritischer“ Reflexivität vgl. genauer Resch/Steinert 2003. Im engen Sinn auf die Theorie Sozialer Arbeit bezogen, und wie (selbst-)kritisch sie sei, vgl. die Hefte 108 und 125 der Widersprüche.

Bezogen auf „Reflexivität“ sind in den Sozialwissenschaften drei etablierte Bestimmungen relevant, die im ersten Abschnitt, der eine Begriffsbestimmung zum Gegenstand hat, kurz umrissen werden. Mit der in der Tradition der Aufklärung stehenden Beschreibung von Reflexivität als kritisch-analytischer Perspektive schließt dieser Teil. Im zweiten Abschnitt „Reflexivität und Verstehen“ gebe ich mich in die Niederungen der empirischen Forschung und beschäftige mich mit der Frage, wie wissenschaftliches Verstehen möglich ist.

Reflexivität: etwas Begriffsbestimmung

Als Sozialwissenschaftlerinnen produzieren wir nicht exklusiv Wissen über die Gesellschaft oder das Soziale. Vielmehr geschieht das in Auseinandersetzung und Abgrenzung von anderen Wissensformen: zu unserem *alltäglichen (Erfahrungs-)Wissen*, zum *Expertenwissen*, von dem unser Alltag ebenso umstellt ist wie er mit *kulturindustriellem Wissen* überhäuft wird.

Als Sozialwissenschaftler haben wir auch keinen exklusiven Gegenstand, einerseits weil wir alles untersuchen können, andererseits weil sich auch andere Wissenschaften für das interessieren, womit wir uns beschäftigen. Daher greife ich einen Vorschlag von Heinz Steinert auf: Sozialwissenschaften zeichnet nicht ein bestimmter Gegenstand aus, sondern eine Perspektive und die bestimmt er als „Reflexivität“.³

Was heißt das aber genau? Wie bei vielen, um nicht zu sagen allen Begriffen, hat man zunächst das Problem, ihre Verwendungen klären zu müssen. Auch wir als Wissenschaftler haben nur die herrschende Sprache⁴ zur Verfügung und daher eine, die selbstverständliche Bedeutungen mittransportiert, die sich allerdings historisch verändern oder in verschiedenen Kontexten unterschiedlich konnotiert sein können.⁵ Wie angekündigt, sollen einige etablierte Verwendungen von „Reflexivität“ im Folgenden skizziert werden.

3 Vgl. dazu und zu den anderen Wissensformen Steinert 1999.

4 Wer (wie ich) das Denken nicht zuletzt von Adorno gelernt hat, kennt die Arbeit an Begriffen, die allen Studien und Reflexionen vorausgesetzt ist.

5 Es wäre durchaus ein lohnendes Forschungsvorhaben, die verschiedenen Bedeutungen von Reflexivität in den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen umfassend aufzuarbeiten. Zu verschiedenen Konzepten von Reflexivität und Eigensinn und unter der Frage nach Optionen, die sich für die Praxis von Sozialer Arbeit und für die Forschung über sie aus diesen Verhältnisbestimmungen ergeben können vgl. May 2013; zu Reflexion als Vehikel, mit dem Polizisten und Sozialarbeiterinnen

Reflexivität als Steuerung des Handelns

„Reflexivität“, wie der Begriff in Handlungstheorien häufig gebraucht wird, bedeutet Steuerung durch Selbst- und Rückbezüglichkeit auf disziplinäre Wissensbestände und Eigenlogiken von Institutionen und Organisationen. Reflexivität zeigt sich in der Fähigkeit, die möglichen Folgen des eigenen Handelns vorwegzunehmen und dieses Handeln gleich oder es wenigstens beim nächsten Mal, wenn entsprechende Bedingungen vorhanden sind, zu modifizieren. In dieser „affirmativen Reflexivität“ wird das Handeln optimiert und an die sozialen Anforderungen angepasst. In diesem Sinn ist alles soziale Handeln „reflexiv“. Der Begriff ist also mit dem verbunden, den wir im Alltag gebrauchen: „Reflektiere das doch einmal!“

In den soziologischen Handlungstheorien ist dieser Begriff dominant. An den Arbeiten von Ulrich Beck, um nur ein prominentes Beispiel zu nennen, kann man sich diese Bedeutung veranschaulichen. In der zusammen mit Anthony Giddens und Scott Lash (1996) betriebenen Gesellschaftsdiagnostik bezeichnen sie die gegenwärtige Phase als „zweite Moderne“ oder „reflexive Modernisierung“ und verhandeln auch kleinere und größere Unterschiede, was „Reflexivität“ denn nun genau bezeichnet.

Reflexivität als Analyse der wissenschaftlichen Produktionsbedingungen

In einer zweiten Verwendung geht es in der Wissenschaft darum, die eigenen institutionellen Voraussetzungen mitzudenken, sie zu „reflektieren“. Bourdieu ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel, weil er das wissenschaftliche Wissen, das er produziert, konsequent auf die Logiken der Institution Wissenschaft bezieht (Stichwort: *homo academicus*⁶), die vorstrukturiert, was und wie etwas gesagt wird. In Forschungsprojekten geschieht derartige Rückbezüglichkeit routiniert, wenn die Forschungsfrage entwickelt wird, indem über den „Stand der Forschung“ zu einem bestimmten Thema Auskunft gegeben und das eigene Vorhaben begründet wird.

Für die Sozialpädagogik hat Dollinger (2008) eine Monographie zu diesem Thema vorgelegt. Er beansprucht, zu einer „Selbstvergewisserung der Sozialpädagogik“ eine Grundlagenarbeit beizutragen. (Dollinger 2008: 12) Die dazu nötigen

der „einfachen“ Hand- und Fußarbeit auf der Straße zu entkommen versuchen und hochqualifizierte und -bezahlte Beratungsjobs anstreben vgl. Behr/Hess 2002.

6 Um sich die Bourdieusche Konzeption zu vergegenwärtigen, vgl. Bourdieu 1993.

Anstrengungen „zielen auf die Frage, wie Sozialpädagogik als solche möglich wird und als Erfahrungs- und Interpretationsmuster kommuniziert werden kann“ (12f.). Oder anders formuliert, wie ist Wissen beschaffen, das es ermöglicht, dass ein Sozialpädagoge als Sozialpädagoge sprechen kann und das als legitim verstanden wird? Dollinger erläutert sein Vorgehen in Rekurs auf Bourdieu: den Akt der Objektivierung zu objektivieren (27).

Die Iteration dieser Form der Selbstvergewisserung hat zur Konsequenz, dass es keine gesellschaftliche Wirklichkeit mehr gibt, auf die man sich (wie kompliziert auch immer) beziehen kann, sondern nur noch auf nach wissenschaftlichen Regeln vollzogene Objektivierungen, die permanent als solche kenntlich gemacht werden müssten. An einem Beispiel will ich das kurz illustrieren. Dollinger geht davon aus, dass die Sozialpädagogik auf Zeitdiagnosen wie „reflexive Moderne“ oder „Wissengesellschaft“ angewiesen sei, obwohl sie partikulare Weltansichten stützten, die sich zur dominierenden Erfahrung von Gegenwart entwickeln könnten (232). Eine reflexive Sozialpädagogik, wie sie Dollinger anstrebt, könne solche Diagnosen nicht kritisieren, sondern höchstens ihre prekäre Diskursfunktion explizieren (233). Dollinger legt nahe, dass eine reflexive Sozialpädagogik solche Diagnosen weiterhin als Modell übernimmt, aber permanent auf die partikularen Interessen hinweist, die sie implizieren. Dazu ist sie aufgefordert, ebenso permanent ihre eigene Verortung in diesem Modell zu kommunizieren. So entstehen schier endlose selbstreferentielle Schleifen. Reflexivität wird dann in der Tat zum „aparten Verkaufs-Gag“, was Dollinger nur bezogen auf „narzisstische Reflexivität“, nicht aber für sein Denkmodell als Gefahr erwähnt.

Reflexivität als Analyse des methodischen Vorgehens

Bei der Konzeption und Durchführung von empirischen Studien hat „Reflexivität“ den Status eines Zauberwortes. Fragen nach möglichen „verzerrenden“ Einflüssen durch die Forscherinnen, dadurch hervorgerufene „Fehler“ und wie sie vermieden werden können, gehören zum Handwerkszeug. Solche Überlegungen sind einerseits notwendig und implizieren andererseits, man könne Methoden so weit perfektionieren, dass sich die Forscherinnen neutralisieren lassen und so doch ein „direkter“ Zugang zur gesellschaftlichen Wirklichkeit möglich wird. Solche normativen Überlegungen sind auch der Grund, weshalb viele Methodenbücher so einschüchternd wirken – in der Praxis gelingt das nämlich nie. Das hat nichts damit zu tun, dass die Interviewer oder Beobachterinnen nicht „gut“ genug sind, sondern vielmehr damit, dass sie Teil der Gesellschaft und damit des Gegenstands sind, über den sie forschen. Dazu später mehr.

In einer anderen Variante, besonders bei *hochreflexiven qualitativen* Verfahren, wird die Analyse, wie die Interviewerinnen am Gesprächsverlauf beteiligt sind, so dominant, dass über das Thema und Forschungsinteresse eigentlich keine Aussagen mehr gemacht können. Für den Bereich der *Methodenforschung* sind solche Analysen auch notwendig, aber Vorsicht ist trotzdem geboten: Das sind häufig in sich kreisende Diskussionen. Statt alles zu relativieren, können und sollten wir Beziehungen analysieren: Erst wenn wir Relationen untersuchen, erlaubt das sinnvolle Rückschlüsse auf das Soziale, auf vergesellschaftete Subjekte, die nicht als Monaden existieren.

„Reflexivität“ als sozialwissenschaftliche *Perspektive*, die ich hier abschließend darstelle, meint im Unterschied zu den bisher genannten Formen einen viel umfassenderen Sachverhalt, nämlich:

Reflexivität als Analyse der Bedingungen der Möglichkeit einer Erscheinung

Reflexivität in der Bedeutung von „Analyse der Bedingungen der Möglichkeit einer Erscheinung“ stammt aus der Erkenntnistheorie. Kant hat analysiert, dass wir das „Ding an sich“ nicht erkennen, sondern immer nur gebrochen durch unsere Wahrnehmungs- und Denkmöglichkeiten Aussagen darüber machen können. „Kritik“ in der Tradition der deutschen Aufklärung heißt daher die Analyse der „Bedingung der Möglichkeit einer *Erscheinung*“. Es geht, krude übersetzt, immer „nur“ darum, wie wir etwas wahrnehmen, wie es uns erscheint, nicht wie etwas wirklich ist.⁷ Für Kant, einen Idealisten, ist die Analyse der Bedingungen der Möglichkeit eine Frage eines „intakten“ Bewusstseins. Erst mit Marx und Freud kommt eine Sozialdimension zu diesem Typus von Analyse dazu: soziale Beziehungen beeinflussen das Denken, das dazu historisch bestimmt ist – daher die Analysen von Ideologien als *notwendig* falsches Bewusstsein (Marx) oder die Analyse von „(Gegen-)Übertragungen“ (Freud) als *unbewusste* Zutaten in Interaktionen.

„Kritik“ bedeutet in dieser Tradition also nicht Nörgeln oder Aufsässigkeit oder Ähnliches, sondern eine Form von Analyse, die das erkennende Subjekt einbezieht. Wissenschaftliche Kritik ist auch nicht identisch mit moralischen Empörungen

⁷ Dass es keinen direkten Zugriff auf die Wirklichkeit gibt, impliziert nicht notwendig Relativismus. Die „Wahrheit“, die wir nicht erkennen, der wir uns aber annähern können, besteht soziologisch in der Reflexion auf das Verhältnis von Wahrnehmung und der sozialen Position (mit den dazugehörigen Erfahrungen und Interessen), die der Wahrnehmende einnimmt.

über Ungerechtigkeiten, wie wir sie von sozialen Bewegungen kennen. In einem Buchtitel wie „Kritik der reinen Vernunft“ drückt sich keine Unzufriedenheit darüber aus, wie die „reine Vernunft“ beschaffen ist, sondern der Versuch, zu verstehen, wie sie möglich ist. Analoges gilt für die „Kritik der politischen Ökonomie“. Marx artikuliert darin nicht, dass ihm die kapitalistische Produktionsweise nicht gefällt oder sie ungerecht sei. Er beschäftigt sich vielmehr mit den Bedingungen ihrer Möglichkeit: Kritik = Analyse = Reflexivität.⁸

Wie leicht zu sehen ist, enthält diese Begriffsbestimmung keinerlei normative Implikationen. Es geht nicht darum, einen Gegenstand und wie er sich gesellschaftlich und historisch „zugerichtet“ darstellt, an einem vermeintlich „besseren“ Zuschnitt zu messen, sondern ihn in genau der vorgefundenen Form zu verstehen. Ein kritisch-reflexives Vorgehen entwirft keine bessere Welt und bewertet den Zustand auch nicht mit normativen Maßstäben. Eine reflexive Analyse ist aber wachsam gegenüber der herrschaftlichen Konstitution aller Gegenstände. Alle bisherigen Gesellschaften sind herrschaftlich geprägt. Reflexivität in einer befreiungstheoretischen Perspektive heißt daher, die Momente von Herrschaft zu identifizieren und zu analysieren, die in einzelnen Situationen über verschiedene Institutionen bis zur Produktionsweise wirksam werden. *Reflexivität als sozialwissenschaftliche Perspektive bedeutet daher die Frage nach der herrschaftlichen Bedingtheit aller Erscheinungen.*

Soweit die abstrakte und theoretische Bestimmung von „Reflexivität“. Wie aber lässt sich das für die konkrete Arbeit übersetzen, die darauf gerichtet ist, einzelne Erscheinungen zu verstehen?

Reflexivität und Verstehen: die Analyse des Arbeitsbündnisses

Im engeren Sinn soll hier ein selbstreflexives Verständnis von Methoden beschrieben werden, das Verstehen (von Materialien aller Art) ermöglicht. Irgendeinem Methodenfetischismus soll dabei nicht das Wort geredet werden. Welches methodische Vorgehen angebracht ist, hängt von der Fragestellung ab. Forschungsprojekte von methodischen Vorlieben her zu denken, ist Unfug. *Wie* etwas untersucht wird, ergibt sich aus der theoretisch entwickelten Fragestellung. Als zentrale Unterscheidung soll hier „nur“ die zwischen (selbst-)reflexiven Vorgehensweisen und solchen, die es nicht sind, festgehalten werden.

8 Vgl. dazu genauer Cremer-Schäfer/Resch 2012, wo dieses Vorgehen zugleich am Gegenstand „kritische Erziehungswissenschaft“ konkretisiert wird, sowie Resch/Steinert 2011, wo „Kritik“ als Synonym für „Analyse“ im Einzelnen ausgeführt wird.

Wenn Intervieweinflüsse bei Fragebogen-Untersuchungen eliminiert werden sollen, wenn bei qualitativen Interviews entschieden werden soll, ob die Befragten wohl die Wahrheit sagen, wenn ein Protokoll als Abbild einer „wirklichen Wirklichkeit“ verstanden wird, indiziert das ein naturalistisches Missverständnis. Wenn dagegen nach den Selbstverständlichkeiten, den Situationen und Interaktionen, den Kontexten und Interessen gefragt wird, die den Text (in einem weiten Sinn – das können auch Bilder, Tabellen, Filme usw. sein) in der vorliegenden Form hervorgebracht haben und sinnvoll machen, weist das auf ein reflexives Vorgehen hin.

Reflexivität trägt der theoretischen Überlegung Rechnung, dass Gesellschaft nicht die Summe von Individuen ist. In der Forschung werden daher auch nicht „persönliche Meinungen“ oder nur Subjektives erhoben. Wir haben es vielmehr mit interessierten (Selbst-)Darstellungen in Situationen und vorstrukturierten Kontexten zu tun. Handlungen sind immer situiert, das handelnde Subjekt ist immer als gesellschaftlich geformtes zu denken. An „Wahrheit“ als Fluchtpunkt von wissenschaftlichen Anstrengungen festzuhalten setzt voraus, dass – siehe Kant – das erkennende Subjekt in Beziehung zum Gegenstand gesetzt wird, der „an sich“ nicht erkennbar ist. Wie er verstanden wird, hängt von der Perspektive ab, die auf ihn eingenommen wird, die daher notwendig Teil der Erkenntnis ist. Wir nähern uns der Wahrheit, wenn es gelingt, möglichst viele Perspektiven einzubeziehen. Die Analyse des Arbeitsbündnisses ist *ein* Vorschlag,⁹ um (selbst-)reflexive Interpretationen anzuleiten und anhand von Aufmerksamkeitsregeln einzuüben.

Wenn ich Analysen der Arbeitsbündnisse als selbstreflexives Verfahren favorisiere, dann um die Situation und Interaktion zwischen dem „Material“ (welches immer das ist) und den Interpretinnen zum Gegenstand zu machen. Wir als Experten in einem sozialen Feld oder als Forscherinnen sind nicht nur Teil der Institution Wissenschaft oder der Sozialen Arbeit, sondern auch Teil der Gesellschaft und teilen daher Selbstverständlichkeiten, sind in Konflikte eingebunden, haben aufgrund unserer sozialen Position spezifische Erfahrungen und Interessen usw. Wir haben keine Möglichkeit, Gesellschaft vom Feldherrnhügel aus neutral zu beobachten, sondern sind in unserer jeweiligen sozialen Position in die Fragen und Themen involviert, die wir erforschen oder verstehen wollen. Welcher Aspekt unserer sozialen Position dabei relevant wird, hängt von den Themen ab: ob

9 Mit welchem Begriff genau selbstreflexive Vorgehensweisen und Interpretationen belegt werden, hat mit Traditionen zu tun, in die sich die Forscherinnen einordnen und auch, worauf der Akzent gelegt wird. Welcher Begriff verwendet wird, scheint mir nachrangig gegenüber der Frage, ob es sich um ein selbstreflexives Vorgehen handelt oder um Versuche, rechthaberisch die objektive Wahrheit zu behaupten.

Geschlechts-, Alters- oder Klassenzugehörigkeit zur relevanten Dimension wird, eine Verpflichtung gegenüber Verwaltungen oder Klientinnen dominant ist, ist immer erst herauszufinden. Wenn wir Filme interpretieren, ist darauf ebenso zu achten wie bei der Interpretation von Interviews oder in Supervisionen von beruflichen Erfahrungen.

Der Forscher, die Interviewerin, der Interpret ist daher nicht eine „Fehlerquelle“ bei der Erhebung und Auswertung von Daten, der Analyse von Konflikten oder was auch sonst immer, sondern das erkennende Subjekt. Wir verstehen nicht, indem wir uns selbst möglichst neutralisieren, sondern indem wir unser ganzes Wissen mobilisieren. Für Interpretationen bedeutet das die Analyse, mit welcher Situation und Interaktion wir es zu tun haben, zur Ausgangsfrage zu machen und das Beobachtete und Gesprochene in diesen Kontext einzuordnen: als Inhalte, die sich in einem bestimmten Kontext realisiert haben und in diesem sinnvoll sind. Mit der Arbeitsbündnis-Analyse lässt sich das bewerkstelligen.

Arbeitsbündnis: ein Begriff aus der Psychoanalyse

Man muss die Dinge nicht immer alle neu erfinden, sondern kann an Traditionen anschließen. Der Begriff „Arbeitsbündnis“ stammt aus der Psychoanalyse. Die psychoanalytische Selbsterforschung setzt ein Setting voraus, in dem beide Beteiligte Verpflichtungen eingehen. Die inzwischen sprichwörtliche Couch enthält ein Bild dieses Arrangements, das auf Regeln aufbaut. In Vergessenheit gerät dabei, dass dieses Setting alles andere als eine selbstverständliche Einrichtung ist. „Freie Assoziation“ des Klienten und „gleichbleibende Aufmerksamkeit“ des Arztes bilden die institutionalisierte Grundlage der Selbstdarstellungen, die vorausgesetzt ist, damit Verstehen statt diagnostischem Erklären praktiziert werden kann. Die Pointe besteht darin, dass diese Regeln dazu dienen, Verdinglichungen zu vermeiden (statt zu forcieren). Sie sind keineswegs mit Normen zu verwechseln, durch die Interaktionen in Organisationen gerahmt werden und deren Verletzungen entsprechend sanktioniert werden (können).

Insgesamt geht es beim psychoanalytischen Arbeitsbündnis um eine reglementierte Inszenierung eines Rahmens, der Vertrauen im geschützten Raum auf Dauer stellen soll. Arzt und Klientin verpflichten sich auf Handlungsabstinenz als Basis von Reflexivität. „Übertragung“ und „Gegenübertragung“ sind die Instrumente der psychoanalytischen Erkenntnis. Die „Gegenübertragung“ wird zur Grundlage allen Verstehens. Im therapeutischen Kontext und außerhalb kann mit Übertragung/Gegenübertragung alles zusammengefasst werden, was nicht unmittelbar aus der Situation erklärt werden kann, sondern aus vergangenen Erfahrungen

mitgebracht wird. Übertragungen und Gegenübertragungen finden nicht nur in der Therapie statt, sondern in allen Beziehungen.

Das Modell des Arbeitsbündnisses ist verallgemeinert eine Anleitung zur reflexiven Deutung aller Situationen. Die zentrale Annahme ist, dass auf das, was einer Person angetragen wird, mit komplementären Haltungen, Handlungen und Gefühlen reagiert wird. An einigen wenigen Beispielen will ich das veranschaulichen. Auf einen Angriff reagieren die meisten Personen mit einem Gegenangriff oder mit einer Verteidigung, oder indem sie sich an jemanden wenden, der sie beschützt, nicht aber mit einer Liebeserklärung. Wenn Zuschauer einen Action-Film sehen, verspüren sie kaum den Impuls, in ihre Teetasse zu heulen. Wenn es Letzteres ist, was sie gerade wollen, werden sie sich für eine Liebesschnulze von Rosamunde Pilcher entscheiden.

In Alltagssituationen, auf die sich die eben genannten Beispiele beziehen, handeln wir einfach. Wir verfügen über eine ganze Menge von (impliziten) Techniken, um Situationen herzustellen und sie so zu interpretieren, dass sie unseren Erwartungen entsprechen. Missverständnisse werden oft genug gar nicht bemerkt, wenn doch, gibt es Auseinandersetzungen darüber, wie etwas wirklich gemeint war. Auffällig werden dagegen die Fälle, wenn etwa jemand *jede* Situation als persönlichen Angriff oder Konkurrenz versteht. Auch das ist mit dem psychoanalytischen Begriff der „Übertragung“ beschrieben: Wir neigen dazu, Erfahrungen, die wir gemacht haben, auf andere Situationen zu übertragen und sie uns dadurch verständlich zu machen und in den anderen die vertrauten Reaktionen zu provozieren. Das geschieht in aller Regel unreflektiert, zu Reflexionen veranlasst werden wir bei den schon erwähnten Missverständnissen und wenn unsere vertrauten Muster nicht greifen, wenn wir in neue Situationen kommen und uns erst zurechtfinden müssen.

Unsere eigenen Reaktionen sind der Ausgangspunkt, um zu verstehen, mit welcher Situation und Interaktion wir es zu tun haben. Von der Psychoanalyse kann man auch lernen, dass *Regelverletzungen* zum wichtigen Erkenntnisinstrument werden. Die Klienten sind nicht pünktlich, halten sich aber vor allen Dingen nicht an die Regel der „freien Assoziation“. Solche „Störungen“ des Arbeitsbündnisses geben Hinweise auf Übertragungen. In der Interviewsituation entspricht dem zum Beispiel, wenn der Interviewte auf Fragen nicht antwortet, sondern ausweicht, aber auch wenn die Interviewerin etwa die Aussagen ihres Gesprächspartners kommentiert oder gar bewertet. Deshalb wird, um es zu wiederholen, das Interview nicht „falsch“, vielmehr können solche Abweichungen vom geplanten Verlauf Schlüsselstellen sein, die es erleichtern, das Arbeitsbündnis zu identifizieren.

In der wissenschaftlichen Forschung bis hin zu Supervisionen von beruflichen Tätigkeiten ist das Unbewusste im psychoanalytischen Sinn meistens nicht unser

Thema. Dazu kommt, dass die meisten von uns keine ausgebildeten Psychoanalytiker sind. Wir können uns bei der Analyse des Arbeitsbündnisses darauf bescheiden, das *gesellschaftlich Selbstverständliche* explizit zu machen. Das Selbstverständliche zeichnet aus, dass es nicht ausgesprochen wird und werden muss. Aber erst wenn wir benennen können, was der Situation als Selbstverständlichkeit unterlegt ist, verstehen wir ein Artefakt oder ein Ereignis, eine Situation oder eine Interaktion. Mit „kleinen“ Krisenexperimenten kann man das einfach ausprobieren: „Benehmen Sie sich beim nächsten Besuch bei sehr guten Freunden/bei Ihren Eltern wie ein höflicher Gast. Bringen Sie ein kleines Gastgeschenk mit, bitten Sie beim Essen darum, das Salz haben zu dürfen, fragen Sie, wo sich die Toilette befindet.“ Aus den Reaktionen der Freunde/Eltern, aber auch davon, wie schwer es uns fällt, in einer Alltagssituation als „Versuchsleiterin“ zu agieren, werden wir darauf aufmerksam, was die verschiedenen Sozialbeziehungen ausmacht. Die jeweils konkrete Situation verstehen wir erst, wenn die spezifischen Beziehungen in die Interpretation einbezogen werden. Wenn wir es nicht mit absichtlich inszenierten Experimenten zu tun haben, gilt es retrospektiv zu erschließen, welche Interaktionssituation dominant war.

Interpretieren

Als Leitfrage für die Interpretation gilt: Unter welchen Voraussetzungen ist ein Artefakt, eine spezifische Interaktion möglich und sinnvoll? Welches Vorwissen brauchen wir als Interpretinnen, welche Handlungen und Haltungen evoziert das Artefakt/die Interaktion in uns, welche Emotionen löst es/sie aus?

Am Beispiel von Interviews will ich das konkretisieren:

Zunächst kann man sehr grundsätzlich überlegen: wie ist es möglich, dass Interviews als Methode relativ leicht funktionieren? Was ist das Vorwissen der Befragten, wenn man sie um ein Interview bittet und was sind daher die Fantasien und Vorstellungen, die sie mobilisieren? Dass Interviews quer durch alle Bevölkerungsschichten bekannt sind, verdanken wir der Kulturindustrie, genauer der Umfrageindustrie. (Fast) jeder wurde schon mit dem Anliegen konfrontiert, per Telefoninterview Fragen zu seinen politischen Meinungen und/oder seinem Konsumverhalten zu beantworten. Dazu kommen Interviews im Fernsehen und in sonstigen Medien. Im Großen und Ganzen wissen daher alle grob, was für ein Gespräch mit „Interview“ gemeint ist. An den ersten Reaktionen wird manchmal ersichtlich, wie sehr die Medien die Erwartungen orientieren: „Kommen wir ins Fernsehen?“ wurde ein Kollege gefragt als er eine Jugendbande um eine Gruppendiskussion gebeten hat. Wenn man „nach oben“ forscht, taucht manchmal

die Frage auf, ob man das Interview autorisieren dürfe. Auch das deutet darauf hin, dass Journalismus als Kontext aufgerufen wird. Sozial „weiter unten“ sind es eher Erfahrungen mit Ämtern, Bewerbungsgespräche oder Prüfungssituationen, die mit Interviews assoziativ verknüpft sind. (Die Haltung, in die sich die interviewten Personen begeben, ist dann eine des Ausgefragt-Werdens.) Wie leicht zu sehen ist, wird dieses vorgängige Verständnis darauf zurückwirken, was und wie etwas gesagt wird.

Wir versuchen in Abgrenzung von kommerziellen Formen dagegen meistens, Wissenschaft in Anschlag zu bringen. Das reicht von „Bitte helfen Sie mir, ich brauche das für eine Seminararbeit“ bis zu Anspielungen, wie wichtig dieses Gespräch als Beitrag zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt sei. Wir berufen uns auf die Autorität, die Wissenschaft gesellschaftlich genießt. Und wir machen dabei strukturell ein widersprüchliches Angebot: „Es ist sehr wichtig, dass gerade Sie mit mir reden, aber selbstverständlich wird alles anonymisiert.“ Wir teilen also mit, dass es auf die konkrete Person ankommt (die wir immerhin dazu bringen wollen, uns Zeit zu schenken), sie uns aber als Individuum überhaupt nicht interessiert, sondern nur ihre Merkmalskombination in unserem Sample repräsentiert sein soll/muss.

Solche Vorüberlegungen sind wichtig, weil man dann bei der Konstruktion des Leitfadens darauf achten kann, solche möglichen Vorverständnisse zu konterkarieren. Eine Frage wie „Welche Regisseure kennen Sie?“ verstärkt ein Verständnis von Prüfung, eine Frage wie „Welche Filme haben Sie denn zuletzt gesehen?“ signalisiert eher Neugierde auf kulturelle Praktiken. Man macht als Interviewer verschiedene Gesprächsangebote, kann aber nicht allein kontrollieren, ob sich das realisiert. Wenn jemand aufgrund welcher Erfahrungen auch immer Fragen grundsätzlich als Kontroll- oder Prüfungssituationen versteht, kann man sich als Interviewerin noch so plagen. Die Übertragung wäre dann: Ich werde geprüft und verhalte mich entsprechend. Für die Interpretation ist es dann entscheidend, das in die Auswertung einzubeziehen: Was inhaltlich gesagt wird, ist „wahr“ sofern es in der Auswertung gelingt, das als Selbstdarstellung in einer Prüfungssituation darzustellen.¹⁰ Anhand der Transkription eines Gesprächs gilt dann als Leitfrage

¹⁰ Deshalb ist es wichtig, zusätzlich zu den Interviews Protokolle zu schreiben: Wie ist das Interview zustande gekommen, wie hat man sich während des Interviews und danach gefühlt, was wurde nach dem Abschalten des Tonbandgerätes noch geredet? Wo hat das Interview stattgefunden? Solche Protokolle ermöglichen es, auch Monate später den Kontext noch relativ genau zu rekonstruieren und Personen, die das Gespräch nicht selbst geführt haben, einen Eindruck zu verschaffen, wie es abge-

für die Interpretation: Wer spricht in welcher Form zu wem? Wer spricht? Welche Perspektive drückt sich in der Erzählung aus, wessen Sichtweisen, Erfahrungen und Interessen manifestieren sich im Text? Wozu will mich der Gesprächspartner bringen? Was will er erreichen? Welche Art von Selbstdarstellung dominiert? In welcher Form wird gesprochen? Mit welcher Art von Gespräch haben wir es zu tun?

In Experteninterviews etwa wird man die Befragten häufig umschmeicheln, man will sie dazu veranlassen, uns an ihrem Geheimwissen partizipieren zu lassen. Der Experte kann und wird vermutlich ein Interesse daran haben, dass das Geheimwissen auch geheim bleibt und wird daher genau überlegen, was er uns sagt. Er wird vielleicht den Helden spielen und uns imponieren wollen, seine Kompetenz ausbreiten und uns doch wissen lassen, dass wir den beschriebenen Sachverhalt nicht ganz verstehen werden können.

Ethnographische Interviews dagegen werden eher das Besondere zum Gegenstand haben: Die Dinge sind besonders kultiviert oder besonders abscheulich. Es gibt in solchen Interviews die Tendenz, von Goldschätzen zu berichten. (Das kann man sich leicht veranschaulichen, wenn man es mit Gästen vergleicht, die das erste Mal die Stadt besuchen. Man zeigt ihnen die Hotspots.) Wenn man etwas über das Alltägliche erfahren will, braucht es besondere Vorkehrungen. Leute dazu zu bringen, über ihren Alltag zu reden, ist am Schwierigsten, weil er aus selbstverständlichen Routinen besteht. In Interviews wird man daher auf genaue Beschreibungen abheben, auf Erfahrungen und Praktiken. Kann ich mir die Situation genau vorstellen: mit allen Beteiligten, den Gefühlen, die die interviewte Person dabei hatte, und den Aktivitäten und Reaktionen, mit der sie sie bewältigt hat, ist ein Merkposten für die Interviewführung, die später genaue Interpretationen ermöglicht.

Zu wem wird gesprochen? Das ist die Frage, welche Voraussetzungen die Interpreten erfüllen müssen, um den Text zu verstehen, und in welcher Rolle die Interviewerin angesprochen wurde. Ein Beispiel: In Interviews mit Unternehmensberatern wollte ich etwas über ihre *Arbeitserfahrungen* wissen (vgl. Resch 2005). Bei der Interpretation war ich zunächst enttäuscht – trotz, wie ich glaube, einer geschickten Interviewtechnik –, kaum etwas darüber erzählt bekommen zu haben. Erst als ich begriffen habe, dass die Berater in den Gesprächen auf ihre Alltagsroutinen zurückgreifen und mit mir reden als sei ich eine potentielle Kundin,

laufen ist. Für Gruppeninterpretationen enthalten Protokolle wichtige zusätzliche Informationen.

konnte ich die Interviews analysieren. *Nur als Analyse des Arbeitsbündnisses – hier „Kundengespräch“ – lassen sich die Inhalte verstehen.*

In der fertigen Interpretation muss der gesamte Text aufgehoben sein, egal ob man ein Interview von links-oben nach rechts-unten interpretiert oder von Auffälligkeiten, Irritationen, Unverständlichkeiten ausgeht. In der „Formel“, die man für ein Interview (ein Artefakt) findet, dem Arbeitsbündnis, darf man keine Passagen unterschlagen. Wenn die Formel nicht stimmig ist, kann das zweierlei bedeuten: entweder wurde die richtige noch nicht gefunden oder aber es handelt sich um ein widersprüchliches Arbeitsbündnis oder gar um verschiedene (man lernt sich während eines Interviews kennen, das kann die Gesprächssituation verändern). Jedenfalls gilt bei der Interpretation von Texten, dass der „Interaktionspartner“ (der Text) immer Recht hat. Das heißt, wir müssen unsere „Gegenübertragung“ kontrollieren und fragen, ob sich mit dem Text belegen lässt, was wir an Bedeutung erschließen. Alles andere wäre Fantasie mit Schneegestöber. Mehrere Durchgänge sind beim Interpretieren jedenfalls notwendig.

Für Verstehen im Modus der Reflexivität mögen obige Ausführungen im glücklichen Fall den Status von Klugheitsregeln haben, auf die sie aufmerksam machen. Es sich als Kompetenz anzueignen, erfordert praktisches Training. Jeder weiß es: learning by doing.

„Reflexivität als Lebensweise“¹¹

Reflexivität, einmal eingeübt, tendiert zur Lebensweise. Wer diese Kulturtechnik beherrscht, bewältigt auch den Alltag jenseits der selbstverständlichen Routinen mit dieser Form des Nachdenkens. Das fängt bei reflexiven Deutungen von „Freizeit“-Erlebnissen an, seien es nun Film-, Kunst- oder Fernseherfahrungen, und hört bei der Bewältigung von privaten und beruflichen Konflikten auf. Reziprozität (taking the role of the other) und Distanz zu den eigenen Selbstverständlichkeiten und Interessen sind die Kompetenzen, die es ermöglichen, zu verstehen. Das betrifft auch und besonders professionelles Handeln und das Nachdenken darüber, welchen Anforderungen man damit (implizit) gerecht wird und wer zu den Adressaten gehört, denen man verpflichtet ist und/oder wird. In der Wissenschaft ist das selten ausschließlich „die Wahrheit“. Auftraggeber, die Beforschten (etwa in der Aktionsforschung), Kriterien, die der eigenen Karriere zuträglich sein könnten, und Wissenschafts-

11 Auch diese Formel ist von Steinert 1999 übernommen.

verwaltung „denken mit“ und wirken auf die Wissensproduktion zurück. Für andere Felder, etwa Soziale Arbeit, könnte analog durchgespielt werden, wer außer den „Klienten“ bei der Arbeit „anwesend“ ist. Derartige Klärungen bedingen nicht notwendig, vielmehr nur in seltenen Fällen, eine grundsätzlich veränderte Praxis. Sie sind aber hilfreich, um sich den herrschenden Gegebenheiten und den damit verbundenen Zwängen nicht blind auszuliefern und die (wenigen?) Möglichkeiten zu identifizieren, wie die herrschenden Anforderungen zumindest unterlaufen werden können. Und die nicht immer erfreuliche Selbsterkenntnis, dass und wie man selbst dazu beiträgt, diese institutionellen Zwänge als das vermeintlich Notwendige zu reproduzieren, ist vielleicht auch nicht ganz unbedeutend.

Literatur

- Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott 1996: Reflexive Modernisierung: Eine Kontroverse. Frankfurt a.M.
- Behr, Rafael/Hess, Henner 2002: Befreiung von der Praxis oder: das eiserne Gesetz der reflexiven Praxisflucht. In: Brüchert, Oliver/Resch, Christine (Hg): Zwischen Herrschaft und Befreiung. Kulturelle, politische und wissenschaftliche Strategien. Münster, 154-165
- Bourdieu, Pierre 1993: Narzisstische und wissenschaftliche Reflexivität. In: Berg, Eberhard/Fuchs, Martin (Hg): Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation. Frankfurt a.M., 365-374
- Cremer-Schäfer, Helga/Resch, Christine 2012: „Reflexive Kritik“. Zur Aktualität einer (fast) vergessenen Denkweise. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Horlacher, Cornelis/Rathgeb, Kerstin (Hg): Kritik der Sozialen Arbeit – Kritische Soziale Arbeit. Wiesbaden, 81-105
- Dollinger, Bernd 2008: Reflexive Sozialpädagogik. Struktur und Wandel sozialpädagogischen Wissens. Wiesbaden
- May, Michael 2013: Reflexivität und Eigensinn. In: Bareis, Ellen/Kolbe, Christian u.a. (Hg): Episoden sozialer Ausschließung: Definitionskämpfe und widerständige Praktiken. Münster, 30-53
- Resch, Christine 2005: Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise. Münster
- /Steinert, Heinz 2003: Kulturindustrie: Konflikte um die Produktionsmittel der gebildeten Klasse. In: Demirović, Alex (Hg): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie. Stuttgart, 312-339
- /Steinert, Heinz 2011: Kritik: vom Schimpfen am Stammtisch über technokratische Verbesserungsvorschläge zur reflexiven Herrschaftsanalyse. In: Zeitschrift für kritische Theorie 32/33 2011, 111-135

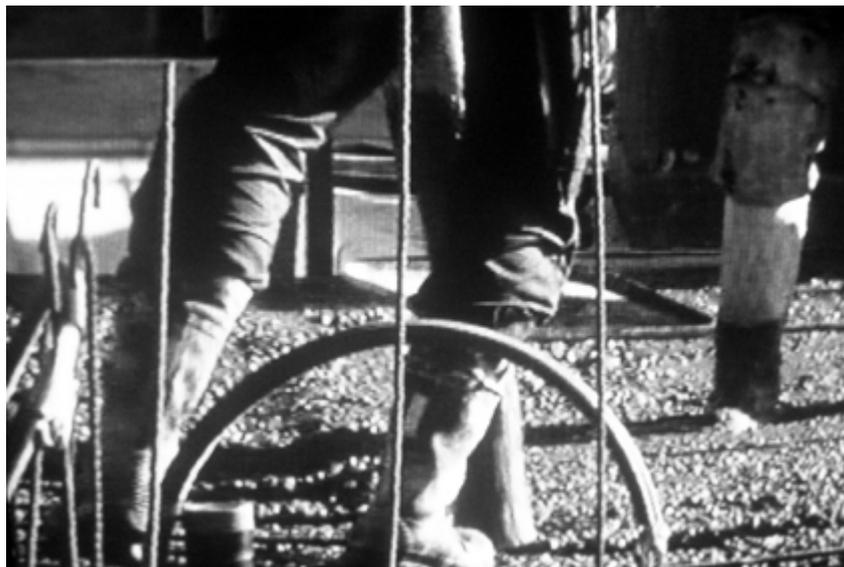
- Steinert, Heinz 1999: Reflexivität: Zur Bestimmung des Gegenstandsbereichs der Sozialwissenschaften. In: Glatzer, Wolfgang (Hg): Ansichten der Gesellschaft. Frankfurter Beiträge aus Soziologie und Politikwissenschaft. Opladen, 59-71
- Widersprüche 2008: Wie (selbst-)kritisch ist die Theorie Sozialer Arbeit. Heft 108
- 2012: Sag mir Wie? Methodisches Handeln zwischen Heilsversprechen und klugem Takt. Heft 125

*Christine Resch, Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse,
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Goethe-Universität Frankfurt a.M.,
Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main
E-Mail: C.Resch@soz.uni-frankfurt.de*

DIE
SINNE
SCHÄR-
FEN!!!
JETZT
TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de



analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis



Helga Cremer-Schäfer

Zur Aktualität des Abolitionismus als Denkweise mit Möglichkeitssinn

Allzu radikale politische Bewegungen, die als „vergangene“ gehandelt werden, geraten leicht in Gefahr, nicht mehr oder verkehrt erinnert zu werden. Theoretischen Perspektiven, die mehr oder weniger radikal mit der Logik von Institutionen und mit Alltagslogiken brechen, werden durch Wiedergaben versandet – wenn sie überhaupt noch wahrgenommen werden. Sowohl der politische wie der in den 1980er Jahren entstehende „akademische“ Abolitionismus werden „radikal“ genannt. – Das Etikett trifft ausnahmsweise einen richtigen Punkt.

Beim politischen Abolitionismus handelte es sich historisch um seltsame, moralunternehmerische Befreiungsbewegungen. Den Bewegungen ging es um die Befreiung von Gruppen, die sich gerade nicht in der Bewegung von Bürgerinnen und Bürgern organisiert hatten: Sklaven, Prostituierte und Sträflinge sind die bekanntesten Gruppen, *für die* Abolitionistinnen dehumanisierende Formen der Beherrschung abgeschafft haben wollten. Die bürgerlichen abolitionistischen Bewegungen agierten und dachten radikaler als Reformbewegungen. Am deutlichsten wird das immer noch bei der Anti-Sklaverei-Bewegung und der Bürgerrechtsbewegung der 1960er in den USA. Es ging um eine *gänzliche* Abschaffung von einzelnen Herrschaftstechniken: Um die Abschaffung von Sklaverei, von Knechtschaft, von sexueller Versklavung, von Todesstrafe, von offener, legitimer rassistischer Diskriminierung, später auch um die Abschaffung von Gefängnissen, Lagern und anderen geschlossenen Anstalten. Mit Recht werden den inzwischen für beendet erklärten und zur Geschichte gezählten abolitionistischen Bewegungen Verbindungen zum Liberalismus, zu anarchistischen Bewegungen und zum Sozialismus nachgesagt. Mit Ausnahme der Idee und Politik einer „gefängnislosen Gesellschaft“ (so das explizite Ziel des noch sozialistisch zu nennenden österreichischen Justizministers Christian Broda (1916-1987), gilt die *gänzliche* Abschaffung von rechtlich legitimierte, staatlich oder privat organisierte dehumanisierende und daher *inhumanen* und in einer Demokra-

tie nicht zu dulddenden Herrschaftstechniken als eine legitime Staatskritik und eine legitime (Teil-)Aufhebung des Staates durch „negative Reformen“. – So hat der norwegische Sozialwissenschaftler Thomas Mathiesen die abolitionistische Haltung eines „Saying No!“ zum Gefängnisssystem verallgemeinert.

Die Wahlverwandtschaft der Bewegung zur „Abschaffung der geschlossenen Unterbringung“ zu abolitionistischen Bewegungen ist offensichtlich – gleichwohl blieben die gegenseitigen Bezugnahmen öffentlich sowohl in den 1980er Jahren und noch mehr heute wenig sichtbar. Das betrifft sowohl die politische Seite wie die theoretische Perspektive von Abolitionismus. Soweit ich die Argumente für die Abschaffung der geschlossenen Heime und die Argumente der Abolitionisten für „negative Reformen“ im Bereich des Strafrechts und reflexive Kritik als Arbeitsweise in den Sozialwissenschaften überblicke, handelte es sich um *zu* arbeitsteilig entwickelte Argumente. Dass aus einer notwendigen Arbeitsteilung leicht ein Nicht-Mehr-Wahrnehmen, ein Aus-den-Augen-Verlieren von Wahlverwandten werden kann, haben mir nicht zuletzt die nur wenig zeitversetzt geführten Kontroversen um die Politik mit den geschlossenen Heimen und eine immer noch aktuelle Diskussion im Kriminologischen Journal aus dem Jahr 2008 (KrimJ, Heft I, Schwerpunkt: „Ist das Gefängnis noch zu retten?“) um die „Rehabilitierung“ von Gefängnis, Abschiebungshaft, dem „backlash“ der Gefängnisstrafen gezeigt. Der Konflikt und die Argumente sind in aktuellen Heften der WIDERSPRÜCHE ausführlich dokumentiert (WIDERSPRÜCHE 129, 2013: „Wem hilft die Kinder- und Jugendhilfe? I Gegebene Antworten und aktuelle Kontroversen“ und WIDERSPRÜCHE 131, 2014: „Wem hilft die Kinder- und Jugendhilfe? II Heimerziehung und Heimerfahrung: Kontinuitäten und Brüche“). Im Kriminologischen Journal initiierten Johannes Feest und Bettina Paul eine Debatte zu Fragen des Abolitionismus und Antworten von (zum Teil ehemals) abolitionistisch denkenden Sozialwissenschaftler*innen. Nach etwa zwanzig stillen Jahren wurde versucht, wieder einen neuen Anfang zu machen – von einigen der Beteiligten des „akademischen“ Abolitionismus.

Um das radikale Potential, das dem politischen und akademischen Abolitionismus zugeschrieben wird, zu entwickeln, um „wiedereingeführte“ gesellschaftlich oder staatlich organisierte Dehumanisierungen erneut abzuschaffen und nicht zuletzt, um „theoretischen Abolitionismus“ als eine Form von Wissenskritik voranzubringen, wäre es förderlich, die parallelen Diskussionsstränge „zusammenzulesen“. Das wäre insgesamt, wie immer, ein großes Projekt. Für den Heftschwerpunkt „kritisch-reflexiv-radikal“ habe ich mir lediglich einen Einstieg mit zwei leichteren Übungen vorgenommen. Zunächst erinnere ich an einige (implizite) anti-hegemoniale Theorien des Abolitionismus, die sich in anderen

sozialen oder professionellen Bewegungen so kaum (mehr) finden. Danach will ich vorschlagen, reflexive Analysen der wissenschaftlichen Wissensproduktion dezidiert mit einer abolitionistischen Perspektive zu verbinden: Welche Begriffs- und Theoriebildung können wir unterlassen, um als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weniger an Herrschaftsarbeit teilzunehmen? Das entsprechende Programm, die Analysen und Vorschläge des Unterlassens könnten „theoretischer Abolitionismus“ genannt werden. Die wissenschaftliche Arbeit besteht in der Weigerung, an verdinglichenden Begriffen und Theorien mitzuarbeiten. Selbstverständlich sind wir damit nicht „herrschaftsfrei“; es wird nur anders als durch das Denken von Alternativen zur staatlichen Strafe (wie z.B. der „Wiederaneignung von Konflikten“ durch Nils Christie) der Möglichkeitssinn befördert.

Abolitionismus – als moralischer Standpunkt mit erstaunlich anti-hegemonialen Implikationen

Es ist zwar riskant, von „dem“ Abolitionismus zu sprechen, aber um zu zeigen, dass auch anders über Gesellschaft und den Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten und Problemen zwischen „Ärgernissen und Lebenskatastrophen“ nachgedacht und Möglichkeitssinn entwickelt werden kann, arbeite ich mit einer Konstruktion. Ich notiere, welche impliziten Theorien über Vergesellschaftung bzw. welche Selbstverständlichkeiten in einem Lernprozess entstanden sind. Ich kann dies nur an dem Beispiel tun, in dem ich mich auskenne: Am Beispiel des wissenschaftlichen Konflikts um die Abschaffung des staatlichen Strafens und der Kategorie „Verbrechen“. Überlegungen zu impliziten Theorien des Abolitionismus entnehme ich einer „Aufforderung zu einer Diskussion“ von Heinz Steinert (1987), der damals „Marx'sche Theorie und Abolitionismus“ zu verbinden vorschlug und die (sozialistische) Antwort der „radical criminology“ auf autoritären Populismus und Thatcherism kritisierte, die das Programm des „confronting crime“ übernahm. „Taking Crime seriously“ durch den „Left Realism“ hieß nicht, die Schädigungen und Konflikte ernst zu nehmen, die Angehörigen der Unterschicht auch durch ihre eigenen Leute angetan wurden, vielmehr bedeute es, das meiste von dem zu übergehen, was Haus- und Fabrikherren, Schuldeneintreiber, Polizei und Justiz, Stadtplaner und Wirtschaftspolitiker gegen die Leute in Anschlag bringen und sich stattdessen auf die frechen bis brutalen Jugendlichen, die prügeln den Ehemänner und die unappetitlichen Junkies und die unheimlichen „Mugger“ zu konzentrieren und endgültige Lösungen des Sicherheitsproblems von der Institution „Verbrechen & Strafe“ zu erwarten bis zu fordern.

Historisch nehmen abolitionistische Bewegungen insofern einen moralischen Standpunkt ein, als sie sich an der bürgerlichen Freiheitsidee orientieren und diese nicht nur aus eigenem Interesse, sondern „für andere“ realisiert haben wollen, die „legal“ nicht als vertragswürdig oder gesellschaftsfähig bestimmt wurden: Sklaven, Prostituierte, Kriminelle, Misfits. Die Orientierung an der Freiheitsidee, erkennbar am Ziel der *gänzlichen* Abschaffung einer inhumanen Herrschaftstechnik, macht einen zentralen Unterschied zu Reformbewegungen. Um die wichtigsten zu wiederholen: es ging um von Sklaverei, Apartheid, Rassismus, staatlich verwaltete Leidzufügung (durch Einkerkering); es ging dabei nicht um bürgerliche Wohltätigkeit, nicht um Verbesserungen von Zwangs- oder Fürsorgerziehung, nicht um effektivere Kontrolle, nicht um Milderungen von staatlich organisierter Leidzufügung, nicht um eine humanere Todesstrafe, sondern um die ersatzlose Abschaffung einer Herrschaftstechnik – bei Sklaverei und Apartheid ist es ein Herrschaftsregime.

Die abolitionistischer Politik zugrundeliegenden Theorien über den Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten und Rechte von Staat und Verwaltung, in das Leben von Bürgern einzugreifen, finden wir nur selten in explizierter Form vor. Besonders selten werden der Möglichkeitssinn und die Erfahrungen benannt, die aus Abolitionismus mehr machen als einen unrealistischen moralischen Standpunkt. Sie sind insbesondere der reflexiven Analysen des „akademischen“ Abolitionismus der 1980er zu entnehmen. Heinz Steinert hat diese Theorien und den Möglichkeitssinn in seiner Diskussionseröffnung expliziert. Ich gebe die Überlegungen nur weiter: Am Beispiel der Abschaffung von Gefängnis und anderen totalen Institutionen wird deutlich, dass für die Radikalität der Forderung nach Abschaffung von Gefängnissen vor allem auch die jahrzehntelange Erfahrung des Scheiterns von Gefängnisreformen spricht: das Gefängnis und jede andere geschlossene Anstalt, die staatliche Strafe und jede andere organisierte Leidzufügung konnten nicht „zur Harmlosigkeit reformiert“ werden.

Gleich wichtig sind mittels Sozialforschung dokumentierte Erfahrungen, dass die Leute Handlungskompetenz herstellen und oft weniger leidvoll „Ärgernisse und Lebenskatastrophen“ bewältigen, als dies im Fall der Übereignung dieser Probleme und Konflikte an Institutionen des Strafrechts der Fall wäre (Hanak/Stehr/Steinert 1989). Zu dem Bild von Gesellschaft gehört die „Tendenz nicht an ‚Lösungen‘ von Problemen zu glauben, schon gar nicht an dauerhafte“ (Steinert 1987: 150). Daher, so die dem Alltagshandeln zugrunde liegende Idee, haben alle (und insbesondere Institutionen) dauernd mit Schwierigkeiten und Konflikten zu leben.

Abolitionismus setzt voraus, so Heinz Steinert weiter, dass Konflikte und „Probleme unter den Bedingungen von Gegenseitigkeit und Solidarität behandelt werden sollten, d.h. von Machtlosigkeit“. Die Bedingungen, Gegenseitigkeit,

Solidarität, einigermaßen ausgeglichene Machtverhältnisse, müssen freilich gesellschaftlich hergestellt werden. Das größte Vertrauen, die notwendige Gegenseitigkeit und Solidarität zu entwickeln, wird den Leuten selbst entgegengebracht. Es handelt sich hier nicht um ein grundloses Vertrauen, sondern um Interpretationen des Alltags, um Interpretationen der Versuche der Leute, sich enteignete Konflikte und Ressourcen (wieder) anzueignen. Strafrecht, integrierenden Institutionen, gerechter Herrschaft, bürokratischen Organisationen und Expertenmacht wird dagegen Skepsis bis Ablehnung entgegengebracht. Die Skepsis ergibt sich nicht nur aus Alltagserfahrung. Die 1980er Jahre waren besonders produktiv, den Möglichkeitssinn des pragmatischen Alltagshandelns sowie der disziplinierten Lebensweise und deren Behinderungen durch Organisationen der Institution *Verbrechen & Strafe* forschend sichtbar zu machen. Die Möglichkeiten mussten nach dieser Phase aktiv ignoriert werden.

Mit das Beste, was die Phase des Fordismus (nach dem Faschismus) hervorgebracht hat, so fasst Heinz Steinert diesen Lernprozess zusammen, ist die Erweiterung von Denk-Möglichkeit über die „Abschaffung“ von ausschließenden, Leid zufügenden und daher dehumanisierenden Herrschaftstechniken. Die politischen „Erfolge“ des Abolitionismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind sehr schnell aufgezählt, besonders wenn nur national gedacht wird. Ernsthaft ist nur von der Abschaffung der Todesstrafe nach Faschismus und Nationalsozialismus in (fast) allen westeuropäischen Ländern (aber auch nur hier) zu sprechen sowie von der Abschaffung anderer kerkerhafter Einsperrung (wie dem Zucht- und Arbeitshaus). Ein Potential zu radikalen Reformen konnten wir vereinzelt und phasenweise beobachten: z.B. die Begrenzung des Jugendstrafrechts durch eine vorgängige, institutionalisierte Konfliktregulierung in Österreich; die Schließung geschlossener Heime der Jugendhilfe in der BRD – mit einiger Konsequenz im Hamburg und Hessen Anfang der 1980er Jahre und die Enthospitalisierung der Psychiatrie gehören in die kurze Liste. Muss es festgehalten werden, dass die Liste der „funktionalen Äquivalente“, auf die Ordnungspolitiken und der „Kampf gegen Kriminalität“ zurückgegriffen haben, schon zu fordistischen Zeiten wesentlich länger ausfällt? Muss betont werden, dass die punitive Wende (nicht nur im Strafrecht) auf dem Fuße folgte?

Was wir jedenfalls festhalten sollten ist, dass der Fordismus wohl die Ausnahmesituation bleiben wird, in der Weniges von dem, was Herbert Marcuse als „zusätzliche Herrschaft“ bezeichnet hat, ohne funktionale Alternativen aufgegeben werden konnte, weil genügend andere Mittel zur Verfügung standen. Der große Vorteil von Abolition (sei es nur „zusätzlicher Herrschaft“) besteht darin, dass die „Vorratshaltung“ für Herrschaftstechniken erschwert wird, die Palette etwas kleiner

gemacht – und damit die Legitimation einer dehumanisierenden Maßnahme als „ultima ratio“ angegangen werden kann, sogar auf der Basis von Evidenz.

Abolitionismus als Denkweise und reflexive Perspektive

Die gänzliche Abschaffung einer Institution, gar erweitert auf „Herrschaft durch Verdinglichung“, wird heute von keiner sozialen Bewegung getragen; auch historisch haben Abolitionisten eher selten ihr Programm der Abolition erweitert. Die bürgerlichen Moralisten in den Vereinigten Staaten, die sich mit der Institution der Sklaverei nicht abfinden wollten, haben die Abschaffung der Sklaverei mit einem Bürgerkrieg durchgesetzt. Kriege können ohne die Dehumanisierung des Feindes nicht geführt werden. Dieses extreme Beispiel für die Widersprüche des Abolitionismus weist darauf hin, dass Abolitionismus verschiedener Erweiterungen bedarf, um überhaupt von Abschaffung von Herrschaft (ob „zusätzlich“ oder nicht) sprechen zu können. Die Arbeit an Erweiterungen abolitionistischen Denkens kann derzeit vom „akademischen Abolitionismus“ übernommen werden – einfach durch das, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Lehre und Sozialforschung tun. Das nicht zuletzt, weil im Bereich von Wissenschaft die Bedingungen der Möglichkeit, aus einer abolitionistischen Perspektive zu denken, trotz der kulturindustriellen Verwertungsbedingungen von Wissensarbeit noch nicht derart verschwunden sind, wie dies in anderen Feldern aufgrund des autoritären Populismus zu beobachten ist. Dokumentationen des widerständigen Nachdenkens reflexiv aufzuarbeiten, gehört zu den „Kernaufgaben“ von Wissenschaft. Jede Liste für ein Programm ist erweiterungsbedürftig, ich will aber den Versuch machen, Dinge zu benennen, für die die Position von Thomas Mathiesen „On saying No!“ und die Konzeption von reflexiver Kritik in den Sozialwissenschaften höchst aktuell sind.

Als Programm des Abolitionismus steht an, konsequent die Möglichkeiten einer Gesellschaft zu denken, die auskommt,

- ...ohne die Institution „Verbrechen & Strafe“,
- ...ohne Ausschließungsregime,
- ...ohne Ausschließung durch Einschließung in all ihren Formen,
- ...ohne institutionelle Diskriminierung durch integrierende Institutionen,
- ...ohne eliminatorische und technische Problemlösungsphantasien.

Wissenschaft ist an all diesen Prozessen beteiligt: von affirmativem Mitmachen, über Verbesserungen, Reformieren, durch Kritik in ihren verschiedenen Formen. Es ist nicht schön, macht viel Arbeit, ist aber keine so große Kunst, aus der als Dokumente/Texte verfügbaren reflexiven Kritik, die sich in den Sozialwissenschaften

ja auch versammelt hat, herauszufinden, was man unterlassen, abschaffen, beenden, gar nicht wieder anfangen und auch nicht modernisieren braucht, um die obige „Ohne-Liste“ zu realisieren. Die Ideen dazu entstehen bei mir selbst aus dem Negativen, aus Herrschafts- und Ideologiekritik, die sich wiederum der Begrifflichkeiten und Analysen der Etikettierungs-Perspektive bedient, um Verdinglichungen zum Zweck der Disziplinierung und Konformierung sowie der sozialen Ausschließung auch im Detail der Reflexion zugänglich zu machen. Welcher Denkweisen sich reflexive Kritik bedienen kann, habe ich kürzlich gemeinsam mit Christine Resch bezogen auf Soziale Arbeit dargestellt (Cremer-Schäfer/Resch 2012).

Aus diesen Ideen sind folgende Praktiken und Übungen entstanden:

- Die ordnungstheoretischen Grundfragen der Sozialwissenschaft beiseite zu legen und Grundfragen befreiungstheoretisch zu reformulieren. D.h. nicht fragen „wie ist soziale Ordnung möglich?“ oder „wie ist die Passung von Individuum und Gesellschaft zu ermöglichen?“, sondern fragen, „wie kann man die Herrschaft, die man gerade an sich selbst und anderen als Ohnmacht und Leiden oder als Entwertung, als Unterdrückung und Ungerechtigkeit erfährt, wieder los werden?“ und: „Wer wird wann durch was und wen daran gehindert, Verdinglichung und Dehumanisierung zurückzuweisen?“
- Die Arbeitsregel, nicht nur Kategorisierungen des Alltags und von Institutionen (bzw. ihren Verwaltungen und Professionellen) zu analysieren, sondern vor allem wissenschaftliche Begriffe als „Etiketten“, als Abstraktion zum Zweck der Verdinglichung von Menschen: mit den unterschiedlichen Folgen von Disziplinierung, institutioneller Diskriminierung und sozialem Ausschluss.
- Unterlassen werden kann die Erfindung von Euphemismen für Zwänge und Zurichtungen, für Kategorien, die „Sachzwängen“ oder „Schlüssellösungen“ nahelegen (so gemeint?) – das gilt besonders für Akronyme.
- Unterlassen werden kann die Übernahme und Eigen-Bildung von zu großen Kategorien, die zwischen kriegesischem Massenmord, Randalen, Kindesmisshandlung, Protest, eliminatorischer Fremdenfeindlichkeit nicht unterscheiden und z.B. alles der „Gewalt“ oder der „Gefährlichkeit“ subsumieren.
- Unterlassen werden kann die Gewohnheit und Förderung von Neigungen, Statistiken für Abbilder von z.B. wirklichen „Gefahren-Wellen“ durch die üblichen Verdächtigen zu halten.
- Ungenutzt bleiben können alle Begriffe, die sich für kulturindustrielle Verwertungen eignen; nur manche, die in der Intellektuellenkonkurrenz oder populistisch eingesetzt werden, braucht man sich nicht enteignen zu lassen.
- Kritisiert, aber ungenutzt bleiben sollten Begriffe und Theorien und ganze Disziplinen, die Phänomen der Verstehbarkeit entziehen, weil sie z.B. mög-

lichst wenig über konkrete Ereignisse, Handlungen und Personen wissen wollen, alles auf ein Merkmal reduzieren oder auf numerische Abstraktionen beziehen. Sie sind nicht brauchbar und können ad acta gelegt werden. Weil dazu alle Devianz-, Gewalt- und Störungsbegriffe gehören, wird der Stapel umfangreich werden.

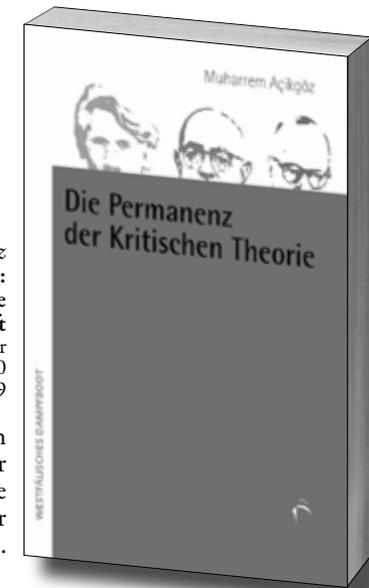
- Begriffe und Theorien, die die Konflikthaftigkeit unterschlagen und die Vielfältigkeit der Oberbegriffe ignorieren, können ungelesen bleiben; etwas Besseres, die Phänomene verstehbarer und damit verhandelbar zu machen, finden wir allemal.

Kritische Sozialwissenschaft erschwert durch diese Übungen „nur“ die Produktion und die Bevorratung und die Verwaltung von verdinglichenden Etiketten. Sie prüft nur in einer der Antiquiertheit des Menschen und dem Fortschritt der Herrschaftstechniken angemessenen Form den Sinn ihrer Arbeit. Reflexionsschritte bleiben nach Günther Anders überschaubar: „Was ist der Effekt des Effektes der Verwendung des Produktteils, den ich mit-herstelle und dessen Herstellung vorgibt (da sie mich ja beschäftigt), meinem Leben „Sinn“ zu verleihen?“ (Anders 1980: 389). Für eine Mitarbeit an Herrschaft mit gutem Gewissen bleiben die Fragen von Anders sperrig. Die Antworten definieren intellektuelle Arbeit, definieren Wissensarbeit als Arbeit an Nonkonformität und an Nicht-Anpassung. Das ist nicht wenig.

Literatur

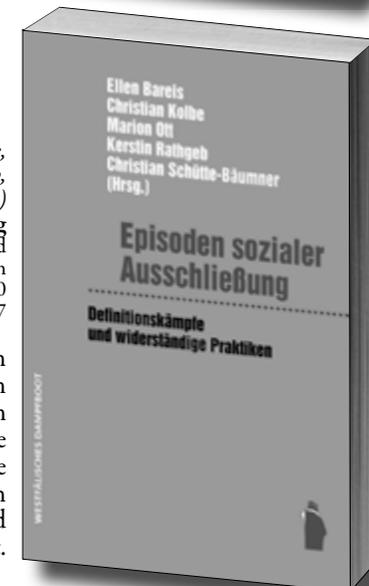
- Anders, Günther 1992/1980: Die Antiquiertheit des Menschen Band 2. München
- Cremer-Schäfer, Helga/Resch, Christine 2012: „Reflexive Kritik“. Zur Aktualität einer fast vergessenen Denkweise. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Horlacher, Cornelis/Rathgeb, Kerstin (Hg.): Kritik der Sozialen Arbeit – Kritische Soziale Arbeit. Wiesbaden, 81-105
- Feest, Johannes/Paul, Bettina 2008: Einige Antworten auf oft gestellte Fragen. In: Kriminologisches Journal 40.Jg., 6-20. (Zusatzmaterial unter: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/IKS/KrimInstituteVereinigungenZs/Zusatzmaterial.html>)
- Steinert, Heinz 1987: Marx'sche Theorie und Abolitionismus. Aufforderung zu einer Diskussion. In: Kriminalsoziologische Bibliografie Jg. 14, Heft 56/57, 131-157
- Hanak, Gehard/Steinert, Johannes/Steinert, Heinz 1989: Ärgernisse und Lebenskatastrophen. Über den alltäglichen Umgang mit Kriminalität. Bielefeld

Helga Cremer-Schäfer, Goethe-Universität Frankfurt, Fachbereich
Erziehungswissenschaften, Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung,
Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main
E-Mail: Cremer-Schaefer@em.uni-frankfurt.de



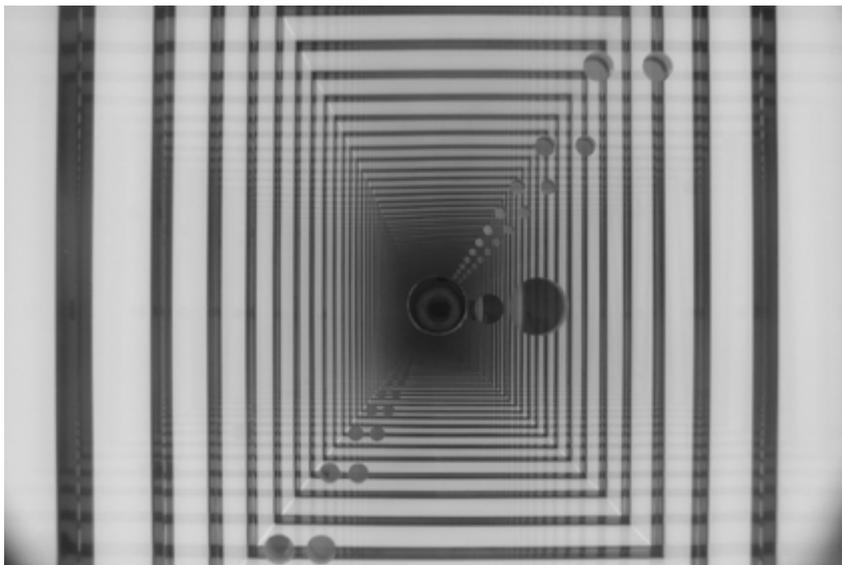
Mubarem Açığöz
**Die Permanenz der Kritischen Theorie:
Die zweite Generation als zerstrittene
Interpretationsgemeinschaft**
Mit einem Vorwort von Helmut Dahmer
2014 - 247 Seiten - € 29,90
ISBN: 978-3-89691-951-9

Mubarem Açığöz leuchtet in seinem Buch die Ausbildung der „Frankfurter Schule“ und die Generationenproblematik in der Kritischen Theorie kritisch aus.



Ellen Bareis, Christian Kolbe,
Marion Ott, Kerstin Rathgeb,
Christian Schütte-Bäumner (Hrsg.)
Episoden sozialer Ausschließung
Definitionskämpfe und
widerständige Praktiken
2013 - 366 Seiten - € 34,90
ISBN: 978-3-89691-926-7

Mit dem Schwerpunkt auf Fragen der Aktualisierung von Herrschaftskritik und Kämpfen um eine möglichst selbstbestimmte Lebensweise werden in dem Buch die Transformationen der Institutionen „Verbrechen und Strafe“ und „Schwäche und Fürsorge“ untersucht.



Uwe Hirschfeld

Über die Schwierigkeiten, Kritik zu lehren und zu lernen

In diesem Beitrag gehe ich der Frage nach, warum kritisches Denken zu lernen und zu lehren in der Hochschule auf Schwierigkeiten und Widerstände stößt.¹ Damit soll nicht gesagt sein, dass es außerhalb der Hochschule leichter sei – das ist es mitnichten –, sondern die Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, dass die Probleme in der Hochschule von besonderer Bedeutung sind: immerhin ist die Hochschule der Ort, wo in die Wissenschaft eingeführt werden soll, in einen gesellschaftlichen Bereich, der sich selbst über Kritik und Reflexivität definiert. Und wenn es da schon kein Selbstläufer ist, sollte sich ein Nachdenken doch lohnen.

Vorweg sind drei Bemerkungen nötig. Zum einen geht es nicht um beliebige Kritik (die auch die noch zu verhandelnden Probleme nicht hat), sondern um das, was man metatheoretisch als kritisch(-dialektische) Ansätze bezeichnet (vgl. Salzborn 2013). Ich möchte dabei gleich betonen, dass kritische Theorie nicht allein die Kritische Theorie (der Frankfurter Schule) meint, noch irgendein anderes, mehr oder weniger institutionell zusammenhängendes Theoriegebäude, sondern die Gemeinsamkeiten eines pluralen kritischen Denkens in einer – wie auch immer definierten – von Marx ausgehenden und/oder einschließenden Tradition.

Zum zweiten verwende ich zur sprachlichen Vereinfachung von nun das Kürzel „kritische Lehre“ (statt „Kritik zu lernen und lehren“). Wohlwissend, dass der Term so griffig erscheint, wie er zugleich irreführend ist.² Die Formulierung

-
- 1 Dabei gehe ich hier nicht auf die Probleme ein, die sich durch die unterfinanzierte und überlastete Lehre an den Hochschulen ergeben (Studierendenzahlen, Raummangel, inhaltliche Vorgaben, soziale Zusammensetzung, fehlende Technik usw.); ich gehe auch nicht auf die von den Lehrenden produzierten Widerstände ein, dazu lese man den Vortrag Holzkamps vom „Lehren als Lernbehinderung?“ (Holzkamp 1991).
 - 2 Die „Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung“ (AkG) hatte unter diesem Titel in 2013 einen viel besuchten workshop organisiert. Entgegen semantischer Bedenken scheint der Begriff damit umgangssprachlich etabliert.

greift leider die Vorstellungen von der (didaktisch präparierten) Vermittlung einer Sache auf und schreibt sie fort in einen Bereich, den des kritischen Denkens, wo der allergeringste Raum dafür ist. Die Selbständigkeit des Denkens ist die Voraussetzung kritischen Denkens, von daher kann „kritische Lehre“ nur Angebot und Unterstützung sein, nicht aber Vermittlung. Wenn ich dennoch das Wort „kritische Lehre“ verwende, dann eben in dem Sinn, dass es sich um ein akademisches Angebot handelt, sich kritisch mit Theorie und Wirklichkeit auseinanderzusetzen.

Und drittens nähere ich mich der Problematik kategorial vom Alltagsverstand her. Ich „leite“ nicht aus der kritischen Theorie (als dem „Gegenstand der Lehre“) irgendwelche Ansätze, Konzepte, Methoden oder Instrumente ab, die kritische Lehre didaktisch-methodisch befördern sollen, sondern skizziere diese selbst als *Kritik des Alltagsverstandes*. Ich beziehe mich dabei auf die Überlegungen Gramscis.³

Im Unterschied zum Alltagsverstand charakterisiert Gramsci die kritische Theorie, die er als „Philosophie der Praxis“⁴ bezeichnet, als *kohärent, systematisch, einheitlich, homogen und selbstreflexiv*. Um sogleich einem drohenden Missverständnis vorzubeugen: wenn Gramsci davon spricht (und das tut er in verschiedenen Varianten), dass es darauf ankäme, *den Alltagsverstand einheitlich, homogen und kohärent zu machen*, so könnte man das in unsere Alltagssprache so übersetzen: *es geht darum, den Alltagsverstand als einheitliches, also allgemeines Bewusstsein Gleicher zu entwickeln, die so zusammenhängend gemeinsam handlungsfähig werden*. Es geht also nicht, wie man vielleicht hätte denken können, um Dogmatismus und Uniformität, sondern um die kollektiven Voraussetzungen der Entfaltung von Individualität. Für unsere Zwecke reicht es zunächst, wenn wir diese Zuschreibungen als Kennzeichen für den Totalitätsanspruch kritischer Theorien verstehen. Kritische Theorie, dies gilt für alle Varianten, insistiert auf dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang der diversen Erscheinungen. Und so Theorie nichts anderes ist als der Ausdruck der „Einsicht in Gesellschaft als Totalität“ (Adorno 1962: 11), so ist sie dem Anspruch nach ebenfalls umfassend.

In der Situation der Lehre trifft nun diese *gesamtgesellschaftlich umfassende Theorie* auf einen Alltagsverstand der Studierenden, der sich nicht so entwickelt

3 Zum Alltagsverstand bei Gramsci allgemein siehe Jehle 1994 und Hirschfeld 2012; es ist zu beachten, dass sich die Konzeption des Alltagsverstandes wesentlich von anderen Ansätzen eines Alltagsbewusstseins (z.B. Leithäuser 1975) unterscheidet, auch wenn es punktuelle Überschneidungen gibt; siehe zu unserem Thema Schülein 2001.

4 Siehe dazu aktuell Thomas 2009.

hat: nicht-kohärent, nicht-einheitlich, nicht-homogen, nicht-systematisch und selbstreflexiv. Wie auch immer methodisch den Studierenden angetragen, bleibt die Herausforderung das eigene Denken zu verändern – und zwar grundsätzlich. Es geht eben nicht darum, wie in der „normalen“ Lehre, einfach noch etwas Zusätzliches zu lernen, sein Wissen quantitativ zu erweitern, ein Konzept mehr zu kennen, eine weitere Untersuchung zu rezipieren, sondern es geht bei kritischer Lehre immer um die qualitative Herausforderung des anderen, eben des umfassenden Welt- und Selbstverständnisses, sich, die Welt und die Theorie im Zusammenhang zu verstehen.

Kritische Theorie ist, um es noch einmal mit Adorno zu sagen, „wenn ihre Begriffe wahr sein sollen, der eigenen Idee nach notwendig zugleich Kritik der Gesellschaft“ (Adorno 1962: 7). Und, wäre noch zu ergänzen, damit auch Kritik der Subjekte – und zwar immer und nicht nur manchmal. Diesem konstitutiven Anspruch kritischer Theorie kann man als Lehrende/r nicht entgehen, ihn zu „verstecken“ mag der eigenen Beruhigung dienen, ist aber eine Selbsttäuschung.

Allerdings gilt auch, dass die Prozesse der Verdinglichung des Bewusstseins nicht vor sozialwissenschaftlicher, emanzipatorischer Erkenntnis halt machen: schon gar nicht in der „unternehmerischen Hochschule“. Man kann Bücher von Adorno und Horkheimer oder die Artikel in den „Widersprüchen“ als Texte unter vielen lesen, die man dann ohne Bezug auf das eigene Leben und die eigene Vorstellung von der Gesellschaft zu referieren vermag – nur gibt es dafür leichtere Kost!⁵ Warum sollen sich Studierende mit den schwierigen und anspruchsvollen Texten kritischer Theorie quälen, wenn sie ohnehin nur eine instrumentelle Bedeutung für den Leistungsnachweis haben – das ist bei Texten aus normativen oder positivistischen Theorietraditionen leichter zu haben, wiederholen sie doch nur die scheinbar bekannte „Realität“ im wissenschaftlichen Jargon.⁶ Zudem sie bei kritischer Theorie ständig befürchten müssen, dass diese „in der Praxis“ eher eine Belastung darstellt: alles wird komplizierter und was vorher eindeutig und selbstverständlich war, wird widersprüchlich und irritierend – nicht gerade ein attraktives Studienangebot also.

5 „Als Untertreibung wird wohl gelten, wenn man festhält, dass die Lektüre der Werke Theodor W. Adornos schwer fällt.“ – so jüngst Michael Winkler (2013: 5)

6 Was durchaus seine Probleme hat (siehe Schülein 2001) und auch das ideologisch immanente Kritisieren verlangt schon besondere Anstrengungen (siehe Clarke/Biddle 1993) – aber sie sind nicht von der grundsätzlichen Art kritischen Denkens im Sinne einer Philosophie der Praxis.

Die Verdinglichung kritischer Theorie ist nicht einfach individuelles Versagen, sondern sowohl im Kontext der akademischen Erkenntnisproduktion wie auch der akademischen Vermittlung angelegt. Dass sich die Situation in den letzten Jahren verschärft hat, ist unübersehbar. Aber die „Marketing-Orientierung“ des Studiums ist auch nicht völlig neu (siehe – mit Bezug auf Erich Fromm – Pongratz 2001: 37). So sich kritische Theorie vor allem als Kopfarbeit im bürgerlichen Wissensbetrieb entfaltet, kann sie dieser Gefahr nicht entgehen.

„Indem Seminarteilnehmer die Charaktermaske des Warenbesitzers und -verkäufers übernehmen, fügen sie sich den verdinglichten Formen sozialer Bezogenheit. ... Studierende werden zu modernen 'Masseneremiten', deren grundlegende Beziehungsfigur die der Konkurrenz bzw. des Warenverkehrs ist. Die Hochschulen wiederum organisieren ihre Lehr- und Lernprozesse als methodisch geleitete Konsumtionsprozesse.“ (Pongratz 2001: 38f; Ausl. UH)

Aber, und dieses *aber* ist entscheidend, mit ihrem Anspruch auf gesellschaftliche Totalität ist die kritische Theorie wie kein anderer Ansatz geeignet, die eigene Verdinglichung zu erkennen und damit selbstkritisch umzugehen. Verzichtet sie darauf, hört sie auf, selbstkritisch zu sein und hört damit auf, überhaupt kritische Theorie zu sein.

Ein kleiner Exkurs zum Alltagsverstand:

Dass Gramsci den Alltagsverstand als ein fragmentarisches, widersprüchliches, der Selbstreflexion nur punktuell zugängliches Bewusstsein charakterisiert, wurde schon deutlich. Es ist eine oft zitierte Formulierung, wenn Gramsci den Alltagsverstand als „[>spontane<] »Jedermanns«-Philosophie“ (siehe Gramsci GH: 1056) umschreibt, als ein Denken „ohne Bewußtheit davon zu haben, auf zersetzte und zufällige Weise“ (ebd.); der Alltagsverstand sei eine „auseinanderfallende, inkohärente, inkonsequente Weltauffassung“ (Gramsci GH: 1039). Für ihn ist der Alltagsverstand eine „Denkweise“ (Gramsci GH: 94), ein unkritisches „Bewußtsein“ (ebd.), geprägt von „Gemeinplätzen“ (Gramsci GH: 136), „Irrtümern“ (94) und „Glaubenssätzen“ (Gramsci GH: 1093), durchsetzt von „wissenschaftlichen Begriffen“ (Gramsci GH: 137), „philosophischen Meinungen“ (ebd.) und „individuellen Meinungen“ (Gramsci GH: 94), die die „durchschnittliche Meinung“ (Gramsci GH: 136) ergeben und in der sich die „moralische Individualität des Durchschnittsmenschen“ (Gramsci GH: 1039) entfaltet. Soweit die bekannten Bestimmungen aus den ersten Heften. Betrachtet man den Begriff genauer, stellt man fest, dass die Weltauffassung des Alltagsverstandes hier vorrangig die einer *Gedankenwelt* ist. Es geht um das, was gedacht wird und um die Struktur des Gedachten. Der Begriff des

Alltagsverstandes beschreibt die inhaltliche Zusammensetzung des Denkens. Wo kommen die Elemente her, in welchem Zusammenhang stehen sie, wie geben sie die gesellschaftliche Situation wieder? Das sind die in den ersten Heften seiner Gefängnisschriften gestellten Fragen. Neben dieser Beschreibung des Alltagsverstandes entwickelt sich, und das ist weniger bekannt, ab den Heften 8 und 10 zunehmend deutlich, eine Perspektive auf den Alltagsverstand, die ihn in den Kontext von „Wirksamkeit“, von geschichtlichen Akteuren und gesellschaftlicher Praxis rückt. Aus der Weltauffassung einer Gedankenwelt wird die Weltauffassung der „*Tätigkeitswelt*“, wird die Weltauffassung als praktische Handlung. Der Alltagsverstand ist Teil des übergreifenden Begriffs der Weltauffassung, die nun als Praxis verstanden wird. Durch die eigene Weltauffassung gehört man zu sozialen Gruppen, die „dieselben *Denk- und Handlungsmuster*“ (Gramsci GH: 1376; Hervorh. UH) teilen. Was damit betont wird, ist das Element der Zugehörigkeit, der Vergesellschaftung. Nicht die Fragen nach inhaltlichen Figuren und der ihnen inhärenten Logik stehen nun *im Vordergrund*, sondern die soziale Leistung der Weltauffassungen.

Als eine zentrale Charakteristik muss betont werden, dass sein fragmentarischer, widersprüchlicher, der kritischen Selbstreflexion sich entziehender Charakter zu einer *passiven Vergesellschaftung* beiträgt. Auch da, „wo die Widersprüchlichkeit des Bewußtseins keinerlei Handlung erlaubt, keinerlei Entscheidung, keinerlei Wahl, und einen Zustand moralischer und politischer Passivität hervorbringt“ (Gramsci GH: 1384), findet Vergesellschaftung statt – nur eben keine selbstbestimmte, eigenaktive, sondern eine passive.⁷

Dabei sind es nicht nur die einzelnen Versatzstücke, die der Lebensbewältigung dienen, sondern es ist gerade ihre Trennung, die ein Denken in Abteilungen erlaubt.⁸ Es gilt allgemein, dass in der Klassengesellschaft die Individuen „ihre Identität und beschränkte Handlungsfähigkeit durch die Einrichtung voneinander relativ getrennter und gegeneinander verselbständigter Erlebens- und Verarbeitungsformen [stabilisieren]... Den ideologischen

7 Siehe dazu, in einer demokratie-pädagogischen Perspektive, Evers/Hirschfeld 2011.

8 „Die bewährte Funktionalität bestimmter Einstellungen ist selbst eine Funktion, die sich im Widerspruch zur Totalität und der Beziehung der einzelnen Teile zueinander befindet: sie ist immer nur eine partielle Funktionalität. Sie entspricht damit dem Verhältnis der Teile untereinander. Die realen Antagonismen und realen Ungleichzeitigkeiten der Gesellschaft reproduzieren sich auch in der Widersprüchlichkeit des Alltagsverstandes. Insgesamt ergibt sich daraus für das Individuum aber dennoch eine Handlungsfähigkeit, aber eine *in* den ideologischen Formen der Klassengesellschaft.“ (Hirschfeld 2005: 146)

Subjekten erlaubt diese Abteilungsstruktur des Erlebens und Verarbeitens eine vielfache Buchführung, die zum widerspruchlosen Einverständnis mit den widersprüchlichen Verhältnissen befähigt“ (Haug 1993: 70; Einf. & Ausl. UH).

In der Lehrsituation steht also nicht einfach eine umfassende kritische Theorie mit ihrem Anspruch auf Veränderung der Weltauffassung und des Selbstverständnisses einem Alltagsverstand gegenüber, der in seinen Gedanken unzusammenhängend und allenfalls partiell reflektiert ist, sondern einem, um es ironisch auszudrücken, über Jahrzehnte positiv evaluierten und empirisch immer wieder bestätigten *Modell der praktischen Lebensbewältigung*.

Dieses Modell der praktischen Lebensbewältigung infrage zu stellen, ist bedrohlich. Das reicht von der Bewältigung der alltäglichen Routinen als Konsument/in, als Verkehrsteilnehmer/in, als Mediennutzer/in, als Studierende/r usw. bis hin zu den wichtigen Fragen der persönlichen Zukunft, wie z.B. eine akademische Karriere. Und so groß die Bedrohung ist, so groß ist auch die Abwehr der Studierenden. Dabei geht es nicht um eine Frage des bloßen Wollens, sondern um die Existenz: die Handlungsfähigkeit in den ideologischen Verhältnissen der Gegenwart kann von den Individuen nicht aufgegeben werden, solange diese noch existieren – und es keine praktischen Alternativen gibt. Damit verschiebt sich die Frage nach den Schwierigkeiten des Lehrens und Lernens von Kritik vom Pädagogischen ins Politische.

Für eine „kritische Lehre“ sehe ich angesichts dieser Problematik zwei Aufgaben. Die erste bezieht sich auf die *Kritik der Lehre*. „Kritische Lehre“ muss ein Ort sein, der für die Kritik an der Lehre und ihren Kontexten zugänglich ist.⁹ Die Analyse und Bewusstmachung von Widersprüchen, die ansonsten nicht wahrgenommen oder beschönigt oder verdrängt werden, ist ein erster Schritt in Richtung eines kohärenten Alltagsverstandes. Hier zeigt sich „kritische Lehre“ als Subjektorientierung.

9 Dies ist m.E. ein Punkt der dringend weiterer Bearbeitung bedarf. Was man als Kritik der Lehre von links wahrnehmen kann, bewegt sich oftmals analytisch noch in der Zeit von vor 30, 40 Jahren. Entweder beklagt man Massenveranstaltungen und Frontalunterricht, Verschulung und Zeitdruck oder pflegt die Ideologiekritik an den Inhalten. Selbstverständlich ist das alles richtig, trifft aber nur einen Teil der aktuellen Lehr- und Lernverhältnisse. Die „Bildung“ in Zeiten des Postfordismus und damit auch die Hochschulen haben sich in ihrer Funktion und in ihrer Funktionsweise wesentlich verändert, da zu gibt es bislang nur sehr wenige Untersuchungen (z.B. Draheim 2012 oder Münch 2011). Diese müssten m.E. stärker rezipiert und für die eigene Praxis übersetzt werden.

Dass man sich als Linke/r an der Hochschule selbst in Widersprüchen und Konflikten befindet, ist klar. Einerseits macht man eine Veranstaltung (ein kleines Klötzchen im verschulten Bologna-Baukasten), die sich mit bestimmten Themen befassen soll (und die zur Verfügung stehende Zeit ist eh zu knapp!), andererseits vergeht manche Sitzung mit vermeintlich unproduktiven Diskussionen über das, was man machen will und wie man es machen will und unter welchen Bedingungen man es machen muss und wer welche Interessen damit verbindet und wie es sonst im Studium so ist usw. – für die Lösung dieses Konflikts gibt es kein Patentrezept. Wie allgemein in gesellschaftlichen Verhältnissen gilt es auch hier, die konkreten Kräfteverhältnisse zu beachten und abzuschätzen, was möglich ist. Mal kann man sich nach Mehrheiten richten, mal muss man binnendifferenziert vorgehen. Das ist daher keine Aufforderung, Seminare in Therapiestunden zu verwandeln oder zur ausschließlichen Analyse der Bildungspolitik zu verwenden. Manches kann und muss man an andere Orte verweisen. Was das jeweils ist, ist bewusst und transparent zu entscheiden und zu begründen. Denn auch die Lehrenden müssen lernen, sich Widersprüche bewusst zu machen, mehr noch sie öffentlich zu machen und sich in ihnen bewegen, um sie zu verändern (auch die Lehrenden haben ihren Alltagsverstand!).

Die zweite Aufgabe kritischer Lehre ist die Entwicklung und Förderung (und letztlich das Praktizieren) eines für ihre spezifischen Ansprüche geeigneten *pädagogischen Settings*. Auch hier einschränkend: soweit das im Kontext von Hochschule möglich ist.

Glücklicherweise muss man das nicht völlig neu erfinden, wohl aber an die aktuellen Bedingungen anpassen. Was ich meine, ist das Projektstudium.¹⁰ Selbstverständlich bietet auch diese Organisation der Lehr-Lern-Prozesse *keine Garantie* für kritisches Lernen, wohl aber die größeren Chancen.

Um nur die wichtigsten Punkte des Projektstudiums festzuhalten (ich folge dabei der von Ludwig Huber um 1980 formulierten Darstellung):

- es nimmt seinen Ausgang an realen gesellschaftlichen Problemen bzw. an einem kritischen Bezug auf die Berufspraxis,
- Theorie ist nicht Selbstzweck, sondern Element der Interpretation und Veränderung,
- die Lern- und Arbeitsprozesse sind im Kontext der Praxis selbstbestimmt und gemeinschaftlich,

10 Wenn man will, kann man auch andere daraus abgeleitete Formen wie das *forschende Lernen* oder das *problem based learning* hier – mit Abstrichen! – einbeziehen.

- die „Betroffenen“ sind Partner, zumindest keine Objekte des Beforschens,
- es wird das „Konzept einer anderen Bildung verfolgt, die als Gestaltung der (natürlichen und sozialen) gesellschaftlichen Umwelt mit der Befreiung aller die eigene Selbstentfaltung zu ermöglichen sucht“ (Huber 1995: 126).

Bei aller bewussten Idealisierung steckt darin doch ein Anspruch, der sich in vielen Punkten mit den Vorstellungen kritischer Theorie deckt.

Es bieten sich also durchaus, nach intensiven archäologischen Grabungsarbeiten, Anschlussmöglichkeiten kritischer Lehre an eine *kritische* Hochschuldidaktik. Diese ist aber nicht mit dem Mainstream der gängigen Hochschuldidaktik zu verwechseln, die sich allzu oft als Serviceagentur für methodische Mogelpackungen darstellt. Was da als „Qualität der Lehre“ bezeichnet wird, erreicht nicht die für kritische Theorie unverzichtbare Qualität *umwälzender Praxis*.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1962: Zur Logik der Sozialwissenschaften. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozial-Psychologie; 14. Jg., 249-263
- Clarke, John H./Biddle, Arthur W. 1993: Teaching Critical Thinking. Reports from Across the Curriculum. New Jersey
- Draheim, Susanne 2012: Das lernende Selbst in der Hochschulreform: »Ich« ist eine Schnittstelle. Subjektdiskurse des Bologna-Prozesses. Bielefeld
- Evers, Ralf/Hirschfeld, Uwe 2011: Stichwort: Partizipation. In: Volker Herrmann u.a. (Hg.): Theologie und Soziale Wirklichkeit. Grundbegriffe. Stuttgart, 190-198
- Gramsci, Antonio 1991ff (zit. als GH): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe (9 Bände, 1 Registerband), hrsgg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg
- Haug, Wolfgang Fritz 1993: Elemente einer Theorie des Ideologischen. Hamburg
- Hirschfeld, Uwe 2005: Politische Bildung in der Sozialen Arbeit. Die Intellektuellen-Theorie Gramscis als Begründung und Orientierung. In: Klaus Störch (Hg.): Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit. Hamburg, 142-157
- 2012: Stichwort: Alltagsverstand. In: Brand, Ulrich u.a. (Hg.): ABC der Alternativen 2.0. Hamburg, 16f.
- Holzcamp, Klaus 1991: Lehren als Lernbehinderung? In: Forum Kritische Psychologie. 27, 5-22
- Huber, Ludwig 1995: Hochschuldidaktik als Theorie der Bildung und Ausbildung. In: Ludwig Huber (Hg.): Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule (Band 10 der Enzyklopädie der Erziehungswissenschaft; hrsg. von Dieter Lenzen), 114-138
- Jehle, Peter 1994: Stichwort: Alltagsverstand. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 1; hrsg. von Wolfgang Fritz Haug. Hamburg/Berlin, 162-167
- Leithäuser, Thomas 1975: Formen des Alltagsbewußtseins. Frankfurt/Main

- Münch, Richard 2011: Der akademische Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Frankfurt/Main
- Pongratz, Ludwig 2001: Bildung und Marketing-Orientierung im Wissenschaftsbetrieb. In: Theo Hug (Hg.): Wie kommt Wissenschaft zu Wissen?; Bd.1, Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten. Baltmannsweiler, 29-42
- Salzborn, Samuel 2013: Sozialwissenschaften zur Einführung. Hamburg
- Schüle, Johann August 2001: Alltagsbewußtsein und soziologische Theoriebildung. In: Theo Hug (Hg.): Wie kommt Wissenschaft zu Wissen?; Bd. 3. Einführung in die Methodologie der Sozial- und Kulturwissenschaften. Baltmannsweiler, 11-30
- Thomas, Peter D. 2009: The Gramscian Moment. Philosophy, Hegemony and Marxism. Chicago
- Winkler, Michael 2013: „... und die Wahrheit ist ja ein Prozess“ Über Adornos Vorlesung „Einführung in die Dialektik“. In: Sozialwissenschaftliche LiteraturRundschau, Heft 67 (2/2013), 5-13

Uwe Hirschfeld, Evangelische Hochschule Dresden,
Dürerstr. 25, 01307 Dresden
E-Mail: uwe.hirschfeld@ehs-dresden.de

SOZIALE ARBEIT

Für Studierende:
im E-ABO
fünfundzwanzig Euro
im Jahr

!

**Bestellung direkt
beim Deutschen
Zentralinstitut
für soziale
Fragen**
Bernadottestr. 94
14195 Berlin

**E-Mail:
sozialinfo
@dzi.de**

5.2014

Motivierende Gesprächsführung | 162

Mentoring beim Berufseinstieg | 169

Musik in der Sozialen Arbeit | 176

Beteiligungsorientierte
Organisationsentwicklung | 181

Grafik&Form 4/2014



Birgit Meyer & Ulrike Zöllner

Die Stimme der Betroffenen

Ehemalige Heimkinder in Baden-Württemberg

Die *Anlauf- und Beratungsstelle Heimerziehung (ABH) in Baden-Württemberg* nahm im Januar 2012 ihre Arbeit auf. Sie liegt im Zentrum Stuttgarts und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Anfangs war sie mit einer Beraterin und einem Rechtsanwalt (50%) besetzt. Wegen der großen Nachfrage für Beratungstermine wurde von Seiten des Sozialministeriums das Personal sukzessive aufgestockt. Anfang 2014 beraten drei Fachkräfte und ein Rechtsanwalt. Die Wartezeit auf einen Beratungstermin beträgt rund 6-8 Monate. Bis zum 5. Dezember 2013 wurden insgesamt 1.117 Vereinbarungen abgeschlossen, davon 257 Vereinbarungen für Rentenersatzleistungen und 860 Vereinbarungen für materielle Hilfebedarfe (Sachleistungen) und rund 3 Mill. € ausbezahlt.

Der Beirat der ABH konstituierte sich im November 2012. Er hat insgesamt 19 Mitglieder aus Kommunen, Kirchen, der ABH, des Landesarchivs, des Landes und der Wissenschaft, davon vier Vertreter_innen der Betroffenen. Die Geschäftsstelle des Beirats ist an der Hochschule Esslingen angesiedelt. Der Beirat soll in erster Linie die Anlauf- und Beratungsstelle Heimerziehung in Baden-Württemberg unterstützen. Er hat sich eine Geschäftsordnung gegeben sowie Arbeitsziele formuliert. Das Ministerium berief die beiden Professorinnen Ulrike Zöllner und Birgit Meyer von der Hochschule Esslingen zu Vorsitzenden, die ehrenamtlich bis 2016 fungieren sollen.

In unserer Eigenschaft als Professorinnen veranstalteten wir im Wintersemester 2013/14 zwei Seminare zum Thema: „Gewalt und Unrechtserfahrungen in der Erziehung, gestern und heute“ und am 17.1.2014 einen großen Fachtag an der Hochschule zum Thema mit über 120 Teilnehmenden.

Die Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren verweist auf Missstände in der jungen Bundesrepublik. Die formale Rechtsstaatlichkeit des Grundgesetzes war in der Heimerziehung der 50er-70er Jahre nicht überall Lebenspraxis. Hier

sind Grundrechte und damit auch Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen vielfach verletzt worden. Heute stehen wir in der Verantwortung, einen Zusammenhang zwischen einer demokratischen Gesellschaft und der öffentlichen Reflexion von Schuld herzustellen sowie – nach Hannah Arendt – der Anerkennung einer moralischen Verantwortung für Dinge, an denen wir selbst vollkommen unschuldig (gewesen) sind.

Wir möchten in unserem Beitrag zunächst einige grundsätzliche Gedanken ansprechen, dann über die Geschichte des Fonds Heimerziehung und die Arbeit der ABH informieren und den Beirat und die Einbindung der Betroffenen vorstellen. Abschließen werden wir mit politischen Forderungen und offenen Fragen.

I Grundsätzliche Gedanken: Worum geht es?

Gewalt, Missbrauch, Demütigung in der Erziehung sind immer eingebettet in sie begünstigende gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse. Wir sprechen im Zusammenhang mit Gewalt zwischen den Geschlechtern z.B. von hegemonialen Verhältnissen, in denen es ein Oben, ein Unten gibt, eine in Strukturen manifestierte Ordnung und ein klares Machtgefälle zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Erwachsenen und Kindern, das sich auch im Bewusstsein der Individuen widerspiegelt, bis zu dem Punkt, dass es den einzelnen nicht mehr auffällt. So entsteht oft eine Akzeptanz von Unrecht, Macht und Gewalt.

Was aber gilt als Gewalt? Sind sexistische Bemerkungen, Essensentzug, körperliche Züchtigung, An-den-Pranger-Stellen, unfreiwillige Arbeitseinsätze bis zur Nötigung von Kindern und Jugendlichen bereits als Gewaltformen zu bezeichnen und zu sanktionieren?

Bis vor kurzem war sexueller Missbrauch in kirchlichen oder staatlichen Institutionen tabuisiert, und oft wurden Opfer von körperlicher Züchtigung oder sexuellen Übergriffen als „selber schuld“, als nicht genügend abwehrbereit angesehen. Dabei hatten bereits in den 70/80er Jahren feministische Wissenschaftlerinnen auf Vergewaltigung und häusliche Gewalt, auf sexualisierte Übergriffe gegen Kinder und Jugendliche, Frauen und Mädchen hingewiesen. Frauenhäuser, Beratungsstellen wie „Wildwasser“ u.a. nahmen engagiert ihre Soziale Arbeit auf. Sie haben früh gewarnt und aufgedeckt, wurden aber zu wenig gehört und sind bis heute unterfinanziert. Bei Kindern und Jugendlichen besteht ein besonderer Schutzauftrag, zunächst von Seiten der Eltern, doch wenn diese den Schutz nicht gewährleisten können, von Seiten des Staates mit den entsprechenden Institutionen.

Stationäre Einrichtungen, Erziehungsheime, Fürsorgeanstalten, Internate – ob staatlich oder kirchlich – waren und sind aber tendenziell „geschlossene Institu-

tionen“, die oft verbunden sind mit autoritären und hierarchischen Strukturen. Befehl und Gehorsam, Anordnung und Befolgung, Schläge, Disziplinierung und Unterwerfung, Willkür und Ausnutzen der Ohnmacht von Kindern und Jugendlichen waren in der frühen Bundesrepublik an der Tagesordnung. „Geschlossene Institutionen“ – und besonders solche, denen ein großer Vertrauensvorschuss gewährt wird, z.B. weil sie im kirchlichen Auftrag oder in reformpädagogischer Absicht zu handeln vorgeben – galten als gesellschaftlich sakrosant. Das heißt, ihre idealisierte Ideologie und ihr gesellschaftliches Ansehen schützten sie vor Kontrolle oder Argwohn. Und geschlossene Institutionen schützten ihrerseits allzu oft Machtmissbrauch und unerträgliche Übergriffe auf die Würde und Souveränität sowie auf die körperliche und seelische Unversehrtheit von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Erwachsenen. Dementsprechend geht es zunächst um die Anerkennung der Leiderfahrungen der Betroffenen. Wir wissen, dass jene lebenslange Traumata nach sich ziehen können. Früh erfasene Hilflosigkeit und Verzweiflung und nicht beantwortete Schutzbedürfnisse können später schwere Lebenskrisen und unwillentliche Weitergabe dieser oft über Generationen wirkmächtigen Verhaltensweisen fördern.

Warum kommt es erst jetzt zu dieser späten Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den pädagogischen Konzepten, Leitbildern und Methoden der Erziehungshilfe in der Bundesrepublik? Körperliche Übergriffe und seelische Misshandlungen von Seiten von Erzieher_innen, Lehrpersonen, Nonnen, Priestern, Ärzt_innen, Professor_innen, Sozialarbeiter_innen, Juristen und anderen Respektspersonen mit gesellschaftlicher Reputation scheinen undenkbar! Wir möchten sie am liebsten nicht glauben, nicht wahrhaben, halten sie für unmöglich und eventuell nur der Phantasie der anzeigenden Opfer entsprungen. So entsteht aus dem Lieber-Wegschauen, dem Unglauben, eine Abwehr und Tabuisierung des Furchtbaren, selbst bei denjenigen, die sich in ihren Berufen mit Problemen von Gewalt und Grenzverletzungen auseinandersetzen. „Leider schützt auch Professionalität nicht vor Verleugnung“ und früher Abwehr.¹ Es scheint zu ungeheuerlich, „was Menschen anderen Menschen antun“ können und besonders den Schwächeren und zum Schutz Anempfohlenen. Genauso schlimm wie Scham, Abwehr und Verleugnung des Geschehenen bei Tätern und Opfern wäre aber das Gegenteil: Generalverdacht und Pauschalverurteilung ganzer Berufsgruppen oder

1 Marianne Leuzinger-Bohleber, Claudia Burkhardt-Mußmann, Sexueller Missbrauch: ein Trauma mit lebenslangen Folgen. Psychoanalytische Anmerkungen zu möglichen Ursachen, Prävention und Intervention, in: Thole, Werner u.a., Sexualisierte Gewalt, Macht und Pädagogik, Opladen u.a. 2012: 186

hitziges Anprangern von Pädagogik, Erziehungshilfe, Kirchen, Polizei oder Justiz und Politik. Diese Gefahr besteht. Das Gespenst eines permanenten Misstrauens gegenüber sozialpädagogischer Kompetenz und eine Hab-Acht-Stellung gegenüber den Akteur_innen führt zu einem Klima der Angst und einer großen Verunsicherung der Profession. Daher ist es unerlässlich, persönliche, institutionelle und professionelle Verantwortung zu übernehmen. Was ist zu tun und welche Lehren müssen daraus gezogen werden?

Heute haben sich Menschenbild und pädagogisches Selbstverständnis zum Glück geändert, dies auch dank der Reformpädagogik. Kinder und Jugendliche sind heute Akteur_innen, Partner_innen des erzieherischen Geschehens. Lehrende sind nicht mehr primär Wissensvermittler, Vorbild, Respektsperson, sondern Partner_innen, Anbieter_innen und Dienstleistende im wechselseitigen erzieherischen Prozess – mit all den damit verbundenen Problemen des Autoritätsverlustes und der Nähe- und Distanz-Thematik. Es wird immer die Gefahr von Übergriffen geben. Daher sind zum Schutz der Opfer und zur Prävention von Gewalt und Machtmissbrauch institutionelle Strukturen nötig, die nicht nur kontrollieren, sondern auch kontinuierliche Ansprech- und Beschwerdemöglichkeiten und ein Klima des Vertrauens schaffen. Ethikkommissionen, Ombudsstellen, Beratungshotlines für Opfer und potentielle Täter, Gleichstellungsbeauftragte oder andere rechtlich abgesicherte und geschützte Möglichkeiten sind nötig. Auch Selbstverpflichtungen der Institutionen gehören dazu. So hat z.B. der Senat der Hochschule Esslingen 2008 die „Richtlinien gegen sexualisierte Belästigung und Gewalt“ verabschiedet, in denen Interventionsmöglichkeiten und Rechte der Betroffenen sowie die Verantwortung aller Beteiligten definiert sind. Für die Hochschulen bedeutet das, spätere Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit – aber auch in anderen Arbeitsfeldern, speziell der Gewaltprävention – so auszubilden, dass sie über fundiertes theoretisches Wissen verfügen und praktische Interventionsmöglichkeiten ausprobieren können. Auch eine Sensibilität für die Gefahr von Übergriffen und die Verantwortung im pädagogischen Kontext sind unabdingbar. Hierzu gehören kontinuierliche Fortbildung, interdisziplinäre Vernetzung, große Offenheit im Dialog und kollegiale Solidarität. Auch eine offen und breit geführte gesellschaftliche Debatte über Sexualität in all ihren Facetten ist notwendig.²

2 Dieser Abschnitt basiert auf dem Kurzreferat von Birgit Meyer beim Fachtag „Gewalt und Unrechtserfahrungen in der Erziehung gestern und heute“ an der Hochschule Esslingen am 17.1.2014

II Geschichte des Fonds Heimerziehung und der Anlauf- und Beratungsstellen

Am 11. Dezember 2006 haben Betroffene, die als Kinder oder Jugendliche im Heim untergebracht waren, vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages über persönlich erlebtes Leid und Unrecht durch Missstände in öffentlichen Einrichtungen berichtet. Insgesamt zwei Jahre setzte sich der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit der Heimerziehung in der Bundesrepublik von 1949-1975 und der DDR in den Jahren 1949-1990 auseinander sowie mit der Traumatisierung ehemaliger Heimkinder und den sehr begrenzten Entschädigungsmöglichkeiten im Rahmen bestehender gesetzlicher Regelungen. Schließlich erkannte und bedauerte der Bundestag das erlittene Unrecht und Leid, das Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Kinder- und Erziehungsheimen in der Zeit zwischen 1949 und 1975 in Westdeutschland und in der Zeit von 1949-1990 während der Zeit der DDR widerfahren ist. Der Bundestag kam zu der Erkenntnis, dass eine angemessene Aufarbeitung der Heimerziehungspraxis in einem parlamentarischen Verfahren allein nicht gewährleistet werden kann. Hieraus wurde der Runde Tisch Heimerziehung vom Bundestag beauftragt, die Heimerziehung der 50er und 60er Jahre aufzuarbeiten und Lösungsvorschläge sowie ein Konzept für den weiteren Umgang mit der Thematik zu erarbeiten. Der Runde Tisch Heimerziehung setzte sich unter Beteiligung von Betroffenen, Einrichtungsträgern, Forschung, Verbänden und Vertreter_innen von Bund, Ländern und Kirchen von 2009 bis 2011 damit auseinander, wie Hilfe und Anerkennung für ehemalige Heimkinder aus der Zeit von 1949 bis 1975 (BRD) bzw. 1990 (DDR) möglich ist. Zentral war neben der Bitte um Verzeihung für das Unrecht, das Kindern und Jugendlichen in Heimen zugefügt wurde, die Einrichtung von regionalen Anlauf- und Beratungsstellen, an die sich Betroffene vertrauensvoll wenden könnten und Unterstützung in der individuellen Aufarbeitung erhalten. Als Empfehlung des Runden Tisches wurde ein Fonds für Westdeutschland mit einem Volumen von 120 Millionen Euro eingerichtet, der vom Bund, den West-Bundesländern und den beiden großen Kirchen getragen wird. Für Betroffene in DDR-Heimen gibt es den Fonds Heimerziehung in der DDR.

Der Fonds soll ehemaligen Heimkindern, die im Heim Unrecht und Leid erlebt haben, bei heute noch bestehenden Folgen wie Traumatisierung oder anderen Beeinträchtigungen und Folgeschäden helfen. Auch in Fällen, in denen Betroffene nach dem 14. Lebensjahr während der Unterbringung gearbeitet haben oder in die Lehre gegangen sind, ohne dass in dieser Zeit Rentenbeiträge eingezahlt wurden, kann über den Fonds eine Rentenersatzleistung vereinbart

werden. Die Leistungen aus dem Fonds sind freiwillige Leistungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht und die daher nicht auf gesetzliche Sozialleistungen (z.B. Rente) angerechnet werden. Über die ABHs können Sachmittel bis zu 10.000 Euro beantragt werden. Außerdem besteht eine Vereinbarungsmöglichkeit von Rentenersatzleistungen aufgrund nicht gezahlter Rentenbeiträge für geleistete Arbeit während der Unterbringung. Es kann eine Einmalzahlung von 300 Euro für jeden Kalendermonat, für den keine Beiträge gezahlt wurden, ausbezahlt werden (vgl. Runder Tisch Heimerziehung 2010: Abschlussbericht des Runden Tisches „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“)³.

Aus Sicht der ehemaligen Heimkinder stellt der Fonds Heimerziehung erneut eine Demütigung dar, weil es einmalige freiwillige Leistungen und keine Entschädigung gäbe. Dagegen haben sie eine Opferentschädigungsrente von monatlich 300 Euro oder eine Einmalzahlung von 54.000 Euro gefordert. Die Leistungen des Fonds werden grundsätzlich für die Zeiten von 1949 bis 1975 gewährt. Heimkinder, die vor 1949 und nach 1975 im Heim misshandelt wurden, erhalten keine Leistungen. Außerdem kritisieren viele Heimkinder, dass am Runden Tisch nur drei ihrer Vertreter_innen beteiligt gewesen und den Mitarbeitenden und Jurist_innen der Nachfolgeorganisationen oft hilflos gegenüber gewesen seien. Viele der ABHs sind in Häusern des Jugendamtes untergebracht, was Heimkinder möglicherweise als stigmatisierend erleben.

IIIa Die Anlauf- und Beratungsstelle Heimerziehung in Baden-Württemberg

Die ABH bietet ehemaligen Heimkindern einen geschützten Raum zum Gespräch über ihre Erfahrungen an und unterstützt bei der Aktensuche und Aufarbeitung der Heimzeit. Außerdem bietet sie zusätzlich zu den finanziellen Hilfen des Fonds Hilfe bei aktuellem Unterstützungsbedarf wie Traumatisierung, anderen Beeinträchtigungen und Folgeschäden durch die Heimerziehung. Eine Besonderheit in Baden-Württemberg ist, dass die ABH durch eine Mitarbeiterin des Landesarchivs Baden-Württemberg bei der Aktenrecherche aktiv unterstützt wird, da die Betroffenen für die Sachleistungen einen Aufenthaltsnachweis und für die Rentenersatzleistungen einen genauen Nachweis des Heimaufenthaltes ab dem 14. Lebensjahr benötigen. Mit der Aktenrecherche verknüpfen sich für die Betroffenen weitere Fragen zur biografischen Aufarbeitung. Dieser Prozess

³ Verfügbar unter: http://www.rundertisch-heimerziehung.de/documents/RTH_Abschlussbericht.pdf [31.08.2013]).

wird als psychisch aufwändig und belastend erlebt. Daher können Betroffene sich während der Aktensuche aber auch für das Beratungsgespräch bei der ABH durch eine Person des Vertrauens begleiten lassen.

Die Beraterinnen der ABH berichten, dass bei den meisten ehemaligen Heimkindern die Folgen der erlittenen Gewalt erkennbar seien. Viele sind traumatisiert bzw. schwer psychisch belastet. Durch Kinderarbeit, Arbeitsunfälle oder psychische bzw. physische oder sexuelle Gewalt zeigen sich oft Spätfolgen wie Schwerbehinderung, Erwerbsunfähigkeit oder Suizidversuche ebenso wie Suchterkrankungen. Vielen ehemaligen Heimkindern seien Schulabschlüsse und berufliche Ausbildungen verwehrt worden, daher arbeiteten sie im Niedriglohnbereich und/oder bezögen SGB II Leistungen. Die Beraterinnen heben auch hervor, dass die Betroffenen viele individuelle Überlebensmechanismen entwickelt hätten, die als Ressourcen genutzt werden könnten.

Im Rahmen der Beratungsarbeit der ABH in Baden-Württemberg tauchen strukturelle Schwierigkeiten auf. So sind durch einen anfangs zu niedrigen Personalschlüssel sehr lange Wartezeiten (teilweise bis zu acht Monaten) für einen Beratungstermin entstanden. Die finanzielle Ausstattung wird durch zeitaufwendige Beratungen und Entscheidungen der Landtage bestimmt.

Entscheidungen des Bundes, dass Vereinbarungen zum Erhalt der Leistungen des Fonds bis Ende 2014 abgeschlossen sein müssen, erscheinen im Lichte der hohen Wartezeiten als problematisch und ungerecht, da Betroffene, die sich zwar bei der ABH gemeldet haben, aber wegen der hohen Nachfrage keinen Beratungstermin für eine Vereinbarung bekommen können, eventuell nach 2014 keine Leistungen erhalten. Auch stellt sich die Frage, wie Betroffene sinnvoll als Multiplikator_innen für die ABH arbeiten können. Hier existiert von Seiten der Vertreter_innen ehemaliger Heimkinder Interesse. Die fachliche Unterstützung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements sei aber wegen der hohen Arbeitsbelastung der Mitarbeiter_innen und der kurzen Laufzeit des Fonds schwer umsetzbar.

IIIb Der Beirat der Anlauf- und Beratungsstelle Heimerziehung in Baden-Württemberg

Der Beirat soll in erster Linie die Anliegen ehemaliger Heimkinder sowie die ABH unterstützen. Die Solidarisierung mit den Betroffenen ist Ausgangslage für die Arbeit des Beirats. Außerdem können ihm eventuelle Beschwerden eingereicht werden, die auf der Basis der Beschlüsse des Deutschen Bundestages und des Landtages Baden-Württemberg diskutiert und an die zuständigen Stellen

vermittelt werden. Ziel des Beirats ist, das Unrecht, das ehemaligen Heimkindern angetan wurde, anzuerkennen. Ihnen soll Gehör verschafft und durch die Unterstützung der Arbeit der ABH im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten geholfen werden. Mit der Arbeit des Beirats wird zum Ausdruck gebracht, dass die Aufarbeitung der Geschichte der Heimkinder mit der Arbeit des Runden Tisches nicht abgeschlossen sein kann.

Der Beirat hat sich folgende Arbeitsziele gesetzt:

- Die Anerkennung und Würdigung der Betroffenen.
- Die konstruktive Unterstützung und Begleitung der Anlauf- und Beratungsstelle auch in besonderen Einzelfällen.
- Die Förderung der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Entwicklung der Heimerziehung sowie mit den daraus folgenden Konsequenzen.
- Öffentlichkeitsarbeit und Informationsweitergabe über den Fonds Heimerziehung und die Anlauf- und Beratungsstelle.
- Der Beirat ist Ansprechpartner für Anregungen und Kritik in Bezug auf die ABH.⁴

Die einzelnen Beiratsmitglieder vertreten je nach Funktion unterschiedliche Anliegen und Schwerpunkte ihrer Arbeit. Daher ist es wichtig, dass die Beiratsmitglieder sich gegenseitig ein großes Maß an Vertrauen und damit an Dialogbereitschaft entgegen bringen, um die teilweise belastenden und schwierigen Themen bearbeiten zu können.

Im Rahmen der Beiratsarbeit stellt sich hier die praktische Frage, wie die Anerkennung und Würdigung der Betroffenen so ausgestaltet werden kann, dass sie Gehör finden. Dieses ist nicht immer leicht, da der Dialog einerseits durch ein expertokratisches Gefälle gegenüber den Betroffenen gekennzeichnet ist und andererseits vier stimmberechtigte Betroffene gegenüber dreizehn stimmberechtigten Vertreter_innen aus den Landeskirchen und dem Land ihre Anliegen vertreten müssen. Die Vertreter_innen der Betroffenen kritisieren außerdem, dass Diskussionen ins Leere liefen und die Arbeit des Beirates möglicherweise eine Alibifunktion besäße. Dieses zeige sich auch in der fehlenden Öffentlichkeitsarbeit durch das Ministerium.

Auf Anregung der Betroffenen wurde mit Unterstützung der Hochschule Esslingen eine Webseite der ABH eingerichtet sowie ein Faltblatt mit allen wesentlichen Informationen gedruckt und in Umlauf gebracht, um Betroffene, die auf einen Beratungstermin warten, über die notwendigen Unterlagen zu informieren,

⁴ Die Ziele sind in der GO festgelegt und wurden am 11.06.13 verabschiedet.

die bei der ABH vorzulegen sind. Diese und andere Aktivitäten⁵ werden durch die Geschäftsstelle des Beirats an der Hochschule Esslingen unterstützt.

Der Wunsch, eine breite Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die ABH zu initiieren, damit möglichst viele von dessen Existenz und ihren Rechten erfahren können, wurde bislang vom Ministerium nicht erfüllt. Die strukturelle Eingebundenheit der Betroffenen ist nicht problemlos und muss durch die Vorsitzenden immer wieder unterstützt werden, z.B. durch informelle Treffen oder Telefonate vor den jeweiligen Beiratssitzungen, aber auch durch Einladungen zu Seminaren, Tagungen etc.

Hervorzuheben ist, dass die Vertreter_innen der Betroffenen im Beirat durch ihr Engagement zeigen, dass sie trotz jahrelanger Demütigungen und Gewalt die Stärke aufbringen, sich mit ihrer Vergangenheit konstruktiv auseinander zu setzen, um für die Rechte anderer Heimkinder zu kämpfen.

IV Politische Forderungen und offene Fragen

Im Moment sehen wir im Rahmen der Beiratstätigkeit folgende politische Forderungen:

- Verlängerung der aktiven Laufzeit des Fonds auf Bundesebene, um den Abschluss von Vereinbarungen nach dem 31.12.2014 zu ermöglichen. Bisher müssen diese bis 31.12.2014 abgeschlossen sein. Die Abwicklung soll bis 31.12.2015/evtl. bis Ende 2016 erfolgen.
 - Anhebung der administrativen Ausgaben des Fonds in Baden-Württemberg von fünf auf zehn Prozent, um notwendige strukturelle Anpassungen wie die Anhebung des Personalschlüssels an der ABH durchzuführen.
 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über den Fonds und über die Arbeit der ABH durch das Land Baden-Württemberg, damit möglichst viele ehemalige Heimkinder noch 2014 erreicht werden können.
 - Unterstützung einer stärkeren Einbindung und Vernetzung der Betroffenen.
 - Entwicklung von nachhaltigen Projekten zu Themen der Heimerziehung/Hilfen zur Erziehung über die Fondslaufzeit hinaus.
 - Öffentliche Entschuldigung bei den Opfern – ja oder nein?
- Darüber hinaus sehen wir offene Fragen im Rahmen der fachlichen Diskussion:
- Die Frage nach einer strukturell verankerten und vom Team getragenen Präventionsarbeit in der Heimerziehung.

⁵ z.B. den Fachtag am 17.1.2014

- Die Frage nach einer Zusammenarbeit „auf Augenhöhe“ mit den Vertreter_innen der Betroffenen.
- Die Frage nach der Implementierung des Themas „Gewalt und Unrechtserfahrungen in der Erziehung“ in die Ausbildung der Sozialen Arbeit.

Das Thema Heimerziehung in den 49er -75er Jahren rückt für die Soziale Arbeit das berufsethische Thema Verantwortung in den Mittelpunkt. Es verweist auf die Verantwortung von Menschen, die erzieherisch beauftragt (gewesen) sind, sich um die Heimkinder zu sorgen und ins Leben zu begleiten. Es geht um Personen, die den Heimaufenthalt veranlasst haben (meistens in Jugendämtern), um Verantwortliche in den Institutionen der Heimerziehung (das Land, die Kirchen) und um Angestellte in den Heimen. Grundsätzlich handelt es sich hier um ein zutiefst asymmetrisches Verhältnis, das machtvoll gegenüber den Heimkindern agiert hat. Die Verantwortung für den Missbrauch in der „Beziehungsmacht“ liegt immer auf der Seite der Professionellen, weil die mit der beruflichen Rolle verbundene Macht zur Beziehungsgestaltung eine einseitige ist.⁶ Da die individuelle Verantwortungsübernahme im Falle der ehemaligen Heimkinder für die heute professionell Tätigen beschränkt ist, wird *politisches Handeln* zentral. Hieraus folgt ein politisches Mandat dahingehend, zusammen mit Betroffenen politische und professionelle Verantwortung zu übernehmen.

Nachtrag

Der obige Artikel wurde im Januar 2014 für die Widersprüche Nr. 131 mit dem Titel „Wem hilft die Kinder- und Jugendhilfe? II – Heimerziehung und Heimerfahrung: Kontinuitäten und Brüche“ verfasst. Durch redaktionelle Verzögerungen erscheint er erst nun, im Juni 2014. Mittlerweile sind folgende Entwicklungen eingetreten:

- Im März 2013 hat der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg einstimmig die Empfehlung ausgesprochen, den Landtagsbeschluss von Dezember 2011 aufzuheben, und somit die Obergrenze für die Kosten der Beratung der Betroffenen (von bislang 5) auf bis zu zehn Prozent der Fondsmittel zu erhöhen.
- Noch immer beträgt die Wartezeit auf einen Beratungstermin bei der Anlauf- und Beratungsstelle acht Monate. Dies ist unserer Meinung nach nicht hinnehmbar.

6 Vgl. Großmaß/Perko: 133f.

- Nach der bisherigen Regelung des Fonds Heimerziehung müssen Vereinbarungen bis Ende 2014 abgeschlossen werden, ebenso alle Beratungen. Diese Situation ist mit der jetzigen personellen Situation der Beratungsstelle nicht zu bewältigen. Daher ist es nötig, möglichst zeitnah eine weitere sozialpädagogische Fachkraft einzustellen.
- Mit dem Fonds Heimerziehung sollte ein wirksames Instrument geschaffen werden, das den Betroffenen ideelle und materielle Anerkennung ihres Leids verschafft. Dieses Ziel ist gefährdet, wenn Betroffene 2014 keinen Beratungstermin mehr erhalten können, was absehbar ist.
- Es ist unserer Meinung nach dringend erforderlich, dass Betroffene auch noch 2015 ff. Vereinbarungen abschließen können.
- Auch die Prüfung des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Köln) der vorbereiteten Vereinbarungen beträgt momentan bis zu fünfenehalb Monaten. Daraus ergeben sich für die Betroffenen unzumutbare Schwierigkeiten, da sie nach der Beratung oftmals finanzielle Verbindlichkeiten eingehen. Je länger die Wartezeiten dauern, desto größer werden die finanziellen Schwierigkeiten, auch das ist nicht zumutbar!
- Nachdem der Fonds Ost im Jahr 2013 ausgelaufen ist, haben sich Bund und ostdeutsche Länder im Februar 2014 verständigt, den Fonds Ost aufzustocken. Betroffene haben die Möglichkeit, bis zum 30. 09.2014 ihre Ansprüche anzumelden. Auch der Fonds West zeigt mittlerweile Liquiditätsprobleme. Wie mit diesem Sachverhalt umgegangen wird und welche Lösungen angeboten werden, ist im Moment nicht absehbar. Auch hier ist verantwortungsvolles politisches Handeln gefragt!

Literatur

Großmaß, Ruth/Perko, Gudrun 2011: Ethik für Soziale Berufe. Paderborn
Thole, Werner u.a. 2012: Sexualisierte Gewalt, Macht und Pädagogik. Opladen

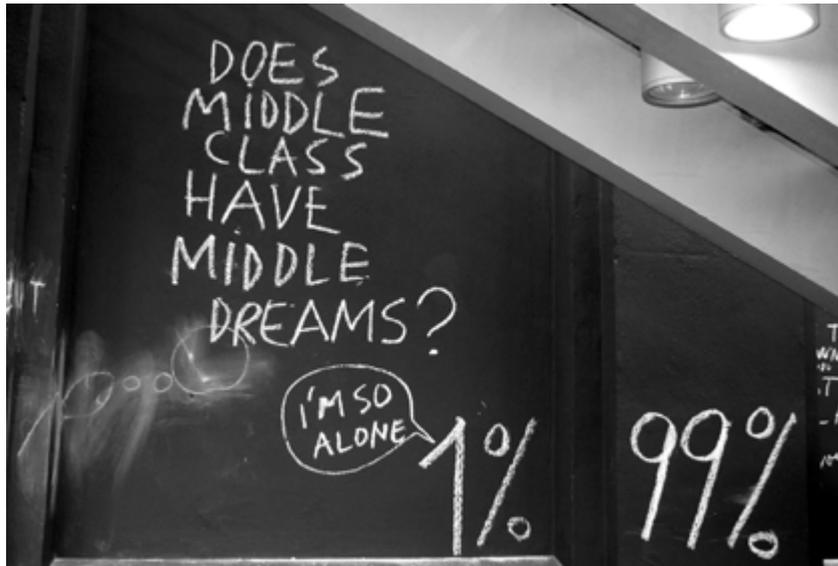
*Birgit Meyer, Hochschule Esslingen, Fakultät für Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege, Flandernstr. 101, 73732 Esslingen
E-Mail: Birgit.Meyer@hs-esslingen.de*

*Ulrike Zöller, Hochschule Esslingen, Fakultät für Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege, Flandernstr. 101, 73732 Esslingen
E-Mail: Ulrike.Zoeller@hs-esslingen.de*

Andreas Pfeuffer

Die Ökonomien des medizinischen Kodierens

Kodierfachkräfte im Spannungsfeld
zwischen medizinisch-pflegerischen und
betriebswirtschaftlichen Ansprüchen – Teil 1



Die Soziologie des Krankenhauses befasst sich traditionell mit dem ärztlichen Dienst, der Pflege, der Arzt-Patienten-Beziehung, mit dem Krankenhaus als Organisation, neuerdings auch mit der Managerialisierung des Arztberufs. Im Gegensatz dazu hat die Verwaltung von Krankenhäusern nur selten Aufmerksamkeit erregt (vgl. als Ausnahmen etwa Rohde 1974 und Bär 2012). Dieser Forschungsgegenstand wirkt spröde, theoretisch nicht sonderlich vielversprechend und wirft im akademischen Feld offenbar entsprechend weniger Distinktionsgewinne als die genannten Themen ab. Allerdings nehmen heute – blendet man den umfassenden Kontext der Gesundheitspolitik sowie die medizinische Entwicklung einmal aus und fokussiert nur auf das Krankenhaus als Organisation – die Entwicklungen, die das medizinische und pflegerische Handeln im stationären Geschehen am stärksten beeinflussen, von der Verwaltung ihren Ausgang. Es lohnt sich durchaus, den Fokus einmal weg von den üblichen Themen und Akteuren auf das zu richten, was sich hinter den Kulissen der mehr und mehr Hotellobbys ähnelnden Eingangsbereiche von deutschen Krankenhäusern in den „Arkanbereichen“ der Verwaltung abspielt. Neben dem „eigentlichen“, nach außen kommunizierten Zweck der Organisation Krankenhaus, nämlich medizinisch-pflegerische Versorgungsleistungen zu erbringen und dabei dem Patienten¹ im Rahmen einer von der Aufnahme bis zu der möglichst in gesundem Zustand erfolgenden Entlassung reichenden Falltrajektorie die nötige Behand-

1 Um der besseren Lesbarkeit willen verzichte ich auf die durchgängige Anwendung der geschlechtersensiblen Schreibweise. Mit der Nennung der gängigen (und in der Regel männlichen) Funktionsbezeichnung ist immer auch die jeweils andere (in der Regel weibliche) Form mit gemeint.

lung zukommen zu lassen, verfolgt das Krankenhaus einen zweiten, für seine Selbsterhaltung als Organisation nicht minder bedeutenden Zweck, nämlich die Beschaffung der für den erstgenannten Zweck nötigen (finanziellen) Ressourcen.² Dies setzt eine parallel zu der erstgenannten verlaufende und zu ihr in vielfachen Wechselbezügungen stehende zweite Trajektorie in Gang, die von der Stellung der Aufnahmediagnose, der Dokumentation der am Patienten erfolgenden Prozeduren und weiteren Diagnosen und sonstigen patientenbezogenen Daten, über deren Kodierung bis zur letztlich erfolgenden Abrechnung der DRG beim Kostenträger führt.³ Und von dieser zweiten Trajektorie, die organisatorisch weitgehend im Rahmen des Medizincontrollings verläuft, von dem hier tätigen Personal handeln die folgenden Beobachtungen und Überlegungen.⁴

So spröde dieser Handlungskomplex auch sein mag, er und das mit dieser Aufgabe betraute Verwaltungspersonal haben es inzwischen in die Schlagzeilen bzw. sogar bis in die populäre Ratgeberliteratur zum Gesundheitswesen gebracht. Im Frühjahr 2012 griffen die Medien (wieder einmal) das Thema der Manipulationen mit dem Abrechnungs- und Finanzierungssystem stationärer Leistungen auf der

2 Die Befürchtung, dass sich der Nexus von Zweck und Mittel angesichts zunehmender Privatisierungen und Kommerzialisierung im Gesundheitswesen umkehrt, ist schon seit geraumer Zeit ein Thema sozialwissenschaftlicher und gesundheitsethischer Untersuchungen (vgl. Kühn 2003, Heubel/Kettner/Manzeschke 2010; zur Thematik der Ökonomisierung allgemein Schimank/Volkman 2008).

3 Und die sich noch fortsetzen kann, wenn es zu Überprüfungen seitens der Kostenträger oder des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) kommt.

4 Die hier präsentierten Ergebnisse stammen aus dem vom Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) zusammen mit dem Soziologischen Seminar der Universität St. Gallen und der Wiener Forschungs- und Beratungsstelle Arbeit (FORBA) gemeinsam durchgeführten Dreiländer-Projekt „Im Dienste öffentlicher Güter“, das von den jeweiligen nationalen Forschungsförderungsinstitutionen finanziert wurde. Die empirische Basis für den vorliegenden Artikel bilden 33 leitfadengestützte Interviews mit Beschäftigten aus dem ärztlichen Dienst, dem Pflegedienst und der Verwaltung (einschließlich Medizincontrolling und Kodierfachkräfte) zweier süddeutscher Krankenhäuser sowie mit Beschäftigten des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) über die Veränderungen ihrer Arbeit in den vergangenen zwanzig Jahren. Die untersuchten Kliniken sind zum einen ein in kommunaler Hand befindliches Akutkrankenhaus der Zentralversorgung mit ca. 350 Betten sowie ein Kreiskrankenhaus mit 225 stationären Betten, das nach der früheren Einteilung in den Landeskrankenhausplänen als Haus der Grund- und Regelversorgung geführt wurde. Als letzter Untersuchungsschritt erfolgte im Januar 2014 eine teilnehmende Beobachtung der Arbeitspraxis von Kodierfachkräften in dem zweitgenannten Haus.

Basis der *Diagnosis Related Groups* (DRGs) auf. Unter der Überschrift „Rezept gegen Abzocker-Kliniken. Wer betrügt, soll zahlen“ berichtete die Süddeutsche Zeitung, dass die deutschen Krankenkassen aufgrund überhöhter Abrechnungen jährlich ca. 1,5 Milliarden zu viel an die Krankenhäuser zahlen. Zwischen dreißig und vierzig Prozent der Abrechnungen seien nach Schätzungen des Bundesrechnungshofes bzw. des Spitzenverbandes der deutschen Krankenkassen nachweislich falsch (Bohsem 2012). Mit dieser Frage befassen sich bereits seit einigen Jahren die Kriminologen (Kölbel 2013), die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag beabsichtigte im vergangenen Jahr noch, so schnell wie möglich ein Gesetz durch den Bundestag zu bringen, das überführte Kliniken zur Zahlung des 1,5-fachen Differenzbetrags verpflichtet.⁵

Es geht also, das kann man soweit festhalten, um viel Geld. Und das ist im deutschen Gesundheitswesen schon sehr lange knapp bzw. wird knapp gehalten, wenn man bedenkt, dass die Entwicklung der Krankenhausaussgaben, legt man als Kriterium wie international üblich als Maßstab für die Beurteilung der „Proportionalität“ von Gesundheitsausgaben den prozentualen Anteil derselben am Bruttoinlandsprodukt zugrunde, „weder in der alten Bundesrepublik Deutschland noch im vereinten Deutschland Ursache der regelmäßig wiederkehrenden Finanzierungsprobleme der GKV sein können“ (Simon 2007: 45 ff; 2010: 274). Ihr Anteil ist schlicht nicht gestiegen. Doch auch hier gilt wie so oft das so genannte „Thomas-Theorem“: „If men define situations as real, they are real in their consequences“ (Thomas/Thomas 1928: 572).

Global betrachtet lässt sich die Geschichte der Finanzierung des deutschen Krankenhausesektors seit Mitte der 1980er Jahre als eine Geschichte von der Politik auferlegter Sparzwänge und damit der Durchsetzung eines ordnungspolitischen Wandels schreiben, der darin besteht, „dass das Wirtschaftlichkeitsgebot tendenziell eine Vorrangstellung gegenüber allen übrigen Zielen der Gesetzlichen Krankenversicherung erhält – also auch gegenüber den Ansprüchen der Versicherten auf Gewährleistung einer flächendeckenden qualitativ hochwertigen Versorgung mit allem medizinisch Notwendigen.“ (Klinke 2008: 40) Nach der im Rahmen der

5 Die genannten Zahlen spiegeln allerdings die Sichtweise einer interessierten Seite, also der Krankenkassen, wider. Die Kliniken setzen sich ihrerseits v.a. über ihren Verband, die Deutsche Krankenhausgesellschaft, zur Wehr und prangern die Diagnose des Kassenbetrugs ihrerseits als unsachliche und verleumderische Behauptung an (Fiori/Bunzenmeier/Roeder 2010). Pikanter Weise geriet umgekehrt im vergangenen Jahr jede zweite Krankenkasse in den Verdacht, Krankheiten ihrer Versicherten nicht korrekt an das Bundesversicherungsamt gemeldet zu haben, um auf diese Weise mehr Geld aus dem Gesundheitsfonds zu erhalten (Zeit online 2013).

dualen Krankenhausfinanzierung ab 1986 eingeleiteten Umstellung der Entgelte⁶ von einer retrospektiven auf eine prospektive, „leistungsbezogene“ Finanzierung und der 1993 vollzogenen Abkehr vom Selbstkostendeckungsprinzip auf der Basis allgemeiner tagesgleicher Pflegesätze sowie den seither in regelmäßiger Folge verabschiedeten Kostendämpfungsgesetzen gleicht nun die im Jahr 2000 vom Deutschen Bundestag unter rot-grüner Regierung beschlossene Einführung von Fallpauschalen, die sich an den so genannten *Diagnosis Related Groups* (DRGs) orientieren, einer „Kulturrevolution“ des finanziellen Geschehens im Krankenhauswesen. Nach mehr als zehn Jahren Fallpauschalensystem fallen die in Wissenschaft, Politik und Medien vorgenommenen Bewertungen der positiven Aspekte wie der „Risiken und Nebenwirkungen“ des DRG-Systems äußerst konträr aus – hier soll keineswegs ein weiterer Beitrag zu dieser Debatte geliefert werden (vgl. zur Kritik nach zehn Jahren DRGs in Deutschland Simon 2013 und Weisbrod-Frey 2012). Es besteht dagegen kein Zweifel, dass das Ziel der im Rahmen des GKV-Gesundheitsreformgesetzes 2002 beschlossenen Umstellung der Finanzierung der Entgelte auf ein Fallpauschalensystem auf der Basis von DRGs darin bestand, Druck auf die Organisation Krankenhaus auszuüben, um diese zu einer weitgehenden Rationalisierung des stationären Sektors zu zwingen. Dies geschah denn auch durch die (formale oder materielle) Privatisierung von Kliniken, die Optimierung von Prozessen, die Reduzierung der Patientenverweildauer, die Zusammenlegung von Stationen, den Abbau so genannter „Überkapazitäten“ an vorgehaltenen Betten wie auch an Personal.⁷ Es ist und war dabei durchaus politisch intendiert, wenn nach diesem System unwirtschaftliche Kliniken entweder schließen oder verkauft werden müssen (vgl. Klink 2008). So verwundert es kaum, wenn das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in dem von ihm herausgegebenen Krankenhaus-Report 2012 schätzt, dass fast jedem sechsten der ca. 2050 deutschen Krankenhäuser die Schließung oder der Verkauf drohe (Spiegel online 2012). Der Druck auf die Organisation Krankenhaus blieb nicht ohne Folgen für die Beschäftigten aller Bereiche, für ihre Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt auch für ihr berufliches Ethos und Handeln.

6 Als Entgelte bezeichnet man die Vergütung der laufenden Betriebskosten der Krankenhäuser. Sie bilden zusammen mit der Investitionsförderung die beiden Komponenten der so genannten dualen Finanzierung (vgl. Simon 2010: 294ff.).

7 Freilich reagieren die Häuser als (eingeschränkt) rationale Akteure auf dieses Anreizsystem auch auf von der Politik nicht beabsichtigte Weise, etwa durch „Mengeausweitungen“ (illegales oder ethisch problematisches Verhalten einmal beiseitegelassen).

Hier kommt nun die Ärzteschaft ins Spiel, die sich zunehmend drangsaliert fühlt vom DRG-System und im beruflichen Alltag ganz konkret von dem dieses System verkörpernden Personal. Im Gegensatz zu der vor allem in Form von Stellenabbau und angestiegenen Dokumentationsverpflichtungen ebenfalls betroffenen Pflege wehren sich die Mediziner so öffentlichkeitswirksam wie wortgewandt, womit wir bei der eingangs erwähnten Ratgeberliteratur angelangt wären. Dr. med. Paul Brandenburg, der in seinem 2013 erschienenen Buch *Kliniken und Nebenwirkungen* über das „Überleben in Deutschlands Krankenhäusern“, wie der Untertitel lautet, Aufklärung⁸ verschaffen will, beschreibt das Treiben dieses Personals folgendermaßen:

„In den Krankenhäusern der Nation hat sich seit Einführung der DRG eine ganze Reihe neuer Verwaltungsberufe festgesetzt, u.a. sogenannte Codierassistenten, DRG-Beauftragte und Controller. Sie sind die Hohepriester des Systems und stellen im Auftrag der Geschäftsführung sicher, dass der [...] Grouper stets 'richtig' gefüttert wird. 'Richtig' bedeutet, in einer Weise, dass die höchste Pauschale für die Klinik dabei herauskommt. Zugleich – und hier wird es schmutzig – versuchen diese Damen und Herren teilweise aktiv Ärzte dahingehend zu beeinflussen, dass sie bei den Patienten besonders grouperfreundliche Diagnosen stellen“ (Brandenburg 2013a: 52).

In einem in einer Radiosendung geführten Interview (Brandenburg 2013b) geht er noch etwas ausführlicher auf die genannten „Verwaltungsberufe“ ein:

„Ja, ich wünschte auch, ich hätte keine Ahnung, was das ist. Die lernt man allerdings sehr früh kennen an den Krankenhäusern, das sind sozusagen die Paladine des Verwaltungschefs. Also, Sie müssen als Arzt heutzutage, gerade als Arzt so in den unteren Rängen, kann man sagen, einen Großteil Ihrer Arbeitszeit darauf verwenden, dass Sie das, was Sie am Patienten machen und was Sie am Patienten sehen, codieren, dass Sie also diese Dinge, die sie tun, umsetzen in maschinenverständige [sic!] Zahlenblöcke, weil hinter jeder Handlung – Spritze geben, Medikament, Diagnose-Stellen – steht ein Code, der einfließt nachher in die DRG-Ermittlung. Das heißt, Sie tippen alle möglichen Diagnosen und Prozeduren ein in einen Computer, und ein Computerprogramm namens Grouper errechnet daraus auf dunklen Pfaden die so genannte DRG, das ist dann die Fallpauschale, die zutrifft. Und weil die Ärzte das naturgemäß nicht so gerne machen – die verbringen ihre Zeit lieber beim Patienten und bei sinnvollen Tätigkeiten –, da gibt es eine Horde von Aufpassern, das sind diese Codierassistenten und die DRG-Beauftragten. Und Sie sitzen dann als Arzt tatsächlich einmal wöchentlich oder manchmal auch nur einmal monatlich, meistens eher häufiger, in so Meetings, ja, die sie eigentlich umgehen wollten mit ihrer Berufswahl, und da hält Ihnen ein DRG-Beauftragter weitschweifige Vorträge darüber, was sie alles noch kodieren müssen, wie Sie besser kodieren – und da wird's dann interessant –,

8 Auf den im Handel verkauften Exemplaren prangt zusätzlich noch ein leuchtend roter, runder Aufkleber mit der Aufschrift: „Ein Arzt klärt auf“.

wie Sie doch bitte noch andere Krankheiten dazu kodieren sollen, damit günstigere DRG-Codes rauskommen, oder er hält Ihnen Vorträge darüber, dass Sie die Patienten zu spät entlassen, dass Sie also beispielsweise doch bitte jede Gallenblase einen Tag früher entlassen sollen, weil sie über der oberen Grenzerweildauer sind. Das sind wirklich ganz absurde Vorträge, wo sie sich als Arzt erklären lassen müssen, wie Medizin funktionieren muss, damit es in diese Verwaltungslogik passt.“

Drei Dinge sind es, die Brandenburg in den zitierten Passagen übel aufstoßen: Zum einen die bürokratische Durchorganisation medizinischen Arbeitens und dessen Unterwerfung unter die administrative bzw. betriebswirtschaftliche Logik, sodann die Unterwerfung des Versorgungsgeschehens unter die Maximen der Erlösoptimierung („dass die höchste Pauschale für die Klinik dabei herauskommt“) und schließlich die Infragestellung der ehemals unangefochtenen Dominanz der ärztlichen Profession durch neue administrative Eliten („die Paladine des Verwaltungschefs“, die „Horde von Aufpassern“). Es geht hier nicht darum Herrn Brandenburgs polemische Auslassungen zu widerlegen oder zu bestätigen. Sie bringen durchaus eine von den Angehörigen des ärztlichen Dienstes gefühlte Malaise, ein Unbehagen an den Entwicklungen des Gesundheitswesens allgemein und am Zustand ihrer Profession im Besonderen zum Ausdruck, „Dafür bin ich nicht angetreten und habe diesen Beruf ergreifen wollen“ ist, so Sebastian Klinke, eine häufige Aussage der Befragten in der groß angelegten „WAMP-Studie“ zu den Auswirkungen der DRGs auf Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus (Klinke 2008: 42; die Zusammenfassung der Studie findet sich in Braun et al. 2010). Brandenburgs Pamphlet verschleierte jedoch zugleich, dass sich viele Ärztinnen und Ärzte – mehr oder weniger freiwillig – mit dem System arrangiert, es mittlerweile auch „auszubeuten gelernt haben“ (vgl. Vogd 2006: 50 und 110 ff), ja gar zu dessen Promotoren geworden sind. Zwei Beispiele aus einem süddeutschen Krankenhaus sollen dies verdeutlichen. Eine Angehörige des Medizincontrollings dieses Krankenhauses spricht im Interview über einen Chefarzt, der um den Erlös seiner Abteilung zu steigern systematisch versucht, mehr aus einem Fall „herauszuholen“:

Frau Ehrlich:⁹ „Patient kommt rein mit Bauchweh. Dafür gibt es einen Code R10 irgendwas. Bauchweh. Keine Ahnung was er hat. Dann stellt sich heraus, er hat schon ewig keinen Stuhlgang mehr gehabt und hat Verstopfung. Okay, jetzt sind wir bei Verstopfung, ist schon ein bisschen genauer. Und dann stellt sich heraus, Ursache der Verstopfung ist ein Darmkrebs, der den Darm zugemacht hat. Und ja, dann

9 Bei den Personen- und Ortsnamen handelt es sich selbstverständlich um Pseudonyme, die Funktionsbezeichnungen sind zur besseren Anonymisierung in der Regel ebenfalls leicht abgeändert.

nimmt man halt das betroffene Stück dann raus, und ja, dann gibt es da so Unterschiede, je nachdem *welches* Stück Darm man rausnimmt. Und dann kommt man in unterschiedliche DRGs. Also wenn sie das Rektum, den Enddarm rausnehmen, gibt das eine teurere DRG, als wenn sie den Dickdarmabschnitt davor rausnehmen. Und der besagte Chefarzt, der nimmt also grundsätzlich das Rektum raus [bzw. kodiert er so als ob; Anm. d Verf.], weil das in eine höherpreisige DRG führt, anstatt des vorherigen Darmabschnitts. So kodiert er sie. In der Praxis macht er natürlich den letzten Darmabschnitt raus und noch ein kleines bisschen vom vorherigen. Das muss einfach so sein wegen der Durchblutung. Und dann argumentiert er beim MDK zum Beispiel, dass das so sein muss, weil er hat ja noch ein Stück von diesem anderen Darmabschnitt auch rausgenommen. Das ist *zwecklos*, weil im OP-Bericht genau beschrieben ist, was er alles rausgenommen hat. Aber, ja.“

Dieser Chirurg mag, was die Behandlung des Patienten anbelangt, durchaus nach den professionellen Standards arbeiten, für die wirtschaftliche Erwägungen nicht maßgeblich sind. Was jedoch die Seite des Dokumentierens und Kodierens angeht, spielt der ökonomische Aspekt dann doch eine Rolle. Er versucht, das Maximum aus einem Fall herauszuholen, ihn „hochzutriggern“ und mittels „Manipulationen gegenüber dem realen Leistungsgeschehen hinsichtlich der abrechenbaren Bewertungsrelationen ‘nachzuhelfen’“. Damit betreibt er illegales „Upcoding“ (Wasem et al. 2007: 50). Das ist ganz im Sinne dessen, was Luhmann (1964: 304 ff) als „brauchbare Illegalität“ bezeichnet hat, ein Handeln also, das durchaus funktional im Sinne des Organisationszwecks der Ressourcenoptimierung ausfällt – besser gesagt: ausfallen könnte, denn wie die interviewte Ärztin betont, müsste die Kodierung, um „wasserdicht zu sein“ und bei der Kasse bzw. beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) „durchzugehen“, noch mit dem OP-Bericht und den Befunden der Pathologie „abgestimmt“ sein, was schon einen höheren Grad an krimineller Energie und Organisation voraussetzte.¹⁰

Anreize dies zu tun bestehen für die leitenden Ärzte durchaus. Bekanntlich wurde im vergangenen Jahr in der Öffentlichkeit, aber auch seitens der Selbstverwaltungsorgane der Ärzteschaft die Existenz von Chefarztverträgen heftig kritisiert, in denen Bonuszahlungen an die Erlössituation der Abteilungen, etwa gemessen am Case-Mix-Index, geknüpft sind.¹¹

10 Dass es solche Absprachen zwischen Klinikmanagern und Ärzten durchaus vorkommen können, zeigen etwa die Ermittlungen gegen DRK- oder Helios-Kliniken in Berlin und Schwerin in den Jahren 2010 und 2011 (TAZ 15.6.2011; Deutsches Ärzteblatt 14.7.2010 und 21.6.2011).

11 Letzten Endes geht es um die „direkte Kontrolle des Entscheidungsverhaltens sowie der Tätigkeiten des Personals auf der Station durch medizinische und administrative

Welche Motive auch für die unteren Ränge des ärztlichen Dienstes in den Krankenhäusern hinter einer solchen Praxis stehen können und dass bei diesen Entscheidungen in der retrospektiven Interpretation unterschiedliche Wertbezüge hergestellt werden, zeigt die folgende Passage aus einem Interview mit einer jungen Assistenzärztin.

Frau Djamal: „Anders ist es auch, was jetzt überall so ist, mit DRG, die Fallabrechnung, also auch für den Patienten, wenn der sagt, „Eigentlich komme ich wegen“, was weiß ich, „einem Nabelbruch. Gleichzeitig habe ich aber Hämorrhoiden. Können wir das nicht in einer OP operieren, in einer Narkose?“ Geht schon, aber man kann nur eins abrechnen. Das heißt, lieber macht man das, man lässt ihn kommen, operiert das eine, lässt ihn 30 Tage später – wichtig ist, dass 30 Tage dazwischen sind – wiederkommen, operiert das andere. Und das Schlimme ist, dass man das machen muss, um zu überleben. Also das kriegen wir ja auch immer mit von wegen Privatisierungsgeschichten, Fusionsgeschichten, miese Zahlen, mehr Fallzahlen, bla bla bla. Da wird man schon sehr drauf getrimmt. Und am Anfang sieht man es so überhaupt nicht ein, weil man ist irgendwie jung und enthusiastisch und idealistisch und möchte eigentlich nur gute Arbeit leisten und das machen, was vor allem sinnvoll ist. Und irgendwann, wenn man dann halt merkt, „Ok, ihr habt dieses Jahr nur so und so viele Fälle gestrichen [sic!], dann streichen wir euch die Stelle hier wieder weg“ – ist bei uns auch so passiert – dann fängt man als Assistenzarzt einfach an, weil man halt selber sagt, wir möchten nicht noch weniger werden und macht das halt so mit. Also man wird regelrecht dazu gezwungen, weil ansonsten kann man die Arbeit überhaupt nicht mehr leisten, weil man dann einfach zu wenig Personal hat und dann muss man das halt so machen. Man muss dann halt auf die DRGs achten, man muss auf die Patientenverweildauer achten, man muss Patienten dazu überreden, irgendwie einen Tag länger zu bleiben, auch wenn es medizinisch nur noch so mäßig indiziert ist, oder sie halt fast ein bisschen kränker machen im Arztbrief, damit der MDK das dann auch wirklich zahlt, weil solche Argumente, wie: die Patientin ist 82

Vorgesetzte“ (Manzei 2011: 212). Herr Renner, Leiter des Finanz- und Medizincontrollings eines der beiden untersuchten Häuser, erläutert im Interview die Funktionsweise dieses Berichtswesens und die dahinter stehende Intention:

Herr Renner: Wir arbeiten gerade an einer Automatisierung des Berichtswesens, dann wird das nicht mehr händisch aktualisiert, sondern dann wird es stündlich vom System gemacht. Das wird auch schon bald verfügbar sein. Also mehrmals am Tag tun wir die aktuellen Case Mix-Zahlen der jeweiligen Bereiche veröffentlichen. [...] Das machen wir seit mehreren Jahren wie gesagt händisch so und jeder Arzt kann sehen, was der andere Fachbereich macht. Also da stehen keine Patientennamen mehr, sondern da stehen nur noch Case Mix, Schweregrad, Fallzahl insgesamt, da stehen die DRGs dort. Und es gibt auch eine Gesamtstatistik und da kommen Zahlen rot oder blau raus je nachdem ob man...

I: Und man kann dann auch die anderen Kliniken und Abteilungen sehen.

Herr Renner: Ja, möchte ich auch, dass die das sehen, damit die motiviert sind.

und alleine zu Hause und braucht vielleicht noch einen Tag zur Erholung, weil sich sonst kaum einer um sie kümmern kann, oder: die Tochter muss halt noch arbeiten und kann erst ab morgen sich um sie kümmern, zählt nicht. Das sind so menschliche Sachen, die zählen überhaupt nicht.“

Das Interviewzitat macht deutlich, dass in der Praxis die unterschiedlichen Orientierungen – am Patientenwohl, an den eigenen Arbeitsbedingungen oder an den formalen oder informellen Vorgaben der Organisation – offenbar situativ zur Geltung kommen. Und das deutet darauf hin, dass es falsch wäre, die Ärzteschaft in formal korrekt und unkorrekt Agierende, in ethisch integre und unethisch Handelnde einzuteilen. Welche Rolle Habitus und professionspezifische Orientierungen für die Ärzteschaft bei solchen Entscheidungen spielen, ist durchaus eine Forschungsfrage, die in vielerlei Hinsicht in den Arbeiten von Werner Vogd angegangen wird (2004, 2006a, 2006b, 2011).

Eine im Entstehen befindliche Tätigkeitsgruppe des Krankenhauses

Doch kommen wir nun zu den von Dr. Brandenburg angeprangerten „Damen und Herren“, dieser vermeintlichen „Bürokratenkaste“, die es „sich in dem verkorksten System bequem gemacht“ hat (Brandenburg 2013a: 57). Wer sind sie, woher kommen sie, was tun sie und schließlich wie deuten sie das, was sie tun bzw. tun sollen? Im Zentrum der folgenden Ausführungen stehen die so genannten Kodierfachkräfte, eine zahlenmäßig nicht allzu große Beschäftigtengruppe an deutschen Krankenhäusern, deren Berufsbiographien, konkrete Tätigkeit und Arbeitssituation sowie berufliches Selbstverständnis anhand qualitativer Interviews und teilnehmender Beobachtung erhoben wurden. Sie sind durchaus einzureihen in die Liste von neuen Tätigkeiten im öffentlichen Bereich, die Berthold Vogel zeitdiagnostisch als Folge des Umbaus des „arbeitenden Staats“ ausmacht:

„[...] mit der stärkeren Marktorientierung staatlichen Handelns, mit der steigenden Nachfrage nach Beratung und Therapie entwickeln sich auch in den öffentlichen Diensten neue berufliche Gelegenheiten und es eröffnen sich neue soziale Karrierefelder. Andere Arbeitnehmerfiguren machen nun Karriere: der Controller, der Mediator, der Projektentwickler, der Therapeut oder der Case-Manager“ (Vogel 2010: 924).

In der Tat lässt sich anhand dieser Tätigkeitsgruppe eine Zeitdiagnose der Krankenhausversorgung in Deutschland unter dem Vorzeichen des DRG-Systems erstellen, in mancherlei Hinsicht, v.a. was ihre unten noch näher zu bestimmenden berufsbiographischen „Konversionen“ anbelangt, fällt diese vielleicht sogar dramatischer aus als für die Ärzteschaft. Dieses mit der Kodierung von Diagnosen

und Prozeduren im Rahmen der Abrechnung von Krankenhausleistungen über Fallpauschalen befasste Personal eignet sich ausgezeichnet, um über die in der Forschung vielfach als „Ökonomisierung des Krankenhauswesens“ bezeichneten Prozesse nuancierte Aussagen treffen und diesen Themenkomplex auch im Zusammenhang mit interprofessionellen Dynamiken zwischen den im Krankenhaus tätigen Berufsgruppen sowie Professionalisierungsbestrebungen neuer Berufe untersuchen zu können. Ausgehend von dieser in den Krankenhäusern vermeintlich randständigen Tätigkeitsgruppe kann dann die in der Forschung angesprochene Frage nach den „Orientierungsdilemmata“ bzw. der „Ambivalenz des Handelns kulturell spezifisch sozialisierter und 'unter Außendruck' geratener Organisationsakteure“ (Bode, 2010: 84) angesichts der Veränderungen der „Governance“ im Gesundheitswesen konkretisiert werden.

Im Grunde genommen stellen die Kodierfachkräfte eine zahlenmäßig noch nicht sonderlich bedeutende Beschäftigtengruppe der deutschen Krankenhäuser dar, die in den entsprechenden Statistiken sowohl der Kliniken selbst wie auch des Bundes nicht eigens ausgewiesen ist. Vor einigen Jahren wurde geschätzt, dass in deutschen Krankenhäusern gerade einmal ca. 8.000 von ihnen tätig sind, allerdings dürfte diese Zahl inzwischen bei weitem überholt sein. Einem auf einer repräsentativen Umfrage unter Krankenhäusern basierenden Gutachten der BDO Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zufolge betrug die Zahl der Medizin-Controller und Kodierfachkräfte allein in den Krankenhäusern für das Jahr 2011 etwa 13.700 (BDO 2011: 61).¹² Jedes Krankenhaus hatte demnach im Jahr 2010 durchschnittlich 6,64 Vollkräfte in den beiden Bereichen Medizincontrolling und Kodierfachkräfte beschäftigt. Doch nicht nur innerhalb der Krankenhäuser, sondern auch beim Prüforgang der Kostenträger, dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK), und bei den Krankenkassen selbst finden sie Tätigkeitsfelder, des Weiteren auch bei externen Dienstleistern, insofern sich der Krankenhausträger für ein „Outsourcing“ dieses Teils des operativen Controllings entschieden hat. Da die Nachfrage seitens der Kliniken nach erfahrenen Kodierfachkräften steigt, hat sich ein florierender Ausbildungsmarkt etabliert,

12 Den (sicherlich „interessierten“) Berechnungen des für die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) erstellten Gutachtens zufolge betragen die Personalkosten dieser Beschäftigten rein auf Seiten der Krankenhäuser – die bei den Krankenkassen und beim MDK Beschäftigten nicht mitgerechnet – das Gesundheitssystem jährlich 0,7 Mrd. EUR und damit 1,1 % sämtlicher Krankenhauskosten 2009 (der Allgemeinkrankenhäuser). „Gemessen an den mittleren Behandlungskosten eines stationären Krankenhausbehandlungsfalls in Deutschland bedeutet dies, dass für diese Aufwendungen ca. 190.000 Patienten stationär behandelt werden könnten.“ (BDO 2011: 61)

auf dem Ausbildungen auf unterschiedlichen Niveaus und mit unterschiedlichen Diplomen gehandelt werden: Die Qualifikationen reichen von der Fortbildung zur „Medizinischen Kodierfachkraft“ oder zum „Kodierassistenten“ – andere Bezeichnungen sind auch „Medical Coder“, „Clinical Coder“ oder „Case Mix Performer“ –, von der Ausbildung zum Medizinischen Dokumentar bis hin zu Abschlüssen auf tertiärer Ebene, etwa in Form von Bachelor-Studiengängen „Medizincontrolling“. In den Krankenhäusern wird oft seitens der Ärzteschaft oder der Pflege undifferenziert von „den Medizincontrollern“ oder „den DRG-Controllern“ gesprochen.

Ihre Ausbildung wie Tätigkeit weist durchaus noch unklare Konturen auf, genau genommen kann man sie daher noch nicht als Berufsgruppe bezeichnen. Aber gerade das macht sie vielleicht aus der Perspektive einer Soziologie, die sich mit der sozialen Arbeitsteilung in Organisationen und der Genese von Berufsgruppen befasst, interessant. Angesichts des Mangels an einem klar umrissenen Berufsbild hat eine entsprechende „Repräsentationsarbeit“ (P. Bourdieu) nicht auf sich warten lassen: mehrere Berufsverbände werben darum, sie zu organisieren.

Will man zunächst grob umreißen, wie sich der Aufgabenbereich der zum Medizincontrolling und damit zur Verwaltung der Krankenhäuser gehörenden Kodierfachkräfte in die Organisation Krankenhaus einfügt, lässt sich kurz folgendes sagen: Er stellt ein Glied innerhalb der oben genannten Kette von Tätigkeiten dar, die von der Diagnosestellung, der Behandlung und der Pflege über die Abrechnung der erbrachten Leistung hin zur Kostenerstattung durch die Kostenträger reicht. Neutral (und jargonmäßig) formuliert kann man sagen: Die Kodierfachkräfte bzw. das Medizincontrolling als Ganzes sind eine „Schnittstelle“ zwischen den Bereichen Medizin und Ökonomie. Man kann es aber auch anders formulieren: Sie sind (oder sollen es sein) Teil des Hebels, den die Betriebswirtschaft an die Medizin ansetzt.

In der Kette der Datenproduktion im Rahmen des Abrechnungsverfahrens mit den Kostenträgern spielen sie neben den kodierenden Ärzten auf den Stationen sowie ihren Vorgesetzten, die selbst in der Regel auch dem ärztlichen Dienst angehören oder Betriebs- bzw. Volkswirte sind, nur eine – wenn auch keinesfalls unwichtige – Rolle. Sie sind im Alltag sowohl innerhalb der Verwaltung wie auch auf der Station tätig. Ihre Aufgabe besteht offiziell darin, auf der Grundlage der von den Ärzten vorgenommenen Primärkodierungen (die verschiedenen Diagnosearten: Aufnahme-, Entlassungs-, Hauptdiagnose¹³) alle DRG-relevanten Daten

13 Die Hauptdiagnose wird als die Diagnose bezeichnet, die „hauptsächlich für die Veranlassung des stationären Krankenhausaufenthaltes des Patienten verantwortlich ist“ (DIMDI 2010: 26).

anhand der Patientenakten und einer Prüfsoftware, meist als „DRG-Grouper“ bezeichnet, zu erfassen und auf Plausibilität und auf Korrektheit hinsichtlich der Kodierrichtlinien¹⁴ zu überprüfen, mögliche noch nicht kodierte und den Erlös steigernde Sachverhalte auffindig zu machen, die Patientenakte entsprechend zu vervollständigen und damit zur „ökonomischen und juristischen „Optimierung“ der Diagnose und der erfolgten Behandlung“ beizutragen (Manzei 2011: 222). Der technische Fachbegriff für dieses „richtige“ – die Führungszeichen stehen bewusst – Kodieren lautet „Rightcoding“, im Jargon der Kodierfachkräfte wird es als „Veredeln“ bezeichnet. Das ist freilich die offizielle Lesart der Tätigkeit: Die Kodierfachkräfte entlasten den ärztlichen Dienst, indem sie auf der Basis ihres immer wieder aktualisierten Wissens hinsichtlich der entsprechenden Kodierregeln und Codes den „real“ erbrachten „Ressourcenaufwand“ pro Fall in die entsprechende DRG-Kodierung übersetzen. Wenn sie lückenhafte Kodierungen ergänzen, dann auf der Basis der Dokumentation in der Patientenakte, ihres medizinischen Wissens sowie ihres „tacit knowledge“ von den Abläufen auf den Stationen oder im OP-Saal. In der Realität, abseits von oder besser: im Spiel mit den „Regeln“ eröffnet sich allerdings ein viel weiterer Raum, ein Korridor, innerhalb dessen die Kodierfachkräfte in der Praxis agieren können. Zum einen besteht nämlich durchaus ein Anreiz, selbst das Maximale aus einem Fall herauszuholen, einen Fall „hochzutriggern“ wie die Kodierfachkräfte sagen. Upcoding (auch als DRG-Creep bezeichnet) wird von Wirtschaftsjuristen definiert als „systematische, realitätsabweichende Veränderungen der eigentlich diagnostizierten Erkrankungen und erfolgten Behandlungen mit dem Ziel, eine regelwidrige Erlössteigerung zu erreichen“ (Steinhilper 2012: 352). Das ist – wie bei den Ärzten – „brauchbare Illegalität“ im besten Luhmann’schen Sinne. Durch die probeweise Veränderung verschiedener Parameter am Grouper (etwa durch das Vertauschen von Haupt- und Nebendiagnose) lassen sich verschiedene Kodiervarianten simulieren und entsprechend die Erlösresultate miteinander vergleichen. Das ist freilich ein riskantes Spiel, da den Kostenträgern und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) prinzipiell die gleichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen und auch – so die Interviews mit Mitarbeitern des MDK, ebenfalls Kodierfachkräften ... – zu Kontrollzwecken genutzt werden.

Es ist nun so, dass – wie häufig bei Klassifizierungsprozessen – nicht objektiv bestimmbar ist, wo Rightcoding aufhört und Upcoding beginnt. Immer wieder gibt es Grauzonen. Um dem Problem beizukommen, verfeinert man die DRG-

14 Der Verschlüsselung der Diagnosen und Prozeduren liegen die Standardklassifikationen ICD-10 bzw. OPS-301 zugrunde.

Klassifikationen und Kodierrichtlinien von Jahr zu Jahr, schafft damit jedoch wieder neue Unsicherheitszonen und macht das System zudem immer schwerer durchschau- und handhabbar. „Die seit 2003 erfolgten permanenten Anpassungen des G-DRG-Systems haben das System immer undurchsichtiger werden lassen, so dass viele Anwender das Gefühl einer „black box“ haben, in die sie Daten einspeisen und aus der sie ein Ergebnis erhalten“ (Kahlmeyer/Volkmer 2014: 33). Erwartungsgemäß zeigen Studien zur Kodierqualität, dass die Reliabilität, also der Umstand, dass derselbe stationäre Behandlungsfall immer gleich kodiert wird, denkbar niedrig ausfällt (Stausberg et al. 2005). Dass gleitende Übergänge immer auch Zonen moralischer Ungewissheit darstellen, sei hier nur am Rande angemerkt.

Zum ändern können Kodierfachkräfte aber von Ärzten betriebenes wissentliches (s. den oben erwähnten Fall des Chirurgen) oder unwissentliches „Upcoding“ konterkarieren, indem sie den Fall wieder durch „Downcoding“ entschärfen. Konflikte mit dem betreffenden Arzt sind auch hier möglich, wie auch die ehemalige Leiterin der Abteilung Medizincontrolling des untersuchten Krankenhauses erläutert:

Frau Ehrlich: „Es gibt auch Chefärzte die meinen, sie können es besser. Und die üben dann ihrerseits Druck aus und kodieren irgendeine Prozedur rein, die so in der Form gar nicht stimmt, und machen dann einen Riesen Terz, wenn man die wieder rauskodiert.“

Eine Variante sei zumindest erwähnt, um die Brisanz, die aus den vorangegangenen Absätzen hervorgeht, etwas zu relativieren: Vielen Krankenhäusern entgehen in nicht unbeträchtlichem Ausmaß Erlöse, weil sie unwissentlich bzw. unwillentlich „Downcoding“ betreiben, entweder, weil die Ärzte und das Kodierpersonal zu schlecht geschult sind oder weil aus Kapazitätsgründen nur das „Nötigste“ abgerechnet werden kann. In dieser letztgenannten Situation befindet sich beispielsweise gerade eines der untersuchten Krankenhäuser.

Zur Aufgabe der Kodierfachkräfte gehört des Weiteren – und dies offenbar in zunehmendem Maße –, die behandelnden Ärztinnen und Ärzte mehr oder weniger nachdrücklich auf die nach der betreffenden DRG vorgesehenen und vom Grouper angezeigten Unter- und Obergrenzen der Verweildauer der Patienten hinzuweisen. Auch hier öffnet sich in der Praxis wieder ein breiter Korridor. Diese Grenzverweildauern markieren die Zone, innerhalb derer das Krankenhaus einen Fall als stationären Fall vollständig abrechnen kann, anders ausgedrückt: ab welchem bzw. bis zu welchem Tag ein Patient für das Haus „gewinnbringend“ ist oder bei Unter- oder Überschreitung dieser Schwelle als „Kurzlieger“ oder „Dauerlieger“ erlösmindernd wirkt bzw. unterm Strich gar Kosten verursacht. Zudem ruft dies dann die Krankenkassen und gegebenenfalls den Medizinischen Dienst

der Krankenversicherung auf den Plan und zieht damit Rechtfertigungs- und Dokumentationsaufwand nach sich. Mit dem In-Erinnerung-Rufen dieser ökonomischen Imperative nehmen sie freilich Einfluss auf genuin ärztliche Kompetenzen, was wiederum den Keim für Konflikte in sich trägt. Dies erklärt auch, dass in Stellenanzeigen von potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern immer wieder eine hohe kommunikative Kompetenz verlangt wird. Es werden gar spezielle Seminare zum Thema „Kommunikationstraining für medizinische Kodierfachkräfte“ angeboten. Herrn Renner, dem Leiter des Finanz- und Medizincontrollings eines der untersuchten Krankenhäuser zufolge erfordert die Tätigkeit jemanden, „der sich nicht wie ein stilles Mäuschen irgendwo reinsetzt, sondern der als Berater tätig ist. Das heißt, der muss sich im Prinzip auf der Ebene mit dem Chefarzt bewegen können und sich nicht dadurch beeindrucken lassen, dass da ein Chefarzt sitzt (...).“

Als Teil des Medizincontrollings – und das sollte durch die vorangegangenen Ausführungen deutlich geworden sein – sind sie also nicht unmaßgeblich beteiligt an der Erlössicherung der Klinik. Wenn man sich nochmals in Erinnerung ruft, was eingangs zu der öffentlichen Debatte über die Finanzsituation der Krankenhäuser in Deutschland und zu angeblichem Abrechnungsbetrug gesagt wurde, wird vielleicht verständlich, in welchem Spannungsgefüge die Kodierfachkräfte in ihrer Scharnierrolle zwischen Medizin und Ökonomie agieren. Wie sie nun handlungspraktisch mit dieser Spannung umgehen, das hängt 1.) von der Abrechnungsphilosophie des Krankenhauses, also den offiziellen oder informellen Vorgaben seitens der Geschäftsführung oder des Finanzcontrollings (die in Abhängigkeit von der Trägerschaft des Hauses, der Größe oder der Spezialisierung, der finanziellen Situation sowie von internen Machtverhältnissen etc. variieren könnte), 2.) von der Ausrichtung des Medizincontrolling-Teams, das in einer relativen Autonomie gegenüber der ersten Ebene, der Ebene der Organisation, eine kollektive Praxis ausbilden kann, 3.) schließlich von den professionsspezifischen Dispositionen der Beschäftigten, ihren (berufs-) biographischen Trajektorien, mithin ihrem Habitus, ab. Diese dritte Ebene wird weiter unten anhand des Interviewmaterials diskutiert werden.

Medizinisches Kodieren – ein „dirty work“? Und wenn ja, für wen?

Nach Einführung der DRGs wurde die Kodierung in den meisten Krankenhäusern von den Ärzten selbst erledigt, diese bleiben nach den Kodierrichtlinien auch weiterhin für die vorgenommene Kodierung letztverantwortlich. Aus mehreren Gründen ist man aber in der Praxis dazu übergegangen, bestimmte Tätigkeiten auf weniger kostenträchtiges Personal – eben die Kodierfachkräfte

– zu übertragen: Für den Fall Deutschland spielen zum einen gewiss der Ärztemangel und damit verbunden auch die hohen Personalkosten eine große Rolle, zum anderen auch der durch die Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes, vor allem forciert durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und das Arbeitszeitprogramm der Bundesregierung gestiegene Druck auf die Einhaltung bestehender Arbeitszeitregelungen im ärztlichen Dienst (Braun/Rau/Tuschen 2007: 8). Überdies scheint ihr Einsatz für die Kliniken einen betriebswirtschaftlichen Nutzen zu haben, insofern ein gut ausgebildeter Kodierer meist zu einem deutlichen Einnahmeplus führt. „Bei jährlichen 2.200 bis 3.200 bearbeiteten Fällen pro Kodierfachkraft überstiegen die erzielbaren Mehreinnahmen die anfallenden Personalkosten für einen Kodierer deutlich“ (Ehrlich 2010: 561). Einer Modellrechnung zufolge rentiert sich der Einsatz einer Kodierfachkraft bei einer angenommenen Belastung von 3.000 Fällen, einer durchschnittlichen Erlössicherung von 250 Euro pro Fall sowie Personalkosten von 45.000 Euro pro Jahr ab der Bearbeitung des 181. Falles (Haack: 2003). Ein deutliches Indiz dafür, dass die Zahl der Kodierfachkräfte in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird.

Doch lässt sich der zunehmende Einsatz von Kodierfachkräften nicht allein aus betriebswirtschaftlichem Kalkül ableiten. Eine weitere Erklärung besteht darin, dass die Ausdifferenzierung dieses neuen Tätigkeitsfeldes aus dem ärztlichen Kompetenzbereich nicht nur technisch-organisatorische, sondern auch soziale oder moralische Aspekte aufweist. In den im Rahmen des Forschungsprojekts erhobenen Interviews spricht die überwiegende Zahl der befragten Krankenhausärztinnen und -ärzte mit großer Abneigung über die zunehmende Belastung durch Dokumentationsverpflichtungen und Verwaltungstätigkeiten. Diese Verpflichtungen entzögen ihrer „eigentlichen“ Aufgabe, nämlich dem Umgang mit den Patientinnen und Patienten, wertvolle Arbeitszeit – eine Aussage, die etwa durch eine Studie des Deutschen Krankenhausinstitutes zu „arztfremden Tätigkeiten“ bestätigt wird, der zufolge diese ca. drei Stunden ihrer täglichen Arbeitszeit beanspruchen (Blum/Müller 2003). Entsprechend konstatiert ein Handbuch über „Zukunftsorientierten Wandel im Krankenhausmanagement“ lakonisch die „teilweise eher geringe Motivation der Ärzte für die Kodierung“ (Kinnebrock/Overhamm 2009: 134).

Im Zuge der sich allmählich durchsetzenden Arbeitsteilung beim Kodieren zwischen Ärzten und Kodierfachkräften können sich die Ärzte nun dieser ungeliebten Arbeit teilweise entledigen und sie auf ein eigens hierfür bereitstehendes Personal, eben die sich nicht aus dem ärztlichen Dienst rekrutierenden Kodierfachkräfte, abwälzen. Diese Delegation von unliebsamen, weniger prestigeträchtigen Tätig-

keiten von einer Berufsgruppe auf eine andere ist seit den aus den dreißiger Jahren stammenden Arbeiten von Everett Hughes ein altes Thema der Medizinsoziologie. Hughes schreibt, dass jeder Beruf mehrere Tätigkeiten beinhalte, von denen manche sich als *dirty work* bezeichnen lassen. Damit meinte er nicht nur manifest physisch abstoßende Tätigkeiten, die es im Krankenhaus natürlich zuhauf gibt, sondern auch solche, die die persönliche und einem Beruf inhärente Würde tangieren und den moralischen Auffassungen zuwiderlaufen (Hughes 1984: 342 ff).

Das Kodieren ist also ohne Zweifel zum einen eine aufwändige, repetitive, zeitraubende, bürokratische Tätigkeit, die zudem ein Wissen erfordert, das man sich zusätzlich mühsam aneignen und immer wieder erneuern muss.¹⁵ Sie läuft zum anderen aber auch – und das ist der Kern der hier zur Debatte gestellten Interpretation – den das Krankenhaus „überdachenden sozio-kulturellen Normen der Gesundheitspflege“ (Rohde 1974: 6), dem ärztlichen wie auch pflegerischen Berufsethos zuwider, insofern sie ständig die ökonomischen Imperative, durch die das autonome ärztliche Handeln unter Druck gerät, in Erinnerung ruft. Durch das Abwälzen dieses „dirty work“ auf die Kodierfachkräfte kann die ärztliche Profession ihr ohnehin schon durch Medizincontrolling und Prozessstandardisierung in Form von klinischen Behandlungspfaden ramponiertes Selbstbild vor weiterer Beschädigung einigermaßen wahren.

Dagegen bietet sich Arbeitsteilung als ein probates Mittel an, um moralische Verantwortung zu zerlegen und damit die Bereitschaft zu erhöhen, sich an einem solchen „dirty work“ zu beteiligen: „Gesellschaftliche und erst recht organisatorische Arbeitsteilung ist, auch in ihrer Funktion der Teilung moralischer Lasten, unentbehrlich“ (Ortmann 2010: 106 ff.). Das erklärt auch, warum der Widerstand in der Ärzteschaft gegenüber der DRG-Kodierung so groß ist, obwohl, wie Jürgen Stausberg, ein Verfechter des Belassens des gesamten Kodierprozesses beim ärztlichen Dienst 2004 gegen ein „Plädoyer für die Beseitigung arztfremder Kodiertätigkeit“ von Gerald Linczak et al. (2004) im Deutschen Ärzteblatt eingewandt hat, dass nach einer Untersuchung der Deutschen Krankenhausgesellschaft die Kodierung von Diagnosen und Prozeduren eigentlich „nur einen geringen Teil des Aufwands zur Dokumentation im Krankenhaus einnehme, nämlich 7% in der Chirurgie, 6% in der Inneren Medizin (Stausberg 2004: 2677; die Studie der DKG: Blum/Müller 2003).

Das oben Gesagte heißt nun freilich nicht, dass das Kodieren von Ärztinnen und Ärzten generell subjektiv als ein Legitimitätsverlust erlebt wird. Immer wieder

15 Allein der Katalog des G-DRG-Systems 2013 umfasst insgesamt 1.187 DRGs. Dazu kommen noch die Zusatzentgelte.

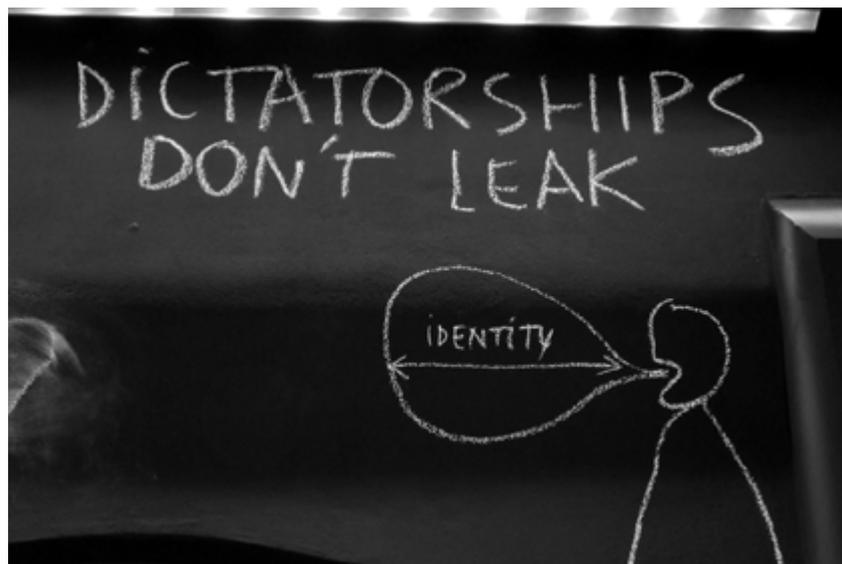
erwähnen Kodierfachkräfte einzelne Ärzte, die sich das DRG-System und die Kodierung zu eigen gemacht haben. Und so äußert sich auch ein inzwischen an einem Schweizer Kantonsspital tätiger Arzt, der die für ihn zunächst mit Ambivalenzen verbundene Konversion weg von der Station hin zur Leitung der Kodierabteilung mit folgenden Worten resümiert und damit zugleich darauf verweist, dass er in seiner neuen Funktion nun mindestens so viel Macht besitze wie als Arzt: „Ja, es war ein invasiver Schritt, und ich war mir über viele Jahre auch nicht so wirklich klar, ob das ... ob ich das wirklich auch so... den richtigen Weg eingeschlagen hab', aber ich muss mittlerweile sagen, also das betriebswirtschaftliche Messer ist mindestens genauso scharf wie das Skalpell.“

Literatur

- Bär, Stefan 2012: Das Krankenhaus zwischen ökonomischer und medizinischer Vernunft. Krankenhausmanager und ihre Konzepte. Wiesbaden
- BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft 2011: Gutachten zum Abrechnungsverhalten deutscher Krankenhäuser sowie zu den Aufwendungen der Krankenhäuser aufgrund des Abrechnungsverfahrens, 4. Oktober 2011. Köln
- Blum, Karl/Müller, Udo 2003a: Dokumentationsaufwand im Ärztlichen Dienst der Krankenhäuser – Bestandsaufnahme und Verbesserungsvorschläge. Repräsentativerhebung des Deutschen Krankenhausinstituts im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Düsseldorf
- Bode, Ingo 2010: Der Zweck heil(ig)t die Mittel? Ökonomisierung und Organisationsdynamik im Krankensektor. In: Endreß, Martin/Matys, Thomas (Hg.): Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie. Wiesbaden, 63-92
- Bohsem, Guido 2012: Rezept gegen Abzocker-Kliniken. Wer betrügt, soll zahlen, Süddeutsche Zeitung, 25.3.2012
- Brandenburg, Paul 2013a: Kliniken und Nebenwirkungen. Überleben in Deutschlands Krankenhäusern. Frankfurt am Main
- 2013b: Dr. med. Paul Brandenburg: Fragen an den Autor. Interview mit Dr. Jürgen Albers in der Sendung „Fragen an den Autor“ SR 2 vom 20.10.2013
- Braun, Bernard et al. 2010: Pauschalpatienten, Kurzlieger und Draufzahler – Auswirkungen der DRGs auf Versorgungsqualität und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus. Bern
- Braun, Thomas/Rau, Ferdinand/Tuschen, Karl Heinz 2007: Die DRG-Einführung aus gesundheitspolitischer Sicht. Eine Zwischenbilanz. In: Klauber, Jürgen, et al. (Hg.): Krankenhaus-Report 2007, Stuttgart, 3-22
- DIMDI Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information 2010: Basiswissen Kodieren. Eine kurze Einführung in die Anwendung von ICD-10-GM und OPS, überarbeitete Neuauflage. Köln

- Ehrlich, Sebastian 2010: Kein Geld verschenken. Kodierfachkräfte sichern die Erlöse im stationären und ambulanten Bereich, *Pflegezeitschrift*, 9, 560-561
- Fiori, Wolfgang/Bunzenmeier, Holger/Roeder, Norbert 2010: Abrechnungsbetrug der Krankenhäuser? Medienkampagne der Krankenkassen geht in die falsche Richtung, *Das Krankenhaus*, 7, 621-628
- Haack, Jochen 2003: Der Dokumentationsassistent macht sich rasch bezahlt und entlastet den Arzt, *f&w führen und wirtschaften im Krankenhaus*, 4, 364-368
- Heubel Friedrich/Kettner Matthias/Manzeschke Arne (Hg.) 2010: *Die Privatisierung von Krankenhäusern – Ethische Perspektiven*. Wiesbaden
- Hughes, Everett C. 1984c: Work and Self. In: ders. *The Sociological Eye. Selected Papers*, Chicago, 338-347
- Kahlmeyer, A./Volkmer, Björn 2014: Wie kontrolliert man die Kodierqualität im DRG-System?, *Der Urologe*, 1, 33-40
- Kinnebrock, Arno/Overhamm, Ulrich 2009: Kodierung und Leistungserfassung. In: Behrendt, I. et. al. (Hg.): *Zukunftsorientierter Wandel im Krankenhausmanagement*, Berlin, Heidelberg, 127-140
- Klinke, Sebastian 2008: „Dafür bin ich nicht angetreten“. Wie sich Gesundheitsreformen auf das Verhalten von Krankenhausärzten auswirken, *WZB-Mitteilungen*, 121, 40-42
- Kölbel, Ralf 2010: Die Prüfung der Abrechnungen von Krankenhausleistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Eine Bewertung aus kriminologischer Perspektive. Gutachten für den AOK-Bundesverband. Bielefeld
- 2013 (Hg.): *Abrechnungsverstöße in der stationären medizinischen Versorgung. Medizinische, ökonomische und juristische Perspektiven*. Stuttgart
- Kühn, Hagen 2003: Ethische Probleme der Ökonomisierung von Krankenhausarbeit. In: Büssing, André/Glaser, Jürgen (Hg.): *Dienstleistungsqualität und Qualität des Arbeitslebens im Krankenhaus*. Göttingen u.a., 77-98
- Linczak, Gerald/Tempka, Almut/Haas, Norbert 2004: Plädoyer für die Beseitigung arztfremder Kodiertätigkeit, *Deutsches Ärzteblatt*, 101, 33, 2242-2243
- Luhmann, Niklas 1964: *Funktionen und Folgen formaler Organisation*. Berlin
- Manzei, Alexandra 2011: „Zur gesellschaftlichen Konstruktion medizinischen Körperwissens. Die elektronische Patientenakte als wirkmächtiges und handlungsrelevantes Steuerungsinstrument in der (Intensiv-)Medizin“. In: Keller, Reiner/Meuser, Michael (Hg.): *Körperwissen*, Wiesbaden, 207-228
- Ortmann, Günther 2010: *Organisation und Moral. Die dunkle Seite*. Weilerswist
- Rohde, Johann Jürgen 1974: *Soziologie des Krankenhauses. Zur Einführung in die Soziologie der Medizin*, 2., überarb. Auflage. Stuttgart
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute 2008: Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Maurer, Andrea (Hg.), *Handbuch Wirtschaftssoziologie*, Wiesbaden, 382-393
- Simon, Michael 2007a: Das deutsche DRG-Fallpauschalensystem: Kritische Anmerkungen zu Begründungen, und Zielen, *Jahrbuch für Kritische Medizin und Ge-*

- sundheitswissenschaften*, Bd. 44, Geld als Steuerungsmedium im Gesundheitswesen, 41-63
- 2010: *Das Gesundheitssystem in Deutschland. Eine Einführung in Struktur und Funktionsweise*
- 2013: Grundsätzliche Konstruktionsfehler. Das deutsche DRG-System, *Deutsches Ärzteblatt*, 110, 39, 1782-1786
- Spiegel online 2012: Krankenhaus-Report 2012: Deutschland droht ein Kliniksterben. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/krankenhaus-report-2012-deutschland-droht-ein-kliniksterben-a-838891.html> (Zugriff am 18.3.2014)
- Stausberg, Jürgen 2004: Dokumentation. Andere Schlussfolgerungen. *Leserzuschrift, Deutsches Ärzteblatt*, 101, 40, A2677-A2678
- et al. 2005: Einheitliches Kodieren in Deutschland: Wunsch und Wirklichkeit, *Das Krankenhaus*, 8, 657-662
- Steinhilper, Gernot 2012: Möglichkeiten der Abrechnungsmanipulation im Krankenhaus. Upcoding, Downcoding und Abrechnung nicht notwendiger Leistungen, *Medizinrecht*, 5, 352-353
- Thomas, William I./Thomas, Dorothy Swaine 1928: *The Child in America. Behavior Problems and Programs*
- Vogd, Werner 2004: *Ärztliche Entscheidungsprozesse des Krankenhauses im Spannungsfeld von System- und Zweckrationalität: Eine qualitativ-rekonstruktive Studie*. Berlin
- 2006a: Von der Organisation Krankenhaus zum Behandlungsnetzwerk? Untersuchungen zum Einfluss von Medizincontrolling am Beispiel einer internistischen Abteilung, *Berliner Journal für Soziologie*, 4, 97-119
- 2006b: *Die Organisation Krankenhaus im Wandel. Eine dokumentarische Evaluation aus Sicht der ärztlichen Akteure*. Bern
- 2011: *Zur Soziologie der organisierten Krankenbehandlung*. Weilerswist
- Vogel, Berthold 2010: Staatliche Regulierung von Arbeit. In: Böhle, Fritz, u.a. (Hg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden, 913-928
- Wasem, Jürgen et al. 2007: Verändertes Kodierverhalten als eine der ungeklärten Herausforderungen der DRG-Einführung. In: Klauber, J. et al. (Hg.): *Krankenhaus-Report 2007*. Stuttgart, 49-59
- Weisbrod-Frey, Herbert 2012: Zehn Jahre diagnosebezogene Fallpauschalen in Kliniken. Die problematischen Folgen des neuen Entgeltsystems für Versicherte, Patienten und Beschäftigte, *Soziale Sicherheit*, 8-9, 285-292
- Zeit online 2013: Fast jede zweite Krankenkasse unter Manipulationsverdacht. URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-09/krankenkassen-manipulationsverdachtbundesversicherungsamt> ; 3.9.2013)



„Kinder, vergeßt
die Fürsorgezöglinge nicht.“

Über: *Dietlinde Gipser/Heiner Zillmer: Der Fürsorge entkommen, der Forschung nicht. Das Lieselotte-Pongratz-Projekt „Lebensbewährung nach öffentlicher Erziehung“ – Hamburger Kinder nach Krieg und Heim. Blicke auf 55 Jahre Forschung. Hamburg 2011, edition zebra, 211 S., 12,90 Euro*

Man beginnt das Lesen dieses Buches am besten mit dem Kapitel VII, mit der von Dietlinde Gipser verfassten Forschungsbiographie zu Lieselotte Pongratz. Wer sie, der zu Ehren dieses Buch geschrieben wurde, für die 1923 geborene, 2001 verstorbene Lieselotte Pongratz, Professorin für Soziologie und Kriminologie an der Universität bis 1986, noch kennt, wird das Kapitel lesen, um Erinnerungen neu zu beleben. Wer sie nie kennengelernt hat, lernt eine faszinierende Persönlichkeit kennen. Lieselotte Pongratz hat Bedeutendes für die in den Nachkriegsjahrzehnten noch seltene empirische Fundierung der Jugendhilfeforschung geleistet, sie hat ihre StudentInnen und DoktorandInnen gelehrt, Theorie, Praxis und politisches Engagement als Einheit zu denken und sie hat – als sonst noch niemand daran dachte – Impulse gegeben für die Verankerung der Sozialpädagogik als wissenschaftliche Disziplin an Universitäten und für die sozialwissenschaftliche Fundierung der Kriminologie.

Im Zentrum der von D. Gipser und H. Zillmer vorgelegten Arbeit steht L. Pongratz' erste, noch als 'Fürsorgerin' im Dienst der Hamburger Jugendbehörde

gefertigte, wissenschaftliche Arbeit, die von ihr zusammen mit dem Psychologen Hans-Odo Hübner 1959 nach mehrjähriger Arbeit vorgelegte Arbeit „Lebensbewährung nach öffentlicher Erziehung. Eine Hamburger Untersuchung über das Schicksal aus der Fürsorge-Erziehung und der Freiwilligen Erziehungshilfe entlassener Jugendlicher“. Mit ihrer Orientierung an ätiologischen, am Forschungsstand der damaligen Sozialisationsforschung orientierten Thesen und Hypothesen und mit den damals verfügbaren Methoden empirischer Sozialforschung brach die Arbeit mit der im Faschismus gepflegten psychiatrisch-erbbiologischen Betrachtung von Fürsorgezöglingen z.B. eines Herrn Stutte oder eines Herrn Villinger, zugunsten der Herausarbeitung von Zusammenhängen zwischen biographischem Schicksal, Einweisung in ein – damals fast immer geschlossenes – Fürsorgeerziehungsheim und späterer „Lebensbewährung“. Die Autoren hatten von vornherein – im Sinne einer Longitudinalstudie – an Nachfolgeuntersuchungen gedacht. Eine erste wurde 10 Jahre nach dem letzten Entlassungstermin (1954) der insgesamt 960, zwischen 1929 und 1936 geborenen, zur ursprünglichen Untersuchungsgruppe gehörenden „Probanden“ durchgeführt, eine zweite 1969 begonnen und 1975 fast abgeschlossen. Die erste Untersuchung wurde 1959 vorgelegt, noch mitten in der Adenauer-Ära, die zweite 1975, auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, abgeschlossen. Dem wollte die kleine Forschungsgruppe, in ihr diverse Studierende, auch D. Gipser, durch zusätzliche Berücksichtigung des neuen, von den „Jungen Kriminologen“ (zu deren Mitbegründern L. Pongratz gehörte) entdeckten und gegen das

alte ätiologische Paradigma gewandte, Etikettierungs-Ansatzes (labeling-approch) begegnen. Die vergangenen 16 Jahre hatten aber weit mehr verändert. Die Köpfe der Forschenden tickten anders. Fürsorgeerziehung spielte in den Debatten, so z.B. in der „Gefesselten Jugend“ (1972), mit einem Hieb auch auf die Pongratz/Hübner-Untersuchung, nur noch als Repressionsinstrument der bürgerlichen Gesellschaft eine Rolle und Aktenanalysen galten längst als Pfui. Und neue Projekte waren an die Stelle der alten getreten, Aktionsforschungsprojekte, Kampagnen für Gerechtigkeit, Autonomie und Mündigkeit (Pongratz und ihre SchülerInnen aktiv dabei).

Die fast fertige zweite Untersuchung blieb liegen, wurde vergessen, gelegentlich mal als ein 'da-war-doch-noch-was' in Gesprächen zwischen L. Pongratz und den inzwischen längst zu Freunden gewordenen ehemaligen Mit-ForscherInnen wiederbelebt und wieder vergessen, bis das Material 2004, als die 'ehemaligen Heimkinder' neu entdeckt und sich selbst zu Worte meldeten, in Kellern und Schränken wiederentdeckt wurde. Den ganzen Prozess, der damit noch nicht zu Ende war, aber neuen Elan provozierte und schließlich zum Erscheinen des vorliegenden Buches führte, schildern Dietlinde Gipser und Heiner Zillmer in einem der beiden Hauptteile des Buches und spicken ihn mit Erinnerungsfetzen an das Früher, an die gute alte Lochkarte, die man vor der Erfindung des PC zum Auswerten von Daten brauchte, an Erlebnisse beim Eintauchen in das Hamburger Prostitutions-Milieu, an damalige Skrupel und damalige Gefährten. Zu diesem Teil, mit dem sich die Autoren – die Soziologieprofessorin Dietlinde Gipser und Heiner Zillmer, methodenversier-

ter Arbeitspsychologe und Therapeut – ohne Absicht auch selbst als selbstreflexive, nachdenkliche und kritische Personen ehren, gehören auch die Erlebnisse und Recherchen nach der Wiederaufnahme der Untersuchung: Frustrierende Erfahrungen beim Versuch, die ehemaligen Probanden nach 40 Jahren wieder zu finden, Erschrecken darüber, dass schon so viele der jetzt 70 bis 75-Jährigen verstorben sind und von den noch Lebenden kaum jemand noch mal an die alten Wunden erinnert werden möchte, Ärger über die Ablehnung eines von Sabine Hering und Klaus Wolf gestellten Forschungsantrags für eine späte Nacherhebung (nach dem das alte „Lebensbewährungskonzept“ durch ein modernes Belastungs-Ressourcen-Balance-Konzept hätte abgelöst werden sollen) und Freude darüber, dass doch immerhin sechs der Ehemaligen in einer biographischen Arbeit (Julia Fontana: Fürsorge für ein ganzes Leben? – Spuren der Heimerziehung in den Biographien von Frauen, Opladen 2007) zu Wort gekommen sind. Noch manches mehr erzählen die Autoren von ihrer bis 2008 währenden Jagd auf die der „Fürsorge Entkommenden“.

Im anderen Hauptteil widmen sich die Autoren – bei Benennung von L. Pongratz als Mitautorin – dem 1975 liegen gebliebenen Material und erfüllen damit – Jahre nach ihrem Tod – gleichzeitig einen sehnlichen Wunsch von Lieselotte Pongratz: „Kinder, vergeßt die Fürsorgezöglinge nicht.“ Die hier vorgelegte Untersuchung greift auf die, auf Lochkarten und Tabellenausdrucken erhaltenen Daten, auf die alten Manuskripte, die damals relevante Literatur, das inzwischen von Heiner Zillmer für das Projekt adaptierte, noch heute moderne Methodenrepertoire – Vari-

zanalysen, Cluster- und Faktorenanalysen, Dendographen – und die damaligen Diskussionsprozesse zurück. Es wird eine Untersuchung vorgelegt, die so oder so ähnlich 1975 hätte erscheinen sollen und deshalb heute schon eigentlich wieder eine historische Untersuchung wäre. Auch wenn eine heute neu konzipierte Untersuchung gewiss ein anderes Design gehabt hätte und vielleicht sogar auf Quantifizierungen zugunsten qualitativer Analysen verzichtet hätte, lässt sich aus ihr immerhin entnehmen, dass eine groß angelegte Kohorten- und Längsschnittuntersuchung Ergebnisse hervorbringen kann, die allein über biographische Studien nicht zu erlangen sind: Statistisch abgesicherte geschlechtsspezifisch unterschiedliche Jugendhelferkarrieren und Lebenskurven, Einflüsse früher Familienerfahrungen, von sozialer Schichtzugehörigkeit und Lebenslage auf das spätere Schicksal – egal, ob man es Lebensbewährung oder lieber Lebenschancen nennt – der „Probanden“ und unterschiedliche Möglichkeiten, sich im Leben zurecht zu finden, je nach früh erlernten (und wahrscheinlich durch Jugendhelferfahrten verfestigten) Grundformen der Welterfahrung. Zu diesen werden mittels Clusteranalyse und Dendograph entwickelte „Typen“ von Probanden – „Selbstgenügsame“, „Anspruchsvolle“, „Risikofreudige“, „Isolierte“, „Aufsteiger“, „Unauffällige“ und „Versorgte“ und mit geschlechtsspezifischer Differenzierung in Einzelfall-Skizzen vorgestellt.

Von mindestens gleichem Gewicht wie einige der Ergebnisse ist, dass die Untersuchung Ausweis eines wohl nur in dieser Umbruchszeit zu erzielenden wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fortschritts ist. Was 1959 noch letztlich in

der Person der 'Probanden' und ihrer näheren Angehörigen verortet wurde, ließ sich 16 Jahre später als interaktiver Prozess zwischen Person und Umwelt, Institution und Klient deuten; wo die Jugendlichen und dann junge Menschen und später dann Erwachsene noch als Opfer ihrer Verhältnisse und hilflos spezifischen Bedingungen ihres Aufwachsens und ihres Heimaufenthalts interpretiert wurden, erscheinen jetzt handelnde Objekte und wo 1959 noch institutionelle Bedingungen und institutionelles Handeln als hinzunehmende Bedingung betrachtet wurden, werden sie 1975 – soweit jedenfalls, wie es die ursprünglich erhobenen Datensätze zuließen – als Mitproduzenten von Abweichung und Lebenschancen. Man erkennt die 1970er Jahre in ihrer Bedeutung für inzwischen selbstverständliche Denkfiguren und Interpretationsmuster.

Mag sein, dass dieses Buch eher etwas für uns 'Alte' ist, für die, die die Idiotie der 50- und 60er Jahre noch am eigenen Leibe erlebt haben, die dann in die aufgeregten Zeiten der 1970er Jahre hinein geraten sind, diese Zeit als Aufbruch erlebt haben, sich aber auch – manchmal mit Schmerzen – neu sortieren mussten, die dann die Chance hatten, ihr berufliches und privates Leben befreit von ideologischem Ballast selbstbestimmt zu gestalten, und die dennoch ihre Biographie – und die alte Lochkarte – nicht verleugnen konnten und wollten. Für sie bietet das Buch viel Gelegenheit für Erinnerungsarbeit: an innere und äußere Kämpfe, an Forschungswidrigkeiten, an die frühere Borniertheit und an den Schock und das Glück, die die Umkämpfung der Welt und ihrer Institutionen innerhalb eines einzigen Jahrzehnts mit sich brachte. Mag aber auch sein, dass

sich Jüngere und Junge für das ihnen – dem Smartphone, dem Internet und RTL Vorangegangene – interessieren, die Lust auf Wissenschaftsgeschichte und biographische Erfahrungen haben, und ihre Gegenwart als auch nur Moment im ewigen Fluss der Geschichte verstehen möchten. Jenseits von Alt und Jung: Wer sich jetzt mit Fragen der Heimerziehung und ihren Effekten beschäftigt, wer sich für die Geschichte seines Fachs interessiert und wer sich jetzt

mit forschungsethischen Fragen zu befassen hat, die oder der werden – nein, keine Antworten auf die gegenwärtigen Fragen – im Buch aber Antworten auf den Umgang mit ihnen finden.

Jürgen Blandow
 Quelkborner Landstr. 27
 28870 Ottersberg
 E-Mail: blandow@uni-bremen.de

Geschichte und Selbstreflexion

Über: Harald Rein (Hg): 1982–2012
 Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest. Dokumentation, Analysen und Perspektive, AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2013, 262 S., 22 €

Mit dem vorliegenden Band erweist sich der AG SPAK Verlag wieder einmal als Ort, der Geschichten und Debatten aus dem Spektrum der organisierten Erwerbslosenbewegung eine Öffentlichkeit bietet. Die Diskussionen zu Existenzgeld und Grundeinkommen aus diesen Kreisen sind in diesem Verlag mit inzwischen mehreren Büchern nachvollziehbar gemacht. Diesmal geht es dem Herausgeber Harald Rein aber um mehr. Er hat mit dem Band den Versuch unternommen, einen Überblick über die Geschichte von Erwerbslosenprotesten und Erwerbslosenorganisationen zu geben, wie sie sich seit dem ersten bundesweiten Arbeitslosenkongress 1982 in Frankfurt entwickelt haben. Die gewählte Einzahl im Buchtitel „Erwerbslosenprotest“ wird der internationalen Vielfalt dessen, was im Buch dargestellt wird, nicht gerecht. Es wird auch kein umfassender Überblick über das ganze Spektrum des organisierten Konflikts „Arbeitslosigkeit“ geboten. So wurde offensichtlich niemand gefunden, der einen (selbst)kritischen Blick auf die Geschichte von Arbeitslosentreffs und -initiativen im kirchlichen Spektrum schreiben wollte. Ebenso hätten die sogenannten Jobberinitiativen, die sich häufig mit dem Symbol der buckligen schwarzen Katze öffentlich in den Alltag der Sozial- und Arbeitsämter eingemischt

hatten, eine breitere Beachtung verdient. Zwar werden die Aktivitäten beider Spektren in der Geschichtsschreibung des Bandes immer wieder genannt, aber sie hätten durchaus noch mehr Reflexion verdient.

Daneben wäre es sicher auch eine notwendige und interessante Diskussion, ob die im Buch thematisierten sozialen Konflikte, Kämpfe und Proteste denn unter dem Begriff „Erwerbslosenprotest“ richtig auf den Punkt gebracht sind. Der Begriff unterstellt ja, dass es Erwerbslose sind, die sich hier politisch artikulieren. Dies ist jedoch keineswegs durchgängig und mehrheitlich der Fall. In vielen hier beschriebenen Ausschnitten der Bewegungsgeschichte waren und sind auch Menschen aktiv, die aus vielfältigen politischen Motiven heraus sich an diesen Konflikten und Protesten beteiligen. Weiterhin wäre zu fragen, ob angesichts der Prekarisierung und der Wechsel zwischen formeller Beschäftigung und formeller Arbeitslosigkeit, der Koexistenz von dauerhafter Arbeitslosigkeit und unterbrochenen Erwerbsverläufen die Zuschreibung „erwerbslos“ zum gelebten Alltag passt. Vielleicht wäre es angemessener – aber zweifellos sperriger – von Protesten gegen die hegemonialen Formen der sozialpolitischen Regulation bzw. des sozialstaatlichen Umbaus von Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarkt und sozialer Reproduktion zu sprechen. Zu dieser Diskussion gehörte sicher auch die Auseinandersetzung mit dem Argument, die kritische Sozialwissenschaft hätte die Konflikt- und Organisationsfähigkeit von Erwerbslosen einigermaßen pauschal bestritten (vgl. 11). Dabei gab es nicht nur in Deutschland immer wieder Autorinnen und Autoren, die z.B. im Rahmen der differentiellen Arbeitslosenforschung oder im

JEP

Journal für Entwicklungspolitik



Ausgaben 2014:

- 1-2014 Rethinking Resistance in Development Studies
- 2-2014 Financialisation of Food, Land and Nature
- 3-2014 Precarity and Precarization: Regulation of Labor and Labor Markets
- 4-2014 Globale Rohstoffpolitik und Kontrolle

Bestellungen:

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
 Sensengasse 3, A-1090 Wien, Fax + 43 - 1 - 317 40 15
 office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis/jep
 Einzelheft: € 11,90, Jahresabonnement: € 42,00

Rahmen einer sozialen Geschichtsschreibung von unten dem einseitigen Belastungs- und Opferdiskurs oder stigmatisierenden Analysen von Erwerbslosigkeit und Lebensweisen, die einer fiktiven bürgerlichen Normalbiografie nicht entsprechen, widersprochen haben.

Die vorgestellte Vielfalt – auch der politischen Positionierung – der (Selbst)organisation im Bereich der Erwerbslosen und Sozialhilfeberechtigten in Deutschland, die vor allem auf den S. 43 bis 163 deutlich wird, würde durch eine solche Diskussion keineswegs abgewertet. In allen Beiträgen des Bandes tauchen wesentliche Etappen der jüngeren Geschichte auf. So etwa die beiden Arbeitslosenkongresse 1982 und 1988, die Aktivitäten 1998 zum Ende der Kohl-Ära, die Auseinandersetzungen mit den rot-grünen Hartz-Reformen, die Montagsdemonstrationen, Kampagnen und Aktionen direkt in den Behörden, wie in den 2000er Jahren „Agenturschluss“, „Zahltag“ oder „Keiner muss allein zum Amt“, bis hin zu der überraschend großen Demo im November 2003 in Berlin und die „Krach schlagen-Demo“ 2010 in Oldenburg. Manche Beiträge lesen sich wie Berichte auf Jahreshauptversammlungen von Vereinen, andere sind Versuche objektiver Nacherzählungen mit politischen Bewertungen; wieder andere erweisen sich als gelungene Verbindungen von (Lokal)geschichte(n) und politischer Selbstreflexion. Deutlich werden die immer wiederkehrenden Konflikte zwischen einer lohnarbeitskritischen Orientierung („Arbeitslosigkeit als Chance“) und einer die gesellschaftliche und subjektive Dominanz der Lohnarbeit bestätigenden Orientierung („Recht auf Arbeit“) innerhalb der organisierten Erwerbslosen-

szenen. Auch die Herkunft der verschiedenen Organisationen aus besonderen Konfliktkonstellationen wird erkennbar. Die Sozialhilfeinitiativen, das belegen Wolfgang Scherer und Hinrich Garms in ihren Beiträgen, kommen aus dem Spektrum einer sich politisch verstehenden Gemeinwesenarbeit und boten für einen gewissen Zeitraum ein hohes Maß an sozialer und politischer Selbstorganisation und Selbstvertretung. Der Machtzuwachs drückte sich auch darin aus, dass sich die Aktivitäten aus den lokalen Zusammenhängen auf bundesweite ausdehnten und eine Bundesförderung (als Selbsthilfeaktivitäten) erreicht wurde. Das wiederum führte zu Problemen mit Ehrenamtlichkeit, Stellvertretung und dem Zwang, immer wieder neue Projekte auf die Beine zu stellen. Diese Mischung aus dem Verlassen lokaler Zusammenhänge und den Notwendigkeiten professioneller Vereinsaktivitäten sowie die Überforderung, mit diesen neuen Widersprüchen fruchtbar umzugehen, führte schließlich zum Ende der BAG SHI (Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen): „Dies führte zu Spannungen zwischen politischer, als ‘ehrenamtlich’ bezeichneter, und bezahlter politischer Arbeit“ (82). Auch wenn bei diesem Beispiel das Verhältnis zu staatlicher Förderung nur ein Moment der Krise war – die Frage „Wie hältst Du’s mit der Staatsknete?“ wird an einigen Stellen des Buches aufgeworfen, besonders bei der Nutzung von Arbeitsfördermitteln und kommunaler oder Landesförderung für die Aktivitäten gewerkschaftlicher und anderer Arbeitsloseninitiativen. Denn mit der Einbindung in staatliche Finanzierung kann immer auch die Autonomie der eigenen Praxis eingeschränkt werden.

Die Frage nach Bündnissen mit anderen sozialen und politischen Akteuren zieht sich ebenfalls durch das Buch. Wer zeigt sich mit den VerliererInnen der Konkurrenz um Arbeitsplätze solidarisch, vor allem dann, wenn sie trotz Arbeitslosigkeit nicht wehrlos sein wollen und zu Recht nicht bereit sind, Arbeit um jeden Preis anzunehmen, Lohnarbeit nicht mit Glück gleichsetzen und eine ausreichende Existenzsicherung auch ohne Lohnarbeit fordern? Die Texte von Bernhard Jirku, Martin Künkler, Horst Schmitthener und Uwe Kantelhardt machen die Schwierigkeiten nachvollziehbar, innerhalb von DGB, ver.di und IG Metall eine gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit zu etablieren, die eben nicht klassisch stellvertretend meint, sagen zu können, was für Erwerbslose gut ist, sondern diese wesentlich an der Positionsbestimmung beteiligt. Dies ist eine Herausforderung, der sich z.B. auch Wohlfahrtsverbände und Kirchen stellen müssen, wollen sie eine rein sozialanwaltliche wie auch eine rein trägerorientierte Lobby-Position überwinden.

Mit der Frage nach Bündnissen ließen sich auch politisch grundsätzlichere Fragen danach verbinden, wie sich Solidarität gegen die herrschende sozialstaatliche und gesellschaftliche Behandlung, Kontrolle und Diskriminierung von Erwerbslosen herstellen lässt. In vielen politischen Diskussionen zu Erwerbslosigkeit, Armut und Ausgrenzung verlangen Beteiligte die politische Einmischung von Erwerbslosen und Armen, statt auch danach zu fragen, was denn ihr eigener politischer Beitrag im Kampf für weniger repressive und lohnarbeitsfixierte sozialstaatliche Regulation des Konfliktfeldes Arbeit/Erwerbslosigkeit sein könnte. Gleichzeitig müssten

in diesem Zusammenhang etliche Fragen besprochen werden, die Mag Wompele in ihren Beitrag „Vom Protest zur Revolte?“ aufwirft, in dem sie u.a. linksradikale Stellvertreterpolitik, Ignoranz gegenüber bestimmten Lebenslagen und lohnarbeitsbezogene Gerechtigkeitsvorstellungen problematisiert (19–24), die ja durchaus auch bei denen starke Zustimmung finden, die von der Lohnarbeit vorübergehend oder langfristig ausgeschlossen werden.

Die Suche nach Bündnissen ist sicher immer auch verbunden mit der Frage, auf welche Forderungen man sich in einem Bündnis einigen kann. Oder, das wird im Text zum Arbeitslosenverband Deutschlands klar, was es bedeutet, aus unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, aus völlig unterschiedlichen politisch-kulturellen Traditionen zu kommen und eine gemeinsame politische Position und Praxis zu Erwerbslosigkeit zu entwickeln, wie der AVD dies nach 1989 versucht hat. Das Konfliktpotenzial, das sich zwischen radikalen Forderungen, die das Lohnarbeitsystem samt seiner subjektiven Voraussetzungen in Frage stellen, und Positionen der Umverteilung von Arbeit, von Mindestlohn und höheren Regelsätzen auftut, wird an vielen Stellen im Buch deutlich. Sicher ist im emanzipatorischen Spektrum sozialer und politischer Bewegungen der Beitrag, den ErwerbslosenaktivistInnen zu der heutigen Verbreitung der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen geleistet haben, nicht zu unterschätzen. Doch interessant ist auch, welchen Einfluss eine Kampagne wie „Reiches Land – Arme Kinder“ in den Jahren 2006 bis 2008 auf die praktische Sozialpolitik hierzulande hatte. Diese Kampagne wurde von Erwerbslosenorganisationen und poli-

tischen Bündnissen entwickelt und so umgesetzt, dass es – vor dem 2010er Urteil des Bundesverfassungsgerichts – zu leichten Verbesserungen bei den Regelsätzen für Kinder kam und dass erst lokal und dann auch bundesweit Schulbeihilfen eingeführt wurden. Diese realpolitische Einflussnahme war sicher nur möglich, weil Kinderarmut viele (Lokal)PolitikerInnen in Legitimationsnöte bringt und weil Kinderarmut nicht in dem Maße individualisiert wird wie die von Erwachsenen, obwohl sie ja nicht anders ist als die Armut ihrer Eltern. Aber Kinder gelten offenbar als „würdige Arme“, weil hierzulande niemand von ihnen verlangt, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Über eine Verkopplung von Sozialhilfeansprüchen mit dem Schul- oder Kindergartenbesuch wird jedoch schon ab und an laut nachgedacht.

Eine weitere Erfolgsgeschichte, von der in diesem Buch berichtet wird, ist das Scheitern der so genannten „Arbeitnehmerhilfe“ und ihre Streichung aus dem SGB III im Jahr 2005. Diese Regelung sollte dazu dienen, Erwerbslose in großem Umfang zu Ernteeinsätzen zu verpflichten. Sie scheiterte zum einen schlicht daran, dass „jeder Einzelne Gründe fand, nicht als Erntehelfer eingesetzt zu werden“ (13). Zum anderen stellten sich auch die betroffenen Bauern gegen diese Regelung und zogen Arbeitskräfte ihrer Wahl vor. Dieses Beispiel verweist darauf, dass es neben der Geschichte kollektiver Aktionen, Versammlungen, Bündnisse, Demonstrationen etc. auch Geschichten des Widerstands Erwerbsloser im Alltag gibt. Den alltäglichen Zumutungen der Jobcenter und Arbeitsagenturen „stehen spezifische Vorstellungen von Gerechtigkeit und

Würde (oder besser würdevoller Behandlung im Amt) jedes Einzelnen gegenüber. Sie ähneln dem von Thompson geprägten Begriff der ‚moralischen Ökonomie‘, also der Verteidigung ‚traditioneller Rechte und Gebräuche‘, die sich aus Legitimitätsvorstellungen und moralischen Grundannahmen speisen. Diese Verteidigung wird hauptsächlich individuell ausgefochten, kann aber auch zu kollektiven Ausbrüchen führen oder in produktive Alternativen münden“ (14). Harald Rein stellt mit Bezug auf Asef Bayat (*Asef Bayat: „Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern“, Berlin/Hamburg 2012*) die interessante Frage, ob und wie nicht auch solche Praktiken, die von verschiedenen Menschen unabhängig voneinander ausgeübt werden, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel leisten können (16).

Da in diesem Buch jedoch die organisierten Formen von Erwerbslosenprotesten im Zentrum stehen, ist es besonders spannend, die Beiträge zu betrachten, die sich über „neue Strategien“ (181–195) Gedanken machen. Die Protagonisten hierbei sind Michael Bättig von der ALSO Oldenburg und Harald Rein vom Frankfurter Arbeitslosenzentrum, beide langjährig in diesem Konfliktfeld unterwegs. Michael Bättig geht von einer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus aus, in dem die Handelskapitale dominieren und die Herstellung und Verteilung der Lebensmittel kontrollieren. Dieser „Walmartismus“ eröfne die Möglichkeit des politischen Eingriffs entlang der Produktions- und Verbrauchskette auch in Form neuer Bündnisse. Nachvollziehbar entwickelt Bättig einen Zusammenhang zwischen agrarindustrieller Massenproduk-

tion mit ihren negativen Folgen für die Qualität der Lebensmittel und die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft vor Ort, der Verarbeitung von Tieren und Pflanzen in spezifischen, auch stark prekarierten Industrien, des Vertriebs dieser Waren in Discounterketten und der Angewiesenheit armer Bevölkerungsteile auf billige Lebensmittel. Dies bildet den Hintergrund für die These, dass es heute nicht einfach nur um das Einklagen des Anteils am wachsenden materiellen Reichtum der Gesellschaft geht, „sondern vielmehr die Qualität, Art und Weise der Produktion und Verteilung dieses Reichtums problematisiert wird“ (182). Hier wird die Chance einer Neuorientierung gesehen, wie sie auch schon André Gorz und andere der Linken empfohlen hatten. Für Erwerbslosenprojekte wird diese Herausforderung auf drei Punkte konzentriert. Sie müssen „quasi-gewerkschaftliche Basisarbeit“ leisten, also Beratungs- und Unterstützungsarbeit bei den „alltäglichen Sorgen und Nöten“ bieten und ein „soziales Zentrum“ als „Basislager“ (184f.) haben. Sie müssen sich zweitens an der (praktischen) Diskussion um Gemeingüter und ihre Realisierung beteiligen. Dies umfasse ein bedingungsloses Grundeinkommen, den freien Zugang zu Mobilität, Bildung, Gesundheit und Wohnung, liberale Rechtsstaatlichkeit, größtmögliche Demokratisierung, ein anderes gesellschaftliches Naturverhältnis und faire Preise, Löhne und Arbeitsbedingungen bei Produktion, Verarbeitung und Verteilung der Lebensmittel (185). Drittens geht es um die „Einkommens- und Soziale Frage“, über deren Bedeutung die Erwerbslosenprojekte ganz praktisch aufklären müssen (Rolle und Höhe der Regelsätze im SGB II/SGB

XII), um so eine Verbindung von sozialpolitischen und ökologischen Forderungen herzustellen (186). Und schließlich müssen sie „multistrategisch“ vorgehen und a) mit Akteuren, denen der ‚Walmartismus‘ das Leben schwer macht, die Diskussion und gemeinsame Eingriffsmöglichkeiten suchen. Dazu gehört dann b) für Erwerbslosenprojekte ganz wesentlich, über die Forderung nach einem menschenwürdigen Existenzminimum eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber zu befördern, „was zu einem guten Leben für alle gehört“ (186).

Ums „gute Leben“ geht es auch Harald Rein in seinen strategischen Vorschlägen. Er geht davon aus, dass die ökonomische Entwicklung dem kapitalistischen Arbeitsethos und der Dominanz der Anerkennung und Identitätsbildung durch Lohnarbeit den Boden entzieht: „Es lässt sich festhalten: Die ökonomische Entwicklung könnte zur Befreiung von Erwerbsarbeit beitragen“ (189). Er geht des Weiteren davon aus, dass Erwerbslose eher unter materiellen Entbehrungen und Entwürdigungen durch Behörden leiden als an fehlender Erwerbsarbeit (189) und dass ihr Bedürfnis nach Tätigkeit nicht unbedingt auf Lohnarbeit ausgerichtet ist, sondern auf andere gesellschaftliche und politische Aktivitäten (189f.). Für die politische Neuorientierung stellt er die „Wiederaneignung der verlorenen Zeitsouveränität“ und ein „anderes Verständnis davon, was soziale Sicherung bedeuten kann, weg von Mindestleistungen, hin zu einem ausreichenden Grundeinkommen“ (190) ins Zentrum. Praktisch aufgegriffen wird diese Orientierung im Vorschlag einer Arbeitsgruppe der BAG Prekäre Lebenslagen zu der Kampagne „Für ein gutes

Leben!“ Einige Veranstaltungen dazu wurden bereits durchgeführt und in der Auswahl der besprochenen Themen, was für ein gutes Leben alles neu zu gestalten ist, werden viele Konfliktfelder aufgeführt, die auch Michael Bättig genannt hatte: „Lohnarbeit, Ökologie, Wohnen, Gesundheit, Verkehr, Sozialleistungen und Bildung“ (190). Harald Rein fragt vor dem Hintergrund dieser Ansätze und der Erfahrung der Existenz vielfältiger Kampffelder nach einem „gemeinsamen Thema“ oder einem „gemeinsamen Begriff“, diskutiert auch, was in den Bewegungen, die ein „Recht auf Stadt“ fordern, zum Ausdruck gebracht wird, und kommt zu dem Ergebnis, dass die Formel „Gutes Leben“ eine Klammer sein kann, nicht nur, weil sie Unbescheidenheit ausdrückt, sondern vor allem, weil sie „unterschiedliche Menschen“ zusammen bringt und „verdeutlicht, dass Erfolge nur gemeinsam zu erreichen sind“ (193). Die derzeit vor allem in den kritischen Entwicklungsdiskursen Südamerikas propagierte Formel „Buen Vivir“ grenzt sich in Harald Reins Blick stark von der „Idee eines individuellen guten Lebens“ ab, es ist „nur im sozialen Zusammenhang denkbar“ (193). Auch hier geht es also um „Gemeingüter“, auch hier geht es um einen „Gegenwurf zu einem einseitig wachstumsorientierten Entwicklungsbe-

griff“ (194). Auch hier wird André Gorz zitiert mit dem „Exodus aus der Lohnarbeit“. Dennoch fällt es den Protagonisten nicht leicht, politisch zueinander zu kommen. Vordergründig zeigt sich dies an der Frage, mit wem man sich auf welche Kompromisse in politischen Bündnissen einlässt, die Machtverschiebungen ermöglichen sollen in Richtung ausreichender und rechtlich garantierter Existenzsicherung und zugleich ein Schritt sein sollen, die als Voraussetzung für eine solche Existenzsicherung notwendigen Produktions- und Verteilungsverhältnisse zum „Guten“ zu verändern. Mit diesen Beiträgen erweist sich der Band also nicht nur als ein Beitrag zur Vergewisserung um Verlauf und Vielfalt der Beteiligung am sozialen Konflikt Erwerbslosigkeit/Arbeit/Existenzsicherung, sondern er formuliert auch kontroverse Anfragen und Positionen zur Zukunft der Einmischung in diesen Konflikt. Wer diese Debatte lebendig machen will, kann sicher Protagonisten, die in diesem Buch zu Wort kommen, zur öffentlichen Diskussion z.B. im Rahmen einer Buchvorstellung einladen.

Wolfgang Völker
 Basselweg 65
 22527 Hamburg
 E-Mail: wvoelker-hamburg@t-online.de

express



ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
 BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

■ Abgetreten?

Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung

■ Absurd?

Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik

■ Alternativlos?

Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik

■ Anachronistisch?

Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe

■ Antizyklisch?

Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

■ express, 3-4/14 u.a.

Dieter Braeg: »Gespannt auf die neueste Komödie« – Briefwechsel der Eheleute Pöhlend im ersten Weltkrieg

Nikolai Huke und Felix Syrovatka: »Kein Comeback in Sicht« – zu Hans-Jürgen Urbans Einschätzung der deutschen Gewerkschaften in der Eurokrise

»Lebensverlängernde Maßnahme« – Interview mit Andre Takowski über die vitalisierende Wirkung von Organizing
 Günther Salz: »Deutsche Ideologie« – über das Sozialwort der christlichen Kirchen

Stefan Schoppengerd: »Sorge(n) um die Sorgearbeit« – über Vorbereitungen zur »Care Revolution«

»ver.di? Brauchen wir nicht...« – Interview mit Katharina Wesenick zur Amazon-Auseinandersetzung

Erich Kassel: »Teamfähigkeit gelernt, Solidarität verlernt?« – über Mitbestimmungsstrategien bei ArcelorMittal Bremen

»Der Zweck eines Streiks ist finanzieller Schaden« – Interview mit Murat Günes zum Konflikt bei Neupack

Willi Hajek und Peter Nowak: »Europa, von unten aufgerollt« – Bericht über ein Treffen von Basisgewerkschaften in Berlin

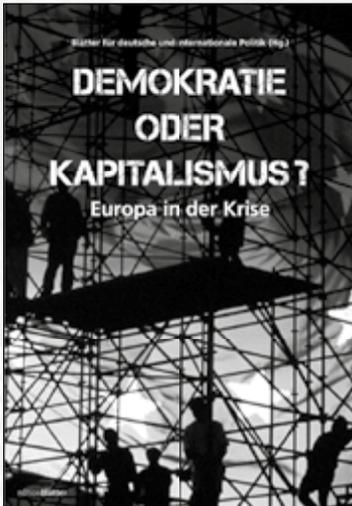
express-Probeabo:

10 Euro (gg. V.k.) zahlen, die nächsten 4 aktuellen Ausgaben lesen

Redaktion express
 Niddastraße 64
 60329 Frankfurt

Tel. (069) 67 99 84
 Email: express-afp@online.de
www.express-afp.info

Demokratie oder Kapitalismus? Europa in der Krise



»Die Großthemen werden heute nicht mehr unbedingt auf den Haupt- und Staatsbühnen ausgetragen, sondern in kleinen, ehrgeizigen ›Programmtheatern«. Ein Beispiel dafür ist der von den ›Blättern für deutsche und internationale Politik‹ angestoßene Streit zwischen dem Philosophen Jürgen Habermas und dem Soziologen Wolfgang Streeck über die Europäische Union. Schon beim ersten Schlagabtausch entstanden Schlüsseltexte, die fast alles auf den Tisch beförderten, was über die Jahre sauber versiegelt in separaten akademischen Schubladen eingelagert war.«

Thomas Assheuer, »Die Zeit«

Mit »Blätter«-Beiträgen von: Elmar **Altvater**, Ulrich **Beck**, Peter **Bofinger**, Hauke **Brunkhorst**, Christian **Calliess**, Henrik **Enderlein**, Joschka **Fischer**, Claudio **Franzius**, Ulrike **Guérot**, Jürgen **Habermas**, Rudolf **Hickel**, Paul **Krugman**, Isabell **Lorey**, Oskar **Negt**, Claus **Offe**, Ulrich K. **Preuß**, Stephan **Schulmeister**, Wolfgang **Streeck**, Hans-Jürgen **Urban**, Hubert **Zimmermann** und Karl Georg **Zinn**